

Folge 8/2023

PROTOKOLL

über die 19. Sitzung (Budget) des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag, 14. Dezember 2023, 9 Uhr, im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses

Anwesende:

Vorsitzender:

SPÖ Bürgermeister Klaus Luger

Die Vizebürgermeister*innen:

SPÖ Karin Hörzing
ÖVP Mag. Martin Hajart, MBA
SPÖ Tina Blöchl

Die Stadträt*innen:

GRÜNE Mag.^a Eva Schobesberger
FPÖ Mag. Dr. Michael Raml
SPÖ Dietmar Prammer
ÖVP Doris Lang-Mayerhofer

Die Gemeinderät*innen:

SPÖ Almir Balihodzic
SPÖ Roland Baumann
WANDEL Clemens Brandstetter
NEOS Stefan Burgstaller
SPÖ Arzu Büyükkal
GRÜNE Mag.^a Abena Carty-Pinner
ÖVP Ing. Peter Casny
FPÖ Mag. Manuel Danner
SPÖ Karin Decker
GRÜNE Mag.^a Rossitza Ekova-Stoyanova
SPÖ Sarah Fechter
ÖVP DI (FH) Thomas Fuchshuber
ÖVP Mag.^a Theresa Ganhör
SPÖ Thomas Gegenhuber
SPÖ Stefan Giegler
SPÖ Beate Gotthartsleitner
FPÖ Wolfgang Grabmayr
KPÖ Mag.^a Gerlinde Grün
FPÖ Patricia Haginger
ÖVP Mag. Mario Hofer
SPÖ Georg Hubmann
SPÖ Harald Katzmayr
FPÖ Ute Klitsch
SPÖ Florian Koppler

SPÖ Wolfgang Kühn
ÖVP Victoria Langbauer, BSc
GRÜNE Mag. Helge Langer, MA
FPÖ Zeljko Malesevic, BA MA
GRÜNE Julia Mandlmayr
FPÖ Manuel Matsche
ÖVP Thomas Naderer
MFG Dipl.-Ing. Dr. Norbert Obermayr
FPÖ Werner Pfeffer
GRÜNE Tomislav Pilipovic
ÖVP Mag. Stefan Pirc, MBA
MPA BEd
LinzPlus Lorenz Potočnik
LinzPlus Renate Pühringer
GRÜNE Mag. Markus Rabengruber
NEOS Mag. Georg Redlhammer
ÖVP Michael Rosenmayr
KPÖ Mag. Michael Roth-Schmida
MFG Vera Schachner
SPÖ Manfred Schauburger
GRÜNE Mag. Bernhard Seeber
ÖVP Michaela Sommer
GRÜNE Lucia Straßer-Kreisel, MA
MEd
FPÖ Peter Stumptner
FPÖ Martina Tichler
SPÖ Regina Traunmüller
SPÖ Anna Weghuber
SPÖ Paulina Wessela
SPÖ Erika Wundsam
ÖVP Mag.^a Helena Ziegler-Finsterer
SPÖ Merima Zukan

Die Magistratsdirektorin:

Mag.^a Ulrike Huemer

Präsidium:

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Julia Eder

Tagesordnung

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

B ANTRAG DES STADTSENATES UND DES AUSSCHUSSES FÜR FINANZEN UND INTEGRATION

B 1 Beschluss des Voranschlages 2024

B 2 Beschluss des Voranschlages 2025

B 3 Beschluss Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2029

B 4 Beschluss Ausgabensperre

B 5 Maßnahmen zur Einhaltung des Voranschlages

B 6 Erläuterungen

B 7 Gewerbesteuer

B 8 Darlehensaufnahmen

C ANTRAG DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES DES KINDER- UND JUGEND-SERVICES LINZ

C 1 Wirtschaftsplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz für die Rechnungsjahre 2024 und 2025

D ANTRAG DES STADTSENATES UND DES PERSONALBEIRATES

D 1 Dienstposten- und Stellenplan der Stadt Linz für die Jahre 2024 und 2025

E ANTRAG DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES DES KINDER- UND JUGEND-SERVICES LINZ

E 1 Dienstposten- und Stellenplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz für die Jahre 2024 und 2025

Beginn der Sitzung: 9:00 Uhr

Bürgermeister Luger eröffnet die 19. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Bürgermeister Luger teilt mit, dass Gemeinderätin Hahn, SPÖ, sowie Gemeinderätin Roschger und Gemeinderat Svoboda, Die Grünen, entschuldigt sind.

Bürgermeister Luger:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, werte Zuseherinnen und Zuseher im Netz, ich darf Sie sehr herzlich zur heutigen Sitzung des Gemeinderates und zur Beschlussfassung des Budgets für

die Jahre 2024 und 2025 begrüßen.

Es freut mich, dass heuer ganz besonders viele Führungskräfte des Magistrates und der Holding-Unternehmen hier sind. Seitens der LINZ AG darf ich Herrn Generaldirektor Dipl.-Ing. Erich Haider, Frau Dr.ⁱⁿ Jutta Rinner und Herrn Dipl.-Ing. Josef Siligan herzlich begrüßen. Weiters freut es mich ganz besonders auch die Führungskräfte der GWG - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH, die Direktoren Herrn Mag. Nikolaus Stadler und Herrn Wolfgang Steiger, begrüßen zu dürfen sowie seitens des Design Centers Herrn Mag. Thomas Ziegler. Für unsere Informations- und Kommunikationstechnologie darf ich Herrn Dipl.-Ing. Gerald Kempinger begrüßen. In einer Doppelfunktion auf der Galerie - als Geschäftsführer und auch ehemaliger Vizebürgermeister - begrüße ich Herrn Dipl.-Ing. Markus Hein sowie auch Herrn Mag. Gernot Barounig seitens der Museen der Stadt Linz GmbH.

Für die Verwaltung darf ich, stellvertretend für die Führungskräfte, Frau Personaldirektorin Mag.^a Brigitta Schmidberger und Herrn Kontrollamtsdirektor Dr. Gerald Schönberger ganz herzlich in unserer Mitte begrüßen. Herzlich Willkommen, auch alle Direktorinnen und Direktoren unserer Geschäftsbereiche! (Beifall)

Die Verbundenheit mit unserer Stadt beweisen auch zwei Mandatare, die - ich darf das freundlich anmerken - zu den Stammbesuchern unserer Budgetgemeinderatsitzungen zählen, und zwar die beiden Gemeinderäte außer Dienst, Herr Hannes Mitterer und Herr Günther Kleinhanns. Herzlich willkommen und danke, dass Sie hier sind!“ (Beifall)

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

Bürgermeister Luger:

„Wir haben am Beginn dieser Sitzung noch die eine oder andere Formalität zu erledigen. Als Erstes darf ich darauf hinweisen, dass die KPÖ Einwendungen zu den Voranschlägen 2024 und 2025 gemäß § 53 unseres Statuts eingebracht hat. Den Mandatarinnen und Mandataren liegen diese schriftlich auf.

Ich darf noch folgende Informationen bzw. Hinweise für alle Besucher*innen und Zuhörer*innen geben: Zwischen den Fraktionsvorsitzenden wurde ein Prozedere für die Abwicklung der heutigen Sitzung vereinbart. Die Rednerzeit während der Generaldebatte sollte 15 bis 20 Minuten betragen. Damit ist klar, dass ich spätestens nach Minute 20 bzw. schon ein bisschen vorher, durch ein dezentes Klingeln mit der Glocke, beginne darauf hinzuweisen, dass sich die Redezeit dem Ende zuneigt.

Für die Spezialdebatte gibt es das Agreement zwischen fünf und acht Minuten zu sprechen. Auch hier ersuche ich, die Zeitplanung im Großen und Ganzen zu berücksichtigen.

Der Ablauf - das auch noch vorweg für unsere Besucherinnen und Besucher - wird so sein, dass zuerst Herr Finanzdirektor Dr. Schmid die groben Linien des Budgets vorstellt. Daraufhin wird die Finanzreferentin, Frau Vizebürgermeisterin Tina Blöchl das Budget und - nachdem sie auch Personalreferentin ist - gleich im Anschluss

den Dienstposten- und Stellenplan präsentieren. In der Folge werden die von den Fraktionen nominierten Rednerinnen und Redner die Generaldebatte abhalten. Danach werden wir kapitelweise die Spezialdebatte - ebenfalls wieder mit den Fraktionssprecher*innen - starten.

Das übliche Prozedere besteht darin, dass die jeweils stärkste Partei im Gemeinderat sowohl bei der Generaldebatte als auch danach bei den einzelnen Kapiteln beginnen wird und gereiht nach der Stärke der Parteien die anderen Rednerinnen und Redner folgen. Auch das ist bereits vorbereitet.

Ich darf noch einen letzten Hinweis für die Mandatarinnen und Mandatare geben: Als ‚Special Service‘ unserer Magistratsverwaltung stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Pass-, Melde- und Wahlservice von jetzt an bis 13 Uhr zur Verfügung, damit Sie sich für die ID-Austria registrieren lassen können, falls sie das noch nicht gemacht haben.

Angeblich dauert dieser Vorgang fünf Minuten, falls Sie einen Lichtbildausweis dabei haben, ohne Lichtbildausweis funktioniert es leider nicht. Ansonsten sind wir sehr diszipliniert und während der Sitzung die ganze Zeit im Raum. Wenn jemand draußen ist, weiß ich, dass das nur wegen der Registrierung für die ID-Austria ist. Andere Gründe dringlicher Art sind ebenfalls jederzeit gestattet. (Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit beginnen wir mit der inhaltlichen Arbeit, der Beratung des Voranschlages der Budgets für die beiden folgenden Jahre 2024 und 2025. Ich darf Herrn Finanzdirektor Dr. Christian Schmid ersuchen, nach vorne zu kommen und das Budget in seinen Grundzügen zu präsentieren.“

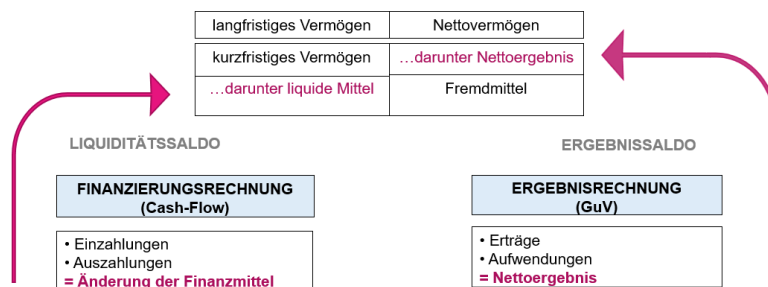
Finanzdirektor Dr. Schmid:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, werte Zuseher*innen auf der Galerie und via Stream, es freut mich, dass ich Ihnen heute in gebotener Kürze die Eckpunkte und Zahlen der Voranschläge für die Jahre 2024 und 2025 präsentieren darf.

Erlauben Sie mir zu Beginn einen kurzen Exkurs zur Theorie, wie sich dieser Voranschlag im Rechnungswesen darstellt: Wir haben seit einigen Jahren eine sogenannte Drei-Komponenten-Rechnung, angelehnt an das Rechnungswesen erwerbswirtschaftlicher Unternehmen. Ich werde Ihnen heute, über die Finanzierungsrechnung oder auch die Cashflow-Rechnung die relevanten Ein- und Auszahlungen im operativen, investiven und Finanzierungs-Cashflow präsentieren.

Gesetzliche Rahmenbedingungen 2024/2025 – VRV 2015

3-KOMPONENTEN-SYSTEM IM ÖFFENTLICHEN HAUSHALT

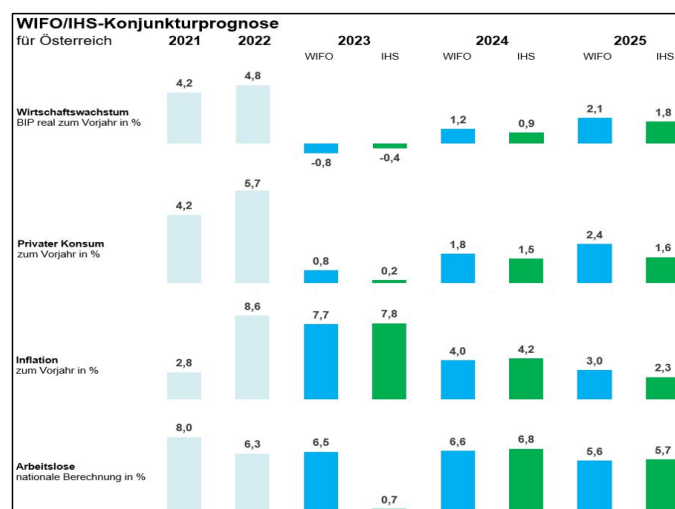


L_nz

Wir haben gleichfalls für die Jahre 2024 und 2025 die Ergebnisrechnung im Sinne einer Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt, die mit einem Jahresfehlbetrag oder einem Überschuss endet. Beide Rechnungen - das sehen wir immer, wenn wir im Sommer den Rechnungsabschluss präsentieren - münden mit ihren relevanten Saldo in die Aktiv- und Passivseite der Bilanz. So schließt sich der Rechnungswesenkreis.

In aller Kürze zu den relevanten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die uns bei der Erstellung der Doppelbudgets begleitet und geleitet haben: Die Herausforderungen waren omnipräsent, wir haben vielfach Rahmenbedingungen vorgefunden, die sich verschlechternd gezeigt haben oder rückläufige Trends hatten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2024/2025



L_nz

Das Bruttoinlandsprodukt war deutlich rückläufig, nimmt leicht rezessive Tendenzen

auf und ist pro futuro nur noch mit geringen Dynamiken ausgestattet.

Ebenso der private Konsum, eine tragende Säule unserer Volkswirtschaften, der auch für die Umsatzsteuerentwicklung und somit für die Ertragsanteile relevant ist.

Die Inflation der Jahre 2022 und auch 2023 ist, wie wir alle wissen, auf einem Rekordniveau. Hier haben wir noch Nachhangeffekte, insbesondere aufgrund von Personalpensionen im Jahr 2024. Ansonsten haben wir selektiv budgetiert je nach inflationärem Bereich.

Die Arbeitslosigkeit, gemessen an den Parametern des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) und des Instituts für Höhere Studien (IHS), ist in etwa auf konstantem, leicht niedrigem Niveau geblieben. Das gibt uns Indikatoren für das Beschäftigungsniveau und auch für die Kommunalsteuer als wichtigste eigene Steuer.

In den nächsten Minuten werde ich das Zahlenwerk präsentieren, ich gehe wie auch in den Vorjahren vor. Wir werden die drei relevanten Cash-Bereiche, das operative Geschäft, mit dem ich beginne, das investive Geschäft und zum Schluss die Finanzierungstätigkeit kurz durchleuchten.

Für die Darstellung haben wir einen vierjährigen Zeitraum gewählt. Ich darf mit dem operativen Geschäft beginnen und hier erst einmal mit den relevanten maßgeblichen Einzahlungen:

Operative Gebarung – Einzahlungen (I)				
Finanzierungsvoranschlag Gesamthaushalt				
Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen	RA 2022	VS 2023	VA 2024	VA 2025
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Einzahlungen aus eigenen Abgaben	215.327.859	234.300.400	250.357.800	261.898.900
Einzahlungen aus Ertragsanteilen	344.737.758	334.900.000	352.270.000	366.805.100
Einzahlungen aus Gebühren	1.439.814	1.475.000	1.470.000	1.480.000
Einzahlungen aus Leistungen	97.372.969	95.049.700	104.280.000	108.210.800
Einzahlungen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	19.431.811	20.684.800	21.149.200	21.630.900
Einzahlungen aus Veräußerung von GWG und sonstige Einzahlungen	18.776.754	13.985.300	13.853.600	14.271.700
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	697.086.965	700.395.200	743.380.600	774.297.400

L_nz

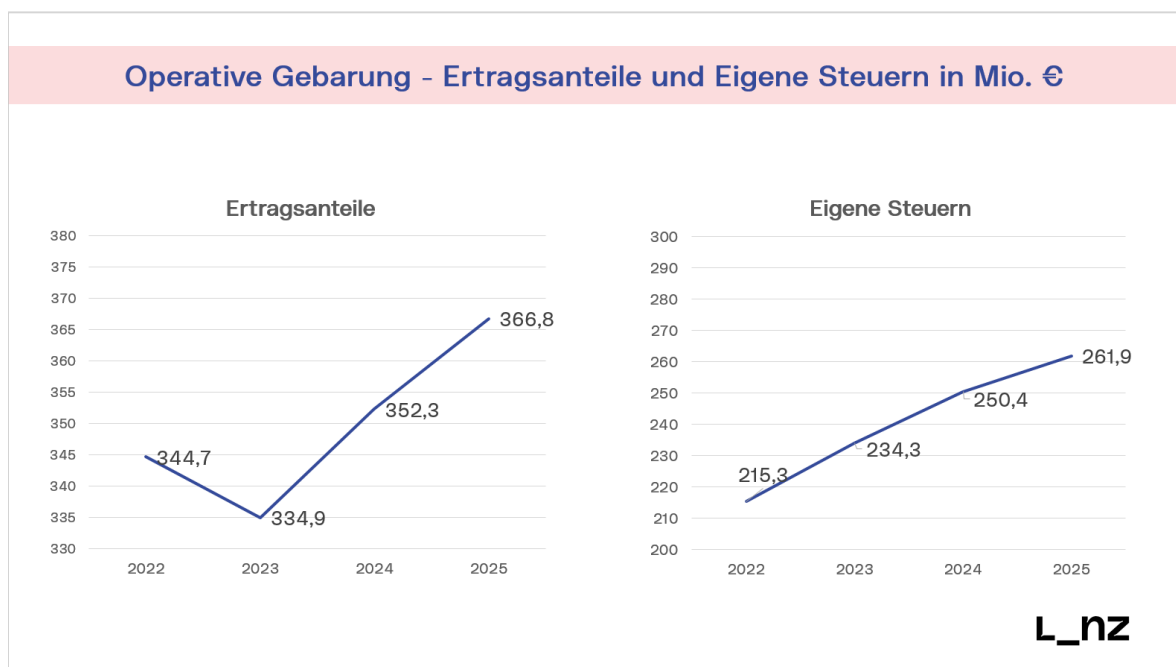
Sie sehen, dass wir auf Basis einer Vorschau 2023 mit rund 700 Millionen Euro, die Jahre 2024 und 2025 mit 743 Millionen Euro bzw. 774 Millionen Euro veranschlagen können. Das sieht auf den ersten Blick nach einer soliden und vernünftigen Dynamik aus, bei näherer Betrachtung - insbesondere bei den tragenden Säulen der Stadt, den Ertragsanteilen - wird man sehen, dass das nicht so ist. Ich komme auf die Ertragsanteile und die Eigenen Steuern noch näher zu sprechen.

Machen wir noch einen kurzen Blick auf den Rest. Die Gebühren in der Stadt Linz haben historisch keine Relevanz, wir haben hier nur die Marktgebühren veranschlagt.

Die Einnahmen aus Leistungen sind de facto alles, was die Stadt Linz hier in ihrem Portfolio hat. Diese reichen von den Gebühren des Kinder- und Jugend-Services Linz bis zu den Beiträgen der Magistratskrankenfürsorge, der Bibliotheken, der Musikschule, des Sozialbereiches und dergleichen. Das ergibt in etwa 100 Millionen Euro, rund 104 Millionen Euro im Jahr 2024 und rund 108 Millionen Euro im Jahr 2025.

Hinter den Einzahlungen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit verbergen sich vor allem Mieten und Pachten, bei den Mieten vor allem jene für Informationstechnologie und für Gebäude.

Lassen Sie uns kurz einen Blick auf die tragenden Säulen der Einzahlungen der Stadt werfen:



Bei den aus dem kürzlich verabschiedeten Finanzausgleich rückfließenden Ertragsanteilen der Stadt sehen wir eine bemerkenswerte Entwicklung: Wir haben im Jahr 2022, insbesondere im vierten Quartal, inflationsgetrieben sehr hohe Steuerrückflüsse aus dem Finanzausgleich erfahren. Dieses Niveau aus dem Jahr 2022 können wir 2023 aller Voraussicht nach - das sehen wir jetzt schon - nicht halten.

Wir haben hier eine Delle, die auch einer der Gründe sein wird, warum es einnähmenseitig nicht gelingt, die inflationsgetriebenen Ausgaben zu kompensieren. Erst im Jahr 2024 werden wir, auf Basis der uns vorliegenden Dynamiken, wieder knapp jenes Niveau erreichen bzw. überschreiten, welches wir 2022 schon sahen. Erst im Jahr 2025 können wir wieder Dynamiken darstellen, die einer historisch vergleichbaren Dynamik nahekomen.

Etwas anders ist es bei den Eigenen Steuern: Hier sehen Sie eine stetige und markant dynamische Entwicklung der Folgejahre bis 2025. Das ist in erster Linie auf die Kommunalsteuer zurückzuführen, die hier mit Abstand den größten Steuerblock einnehmen wird. Wir wissen, dass wir bei inflationsgetriebenen Personalauszahlungen im Beschäftigtenbereich immer ein Jahr nachhängen, deswegen konnten wir auch für die Jahre 2024 und 2025 deutliche Dynamiken darstellen.

Zu den weiteren relevanten Einzahlungen im operativen Bereich darf ich kurz die sogenannten ‚Einzahlungen aus Transfers‘ erwähnen. Das sind jene Zahlungen, die entweder von übergeordneten Gebietskörperschaften oder von Unternehmen oder Haushalten und Organisationen kommen.

Operative Gebarung – Einzahlungen (II)				
Finanzierungsvoranschlag Gesamthaushalt				
Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen	RA 2022	VS 2023	VA 2024	VA 2025
Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)				
Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	96.616.246	121.811.300	110.553.100	109.541.900
Transferzahlungen von Unternehmen (inkl. Finanzunternehmen)	1.677.394	1.861.200	2.062.300	2.067.000
Transferzahlungen von Haushalten und Organisationen ohne Erwerbscharakter	9.854.343	10.420.000	11.155.700	11.409.800
Transferzahlungen vom Ausland	167.109	326.900	128.100	104.100
Summe Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	108.315.092	134.419.400	123.899.200	123.122.800
Einzahlungen aus Finanzerträgen				
Einzahlungen aus Zinserträgen	1.681.143	3.644.800	1.677.000	420.900
Einzahlungen aus Dividenden/Gewinnausschüttungen	7.131	9.400	7.000	7.000
Summe Einzahlungen aus Finanzerträgen	1.688.274	3.654.200	1.684.000	427.900
Summe Einzahlungen operative Gebarung	807.090.331	838.468.800	868.963.800	897.848.100

L_nz

In der ersten Rubrik sind jene Gelder zu sehen, die aus dem kommunalen Investitionsgesetz vom Bund, aus dem Pflegeregress oder dem Pflegefonds kommen oder jene, die wir auch bei den Transferzahlungen des Kinder- und Jugend-Services Linz vom Land Oberösterreich sehen.

Transferzahlungen von Unternehmen haben traditionell keine große Bedeutung. Die hier dargestellten rund zwei Millionen Euro sind im Wesentlichen mit dem Arbeitsmarktservice wegen der Altersteilzeit vereinbart.

Von privaten Haushalten und Organisationen kommen rund elf Millionen Euro für die Jahre 2024 und 2025. Diese Einnahmen teilen sich auf Strafeinnahmen aus verschiedenen Materiengesetzen und auf Pensionsbeiträge auf.

Zinserträge generiert die Stadt Linz aus Stundungszinsen oder weitergegebenen Darlehen an Dritte. Diese werden ab 2025 auf nicht einmal eine halbe Million Euro zurückfallen und haben ihren Höhepunkt in den Jahren 2023 und 2024. Das hängt mit dem Fruchtgenussdeal mit der GWG - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH und deren vorzeitiger Rückführung zusammen - darauf komme ich bei den Investments noch näher zu sprechen.

Das bedeutet, dass die Stadt Linz in Summe für die Jahre 2024 und 2025 rund 869 Millionen Euro bzw. 898 Millionen Euro einzahlungsseitig budgetieren kann.

Auf der Auszahlungsseite haben wir allem voran den Personalaufwand, ein Bereich, der starken Inflationstreibern unterworfen wurde, darauf komme ich dann noch zu sprechen. Sie sehen hier vor allem die Entwicklungen der Jahre 2022 und 2023, aber auch 2023 und 2024, die mit hoher inflationsgetriebener Dynamik ausgestaltet sind. Im Jahr 2025 haben wir leichte Dämpfungseffekte in dieser Entwicklung.

Operative Gebarung – Auszahlungen (I)				
Finanzierungsvoranschlag Gesamthaushalt				
Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen	RA 2022	VS 2023	VA 2024	VA 2025
Auszahlungen aus Personalaufwand				
Auszahlungen für Personalaufwand (Bezüge, Nebengebühren und Mehrleistungsvergütungen)	168.252.562	188.400.100	209.630.400	218.173.000
Auszahlungen für gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen	44.731.731	49.754.400	55.009.700	57.142.700
Auszahlungen aus sonstigem Personalaufwand	334.709	258.600	381.300	398.600
Summe Auszahlungen aus Personalaufwand	213.319.002	238.413.100	265.021.400	275.714.300
Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)				
Auszahlungen für Gebrauchs- u. Verbrauchsgüter, Handelswaren	9.579.586	13.220.700	17.600.500	17.669.600
Auszahlungen für Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	11.612.299	18.360.600	15.782.400	14.868.600
Auszahlungen für Leasing- u. Mietaufwand	29.950.585	31.769.100	31.119.500	32.299.600
Auszahlungen für Instandhaltung	11.418.620	12.891.700	12.438.900	12.386.700
Sonstige Auszahlungen aus Sachaufwand	178.065.368	197.043.500	216.312.400	215.486.300
Summe Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	240.626.458	273.285.600	293.253.700	292.710.800

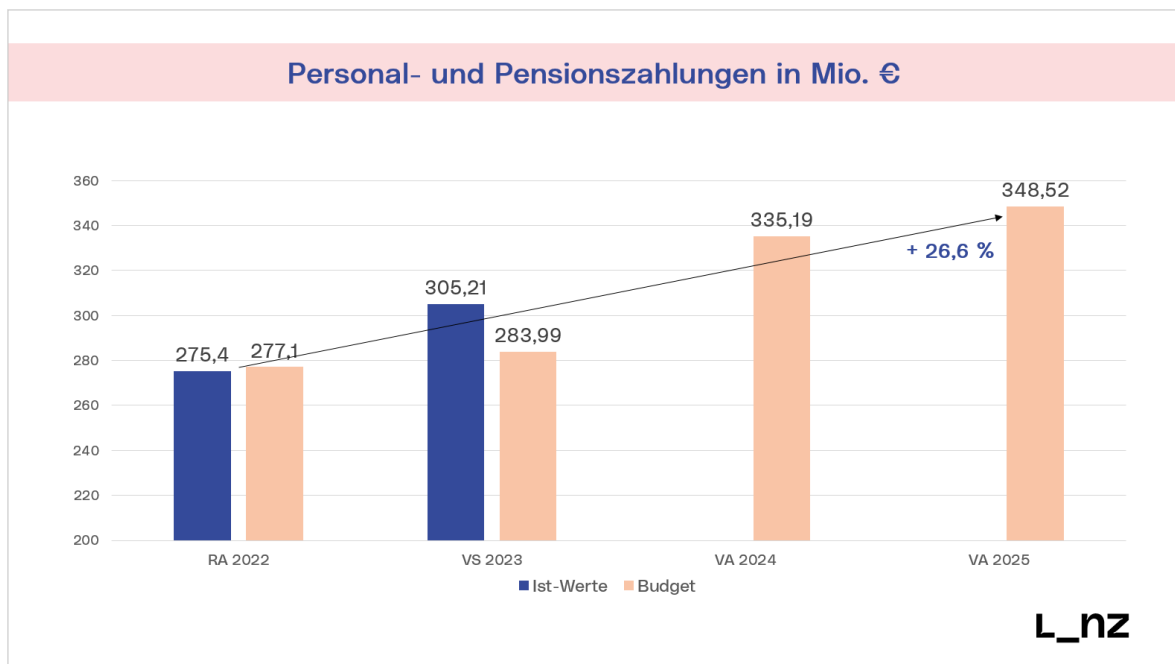
L_nz

Der große Block des städtischen Sachaufwandes wird hier mit einer Summe von 293 Millionen Euro für das Jahr 2024 und mit 292 Millionen Euro - gerundet 293 Millionen Euro - für das Jahr 2025 gezeigt. Das ist kein Rechenfehler, diese Zahlen sind gleich, weil ursächlich immer eine dynamische Entwicklung dazwischen liegt. Wir haben im Jahr 2024 außerordentliche und einmalige Zahlungen in Höhe von ca. acht Millionen Euro eingestellt. Ich darf dazu berichten, dass vier Millionen Euro davon dem Vergleich aus dem Swap-Deal geschuldet sind, den wir mit 2024 endgültig beendet haben.

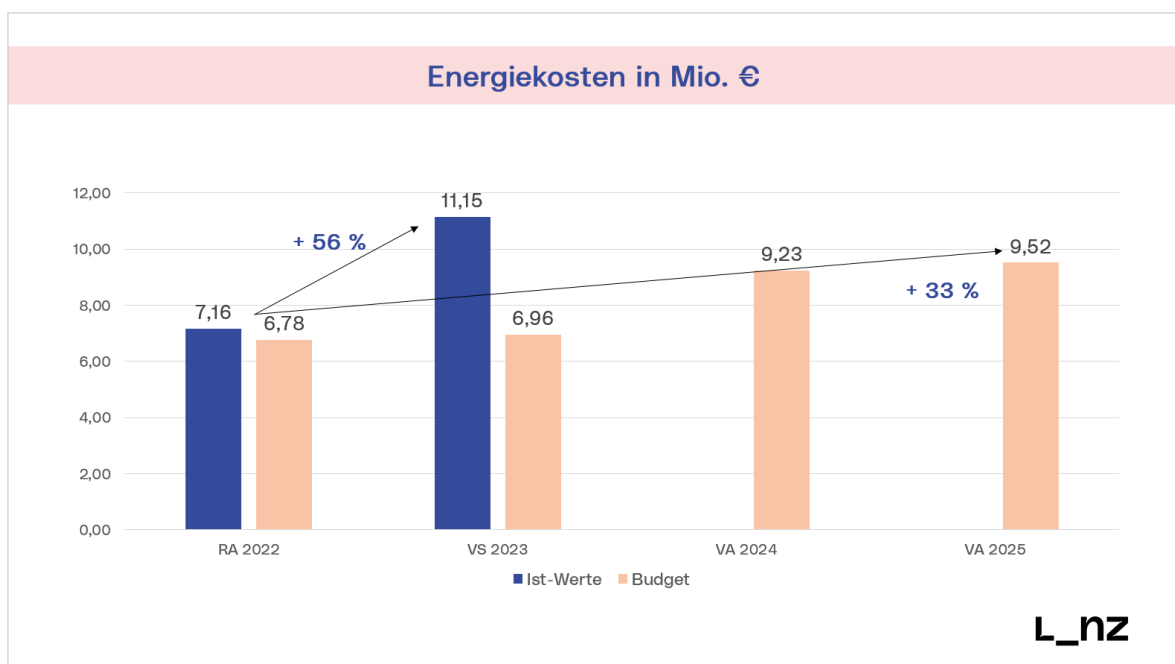
Ansonsten beläuft sich der größte Block - hier zu sehen als sonstiger Auszahlungsbereich aus dem Sachaufwand - auf 216 Millionen Euro, die ich hier für die Jahre 2024 und 2025 zeigen kann. Große Teile davon gehen in den Sozialbereich mit rund 160 Millionen Euro bis 170 Millionen Euro und davon gut die Hälfte für die Teilzahlungen im Alten- und Pflegebereich. Sie wissen, dort wo die Pensionsleistungen der Damen und Herren nicht ausreichen, um die Tageskosten dieser Einrichtungen zu decken, schießt die Stadt Linz zu. Darüber hinaus schlagen hier verschiedenste Sozialleistungen wie die Mobilen Dienste, die Familienhilfe und auch die Jugendwohlfahrt zu Buche.

Zu den besonderen inflationsgetriebenen Posten darf ich noch eine Darstellung im Zeitreihenvergleich präsentieren: Sie sehen hier - beginnend mit dem Jahr 2022 - den Rechnungsabschluss und das damalige Budget. Im Jahr 2023 sieht man schon, wie die inflationären Entwicklungen greifen, das Budget war nicht zu halten und

musste gegengesteuert werden. Diese Dynamik setzt sich im Jahr 2024 deutlich fort, im Jahr 2025 flacht sie etwas ab. Über den gesamten Zeitraum vom Jahr 2022 weg ist das aber eine Dynamisierung von rund 26,6 Prozent.



Ähnlich zeigt sich das Bild bei den Energiekosten, wobei man das zweiseitig betrachten muss. Wir sehen inflations- und krisengetrieben eine exorbitante Steigerung in den Jahren 2022 auf 2023, hier hat sich allein der Energieaufwand wie Strom, Gas, Wärme, Wasser um 56 Prozent verteuert. Gott sei Dank ist diese Entwicklung nicht weiter gestiegen, sondern wir haben - Sie sehen es hier auf diesem orangenen Balken -, zwar mittelfristig deutliche Dynamiken, aber diese sind deutlich schwächer ausgeprägt, als wir sie noch im Ist-Ergebnis für das Jahr 2023 erwarten.



Zu den weiteren operativen Auszahlungen in aller Kürze: Wir sehen hier die Transferauszahlungen mit in Summe 340 Millionen Euro bzw. 354 Millionen Euro für die Jahre 2024 und 2025.

Operative Gebarung – Auszahlungen (II)				
Finanzierungsvoranschlag Gesamthaushalt				
Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen	RA 2022	VS 2023	VA 2024	VA 2025
Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)				
Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	145.426.360	163.450.600	177.758.400	185.882.600
Transferzahlungen an Unternehmen (inkl. Finanzunternehmen)	41.671.601	47.782.800	49.839.000	50.802.500
Transferzahlungen an Haushalte u. Organisationen ohne Erwerbscharakter	100.670.345	105.695.300	112.685.000	116.911.300
Summe Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	287.768.306	316.928.700	340.282.400	353.596.400
Auszahlungen aus Finanzaufwand				
Auszahlungen für Zinsaufwand, für Finanzierungsleasing, für Forderungskauf, für Finanzschulden u. derivative Finanzinstrumente mit Grundgeschäft	13.167.639	20.450.600	28.992.200	33.384.900
Sonstige Auszahlungen aus Finanzaufwendungen	317.044	351.100	404.800	415.100
Summe Auszahlungen aus Finanzaufwand	13.484.683	20.801.700	29.397.000	33.800.000
Summe Auszahlung operative Gebarung	755.198.400	849.429.100	927.954.500	955.821.500
Cashflow aus der Operativen Gebarung	51.891.900	-10.960.300	-58.990.700	-57.973.400

L_nz

Allem voran stehen die weiterhin steigenden Transfers an das Land Oberösterreich mit 178 Millionen Euro und 186 Millionen Euro, wenngleich ich dazu sagen muss, dass sich aus dem innerösterreichischen Finanzausgleich hier aber noch Dämpfungseffekte zeigen werden, die wir dann im Vollzug erkennen werden.

Die Transferzahlungen an die Unternehmen mit einer Höhe von 49,8 Millionen Euro und 50,8 Millionen Euro sind in erster Linie die laufenden Transferzahlungen, mit denen wir alle unsere Beteiligungen finanzieren, damit sie ihren Leistungsauftrag erfüllen können, aber auch die Transfers an die UEB - Umfahrungsstraße Ebelsberg Errichtungsgesellschaft m.b.H. und andere Unternehmen sind hier enthalten.

Die Transferzahlungen an Haushalte und Organisationen - das ist immer so ein abstrakter Begriff - schlagen sich mit 112 Millionen Euro und 117 Millionen Euro nieder. Hier verbergen sich in erster Linie die städtischen Pensionsleistungen mit rund 70 Millionen Euro, die Leistungen der Magistratskrankenfürsorge und anderes.

Der Zinsaufwand ist den aktuellen Gegebenheiten auf den Zins- und Kapitalmärkten unterworfen. Wir haben hier eine Zinswende, eingeleitet am Geld- und Kapitalmarkt, die zu Buche schlägt. Ausgehend von einer heuer zu erwarteten Zinsbelastung in Höhe von 20,5 Millionen Euro, wird das Zinsergebnis jetzt einmal mit rund 29 Millionen Euro bzw. 33 Millionen Euro eingeplant.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Auszahlungen aus dem operativen Budget liegen somit im Jahr 2024 bei 928 Millionen Euro, im Jahr 2025 bei 956 Millionen Euro. Das bedeutet, dass wir aktuell im operativen Geschäft unter Berücksichtigung der Einzahlungen ein Minus von 58,9 Millionen Euro für das Jahr 2024 und ein Minus von 57,9 Millionen Euro für das Jahr 2025 prognostizieren.

Das investive Geschäft zeigt Ein- und Auszahlungen. Hier ein Überblick:

Investive Gebarung – Einzahlungen und Auszahlungen				
Finanzierungsvoranschlag Gesamthaushalt				
Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen	RA 2022	VS 2023	VA 2024	VA 2025
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	17.431.800	49.487.100	30.390.700	2.050.000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1.805.500	1.866.700	1.817.900	1.824.400
Einzahlungen aus Kapitaltransfers	8.532.000	13.638.700	19.652.000	6.002.900
Summe Einzahlungen investive Gebarung	27.769.300	64.992.500	51.860.600	9.877.300
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	15.185.000	15.331.400	20.588.100	19.420.300
Auszahlungen von gewährten Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	128.800	20.000	20.000	20.000
Auszahlungen aus Kapitaltransfers	55.161.600	57.775.100	69.970.000	54.100.500
Summe Auszahlungen investive Gebarung	70.475.300	73.126.500	90.578.100	73.540.800
Cashflow aus der Investiven Gebarung	-42.706.000	-8.134.000	-38.717.500	-63.663.500
Nettofinanzierungssaldo (Summe operativer u. investiver Cashflow)	9.185.900	-19.094.300	-97.708.200	-121.636.900

Wir erwarten im Jahr 2024 51,9 Millionen Euro und im Jahr 2025 rund zehn Millionen Euro. Warum klappt das so auseinander? Der relevante Grund dafür sind die vorzeitigen Rückzahlen der GWG - Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz aus dem Fruchtgenussdeal, die beginnend mit 2023 und 2024 zu Mehreinnahmen gegenüber den ursprünglichen Planungen führen.

Auf der Auszahlungsseite - das werden wir heute noch im Detail hören, investieren wir für das Jahr 2024 90 Millionen Euro und für das Jahr 2025 73,5 Millionen Euro. Die 90 Millionen Euro liegen etwas außerhalb des Schnittes, sie beinhalten unter anderem auch zehn Millionen Euro für die Sanierung des Mona-Lisa-Tunnels.

Betrachtet man jetzt das gesamte Bild des operativen und investiven Cashflows, erhöht sich der negative Saldo auf 97,7 Millionen Euro und 121,6 Millionen Euro.

Die nächste Folie streife ich nur, sie wird heute noch intensiv diskutiert.

Investive Gebarung – Auszahlungen nach Sachbereichen

Sachbereich	2024	2025
Straßenbau und Verkehr	36.430	23.595
Zuschuss städtische Immobiliengesellschaft	23.000	23.500
Soziales	6.558	6.406
Umweltschutz, Klima und Stadtgrün	4.720	4.929
Bildung	4.009	4.474
Kultur	3.756	807
Sport und Gesundheit	3.193	3.203
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	1.448	1.851
Verwaltung	1.216	1.415
Wirtschaft	257	213
Sonstige Investitionen	5.992	3.149
Investitionsvolumen	90.578	73.541

L_nz

Ich komme jetzt zum finalen Cashflow, jenem aus der Finanzierungstätigkeit. Sie sehen hier die Darlehensaufnahmen und Darlehenstilgungen der Stadt Linz im Zeitreihenvergleich. Wir werden im Jahr 2024 70 Millionen Euro auf den Kapitalmärkten geplant aufnehmen und knapp 56 Millionen Euro tilgen.

Das führt hier jetzt einmal isoliert zu einer Neuverschuldung von rund 15 Millionen Euro, wobei aber geplant ist, diese mittelfristig deutlich zu drehen. Im Jahr 2025 wird das Ergebnis der Darlehensaufnahmen und Darlehenstilgungen in etwa neutral sein, sodass wir hier beiderseits mit 67 Millionen Euro zu rechnen haben.

Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Finanzierungsvoranschlag Gesamthaushalt				
Mittelverwendungs- und aufbringungsgruppen	RA 2022	VS 2023	VA 2024	VA 2025
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	50.000.000	75.000.000	70.722.400	67.267.900
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	56.882.000	74.001.700	55.755.400	67.316.500
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6.882.000	998.300	14.967.000	-48.600
Geldfluss der voranschlagswirksamen Gebarung (Total Cashflow)	2.303.900	-18.096.000	-82.741.200	-121.685.500

L_nz

Sehr geehrte Damen und Herren, am Ende - unter dem Strich, wenn man so möchte - weist der Total-Cashflow in der Gesamtbetrachtung für die Jahre 2024 und 2025 ein Minus von 82,7 Millionen Euro bzw. ein Minus von 121,7 Millionen Euro aus.

Das werden Sie heute in den unterschiedlichsten Kapiteln noch ausführlich debattieren und behandeln.

Bevor ich zum Schluss komme, erlauben Sie mir noch, einen kurzen Dank an meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in meinem Geschäftsbereich zu richten, allen voran an die Abteilung Haushaltsmanagement mit Frau Mag.^a Silvia Gerhartinger und Herrn Mag. Michael Noldi.

Ohne die beiden wäre es mir nicht möglich, diese komplexen und umfangreichen Kompendien, die wir hier erarbeiten, zu erstellen. Diesen Mitarbeiter*innen möchte ich dafür ausdrücklich und ganz herzlich danken. (Beifall) Mir bleibt jetzt noch, mich bei Ihnen zu bedanken und Ihnen eine angenehme Debatte zu wünschen. Vielen Dank.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger bedankt sich bei Finanzdirektor Dr. Schmid und kündigt die Budgetpräsentation von Frau Vizebürgermeisterin und Finanzreferentin Tina Blöchl an.

Vizebürgermeisterin Blöchl berichtet über

B ANTRAG DES STADTSENATES UND DES AUSSCHUSSES FÜR FINANZEN UND INTEGRATION

B 1 Beschluss des Voranschlages 2024

B 2 Beschluss des Voranschlages 2025

B 3 Beschluss Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2029

B 4 Beschluss Ausgabensperre

B 5 Maßnahmen zur Einhaltung des Voranschlages

B 6 Erläuterungen

B 7 Gewerbesteuer

B 8 Darlehensaufnahmen

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Vertreter der Presse, sehr geehrte Zuschauer auf der Galerie und zu Hause, der Gemeinderat wird heute über die Schwerpunktsetzung in den kommenden Jahren entscheiden und die finanzielle Basis für die anstehenden Projekte festlegen.

Wir, die Stadtregierungsmitglieder und auch die Geschäftsbereichsdirektoren, haben im letzten halben Jahr sehr intensiv diskutiert und verhandelt. Wir haben uns gemeinsam darüber Gedanken gemacht, was wir uns in den nächsten zwei Jahren leisten können, was finanziell möglich ist und welche Projekte unbedingt umgesetzt werden müssen, um den Anforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden.

Dabei geht es einerseits um die Regulatorik, andererseits aber auch um die Bedürfnisse der Stadt und vor allem um die Bedürfnisse der Linzerinnen und Linzer.

Frau Stadträtin Schobesberger, wenn ich dich an unsere Gespräche betreffend die Sanierung des Wegenetzes erinnern darf, wo wir sogar mit Bildmaterial gearbeitet haben. Oder, Frau Stadträtin Lang-Mayerhofer, wir haben intensiv über die Unterstützung der Kulturschaffenden gesprochen, weil sie uns beiden sehr wichtig ist. Zu guter Letzt darf ich noch Herrn Stadtrat Raml hervorheben. Wir haben es uns bei Gott nicht leichtgemacht, festzulegen wie das Fahrzeugprogramm der Feuerwehr in den nächsten Jahren aussehen wird, weil ganz klar ist, dass wir bei der Sicherheit nicht zu sparen beginnen.

Ich darf Ihnen jetzt die Eck- und Schwerpunkte des erarbeiteten Doppelbudgets präsentieren und bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen starten, da sich diese in den letzten Jahren doch maßgeblich verändert haben. Finanzdirektor Dr. Schmid hat uns schon Einblicke gegeben, welche Rahmenbedingungen wir hier vorfinden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung

- Geopolitische Verwerfungen: Krieg und Energiekrise
- Trendwende in der Zinspolitik: stark steigende Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt
- Inflationäre Entwicklung
- Konjunkturabschwächung, rezessive Effekte und gedämpfter privater Konsum
- Keine wesentliche Unterstützung der Stadt im Zuge des Finanzausgleichs durch den Bund

2

Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl **L_nz**

Ich möchte aber im Anschluss trotzdem noch auf die Kostentreiber eingehen, die unser Budget und unsere Handlungsspielräume in weiterer Folge massiv beeinflussen:

Seien es die geopolitischen Verwerfungen, die wir vorfinden; die Trendwende in der Zinspolitik mit stark steigenden Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt; die inflationären Entwicklungen oder die Konjunkturabschwächung; rezessive Effekte und der gedämpfte private Konsum oder die Tatsache, dass die Städte im Zuge des Finanzausgleichs erneut nicht direkt, sondern lediglich indirekt über die Länder berücksichtigt wurden. All diese Themen schränken unsere städtischen Finanzen und vor allem unsere Handlungsspielräume ein.

Budgetäre Kostentreiber aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

- Inflationsbedingt erhöhte
 - Gehaltsabschlüsse und Dienstleistungsentgelte
 - Pensionszahlungen
 - Sachkosten v.a. Energie- und Rohstoffkosten
 - Finanzaufwand, insb. Zinsen
- Hohe Transferzahlungen an das Land OÖ

3

Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **L_nz**

Besonders hervorheben möchte ich einige Kostentreiber, die uns bei der Budgeterstellung besonders gefordert haben. Herr Finanzdirektor Schmid hat schon erwähnt, dass wir im Zeitraum von 2022 bis 2025 einen Anstieg der Personalkosten und der Pensionsleistungen um 26,6 Prozent zu verzeichnen haben.

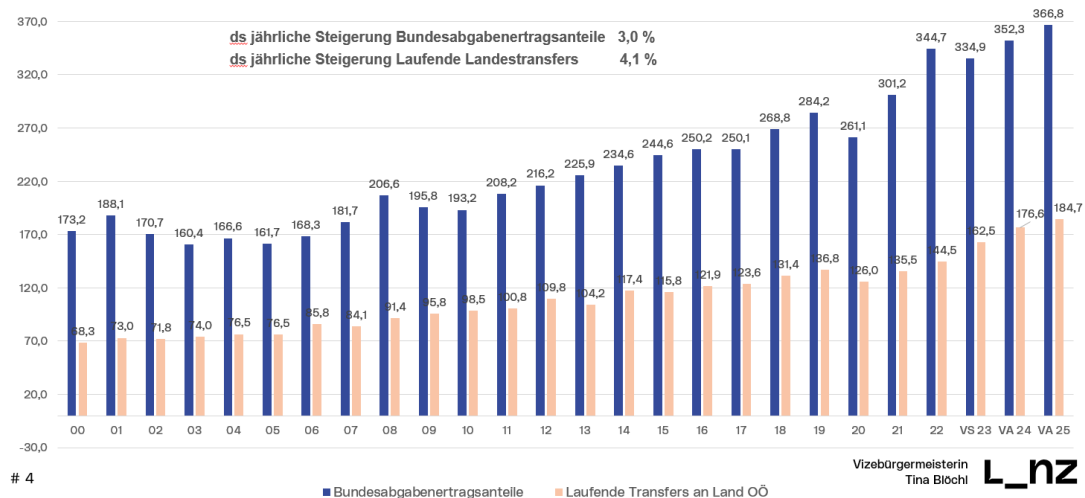
Der Grund dafür sind einerseits inflationsbedingte Lohn- und Gehaltsabschlüsse sowie die Erhöhung der Pensionen, andererseits haben sich aber neben dieser inflationären Situation auch die Leistungsanforderungen an die Organisation in den letzten Jahren verändert. Die Anforderungen sind gestiegen und unterjährige Nachzieheffekte, die wir später beim Dienstposten- und Stellenplan noch hören werden, haben auch zu einem Anstieg der Personalkosten beigetragen.

Die budgetären Auswirkungen der inflationsbedingt erhöhten Sachkosten, insbesondere der Energiekosten, sind enorm. Wir haben gesehen, dass die Dynamik der Energiekosten bis 2025 auf Basis des Jahres 2022 ein Plus von 33 Prozent - sogar bei Außerachtlassung des Extremjahres 2023 - zur Folge haben.

Die hohe Dynamisierung des Finanzaufwands zwischen den Jahren 2022 und 2025 wird auch ein Thema sein. Sie ist simpel auf die Trendwende in der Zinspolitik zurückzuführen, weil das Zinsniveau am Geld- und auch am Kapitalmarkt massiv angestiegen ist.

Ich möchte noch einige Worte zu den Transferzahlungen an das Land Oberösterreich sagen: Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, dass die Details des aktuellen innerösterreichischen Finanzausgleichs im Voranschlag und auch in den folgenden Charts nicht abgebildet sind, weil der Voranschlag schon vor der Bekanntgabe der Ergebnisse festgelegt war.

Bundesabgabenertragsanteile der Stadt Linz vs. laufende Transfers an das Land OÖ



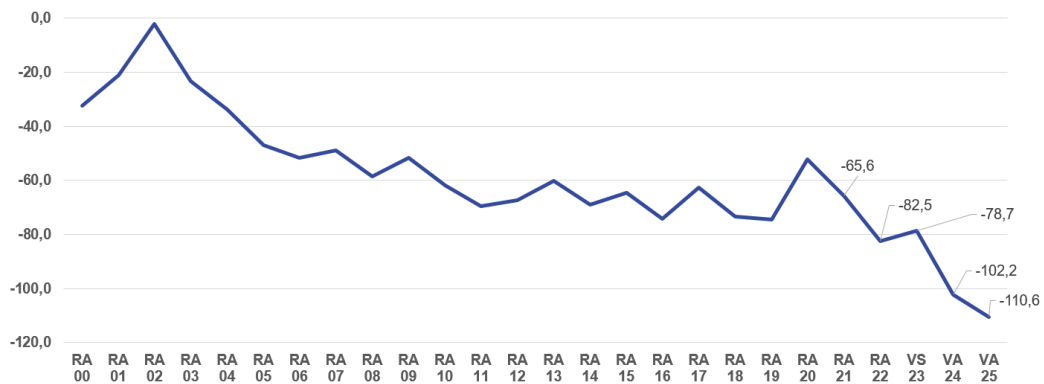
Ich möchte aber hervorheben, dass die Stadt Linz bei diesem aktuellen Finanzausgleich in Oberösterreich sehr fair behandelt wurde. Vor allem im Bereich der Pflege und Kinderbetreuung rechnen wir nach aktuellem Wissenstand mit einer wesentlichen Erleichterung.

Dennoch ist in diesem Chart sichtbar, dass die durchschnittliche jährliche Steigerung der Transferzahlungen jene der Bundesabgabenertragsanteile deutlich übersteigt.

In den letzten 25 Jahren verzeichneten die Bundesabgabenertragsanteile eine jährliche durchschnittliche Dynamik um drei Prozent. Die Zahlungen an das Land Oberösterreich stiegen im selben Zeitraum jedoch um 4,1 Prozent.

So stehen wir jetzt aktuell vor der Situation, dass mehr als jeder zweite Euro unserer Ertragsanteile - das ist aber eine unserer tragenden Säulen bei den Einnahmen - an das Land Oberösterreich geht. Diese nachhaltig hohen Transferzahlungen belasten die städtischen Finanzen und die Handlungsspielräume.

Nettotransferbelastung der Stadt Linz



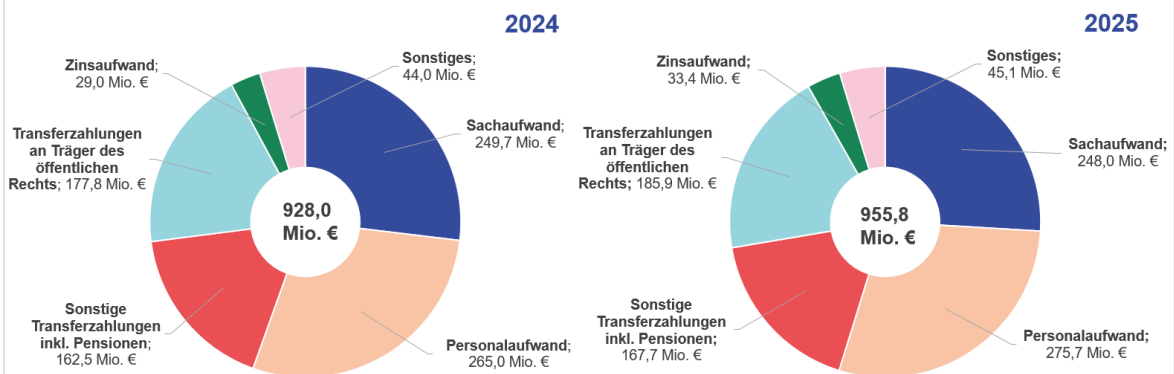
5

Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **L_nz**

Auf dieser Folie sieht man, dass es seit 2002 zu einem wesentlichen Anstieg der Nettotransferbelastung der Stadtfinanzen gekommen ist. Erkennbar ist auch, dass 2002 der Nettotransfersaldo beinahe ausgeglichen war, im Jahr 2023 beträgt er nun bereits 78,7 Millionen Euro. Diese Schere geht nachhaltig und langfristig auf.

Obwohl wir im aktuellen innerösterreichischen Finanzausgleich erfreulicherweise eine Erleichterung erfahren - das möchte ich noch einmal betonen -, bedarf es mittelfristig tatsächlich einer Trendwende, um die nachhaltige Belastung der Stadtfinanzen wieder zu reduzieren.

Ausgaben des operativen Geschäfts 2024 & 2025



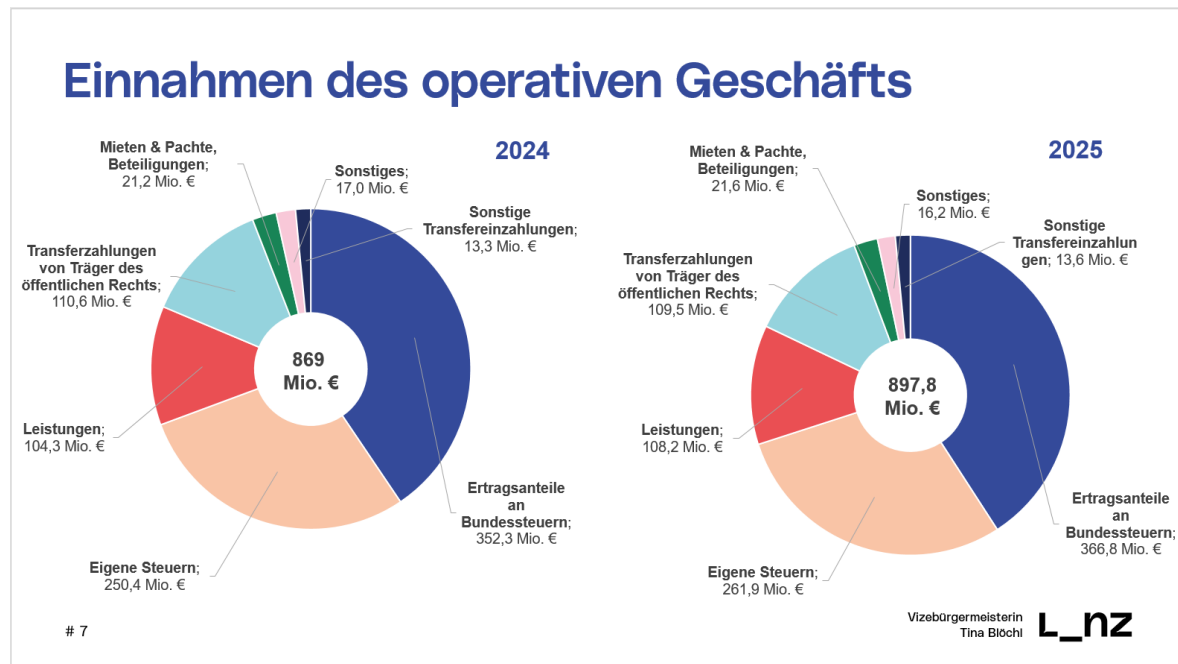
6

Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **L_nz**

Zu den Ausgaben im operativen Geschäft habe ich eine Übersicht erstellt, die mir sehr wichtig ist. Hier sind die Ausgabenkategorien wie Sachaufwand, Personalauf-

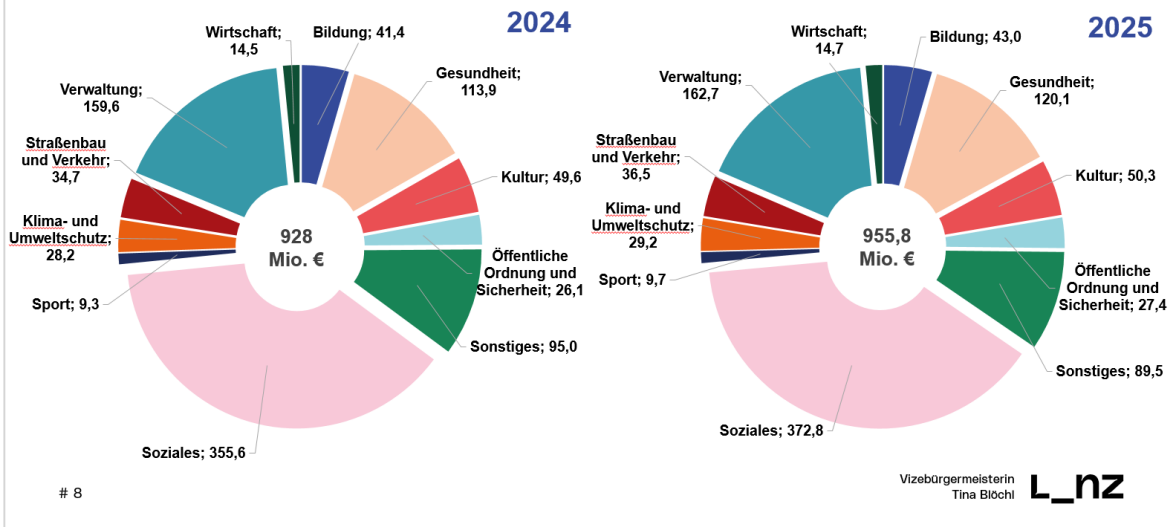
wand und Transferleistungen aber auch der Zinsaufwand zu sehen. Jede der beschriebenen Kategorien ist sehr, sehr stark belastet. Das führt dazu, dass wir im Gestaltungsspielraum des Budgets dementsprechende Einschränkungen vorfinden.

Bei den Einnahmen kann man auch noch einmal erkennen - Herr Finanzdirektor Schmid hat es auch schon beschrieben -, dass sich diese tragende Säule der Ertragsanteile an den Bundessteuern - davon gehen wir aus - leider nicht in jenem Ausmaß entwickelt, das nötig wäre, um die Belastungen, die wir ausgabenseitig durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorfinden, ausgleichen zu können.



Wenn man die Ausgaben der operativen Geschäftsfelder ansieht, erkennt man ganz klar unseren sozialen Schwerpunkt. Unsere soziale Ausrichtung ist auch bei diesem Budget wieder gegeben. Es gehen wieder knapp 40 Prozent in die sozialen Aufgaben, das sind 355 Millionen Euro für das Jahr 2024 und 372 Millionen Euro für das Jahr 2025.

Ausgaben des operativen Geschäfts



Diese Mittel fließen größtenteils in die Kinderbetreuung und in die gute Versorgung der Seniorinnen und Senioren mit der breiten Angebotspalette, die wir kennen. Damit sichern wir die Berufstätigkeit von Eltern, fördern die Zukunftschancen von Kindern und ein würdevolles Leben bis ins hohe Alter. Man sieht daran, dass sich die Landeshauptstadt ganz klar weiterhin zum Erhalt des sozialen Standards und des sozialen Zusammenhaltes bekennt.

Mit dieser Folie wollte ich darstellen, wie die Investitionsvorhaben aussehen werden. Wir haben es mit Investitionen in Höhe von 164,1 Millionen Euro zu tun, die wir wie folgt festgelegt haben: 90,6 Millionen Euro sind für das Jahr 2024 veranschlagt und für das Jahr 2025 sind es 73,5 Millionen Euro. Das ergibt eine Investitionsquote im Jahr 2024 in Höhe von 8,4 Prozent und im Jahr 2025 von 6,7 Prozent.

Investitionstätigkeit in TEUR

Sachbereich	2024	2025
Straßenbau und Verkehr	36.430	23.595
Zuschuss städtische Immobiliengesellschaft	23.000	23.500
Soziales	6.558	6.406
Umweltschutz, Klima und Stadtgrün	4.720	4.929
Bildung	4.009	4.474
Kultur	3.756	807
Sport und Gesundheit	3.193	3.203
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	1.448	1.851
Verwaltung	1.216	1.415
Wirtschaft	257	213
Sonstige Investitionen	5.992	3.149
Investitionssumme	90.578	73.541

9

Vizebürgermeisterin Tina Blochl **L_nz**

Der Unterschied der Investitionsquoten liegt darin begründet, dass wir auf der einen Seite diese Einmalzahlung zur Abwicklung und Sanierung des Mona-Lisa-Tunnels haben, die im Jahr 2024 zehn Millionen Euro beträgt. Das wirkt sich natürlich auf die Investitionsquote aus. Auf der anderen Seite haben wir aber auch durch den Baufortschritt des Westrings unterschiedliche Investitionssummen, nämlich einmal 3,8 Millionen Euro im Jahr 2024 und 1,9 Millionen Euro im Jahr 2025. Zudem gibt es eine Schwerpunktsetzung auf Radwege, dazu sind im Jahr 2024 1,8 Millionen Euro berücksichtigt, 2025 ist es eine Million Euro.

Darüber hinaus werden im Jahr 2024 in der Kultur das Lentos und das Musiktheater in Höhe von 2,8 Millionen Euro ausfinanziert. Diese Effekte, die man bei der Kultur ganz stark sieht, liegen an der Ausfinanzierung von Musiktheater und Lentos.

Nun möchte ich auf die gemeinsam erstellten Schwerpunkte eingehen. Durch dieses Budget wird direkt in folgende Leistungsfelder eingezahlt: In das soziale Leistungsportfolio der Stadt, in die städtische Infrastruktur als Konjunkturmotor auch für den Arbeitsmarkt, in ein interessantes und vielfältiges Kultur-, Sport und Freizeitprogramm, in ein hochwertiges und breites Bildungsangebot und in eine klimaschonende Stadtgestaltung, um die Aufenthaltsqualität in Zeiten des Klimawandels weiter auszubauen. Damit können wir dafür sorgen, dass Linz auch weiterhin Anziehungspunkt und Lebensstadt sein kann.

Budgetschwerpunkte

- Soziales
- Gesundheit und Sport
- Kultur
- Straßenbau und Verkehr
- Bildung
- Umweltschutz, Klima & Stadtgrün

10

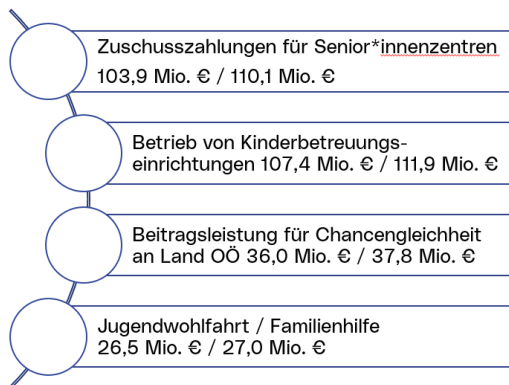
Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl **L_nz**

Ich werde die Schwerpunkte nun im Detail präsentieren. Man sieht bei diesen Grafiken - ich habe das bei allen Schwerpunkten ähnlich vorbereitet -, auf der linken Seite die operativen Ausgaben je Schwerpunkt und auf der rechten Seite die investiven Projekte. Ich muss dazusagen, dass das immer die größten Positionen sind, die wir haben, ich werde aber auch besondere Themen beschreiben, die wir in den Budgetverhandlungen und auch verwaltungsseitig in den Gesprächen berücksichtigt haben.

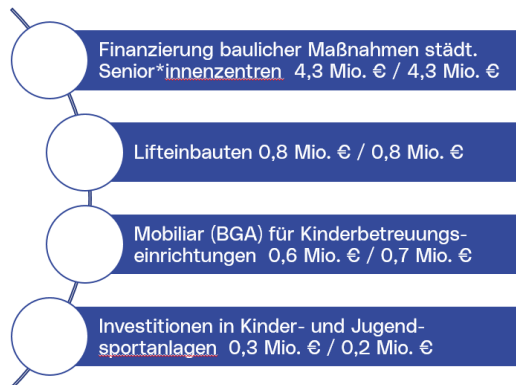
Schwerpunkt Soziales

Operative Ausgaben:

355,6 Mio. € / 372,8 Mio. €



Investive Projekte: 6,6 Mio. € / 6,4 Mio. €



Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **L_nz**

Am Schwerpunkt Soziales ist klar zu erkennen, dass Linz für ein stark ausgebautes soziales Netz steht, weil wir uns der Bedeutung dieses Bereiches für die Linzerinnen und Linzer sowie für unsere Gesellschaft im Generellen bewusst sind.

Ein Großteil des operativen Haushaltes - ich habe es vorher bereits erwähnt - im Jahr 2024 in Gesamthöhe von 355 Millionen Euro und im Jahr 2025 in Gesamthöhe von 372 Millionen Euro, wird mit 103 Millionen Euro bzw. 110 Millionen Euro für die Stützung der Tagsätze in den Seniorenwohnhäusern, bereitgestellt. Das ist wichtig, damit die Seniorenwohnhäuser für alle Menschen, unabhängig von deren Einkommen, leistbar bleiben.

Im Jahr 2024 gehen rund 107 Millionen Euro sowie im Jahr 2025 112 Millionen Euro in den Betrieb der flächendeckenden Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen inklusive Essensauspeisung.

Unser Beitrag zur Chancengleichheit an das Land Oberösterreich beträgt im Jahr 2024 36 Millionen Euro sowie im Jahr 2025 37,8 Millionen Euro.

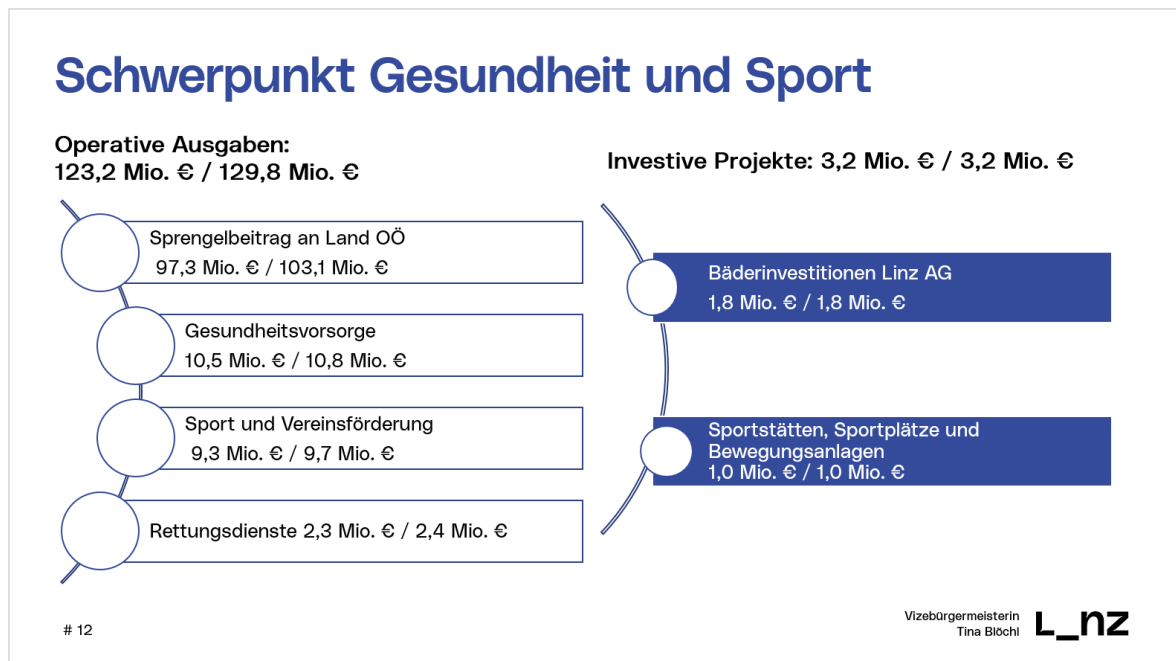
Mit rund 27 Millionen Euro sorgen wir jährlich dafür, dass die Unterbringung von Kindern in betreuten Wohnformen und Pflegefamilien durch die Jugendwohlfahrt und Familienhilfe ermöglicht werden kann, wenn es das Kindeswohl erfordert.

In diesem Budget findet sich darüber hinaus aber auch das im Gemeinderat beschlossene Sozialprogramm wieder. Mit dem neuen Angebot der Elternsozialarbeit sorgen wir zum Beispiel für ein erweitertes Unterstützungsangebot für Familien.

Für investive Projekte ist ein Budget in Höhe von rund 13 Millionen Euro für diese beiden Jahre veranschlagt. Hier kann man klar die baulichen Investitionen in die städtischen Seniorenzentren in Höhe von 4,3 Millionen Euro jährlich erkennen.

Es laufen aber auch Investitionen in die Ausstattung unserer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen. Durch Lifteinbauten sorgen wir dafür, dass die Wohnungen nachhaltig auch für die älteren Generationen bewohnbar bleiben.

Mit laufenden Investitionen in Kinder- und Jugendsportanlagen sorgen wir dafür, dass deren Qualität aufrechterhalten bleibt. Man sieht auch, dass wir in die Sanierung und Aufwertung dieser Anlagen in den nächsten Jahren eine halbe Million Euro investieren. Das sind allesamt sehr wichtige Maßnahmen, um auch den sozialen Standard in unserer Landeshauptstadt zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten.



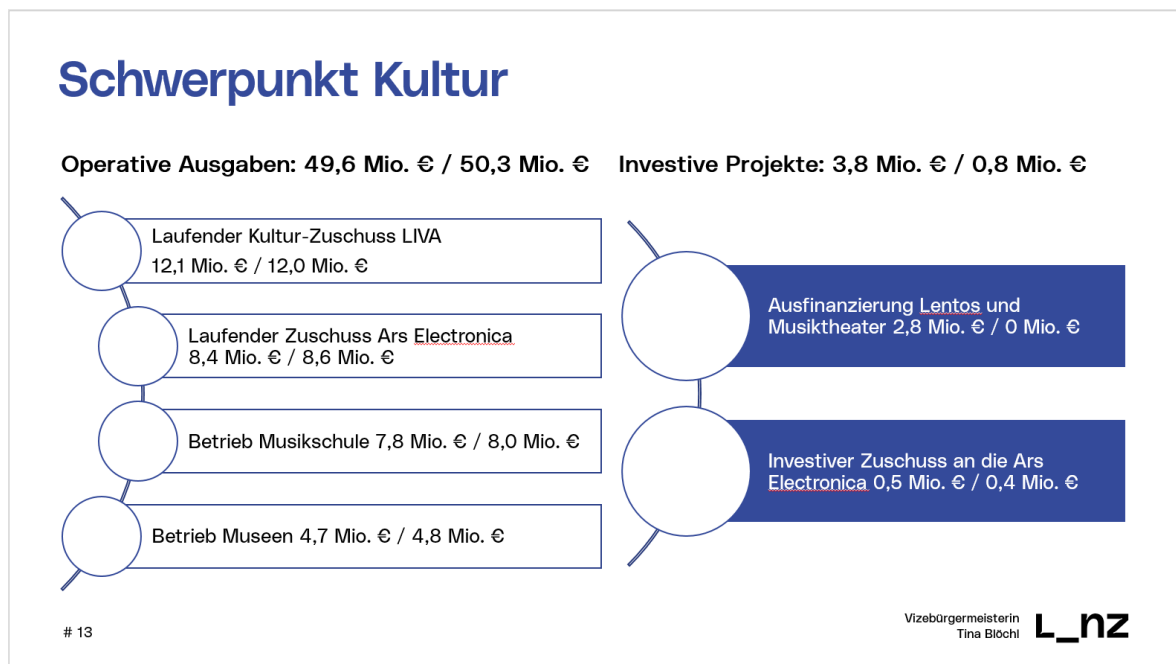
Auf den Schwerpunkt Gesundheit und Sport entfallen 123 Millionen Euro und 129 Millionen Euro im operativen Haushalt. Das liegt auch daran, weil dieser Schwerpunkt die größte Transferzahlung an das Land Oberösterreich, nämlich den Sprengelbeitrag, beinhaltet. Dafür wurden für das Jahr 2024 97 Millionen Euro und für das Folgejahr 103 Millionen Euro veranschlagt. Das ist eine hohe Dynamik, auch rückblickend betrachtet. Wir wissen aber zwischenzeitlich, dass hier aus dem innerösterreichischen Finanzausgleich dämpfende Effekte zu erwarten sind.

Zum Thema Sport kann ich sagen, dass sich Linz mit seinen vielfältigen Angeboten jeden Tag als Sportstadt beweist. Linz bietet, angefangen bei den Stadien über die Sportstätten bis hin zu vielfältigen Möglichkeiten, ein breites Sportangebot.

Linz verfügt auch über ein breites Angebot der kommunalen Gesundheitsvorsorge. Von der Bewusstseinsbildung bis zur besonders wichtigen Präventionsarbeit, ist für alle Generationen etwas dabei. Hierfür haben wir 10,5 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen Euro und 2,4 Millionen Euro gehen in die Rettungsdienste, die in Linz eine sehr wichtige Arbeit leisten.

Für investive Projekte ist ein Budget in Höhe von 6,4 Millionen Euro vorgesehen, 3,6 Millionen Euro davon laufen in wichtige Investitionen in die LINZ AG-Bäder. Zwei Millionen Euro stehen für die Investition in Bewegungsanlagen zur Verfügung.

Ich komme nun zum Schwerpunkt Kultur: Mit den breit gefächerten Musik-, Kunst- und Theaterangeboten hat Linz kulturell wirklich sehr, sehr viel zu bieten und ist auch über die Stadtgrenzen hinaus für dieses kulturelle Angebot bekannt.



Damit das auch so bleibt, haben wir im operativen Haushalt jedes Jahr rund 50 Millionen Euro berücksichtigt. Die LIVA kann z. B. durch einen Zuschuss in Höhe von zwölf Millionen Euro jährlich im Brucknerhaus, Posthof oder im Kinderkulturzentrums Kuddelmuddel zahlreiche Angebote für Linzerinnen und Linzer aller Generationen bieten.

Das international anerkannte Ars Electronica Center wird mit ca. 8,5 Millionen Euro im Jahr finanziert. Der Betrieb der Linzer Musikschulen kostet uns je rund acht Millionen Euro, dafür ermöglicht die Musikschule Kindern, unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln, Musikinstrumente zu erlernen oder sich in einem Chor zu engagieren. Beides fördert soziale Kompetenzen, das ist auch einmal wichtig zu erwähnen.

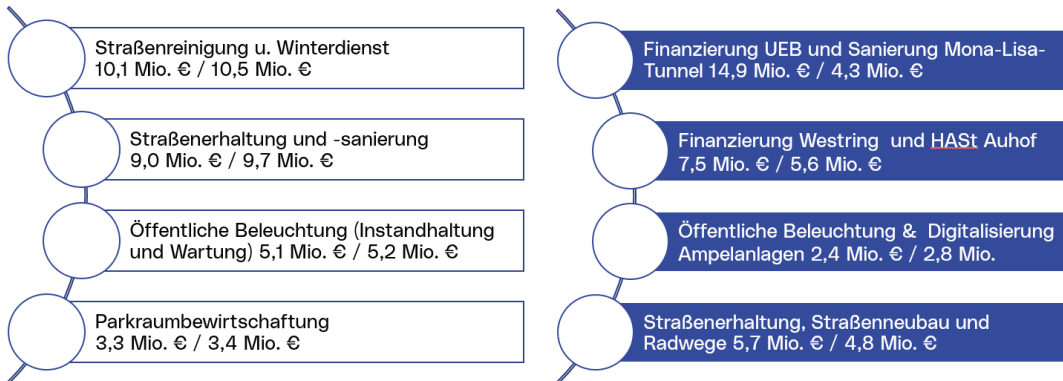
Mit 4,7 Millionen Euro im Jahr 2024 und 4,8 Millionen im Jahr 2025 sorgen wir dafür, dass Linz ein gutes Angebot an Museen anbieten kann. Diese sind eine wichtige Plattform für Künstler*innen, andererseits sind sie auch ein wichtiger Anziehungspunkt für unseren Tourismus. Beim Schwerpunkt Kultur haben wir Investitionen in Höhe von 4,6 Millionen Euro vorgesehen. Hier sieht man aber ganz klar, dass die Ausfinanzierung des Lentos und Musiktheaters dabei ist, sowie ein investiver Zuschuss an das Ars Electronica Center.

Ich komme nun zum Straßenbau und Verkehr: Wir haben im operativen Haushalt je um die 35 Millionen Euro und investive Projekte in Höhe von 36,4 Millionen Euro und 23,6 Millionen Euro berücksichtigt.

Schwerpunkt Straßenbau und Verkehr

Operative Ausgaben: 34,7 Mio. € / 36,5 Mio. €

Investive Projekte: 36,4 Mio. € / 23,6 Mio. €



Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **L_nz**

Wohin fließt dieses Geld des operativen Haushaltes? Wir benötigen jedes Jahr zehn Millionen Euro für die Straßenreinigung und für den Winterdienst. Wie vielfältig die Aufgabe des Winterdienstes ist und wie intensiv er benötigt wird, hat man heuer schon gut beobachten können. Man sieht also, dass diese zehn Millionen Euro wirklich eine wichtige Position ausmachen, die es hier benötigt.

Straßenerhaltung und Sanierung kosten neun Millionen Euro bzw. 2025 schon 9,7 Millionen Euro.

Die öffentliche Beleuchtung - damit meine ich nur die Instandhaltung und Wartung - braucht ein Budget von 5,1 Millionen Euro und 5,2 Millionen Euro im Folgejahr.

Die Parkraumbewirtschaftung kostet uns 3,3 Millionen Euro bzw. 3,4 Millionen Euro.

Bei den investiven Projekten ist die Einmalzahlung der Sanierung des Mona-Lisa-Tunnels in Höhe von zehn Millionen Euro abgebildet, die hier einen großen Effekt erzielt. Aber auch die Finanzierung der Umfahrungsstraße Ebelsberg (UEB) ist hier mit 4,3 Millionen Euro enthalten.

Die Finanzierung des Westrings und die Halbanschlussstelle Auhof sind mit 7,5 Millionen Euro und 5,6 Millionen Euro angeführt.

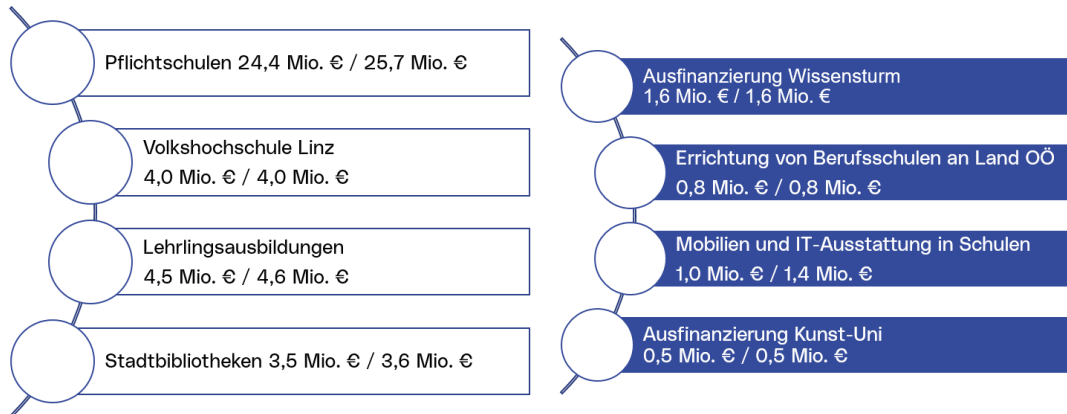
In den nächsten beiden Jahren wird es für einen Mobilitätsschwerpunkt geben. Hier sollen erforderliche Maßnahmen im Mobilitätsressort im Zusammenhang mit Straßenbau, digitalen Ampeln, öffentliche Beleuchtung sowie Geh- und Radwege umgesetzt werden. Diese Maßnahmen sind auch im investiven Budget ersichtlich.

Nun zum Thema Bildung: Der Magistrat ist einer der größten Lehrlingsausbildner in Linz und stärkt mit einer fundierten Ausbildung unseren Wirtschaftsstandort, weil wir hier wichtige Fachkräfte für die Zukunft ausbilden. Wir leisten damit auch einen wichtigen Beitrag für die Jugendbeschäftigung. Das kostet uns im Jahr 4,5 Millionen Euro, die hier in den operativen Ausgaben beinhaltet sind.

Schwerpunkt Bildung

Operative Ausgaben: 41,4 Mio. € / 43,0 Mio. €

Investive Projekte: 4,0 Mio. € / 4,5 Mio. €



15

Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl **L_nz**

Der größere Teil des operativen Haushaltes fließt in die Erhaltung der Pflichtschulen, denn wir sind Schulerhalter. Im Jahr 2024 sind 24,4 Millionen Euro und im Jahr 2025 25,7 Millionen Euro dafür berücksichtigt. Bildung ist ein wichtiges Fundament, um sich als Individuum weiterzuentwickeln, aber auch damit wir als Gesellschaft wachsen.

So bietet Linz ein vielfältiges Angebot für alle Generationen mit vielen Zusammenhängen an und geht mit diesem Angebot als Vorbild voran. Deshalb fließen jährlich vier Millionen Euro in die Volkshochschulen und rund 3,5 Millionen Euro in die Stadtbibliotheken. Die Finanzierung unseres Bildungszentrums in Linz, den Wissensturm, sieht man unter den investiven Projekten in Höhe von 1,6 Millionen Euro jährlich.

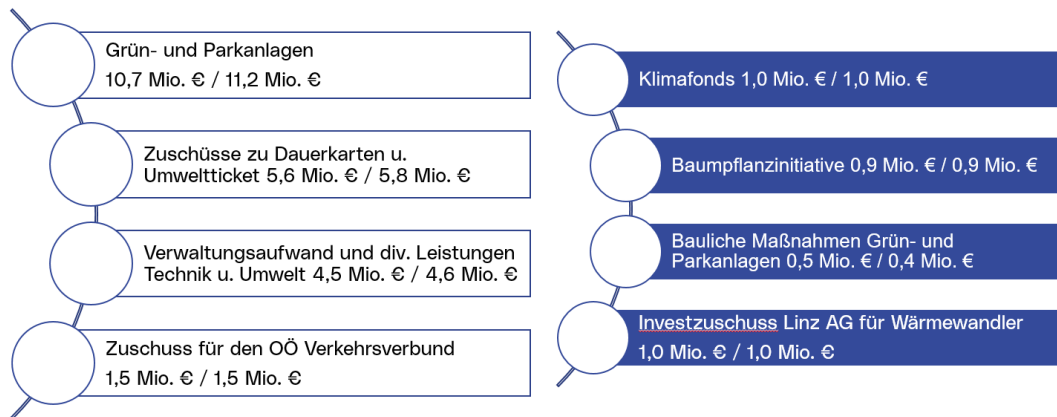
Wir leisten aber auch einen Beitrag an das Land Oberösterreich zur Errichtung von Berufsschulen und haben dafür je 0,8 Millionen Euro abzugeben. Im Bereich der Möbeln und IT-Ausstattung von Schulen haben wir auch eine Million Euro im Jahr 2024 und 1,4 Millionen Euro im Jahr 2025 berücksichtigt, weil wir auch hier in den nächsten Jahren im Zusammenhang mit Digitalisierung und IT-Ausstattung einiges zu leisten haben.

Zur Ausfinanzierung der Kunstuniversität haben wir - wie üblich - je eine halbe Million Euro berücksichtigt.

Ich komme nun zum Thema Umweltschutz, Klima und Stadtgrün: Klima- und Umweltschutz ist ein übergeordnetes Thema und es gilt, dieses Thema durch Maßnahmen der Stadt Linz nachhaltig und gezielt umzusetzen. Im Klimabudget finden wir ein kräftigendes Maßnahmenpaket vor, das einerseits korrektive Maßnahmen wie Bodenentsiegelung und die Baumpflanzinitiativen vorsieht, aber auch Finanzierungsmittel für Kühlungs- und Begrünungsmaßnahmen, unter anderem durch Fassaden- und Dachbegrünungen.

Schwerpunkt Umweltschutz, Klima und Stadtgrün

Operative Ausgaben: 28,2 Mio. € / 29,2 Mio. € Investive Projekte: 4,7 Mio. € / 4,9 Mio. €



16

Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **linz**

Wir haben aber auch die Entsiegelung und Neugestaltung von öffentlichen Plätzen sowie die Sanierung öffentlicher Wege im Fokus. Parkanlagen wie der Schillerpark und der Volksgarten werden hier ein Thema sein.

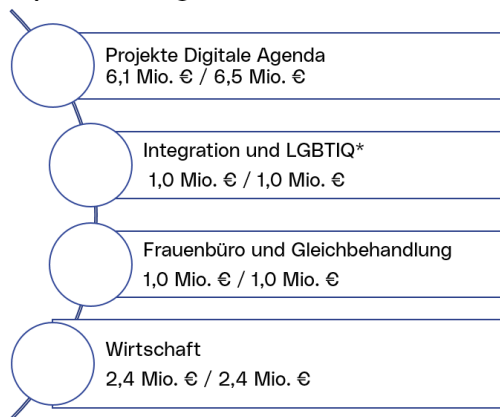
Auch den Klimafonds haben wir wieder mit einer Million Euro jährlich fortgeschrieben, um Projekte zum Vorantreiben von Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Biotopkartierungen und ökologisches Mähen sollen die Artenvielfalt in Linz schützen. Das ist auch ein neues Projekt, das wir berücksichtigt haben. Viele der Maßnahmen finden in Einklang mit der Linzer Industrie und Wirtschaft statt, um Linz als Wirtschaftsstandort weiterhin zu stärken.

Grün- und Parkanlagen werden jedes Jahr mit rund elf Millionen Euro berücksichtigt. Zudem leisten wir Zuschüsse zum Umweltticket in Höhe von 5,6 Millionen Euro und 5,8 Millionen Euro, damit sich die Linzerinnen und Linzer kostengünstig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln im Stadtgebiet fortbewegen können. Wir haben zum Beispiel auch Zuschüsse an den Oberösterreichischen Verkehrsverbund im operativen Haushalt berücksichtigt, die je 1,5 Millionen Euro ausmachen.

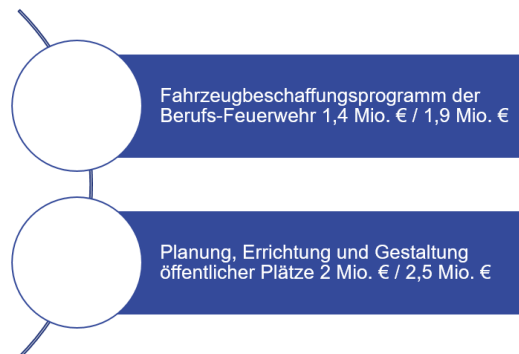
Bei den investiven Projekten sehen wir die bekannte Baumpflanzinitiative dieses Mal mit einem Budget von 0,9 Millionen Euro pro Jahr. Auch bauliche Maßnahmen für Grün- und Parkanlagen haben wir mit ungefähr einer halben Million Euro pro Jahr berücksichtigt. Außerdem leisten wir einen wichtigen investiven Zuschuss zum Wärmewandler der LINZ AG, der in der Dekarbonisierung in den nächsten Jahren einiges vorantreiben wird.

Weitere Schwerpunkte im Budget

Operative Ausgaben



Investive Projekte



17

Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl **L_nz**

Es gibt aber auch noch relevante Querschnittsthemen, wie zum Beispiel die digitalen Agenden der Stadt, für die wir in den verschiedenen Bereichen des Budgets einiges zu tun haben. Von der Umstellung auf digitale Ampeln, die ich schon erwähnt habe, bis zur EDV-Ausstattung in den Schulen und der Digitalisierung des Aufgabenportfolios des Magistrats, warten hier viele Herausforderungen und Aufgaben auf uns. Dafür sind 6,1 Millionen Euro im Jahr 2024 und 6,5 Millionen Euro im Jahr 2025 berücksichtigt. Diese Investitionen ermöglichen es uns Linz - trotz all der herausfordernden Rahmenbedingungen - zukunftsfit zu machen und das ist wichtig.

Als City of Respect treiben wir in vielen Zusammenhängen der Stadt Sensibilisierungsarbeit voran, einerseits um die Gleichberechtigung von Frauen und andererseits auch die Akzeptanz der LGBTIQ*-Community in Linz zu forcieren.

Wir leisten wesentliche Beiträge zur Integrationsarbeit und versuchen, dass wir zielorientierte Maßnahmen setzen, damit Integration in Linz gelingen kann. Wir setzen gemeinsam mit professionellen Kooperationspartnern verschiedenste Maßnahmen, die in der Integrationsstrategie enthalten sind, um. Für diese Maßnahmen sind in den nächsten zwei Jahren insgesamt zwei Millionen Euro veranschlagt und auch notwendig.

Im Rahmen der Budgetansätze der Wirtschaft wird es für die Innenstadtbelebung und das Marketing einen budgetären Raum geben. Die Innovations- und Wirtschaftskraft der Stadt stehen dabei im Fokus, um uns als Wirtschaftsstandort zu stärken. Hierfür sind je 2,4 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre vorgesehen.

Ich habe schon zu Beginn gesagt, dass es wichtig ist, die Berufsfeuerwehr nachhaltig mit entsprechenden und guten Fahrzeugen auszustatten. Stadtrat Raml und ich haben uns für ein gut durchdachtes Fahrzeugprogramm ausgesprochen. Es ist uns wichtig, dass wir einen guten Sicherheitsstandard gewährleisten können. Deswegen haben wir dafür im Jahr 2024 1,4 Millionen Euro und im Jahr 2025, 1,9 Millionen

Euro vorgesehen. Es ist wichtig, bei der Berufsfeuerwehr auch Mittel für die investiven Ansätze vorzusehen.

Die Planung, Entsiegelung und Gestaltung öffentlicher Plätze ist einerseits mit Blick auf Klimaschutzgesichtspunkte wichtig, aber auch, weil Linz durch seine Stadtgestaltung in Zukunft ein interessanter Anziehungspunkt für Besucher*innen sein soll. Zudem bleibt die Aufenthaltsqualität für die Linzerinnen und Linzer gewährleistet. Um diese Aufenthaltsqualität in Linz noch weiter zu steigern, haben wir mit Stadtrat Prammer mehrere Maßnahmen in Höhe von insgesamt 4,5 Millionen Euro für die nächsten Jahre berücksichtigt.

Einerseits geht es um die Umgestaltung des Urfahrmarktgeländes, die Entsiegelung des Martin-Luther-Platzes, die Gestaltung des Hauptplatzes und um die Errichtung eines Wasserspiels am Pfarrplatz, hier ist einiges vorgesehen. Bei diesen mittelfristigen Themen sind manche Planungsansätze bereits vorhanden und zum Teil stehen auch schon finanzielle Mittel für die Umsetzungen zur Verfügung.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich an dieser Stelle Finanzdirektor Christian Schmid und seinem Team für die sehr gute Zusammenarbeit, die hohe Zuverlässigkeit und das besondere Engagement auch im Zuge dieser Budgeterstellung danken. Vielen Dank, Christian und deinem Team, für diese großartige Zusammenarbeit. (Beifall)

Fazit

- Das Doppelbudget 2024 und 2025 wurde unter herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erarbeitet und mit den Stadtregierungsmitgliedern vorverhandelt.
- Auf Basis dieser Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung des aktuellen Leistungsportfolios ist die Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts jedoch aktuell nicht möglich.

18

Vizebürgermeisterin
Tina Blochl **L_nz**

Das Doppelbudget 2024 und 2025 ist - wie schon betont - unter sehr herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erarbeitet und mit den Kolleg*innen der Stadtregierung ausverhandelt worden. Auf Basis der vorgefundenen Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung des Leistungsportfolios ist aber die Erreichung - wir haben es schon gehört - eines ausgeglichenen Haushalts nicht möglich.

Ich bin aber davon überzeugt, dass die vorgenommenen Schwerpunktsetzungen und auch die Investitionen, die wir trotz der finanziellen Belastungen und Zusatzbelastungen tätigen, die Wirtschaftskraft unserer Stadt stärken und auch in diesen sehr herausfordernden Zeiten die Leistungsfähigkeit gewährleistet bleibt.

Ich bin auch davon überzeugt, dass Linz mit diesem Budget seinem Anspruch, eine urbane, wirtschaftlich starke und klimabewusste Landeshauptstadt mit vielfältigen Angeboten und Leistungsfeldern zu sein, gerecht wird.

Die gemeinsame Weiterentwicklung der Landeshauptstadt mit ihrem umfassenden Leistungsspektrum bedarf eben auch, dass wir überparteilich zusammenhalten, hinter diesem Budget stehen und im Sinne der Linzerinnen und Linzer eine gute Schwerpunktsetzung vornehmen können.

Fazit

- Linz wird mit diesem Budget seinem Anspruch an eine urbane, wirtschaftlich starke und klimabewusste Landeshauptstadt – mit seinen vielfältigen Angeboten und Leistungsfeldern – gerecht.
- Genau durch diese von uns gewählten Schwerpunkte können wir gemeinsam die Wirtschaftskraft und die Leistungsfähigkeit unserer Stadt auch in diesen wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sichern.

19

Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl **L_nz**

Ich bedanke mich für die Vorverhandlungen, die sehr konstruktiv waren und auf Augenhöhe stattgefunden haben. Danke schön dafür.

Es bleibt mir nur mehr zu sagen, dass ich um Zustimmung zum Voranschlag 2024 und 2025 ersuche, um Linz für die Zukunft zu gestalten. Danke.

Der Gemeinderat beschließe:

,1. Beschluss des Voranschlags 2024:

Der beiliegende Voranschlag mit den Daten zum Rechnungsjahr 2024, bestehend aus dem Vorbericht, dem Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag sowie den Nachweisen wird genehmigt.

2. Beschluss des Voranschlags 2025:

Der beiliegende Voranschlag mit den Daten zum Rechnungsjahr 2025, bestehend aus dem Vorbericht, dem Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag sowie den Nachweisen wird genehmigt.

3. Beschluss Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2029:

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2029 wird genehmigt.

4. Beschluss Ausgabensperre:

Der Stadtsenat wird beauftragt im Sinne der bezüglichlichen Verordnung des Gemeinderates vom 8. März 2012 im Finanzierungshaushalt prozentuelle Kürzungen von Auszahlungsbeträgen, respektive die teilweise oder gänzliche Aufhebung solcher prozentuellen Kürzungen von Auszahlungsbeträgen vorzunehmen.

5. Maßnahmen zur Einhaltung des Voranschlages:

Die durch den Voranschlag bereitgestellten Haushaltsmittel stellen auszahlungsseitige Höchstgrenzen dar. Für die als deckungsfähig erklärten Voranschlagskredite, die taxativ durch Beisetzen der jeweils gleichen Deckungsnummer zur Deckungsgruppe zusammengefasst sind, gilt § 9 Haushaltsordnung i.d.g.F. unter sinngemäßer Beachtung der Grundsätze der Bereichs- und Ressortbudgetierung.

Der Geschäftsbereich Finanzen wird ermächtigt, die auf Grund rechtlicher und/oder organisatorischer/struktureller Änderungen notwendigen Kreditübertragungen in den diesbezüglichen Geschäftsbereichen durchzuführen.

Der Geschäftsbereich Personal und Zentrale Services wird ermächtigt, in und nach einvernehmlicher Abstimmung mit dem Geschäftsbereich Finanzen zur Bedeckung der Gesamtpersonalkosten die Deckungsfähigkeit zwischen den einzelnen Personalkostenansätzen im Haushalt der Stadt Linz bei Bedarf herzustellen.

6. Erläuterungen:

Im Sinne des § 16 der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) sind Unterschiede zwischen der Summe der realisierten Beträge und der veranschlagten Beträge im Rechnungsabschluss zu erläutern. Erläuterungen sind dann vorzunehmen, wenn der Unterschiedsbetrag mindestens 10 Prozent des Voranschlagssolls beträgt und 100.000 Euro übersteigt.

7. Gewerbesteuer:

Soweit für den Zeitraum vor dem 1. Jänner 1994 noch Gewerbesteuer (nach dem Ertrag bzw.) nach der Lohnsumme zu entrichten ist, gelten die für die jeweiligen Jahre festgesetzten Hebesätze.

8. Darlehensaufnahmen:

Die im Voranschlag 2024 veranschlagten Darlehensaufnahmen in einer maximalen Gesamthöhe von 70.722.400 Euro zur Ausfinanzierung der investiven Auszahlungen im Rechnungsjahr 2024 werden genehmigt.

Die im Voranschlag 2025 veranschlagten Darlehensaufnahmen in einer maximalen Gesamthöhe von 67.267.900 Euro zur Ausfinanzierung der investiven Auszahlungen im Rechnungsjahr 2025 werden genehmigt.“

Zum Voranschlag 2024/2025 wurde folgende Erinnerung bzw. Einwendung eingebracht:

Erinnerungen der KPÖ-Bezirksorganisation Linz:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, gemäß § 53 Absatz 3 des Statuts der Landeshauptstadt Linz (StL 1992) bringt die KPÖ-Bezirksorganisation Linz nachstehende Erinnerungen zum Voranschlag 2024/2025 ein und ersucht, sofern erforderlich, die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen:

Der Bürgermeister möge rasch und entschlossen die vereinbarte Ausstiegsklausel der Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt, Land und ASFINAG für die A 26 Linzer Autobahn nutzen und dahingehend mit der ASFINAG in Gespräche treten. Das so gesparte Geld möge in den weiteren Ausbau des Linzer Öffentlichen Verkehrs investiert werden.‘

Bürgermeister Luger:

„Es ist noch nicht Zeit das Rednerpult zu verlassen, du bist uns noch die Präsentation des Dienstposten- und Stellenplans schuldig. Hier sehe ich ihn schon eingebildet, damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, am Wort bleibt Frau Vizebürgermeisterin Tina Blöchl.“

Vizebürgermeisterin Blöchl berichtet über

C ANTRAG DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES DES KINDER- UND JUGEND-SERVICES LINZ

C 1 Wirtschaftsplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz für die Rechnungsjahre 2024 und 2025

D ANTRAG DES STADTSENATES UND DES PERSONALBEIRATES

D 1 Dienstposten- und Stellenplan der Stadt Linz für die Jahre 2024 und 2025

E ANTRAG DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES DES KINDER- UND JUGEND-SERVICES LINZ

E 1 Dienstposten- und Stellenplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz für die Jahre 2024 und 2025

und führt aus:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher*innen auf der Galerie, wir machen einen kurzen Themenschwenk zum Dienstposten- und Stellenplan, der immer im Rahmen der Budgetgemeinderatsitzung beschlossen wird.

Ziel ist es, eine Personalplanung zu beschließen, die es uns ermöglicht, die vorhin bereits besprochenen Schwerpunkte auch umsetzen zu können und in den nächsten zwei Jahren die Leistungserbringung durch die Verwaltung herzustellen.

Ich gehe jetzt kurz auf die Veränderungen seit dem Gemeinderatsbeschluss 2021, bei dem wir das letzte Mal den Dienstposten- und Stellenplan beschlossen haben ein und darf diese präsentieren. Meine Ausführungen sind nicht nur auf die Zukunft ausgerichtet, sondern umfassen auch die Veränderungen, die sich schon in den letzten Jahren ergeben haben und dringend und notwendig umzusetzen waren.

Auf Basis der Empfehlungen von Personaldirektorin Mag.^a Schmidberger und ihrem Team und auch anhand der erkannten Bedarfe habe ich bereits Änderungen durchgeführt, die ich heute präsentieren möchte. Ich ersuche um Zustimmung, damit wir als Verwaltung weiterhin handlungsfähig sein können.

An dieser Stelle vielen Dank, Brigitta Schmidberger, für diese sehr intensive Arbeit mit vielen Diskussionen in den vergangenen zwei Jahren. Wir wissen, dass jeder zusätzliche Dienstposten natürlich auch mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Wir haben uns sehr viel Mühe gegeben und sehr viel darüber diskutiert, was tatsächlich notwendig ist, um einerseits kostensparend zu agieren und auf der anderen Seite die Handlungsfähigkeit des Magistrates nicht einzuschränken.

Grundsätzlich hat es mehrere Effekte gegeben, die auf diese Veränderung des Dienstposten- und Stellenplans eingewirkt haben. Bei einer der Änderungen, die wir heute vornehmen möchten, geht es um die Konkretisierung des Dienstpostenplans der Berufsfeuerwehr. Ich werde später näher darauf eingehen, was ich damit meine.

In diesem Dienstposten- und Stellenplan haben wir die Umsetzung des Kinderpaktes des Landes Oberösterreich inkludiert sowie die Gruppenerweiterungen unseres Kinderbetreuungsangebotes vorgesehen.

Der Dienstposten- und Stellenplan wird maßgeblich durch den aktuellen Generationenwechsel im Magistrat und die damit verbundene natürliche Fluktuation beeinflusst. Je höher die natürliche Fluktuation durch viele Pensionierungen ist, umso höher ist der Aufwand nicht nur im Geschäftsbereich Personal und Zentrale Services, sondern auch in den Verwaltungseinheiten. Einschulungsmaßnahmen sind notwendig, die Personalsuche ist auszuweiten und die Personalentwicklung verändert sich.

Es haben sich aber auch die Anforderungen an die Verwaltung verändert. Ich nenne beispielsweise nur die notwendige Digitalisierungsinitiative, die ich vorher schon erwähnt habe, oder die Einführung der Sicherheitsschleusen in den Rathäusern. Das alles hat zu einem Mehrbedarf an Personaleinheiten geführt.

Wir brauchen aber auch auf Grund der neuen Ansprüche an das Leistungsportfolio der Stadt Linz mehr Personal, um dieses gut umsetzen zu können. Beispiele dafür

sind die Umsetzung des Sozialprogrammes oder das Vorantreiben des Mobilitätsschwerpunktes bzw. die Umsetzung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen.

Nun aber zu den konkreten Zahlen: Der Dienstposten- und Stellenplan ist bekanntlich in zwei Teile unterteilt, einerseits in den Bereich des Magistrats und andererseits in den Bereich der Kinder- und Jugend-Services, die ich in weiterer Folge der Einfachheit halber mit ‚KJS‘ abkürze, so, wie wir das im Magistrat üblicherweise machen.

Dienstposten und Stellenplan 2024/25		
Dienstposten- und Stellenplan	2023	2024/25
Magistrat	1.844,900 VZÄ *(1.889,358 VZÄ)	1.971,592 VZÄ (+82,234 VZÄ)
Kinder- und Jugend-Services	1.404,425 VZÄ	1.497,895 VZÄ (+93,470 VZÄ)
Gesamt	3.249,325 VZÄ *(3.293,783 VZÄ)	3.469,487 VZÄ

Personalaufwand in Mio. EUR

HORE 2023: € 238,4
PLAN 2024: € 265,0
PLAN 2025: € 275,7

*Bei VZÄ-Berechnung der Mitarbeiter*innen im Branddienst der FW mit 48 WoStd. statt 40 WoStd.

Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl

LNZ

Ich starte mit dem Magistrat, bei dem es zu einer Erhöhung von rund 1.845 Dienstposten auf rund 1.972 Dienstposten kommt. Ich möchte die Neuschaffungen hervorheben, damit man ein Gespür dafür bekommt, was dahintersteht.

Ich habe vorhin schon angesprochen, dass wir eine Konkretisierung des Dienstpostenplans der Berufsfeuerwehr vornehmen. Was heißt das? Im alten Dienstposten- und Stellenplan waren alle Dienstposten der Berufsfeuerwehr mit 40 Wochenstunden bewertet waren. Das tatsächliche Stundenausmaß der Berufsfeuerwehr - das ist aber jetzt keine Neuerung, sondern das ist auch in der Vergangenheit so gewesen - macht jedoch 48 bzw. 60 Wochenstunden aus. Das führt bei der Berufsfeuerwehr zu einer Korrektur von 206 auf 250 Dienstposten. Mir ist wichtig, dass wir hier korrekt sind, deswegen ersuche ich um Zustimmung zu dieser Korrektur.

Ich betone aber auch, dass es nur um eine Veränderung der Darstellung geht und nicht um eine tatsächliche personelle Veränderung. Es geht rein darum, dass man tatsächlich abbildet, was in der Realität gelebt wird. Das führt also nicht zu personellen Veränderungen und auch nicht zu Zusatzkosten, es geht lediglich um die Anpassung des Beschäftigungsausmaßes an das tatsächlich praktizierte.

Darüber hinaus waren im Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Familie 17 Neuschaffungen notwendig. Um das Linzer Sozialprogramm mit seinen zahlreichen Schwerpunkten umzusetzen, bedarf es auch mehr Personal.

Darüber hinaus gab es aber auch verschiedenste Entwicklungen und Zusatzanforderungen an die Kolleginnen und Kollegen im Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Familie, die zusätzliche Dienstposten erforderten. Das war zum Beispiel die Entwicklung der Fallzahlen und die steigende Komplexität mancher Fälle. Aber auch Veränderungen der Regulatorik führten zum Bedarf an zusätzlichen Personaleinheiten.

Im Geschäftsbereich Gebäudemanagement und Tiefbau wurden zwölf zusätzliche Dienstposten benötigt, die Hälfte der Stellen geht auf die neuen Sicherheitsschleusen zurück. Hier brauchen wir sechs Vollzeitäquivalente (VZÄ), um diese Sicherheitsschleusen zu betreuen. Großprojekte im Zusammenhang mit der Beleuchtung und Verkehrstechnik sowie die Straßenbaukoordination machten die restlichen Aufstockungen notwendig.

Im Geschäftsbereich Personal und Zentrale Services waren Neuschaffungen im Umfang von elf Vollzeitäquivalenten notwendig. Das geht einerseits auf Digitalisierungsprojekte, im Wesentlichen aber auf den Generationenwechsel, den ich vorhin beschrieben habe, zurück. Wie sich jeder vorstellen kann, braucht man, wenn viele Menschen in Pension gehen, natürlich mehr Personen, die die Aufgaben im Recruiting aktiv bearbeiten und beispielsweise Vorstellungsgespräche durchführen. Natürlich häufen sich durch diesen Generationenwechsel die Auswahlverfahren und die Anforderungen bei uns im Magistrat steigen.

Auf der anderen Seite müssen wir uns weiterhin in der Personalentwicklung weiterentwickeln. Wir müssen die Ausbildungsprogramme erweitern und durch Mentoring-Programme und ‚Training on the Job‘ mehr Personalressourcen allokieren, damit die neu ankommenden Mitarbeiter*innen rasch in ihre Aufgabenfelder hineinfinden.

Durch ‚Employer Branding‘ und Mitarbeiter*innenbindungsmaßnahmen versuchen wir dem Trend entgegenzuwirken. Man beginnt nicht mehr in einem Unternehmen zu arbeiten und geht auch dort in Pension, das war früher so. Mittlerweile ist es aber generell am Markt so - das ist kein Unikum am Magistrat -, dass sich die Mitarbeiter*innenbindungsphasen verkürzen. Durch diese Personalbindungsmaßnahmen und vor allem durch die Professionalisierung des ‚Employer Brandings‘ wirken wir aktiv entgegen. Um zeitgemäß agieren zu können, benötigen wir aber natürlich auch mehr Ressourcen.

Im Geschäftsbereich Stadtgrün und Straßenbetreuung brauchen wir für die Pflege des Grünraums zusätzlich knapp neun Vollzeitäquivalente. Das ist die Realität, je mehr Grünraum wir in der Stadt haben, umso mehr Pflegearbeiten sind notwendig. Die budgetären Mittel und die Dienstposten gehen Hand in Hand, wenn man diese Projekte vorantreibt.

Im Geschäftsbereich Planung, Technik, Umwelt brauchen wir gerade in der Mobilitätsplanung, im Fördermittelmanagement und im Bereich Umwelt zusätzliche Ressourcen, weil sich auch hier die Aufgabenstellungen verändert haben.

Ich komme jetzt zu den Kinder- und Jugend-Services der Stadt Linz (KJS). Man sieht, dass wir 93 zusätzliche Dienstposten geschaffen haben, bei denen vor allem die Umsetzung des Kinderpaktes des Landes Oberösterreich eine Rolle spielt, die wahrscheinlich alle medial intensiv verfolgt haben.

Hier haben wir auch die im Gemeinderat beschlossene Erweiterung des psychosozialen Betreuungsangebots durch das Institut für Familien- und Jugendberatung in Linz Süd. Hier gibt es ein zusätzliches Angebot.

Entwicklung des Linzer Kinderbetreuungsangebotes

Jahr	Hort		Kindergarten		Krabbeltube		Gesamt	
	Gruppen	+/-	Gruppen	+/-	Gruppen	+/-	Gruppen	+/-
2022	241	10	236	2	101	2	578	14
2023	251	10	239	3	104	3	594	16
2024	251	0	241	2	106	2	598	4
2025	258	7	245	4	106	0	609	11
Veränderung gesamt		27		11		7		45

Vizebürgermeisterin
Tina Blöchl **L_nz**

Wir mussten auch Gruppenerweiterungen vornehmen, weil es unser Anspruch ist, dass wir ein entsprechendes Angebot bieten. An der geplanten Entwicklung unseres Kinderbetreuungsangebotes - ich habe eine Übersicht ab 2022 mitgenommen - , sieht man, dass in den kommenden zwei Jahren in Linz sieben zusätzliche Hortgruppen, sechs zusätzliche Kindergartengruppen und zwei zusätzliche Krabbeltubengruppen eröffnet werden sollen. Das sind insgesamt 15 neue Gruppen.

Diese Investitionen sind wichtig, weil dieser Ausbau des Kinderbildungs- und Betreuungsangebotes dafür sorgt, dass wir in Linz weiterhin auch unsere sozialen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen können. Wir wollen Eltern bei ihren familiären und beruflichen Verpflichtungen unterstützen und so auch die Berufstätigkeit beider Elternteile fördern. An dieser Präsentation kann man gut erkennen, wie wir uns in Linz bei unserem Kinderbetreuungsangebot entwickeln.

Abschließend einen herzlichen Dank an die Personaldirektion und an die Kolleginnen und Kollegen im Geschäftsbereich Personales und Zentrale Services für die rasche Anpassung an diese neuen Gegebenheiten, das Engagement, den Veränderungswillen und die Tatkraft, hier anzupacken und Analysen zu erstellen. Wir haben jeden Dienstposten, den wir neu erstellt haben, miteinander diskutiert und umfangreich analysiert, auch mit den Kollegen. Das ist unser Anspruch, den wir an die Arbeit haben, nämlich, dass wir immer auch die finanzielle Komponente berücksichtigen.

Auf der einen Seite wissen wir, dass es aufgrund des Aufgabenportfolios notwendig ist, neue Dienstposten zu schaffen, aber wir haben schon auch immer im Auge wie viel unsere Dienstposten kosten. Wir machen es uns wirklich nicht leicht, wir analysieren im Detail und diskutieren diese Dienstposten.

Ich bin überzeugt, dass wir eine gute Lösung für den Magistrat geschaffen haben und ersuche auch hier um Zustimmung, damit wir in den nächsten zwei Jahren die von uns geplanten Projekte auch gut umsetzen können. Vielen Dank. (Beifall)

Dienstposten- und Stellenplan für die Jahre 2024 und 2025

Der Gemeinderat beschließe:

,1. Die beiliegenden Dienstposten- und Stellenpläne des Magistrates der Landeshauptstadt Linz für die Jahre 2024 und 2025 für die Beamt*innen, die Vertragsbediensteten und die ständigen sonstigen Bediensteten der Stadt Linz (Magistrat inkl. der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz) werden genehmigt.

2. Der Stadtsenat bzw. der Verwaltungsausschuss der Kinder- und Jugend-Services Linz werden ermächtigt, den jährlichen Dienstpostenplan, wenn es für die Erfüllung der Aufgaben der Stadtverwaltung erforderlich ist (insbesondere im Fall einer Organisationsänderung) im erforderlichen Ausmaß unterjährig anzupassen - somit insbesondere auch Wertigkeitsänderungen vorzunehmen - soweit diese Maßnahme im Gesamtpersonalaufwand des Voranschlags 2024 (und in der Folge 2025) Deckung findet (§ 3 Abs. 4 Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 - Oö. StGBG 2002). Anpassungen durch unterjährige Aufnahmen von Bediensteten bei Eintritt eines unmittelbar dringenden oder bei unaufschiebbaren Organisationsänderungen gegebenen Bedarfes sowie durch Einstellung behinderter Personen können im Ausmaß von jährlich drei Prozent über dem ausgewiesenen Gesamt-Sollstand vorgenommen werden.

3. Der Stadtsenat wird nach § 46 Abs. 1 Z. 2 iVm Z. 4 StL 1992 im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit und Einfachheit für die Jahre 2024 und 2025 beauftragt:

- a) zur Führung von Beamt*innen und ständigen sonstigen Bediensteten zu Lasten von Vertragsbedienstetenstellen im Falle von Pragmatisierungen oder Versetzungen,**
- b) zur Führung von Vertragsbediensteten und ständigen sonstigen Bediensteten zu Lasten von Beamt*innenposten,**
- c) zur Führung von Bediensteten einer bestimmten Wertigkeit zu Lasten eines Arbeitsplatzes einer anderen Wertigkeit,**
- d) zu Lasten von Arbeitsplätzen mehrere teilzeitbeschäftigte Bedienstete zu führen, mit der Maßgabe, dass deren Gesamtstundenverpflichtung jene der auf vollbeschäftigte Bedienstete umgerechneten Anzahl nicht übersteigt,**
- e) zu Lasten von freien Arbeitsplätzen Bedienstete zu führen, die vor dem 1. Juli 2002 in den Dienst der Stadt Linz getreten sind und keine wirksame Optionserklärung abgegeben haben.'**

Wirtschaftsplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz für die Rechnungsjahre 2024 und 2025

Der Gemeinderat beschließe:

,1. Der beiliegende Dienstposten- und Stellenplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz 2024/25 mit einer Gesamtzahl von 1.497,895 Vollzeit-Arbeitsplätzen wird genehmigt.

2. Der beiliegende Wirtschaftsplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz 2024, der Einnahmen in Höhe von 57.127.900 Euro, Ausgaben in Höhe von 103.044.900 Euro und einen daraus resultierenden Abgang in Höhe von 45.917.000 Euro vorsieht, wird genehmigt.

Der beiliegende Wirtschaftsplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz 2025, der Einnahmen in Höhe von 58.905.300 Euro, Ausgaben in Höhe von 107.397.000 Euro und einen daraus resultierenden Abgang in Höhe von 48.491.700 Euro vorsieht, wird genehmigt.“

Bürgermeister Luger:

„Danke sehr, es ist jetzt 10:04 Uhr und wir starten mit der **Generaldebatte**. Als erste Rednerin wird für die sozialdemokratische Fraktion Frau Gemeinderätin Beate Gotthartsleitner das Wort ergreifen.“

Gemeinderätin Gotthartsleitner für die SPÖ-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuseher*innen hier im Alten Rathaus, herzlich willkommen auf der Galerie, und liebe Zuseherinnen und Zuseher zu Hause vor den Bildschirmen, mit dem vorliegenden Doppelbudget und seinen Schwerpunkten ist garantiert, dass wir die gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Stadt weiterhin ermöglichen. Wir schaffen damit einen Brückenschlag in die Zukunft. In die Zukunft von Linz und in die Zukunft der Linzerinnen und Linzer.

Unsere Stadt wächst, die Bevölkerungszahl betrug zu Beginn dieses Jahres mehr als 211.000 Menschen. Das ist kein Zufall, sondern ein Beweis dafür, dass die Stadt attraktiv ist, und dass die Menschen die Lebensqualität hier vorfinden, die sie sich für sich und ihre Familien wünschen.

Lassen Sie mich an einigen Beispielen im Budget aufzeigen, wo sich diese Lebensqualität wiederfindet und welche Schwerpunkte für uns als sozialdemokratische Fraktion im Vordergrund stehen. Wir schaffen einen Brückenschlag in die Zukunft von Linz, wo weiterhin soziale Sicherheit und ein gutes Zusammenleben garantiert werden. Die Linzer Sozialpolitik ist die DNA dieses Budgets. Mehr als jeder dritte Euro fließt über Leistungen wieder zurück an die Linzerinnen und Linzer.

Wir garantieren mit diesem Budget ein flächendeckendes Angebot an Kinderbildungseinrichtungen. Dafür wird Linz Jahr für Jahr von der Arbeiterkammer Oberösterreich mit der Bestnote 1A ausgezeichnet.

In diese Bewertung fließen unter anderem die täglichen Öffnungszeiten, das Angebot an Mittagessen, die Betreuung während des Sommers oder auch die Schließtage im Laufe des Jahres.

Wir sind mit unserem Angebot österreichweit Benchmark. Wir ermöglichen damit eine echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. (Beifall) Wir setzen damit auch ein

starkes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Linz. Denn die Linzer Arbeitnehmer*innen wissen es zu schätzen, dass ihre Kinder gut betreut sind und die Arbeitgeber*innen wissen wiederum zu schätzen, dass sich ihre Mitarbeiter*innen und ihre Familien auf ein gutes Netz verlassen können.

Wir retten mit unserer Bestnote 1A Jahr für Jahr auch die Statistik des Landes Oberösterreich. Andere Gemeinden und Städte schauen mit Bewunderung nach Linz. Was hier selbstverständlich ist, ist woanders oftmals Zukunftsmusik. Und auch, als sich vor einigen Jahren das Land aus der Nachmittagsbetreuung zurückgezogen hat, war es für uns keine Frage, dass wir hier im Sinne der Familien einspringen.

Und weil ich schon von Familie und Beruf gesprochen habe: Wir schaffen mit diesem Budget auch einen Brückenschlag in die Zukunft von Linz als Stadt der Arbeit und als attraktiven Wirtschaftsstandort.

Die jüngere Generation kann sich darauf verlassen, dass wir für die beste Ausbildung sorgen. Welchen wichtigen Stellenwert Bildung und ihre Weiterentwicklung hat, zeigt sich besonders bei den Investitionen in eine neue digitale Bildungsinfrastruktur, um die Hard- und Software zu erneuern und innovative Lehr- und Lerninhalte im Unterricht zu ermöglichen.

Um den Kindern und Jugendlichen aber nicht nur die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, sondern auch die bestmögliche Förderung zu garantieren, bieten wir eine Nachmittagsbetreuung an. Damit können wir wiederum garantieren, dass sich Erziehungsberechtigte darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestens betreut sind.

Die Stadt Linz fördert als Arbeitgeberin die Lehre und bildet kontinuierlich gefragte Fachkräfte aus. Durch die breite Palette an Berufsfeldern ist die städtische Unternehmensgruppe Linz landesweit ein Motor in Sachen Lehrlingsausbildung. Es entspricht unserer sozialen Verantwortung, einen starken Beitrag zur Jugendbeschäftigung zu leisten und auch Vorbild für andere Ausbildungsbetriebe zu sein.

Mehr noch: Mit unseren unterschiedlichen Programmen und Projekten helfen wir zudem jenen jungen Menschen, die etwas Unterstützung beim Start in das Berufsleben benötigen.

Linz steht als dynamischer Wirtschaftsstandort auf einem stabilen Fundament. Neben einem traditionell starken Industrie- und Techniksektor gibt es viele IT-Leitbetriebe sowie eine wachsende Anzahl von Start-ups in verschiedenen Branchen. Als Sitz von weltweit renommierten Unternehmen ist unsere Lebensstadt nach wie vor die einzige Stadt Österreichs, die über mehr Arbeitsplätze als Einwohner*innen verfügt.

Deswegen ist für uns auch die Vernetzung von Innovation und Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Linz fördert damit als wirtschaftliches Zentrum Österreichs das unbestritten vorhandene Innovationspotenzial. Die Kooperation von öffentlicher Hand und privatem Unternehmertum ist einzigartig und zeigt, wie wesentliche städtische Elemente diese Innovationskraft fördern können.

Mit der Einrichtung des Innovationsbüros im Jahr 2019 wurde Linz dem Anspruch gerecht, eine Drehscheibe für Innovationsprojekte in der oberösterreichischen Landeshauptstadt zu sein. Im Zentrum stehen Projekte, die über Start-Ups, Hightech und IT-Wirtschaft hinausgehen und sämtliche urbane Lebensbereiche, von Bildung, Kultur bis zu Sozialem und Umwelt, berühren.

Die erwerbstätigen Menschen dieser Stadt können sich darauf verlassen, dass wir Arbeitsplätze sichern und auch die Arbeitsplätze der Zukunft gestalten.

Das Leben besteht aber nicht nur aus Arbeit. Was kommt nach dem Erwerbsleben? Richtig, die Pension. Die Seniorinnen und Senioren in dieser Stadt haben nicht nur zahlreiche Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, sondern auch die bestmögliche Versorgung. Denn wenn wir schließlich einmal alle älter werden, haben wir den Wunsch, möglichst lange gesund zu bleiben, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu bleiben und wenn dann der Pflegefall eintritt, wünschen wir uns ein Altern in Würde.

Dafür sorgen wir mit unseren Mobilen Diensten und mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den stationären Einrichtungen - den Seniorenzentren der Stadt. Wir schaffen auch einen Brückenschlag in die Zukunft für ein Linz, wo sich Seniorinnen und Senioren sicher fühlen können. Mit unseren Sozialberatungsstellen ‚Kompass‘, mit unserem Pilotprojekt der ‚Community Nurses‘, bieten wir kompetente Ansprechpersonen für unsere ältere Generation.

Jedem Menschen mit Rat und Unterstützung zur Seite zu stehen, das ist - meine Damen und Herren - das Fundament unserer Gemeinschaft. Denn oftmals kommen Menschen auch in Notlagen. Auch dafür sind wir als Stadt gerüstet. Die Stadt Linz kümmert sich um jene Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Hilfe benötigen. Was oftmals als ‚soziale Hängematte‘ oder ‚Belastung in öffentlichen Budgets‘ verunglimpft wird, ist das, worauf Linz besonders stolz sein kann: ein soziales Netz, das Menschen auffängt, das den Menschen Perspektiven aufzeigt und ihnen hilft, wenn sie in schwierige Situationen geraten sind. Meine Damen und Herren, auch das ist ein Brückenschlag für die Zukunft, das ist unsere Verantwortung. (Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle jenen Menschen danken, die durch ihr Engagement im öffentlichen Dienst, in den Sozial- und Bildungseinrichtungen einen viel zu oft unterschätzten Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Ob im Kindergarten, in Behinderteneinrichtungen, für die Jugendlichen in den Jugendzentren oder beim Streetwork, in der Schule, in der Lernförderung, in der Lehrunterstützung, bei Beschäftigungsprojekten, in der Sozialarbeit mit Eltern, mit Kindern, mit Schulkindern, bei den Gesundheits- und Pflegediensten und in unserer Sozialverwaltung. Sie, meine Damen und Herren, leisten jeden Tag Großartiges, vielen Dank dafür. (Beifall)

Das Ineinandergreifen all dieser Elemente ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass ein Zusammenleben in dieser Stadt funktionieren kann. Eines dieser Elemente ist auch eine fundierte Integrationsstrategie. Als zentrale Schwerpunkte stehen demnächst das Empowerment von Frauen wie auch die Gestaltung von Zukunftschancen von unseren Kindern im Mittelpunkt. Denn für uns stehen die Menschen und ihre Bedürfnisse im Vordergrund unseres Handelns.

Ein Zusammenspiel aller Elemente benötigen wir aber auch bei unserem Ziel, den Brückenschlag in eine Zukunft von Linz als klimaneutrale Industriestadt zu schaffen. Denn als Industriestadt kommt Linz im Rennen um das Erreichen der Klimaziele eine besondere Bedeutung zu. Im internationalen Vergleich haben wir eine Sonderstellung, weil die ansässige Industrie zehn Prozent des bundesweiten CO₂-Ausstoßes verursacht.

Linz hat daher die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung, einen deutlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Die ansässigen Unternehmen sind bereit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bereit, wir als Stadt sind bereit.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität spielt Wasserstoff eine wichtige Rolle. Die große Bedeutung der Industrie und die natürlichen Speichermöglichkeiten in Oberösterreich sind zwei besondere Voraussetzungen dafür. Für die zügige Umsetzung der energieintensiven Produktion braucht es die Zusammenarbeit von Verwaltung, Produktionsunternehmen, Energieversorgern und Forschungseinrichtungen.

Mit dem Start der H₂ Convention wird Linz zum zentralen Treffpunkt der Wasserstoffwirtschaft. Wenn wir die Energiewende nicht schaffen, wird der Standort Oberösterreich nicht zukunftsfähig sein. Der Weg dorthin ist weit, aber beschreiten wir diesen Weg gemeinsam. In den bisherigen Projekten gibt es vielversprechende Ansätze. Es gilt, diese zu unterstützen und zu forcieren, wo immer wir als Stadt Linz die Möglichkeit dazu haben.

Wir haben uns in unserer Stadt bereits partei- und ressortübergreifend darauf verständigt, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, damit Linz eine klimagerechte Stadt wird. Der Grundstein ist gelegt, bleiben wir nun partei- und ressortübergreifend am Ball, um unsere Ziele zu erreichen. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir schaffen mit diesem Budget einen Brückenschlag in die Zukunft. Allerdings unter wirklich herausfordernden Rahmenbedingungen. Die öffentlichen Einnahmen stagnieren, inflationsbedingt steigen jedoch die Ausgaben. Im Budget spüren wir die Auswirkungen jener Krisen, die auch den Bürgerinnen und Bürgern Sorgen bereitet haben und immer noch Sorgen bereiten.

Die Nachwehen der Corona-Pandemie, die Auswirkungen des Konfliktes in der Ukraine, Energiekrise, Inflation, Teuerung. Das alles macht es nicht leichter.

Ein zusätzlicher Wermutstropfen liegt darin, dass die Stadt hohe Zahlungen an das Land Oberösterreich leisten muss, wie es von Vizebürgermeisterin Tina Blöchl bereits ausgeführt worden ist. Diese Ungleichbehandlung führt dazu, dass die Linzer*innen netto viel mehr an das Land zahlen, als sie Steuergeld vom Land erhalten.

Und dennoch ist es uns gelungen, dieses Doppelbudget vorzulegen. Es ist also der richtige Zeitpunkt jenen zu danken, die sich für dieses Budget eingesetzt haben. Zuerst mein Dank an Finanzreferentin Vizebürgermeisterin Tina Blöchl und an unseren Finanzdirektor Christian Schmid und sein Team. Herzlichen Dank für euer Engagement. (Beifall)

Abschließend, und da erlauben Sie mir, dass ich auch auf die Galerie schaue, weil ich viele Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung dort sitzen sehe, herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Linz und der Unternehmensgruppe Linz. Sie sind ein zentraler Baustein für die Sicherung der von mir angesprochenen Lebensqualität in dieser Stadt. Herzlichen Dank. (Beifall)

Werte Kolleginnen und Kollegen des Linzer Stadtparlaments. Lassen Sie uns diesen von mir skizzierten Brückenschlag in die Zukunft gemeinsam gestalten. Für Linz, für die Linzerinnen, für die Linzer. Stimmen Sie diesem Doppelbudget heute zu. Herzlichen Dank.“ (Beifall)

Vizebürgermeister Mag. Martin Hajart, MBA für die ÖVP-Fraktion:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und des Gemeinderates, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuschauer*innen auf der Galerie und im Internet, Ich stelle meine heutige Rede unter das Motto ‚Stabilität und Verlässlichkeit für Linz‘. Ich möchte dabei zum einen den Blick auf das aktuelle Budget werfen, zum anderen aber auch einen Blick in die Zukunft wagen.

Das ist heute meine erste Budgetrede in meiner Funktion als Vizebürgermeister. Und ich muss ganz ehrlich sagen, mir ist die Vorbereitung nicht ganz einfach gefallen. Denn die finanzielle Situation ist nicht einfach, um nicht zu sagen, sie ist ziemlich verzwickt.

Schauen wir uns die ‚Großwetterlage‘ in Europa und in Österreich an: Geopolitische Krisen und Kriege, die sich auch auf Österreich und auch auf Linz auswirken, die Teuerung, gestiegene Zinsen und insgesamt eine Eintrübung der Konjunktur.

Das alles ergibt natürlich eine Belastung und eine Verunsicherung bei den Menschen. Das alles ergibt auch eine Belastung und Verunsicherung bei den Unternehmen. Letztendlich wirkt sich das leider auch entsprechend negativ auf die Finanzen der öffentlichen Hand aus. So auch auf Linz.

Nun die große Frage: Was tut man als Politik - als verantwortungsvolle Politik - in so einer Situation?

Meine Antwort: Man muss für Stabilität und Verlässlichkeit sorgen. Wir müssen den Menschen und den Unternehmen ein möglichst stabiles Umfeld bieten, damit hier auch die nötige Sicherheit einkehrt. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, tun wir als Linzer Volkspartei. Es geht uns um Zusammenarbeit, um Zusammenhalt in einer nicht einfachen, ganz im Gegenteil, in einer schwierigen Situation für Linz. Insofern werden wir heute dem Budget 2024 und 2025 zu weiten Teilen auch zustimmen.

Ich möchte aber schon betonen, was mir sehr, sehr große Sorgen bereitet. Das ist der budgetäre Ausblick, denn auch die mittelfristige Finanzplanung, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht heute zur Beschlussfassung. Und jeder der bzw. jede die sich mit den Zahlen befasst hat und auskennt, muss erschüttert sein und erschauern, wenn er bzw. sie in diese budgetäre Zukunft blickt.

Wenn man sich diese Zahlen, dieses Zahlenwerk anschaut, dann muss man sehen, dass die finanzielle Stabilität der Landeshauptstadt Linz in Gefahr ist. Ich möchte

fast sagen, dieses Zahlenwerk vergisst auf die Zukunft. Dieser Schuldenrucksack, der sich zunehmend ansammelt, belastet - vor allem auch die künftigen Generationen - massiv. Wir alle sollten und müssen uns eigentlich bewusst sein, dass man mit so einem Schuldenrucksack nicht weit gehen können wird.

Die Finanzierungslücke steigt laut mittelfristiger Finanzplanung deutlich an und der Abgang beträgt pro Jahr minus 130 Millionen Euro. 130 Millionen Euro Abgang, die jedes Jahr zu den bisherigen Schulden dazukommen, bei einem Gesamtbudgetvolumen von circa einer Milliarde Euro. Eine Milliarde Budget in Summe, 130 Millionen Euro Abgang jedes Jahr.

Das größte Problem dabei ist, dass diese Schulden nicht nur für Investitionen aufgenommen werden, sondern auch für den laufenden Betrieb aufgenommen. Dadurch entsteht diese massive Last an sogenannten Kassenkrediten.

Schulden, die mit Schulden bedient werden, sind brandgefährlich. Und wenn dann die Zinsen für die Schulden zum Teil mit den Schulden bedient werden, dann sollte in jedem von uns deutlich eine Alarmglocke schrillen.

Man könnte es sich jetzt vonseiten der Politik relativ einfach machen und zum Beispiel als Opposition sagen: ‚Okay, das passt für uns so nicht und wir stimmen beim Budget dagegen‘. Aber das ist für mich keine Politik von Stabilität und Verlässlichkeit.

Man könnte auf der anderen Seite auch sagen: ‚Rosig schaut es nicht aus, aber das sind einfach die Begleitumstände. Das nehmen wir so zur Kenntnis und segnen das ab‘. Oder: ‚Es ist ‚eh wurscht‘, weil wir es ja schon gewohnt sind, dass jedes Jahr diese Schuldenpolitik betrieben wird, das ist fast gute Tradition‘.

Oder aber man sagt vielleicht: ‚Schuld sind die anderen, andere Gebietskörperschaften und insofern berührt es uns auch nicht‘. Aber auch das ist aus meiner Sicht keine Politik von Stabilität und Verlässlichkeit.

Für mich ist eine Politik der Stabilität und Verlässlichkeit, dass wir einen großen Spagat schaffen sollten. Wir sollten in die Zukunft investieren, beispielsweise in die Schulen. Dort wird aus unserer Sicht viel zu wenig investiert, da enthalten wir uns heute auch. Ebenso wie bei den leider zu niedrigen Investitionen in die freiwillige Feuerwehr, aber darauf werden meine Kolleginnen und Kollegen in der Spezialdebatte noch zu sprechen kommen.

Aber es geht vor allem um Investitionen in die großen Zukunftsbereiche, da nenne ich beispielsweise die Klimaneutralität und die Mobilitätswende, die wir ja alle anstreben. Für solche Zukunftsinvestitionen sind Schulden legitim und auch notwendig.

Aber der operative Bereich soll nicht durch Schulden betrieben werden. Die Mittelfristplanung sagt aber leider aus, dass der laufende Betrieb derzeit mit 50 Millionen Euro minus leider klar defizitär ist.

Ich glaube, der Ausweg aus der Linzer Malaise kann mittel- und langfristig nur eine klare Offensivstrategie sein. Haben wir als Politik eine klare Vision, den Gestaltungswillen und auch das Selbstbewusstsein, den Magistrat entsprechend auszurichten, auf Visionen auszurichten, die wir uns als Politik auch zurechtlegen sollten. Ich sage klar, mit den Rezepten von gestern wird man die Probleme von heute und von morgen nicht lösen können.

Seien wir ideenreich und nutzen wir die Chancen, die sich uns bieten.

Erstens: Gehen wir im Bereich der Digitalisierung voran. Ganz kurz ist sie schon angesprochen worden, die neue Digitaluniversität. Sie ist aus meiner Sicht eine Jahrhundertchance, die man offen, mit beiden Armen, annehmen sollte. Eine riesige Chance. Arbeiten wir daran, dass wir Linz zu einer echten Universitätsstadt machen. Schauen wir, dass wir für internationale Top-Kräfte attraktiver werden.

Da geht es auch darum, dass wir die entsprechenden Freizeit-, Sport- Kultur- und Naherholungsmöglichkeiten aufwerten bzw. schaffen. Ich möchte an dieser Stelle auch ein anderes Thema aufgreifen, nämlich die Diskussion um die Badebucht in Linz. Diese wird jetzt - vorwiegend aus finanziellen Gründen - zu Grabe getragen. Ich denke aber, dass man dieses Projekt weitergehen sehen sollte, auch als Anreiz dafür, dass internationale Top-Leute zu uns kommen. Den Lebensmittelpunkt wählt man nicht allein wegen eines Jobs, sondern da sind vor allem auch die ‚Softfacts‘ ganz relevant. (Beifall) Arbeiten wir mit unseren hervorragenden Unternehmen, beispielsweise im Digitalbereich zusammen und holen wir ihre Ideen ein. Verändern wir die Stadt Linz von der ‚Stadt des Hochofens‘ zu einem digitalen Schmelztiegel.

Zweitens: Gehen wir im Bereich der Wirtschaft voran. Tun wir mehr für die etablierten Unternehmen, auch für die Klein- und Mittelbetriebe, in Linz. Vergessen wir neben dem berechtigten Hype um beispielsweise die Tabakfabrik oder auch diese neuen Zukunfts- und Wirtschaftsfelder nicht auf unsere alteingesessenen Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie leisten so großartige und wertvolle Arbeit, um die lebensnotwendige Versorgung der Menschen in Linz sicherzustellen. Kommunale Wirtschaftspolitik heißt nicht, nur über den Wasserstoff zu sprechen.

Ich spreche an dieser Stelle auch die Landstraße an. Wir arbeiten gerade an einer Innenstadtstrategie. Wir reden dabei sehr viel über Gestaltung, aber leider wird nicht über wirtschaftspolitische Unterstützung gesprochen, über den Branchenmix, über die Gestaltung und Förderung von gutaussehenden und einheitlichen Schanigärten beispielsweise und vieles mehr. Es braucht in Linz mehr wirtschaftspolitisches Engagement. (Beifall)

Drittens: Gehen wir im Bereich der Sicherheit voran: Ich bleibe da bei der südlichen Landstraße, dem Volksgarten, dem Schillerpark, dem Bahnhofsareal oder dem Bus-terminal. Und ich möchte es schon deutlich ansprechen: Wir haben ein deutliches Sauberkeits- und Sicherheitsdefizit. (Beifall)

Wir haben leider auch veritable ‚No-Go-Areas‘, wie man so schön sagt, in Linz. Ich möchte hier beispielsweise das Krempel-Hochhaus ansprechen, wo massiver Drogenhandel vorherrscht. Das wissen alle. Oder den Roma- und Sinti-Durchreisepplatz, der Ausgangspunkt für illegale Bettelei, Bettelei mit Kleinkindern und Babys und für

Diebstahl und so weiter ist. Es darf in Linz keine rechtsfreien Räume geben. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Viertens: Ich sehe die hohe Migrantenquote in Linz als Thema, über das man schon sprechen sollte. Schauen wir nur in unsere Schulen und Kindergärten. Da schlummert so einiges unter der Decke. Da geht es zum einen um die Qualifizierung, zum anderen geht es aber auch um Wertehaltungen.

Für mich ist das Thema der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ein Muss. Für mich ist es ein Muss, dass die Religion nicht über das Gesetz gestellt wird. Aus meiner Sicht sollten wir unseren Kindern und Jugendlichen von Anfang an klar beibringen, dass man durch Fleiß bei uns alles erreichen kann, egal woher man stammt. Für mich zählt nicht, woher man ist, sondern wie man ist.

Fünftens: Ich finde, wir sollten in Linz deutlich mehr für Kinder und für Familien tun. Das fängt beispielsweise bei Bewegungsstationen im öffentlichen Raum an. Das geht über die Kinderbetreuungsplätze - auch flexibler Natur - bis hin, beispielsweise, zu mehr öffentlichen Wickelplätzen für junge Mamas und Papas. Das alles sind Themen die wir ressortübergreifend auch beackern könnten. Ein Schwerpunkt, aus meiner Sicht, den wir uns als Stadtpolitik auch setzen sollten. (Beifall)

Und letztendlich, sechster Punkt, haben wir beim Thema Verkehr richtig dicke Bretter zu bohren. Mir als Verkehrsreferent geht es darum, dass man den Mobilitätsmix verbessert. Denn jeder und jede, der und die vom Auto auf ein anderes Fortbewegungsmittel umsteigt, leistet einen persönlichen Beitrag zur Verbesserung des Stauproblems. Innerstädtisch tun wir schon sehr viel, das zeigen uns auch die Mobilitätszahlen für die Linzer Bevölkerung.

Aber, wenn wir das große Ganze angehen wollen, dann braucht es auch - Stichwort Pendlerthematik - überregionale Lösungen. Da brauchen wir das Land Oberösterreich. Ich bin jetzt auch sehr froh darüber, dass eine finanzielle Einigung zwischen Stadt Linz und Land Oberösterreich betreffend der S-Bahnen und der O-Busse getroffen werden konnte. Darauf kann man gut aufbauen.

Daher sage ich: Schreiten wir mutig und konsequent vorwärts, um Linz zu einer sicheren, kinderfreundlichen und mobilen Stadt zu machen. Trauen wir uns als Politik, an einer Vision zu arbeiten, festzuhalten und Linz in die richtige Richtung zu führen, aber auf einem finanziell soliden Fundament. Mit einem übervollen Schuldenrucksack werden wir nicht weit gemeinsam marschieren können. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für mich eine Politik der Stabilität und Verlässlichkeit. Dafür stehen wir, dafür arbeiten wir. Für Linz.“ (Beifall)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger für die Grünen-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe tiefes Verständnis dafür, dass es nach intensiven ein- einhalb Stunden ein bisschen Ermüdungstendenzen gibt. Ich werde jetzt aber nicht, wie es bei Seminaren so üblich ist, Aktivierungsübungen anbieten. (Heiterkeit) Wenn aber jemand trotzdem einmal aufstehen und sich strecken möchte, habe ich volles Verständnis dafür.“

Der Dezember ist ein besonders interessanter Monat, der sich in vielen Belangen von allen anderen Monaten des Jahres unterscheidet. Er ist der Monat, wo man schöne Dinge im Hier und Jetzt erleben möchte, wie zum Beispiel vielleicht einen Spaziergang in der Winterlandschaft oder einen Besuch auf dem Weihnachtsmarkt.

Der Dezember ist aber auch der Monat, wo viele Dinge zum Abschluss gebracht werden. Ganz konkret sind das für uns heute diese Voranschlagsdokumente, die einen enormen Umfang haben. Finanzreferentin Blöchl hat schon erklärt, wie mühevoll und schwierig die Vorbereitungen teilweise waren. Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei dir, Christian Schmid und deinem Team in der Finanzverwaltung sehr herzlich dafür bedanken, dass wir den Voranschlag heute in dieser Form debattieren können.

Der Dezember ist aber auch ein Monat, wo wir schon viel damit beschäftigt sind, Vorbereitungen zu treffen: kleinere auf das Weihnachtsfest, auf die Silvesterparty vielleicht, aber es werden auch größere Weichen gestellt. So gibt es jedes Jahr einen neuen Zugfahrplan und auch wir treffen uns - mittlerweile nur mehr alle zwei Jahre -, um die budgetären Weichen für die nächsten beiden Jahre zu stellen.

Der Dezember ist auch der Monat der guten Vorsätze. Das kennen wir auch alle, oder? Den einen oder anderen haben wir gefasst und auch durchgehalten, den einen oder anderen vielleicht nicht. Der Vorteil, den wir hier haben, ist, dass wir uns darüber heute keine Gedanken machen müssen, weil wir schon viele wichtige Vorsätze oder besser gesagt, Leitlinien und Zielstellungen, beschlossen haben. Ich denke da in erster Linie natürlich an das, was wir uns in der Klimaarbeit vorgenommen haben.

Wir haben das übergeordnete Ziel, das da lautet: Klimaschutz! Die Stadt will bis 2040 klimaneutral werden und das ist ein Ziel, das wir nur erreichen werden, wenn wir mit aller Kraft daran arbeiten. Technologische Fortschritte, Wasserstofftechnologie - Beate Gotthartsleitner - sind sicher wichtige und zentrale Elemente, aber bestimmt auch nicht alles, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen.

Wir haben in der Klimaarbeit einen zweiten Schwerpunkt, das Klimawandelanpassungskonzept. Ich bin stolz, dass es uns gelungen ist, dazu einen einstimmigen Beschluss zu fassen. Dafür sage ich auch gleich ‚danke‘ an euch, an Sie alle. Ich glaube, das ist eine wichtige Anerkennung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Herzblut und Engagement dafür arbeiten, dass wir das machen können.

Es zeigt, dass die Zusammenarbeit - bei allen Differenzen, die es oft gibt - trotzdem im Großen und Ganzen eine gute ist, und dass wir gemeinsam können, wenn wir wollen. Wir können, wenn wir wollen, das haben wir mit diesem einstimmigen Beschluss zum Klimawandelanpassungskonzept auch gezeigt.

Ich würde jetzt noch einen Schritt weitergehen, mit der Ansage, dass ich zutiefst davon überzeugt bin, dass wir eigentlich gar keine Budgetbeschlüsse mehr fassen dürfen, die nicht dazu dienen, dass wir diese beiden Ziele, Klimaneutralität und Klimawandelanpassung, erreichen.

Das ist in Wahrheit nichts anderes, als dass wir unsere Stadt danach ausrichten, dass wir die nicht mehr abwendbaren Folgen der Klimakrise auch in Zukunft so im Griff haben und wir in der Stadt gut leben können. Und dass, wie Gemeinderätin Gotthartsleitner gesagt hat, vielleicht in zwanzig oder dreißig Jahren die Leute auch immer noch gerne in Linz leben, weil es uns gelungen ist, die Lebensqualität hochzuhalten.

Dazu braucht es auch bestimmte Anstrengungen und vor allem dürfen wir nichts mehr machen, was das alles konterkariert. Es passiert sehr viel Gutes in diese Richtung, wir investieren in Photovoltaik, wir investieren in die Baumoffensive und in viele andere wichtige Dinge, die diese Ziele unterstützen.

Aber, jetzt kommt das Aber. Es gibt noch andere Dinge, die in diesem Budget beinhaltet sind und die in diesem Haus beschlossen wurden.

Ich nenne nur einige Stichworte: Autobahnfinanzierung sowie Flächenfraß und Bodenversiegelung.

Im Budget macht sich noch eine andere Transferbeziehung als die zum Land bemerkbar, die sich, vor allem, was die Zahl und die Dimension betreffen, enorm auswirkt. Das sind 70 Millionen Euro, die die Stadt Linz aktuell für die Finanzierung von Autobahnen, also für den Westring und für den Halbanschluss der A 7, bereitstellt.

Das sind Klimakillerprojekte, für die wir derartig viel Geld in die Hand nehmen und gleichzeitig dafür sorgen, dass wir die Anstrengungen, die wir in unserer Stadt selbst zum Klimaschutz oder zur Klimawandelanpassung machen, in den Schatten dieser Autobahnen stellen.

Wenn wir uns jetzt überlegen, was wir mit diesen 70 Millionen Euro anderes machen könnten, dann hat wahrscheinlich jeder und jede von uns andere Bilder im Kopf: den Ausbau der Öffis beschleunigen, die Radwege ausbauen, die Baumoffensive verstärkt angehen, an anderen Stellen mehr Grünraum schaffen, erneuerbare Energien, was auch immer. Es gibt viele Möglichkeiten wie wir diese 70 Millionen sinnvoll investieren könnten. Wenn wir bei der ÖVP sind, könnten wir auch dafür sorgen, dass wir damit den Schuldenberg minimieren.

Das, was wir damit nicht machen sollten, ist, Autobahnen zu finanzieren, weil wir als Stadt schlichtweg auch nicht dafür zuständig sind, Autobahnen zu finanzieren. Unsere Aufgabe ist es, für ein klimagerechtes Linz zu sorgen, und zwar für alle, die hier leben. (Beifall)

Ich habe es schon angedeutet, dass viele wichtige Dinge in diesem Budget vorkommen - vor allem auch in meinen Ressortbereichen - die in Richtung Klimaschutz und Anpassung gehen. Das ist das Fortsetzen der Baumoffensive, das ist der Ausbau von Trinkbrunnen, das sind die Sanierungen unserer städtischen Parkanlagen. Für diese Maßnahmen haben wir insgesamt drei Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren vorgesehen.

Das alles können wir aber nur deshalb, weil wir engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die mit Herzblut dabei sind. Bei ihnen möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Also ‚danke‘ an alle unsere Mitarbeiter*innen im Magistrat, in den

städtischen Unternehmungen und im Bereich der Kinder- und Jugend-Services Linz. Ihr seid es, die dafür sorgen, dass die Beschlüsse, die wir hier fassen, zu den Linzerinnen und Linzern kommen, dass das, was an Überlegungen stattfindet, auch umgesetzt wird. Vielen Dank. (Beifall)

Es muss viel getan werden, das ist so. Es geht aber nicht immer nur darum, viel zu tun, sondern es geht auch darum, Dinge nicht zu tun. Autobahnen zu finanzieren zum Beispiel.

Was wir ebenso nicht tun sollten, ist den Grüngürtel zu verbauen, gerade wenn es um die Lebensqualität für die Linzerinnen und Linzer in 20, 30 Jahren geht. Das sind jene, für die wir heute darauf achten, dass wir genügend Krabbelstubenplätze und Kindergartenplätze haben.

Die Linzer*innen, die in 20 und 30 Jahren hier leben möchten, sollen genauso eine gute Lebensqualität vorfinden wie wir. Dafür braucht es einfach Absicherungen, die wir treffen müssen. Dazu gehört der Schutz unserer Grünanlagen in der Stadt und des Grüngürtels um die Stadt. Das ist das wichtigste Kapital, der größte Schatz, den wir haben, wenn es um den Kampf gegen die Klimakrise geht. Wenn wir zulassen, dass wir da Verbauungen durchführen, dann ist das so, als würden wir zulassen, dass man bei uns zu Hause in unseren Wohnzimmern die Fenster zunagelt.

Ich bin absolut überzeugt davon, dass diese angekündigte ‚Weiterentwicklung‘ des Universitätsviertels ein schwerer Fehler ist, der die Lebensqualität und die Lebenssituation für Generationen verschlechtern wird. Ich habe das auch noch einmal, um es zu verdeutlichen, mitgebracht. Mir ist bewusst, dass die Schilder nicht recht groß sind, ich wollte sie aber noch halten können. Wer möchte, kann gerne mit mir mitschauen, man findet das aber auch alles auf der Homepage der Stadt Linz im Umweltbereich, das ist die Stadtklimaanalysekarte. Ich habe zwei Ausschnitte mitgebracht.

Das eine ist das Universitätsviertel, da ist der Bereich eingezeichnet, der jetzt weiterentwickelt werden soll. Das ist in Wahrheit nichts anderes als die Übersetzung von ‚wir werden zulassen, dass der Grüngürtel in diesen Bereichen verbaut werden soll‘, für die Unierweiterung und für Betriebsansiedelungen - also Betriebsbaugelände im Universitätsviertel im Grüngürtel.

Ich habe das deswegen mitgebracht, weil diese Klimaanalysekarte auch sehr schön zeigt, warum das gar keine gute Idee ist. Wir haben dort ein wichtiges Durchlüftungsareal, wir haben ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet. Wir haben dort ein wichtiges Frischluftentstehungsgebiet, das für das gesamte Stadtviertel wirkt, aber auch darüber hinaus, weil es eben ein sehr wirkungsvolles und eines von hoher Bedeutung ist.

Das heißt, alles, was wir da jetzt an Verbauungen zulassen, führt zu einer Verschlechterung im Viertel und darüber hinaus.

Warum ist es wichtig, dass wir das nicht machen? Ich habe ein zweites Beispiel mitgebracht. Auf diesem Ausschnitt - das ist wieder die Klimaanalysekarte, falls jemand größer mitschauen möchte - das ist ein Bereich im Stadtzentrum um den

Bulgariplatz, den auch alle von Ihnen kennen, hier ist die Otto-Glöckel-Schule eingezeichnet.

Ich habe diese Vergleiche mitgebracht, weil wir uns alle an den heurigen Sommer erinnern können. Ich weiß schon, viele haben jetzt Bilder von brennenden Wäldern in Europa oder ausgetrockneten Flüssen im Kopf. Aber auch bei uns hat die Klimakrise gezeigt, was sie kann - im negativen Sinne: Wir haben Starkregenereignisse erlebt, wir haben Stürme erlebt, wir haben Hitze erlebt. Genau diese Hitze ist es, die uns in Linz spezifisch in den nächsten Jahren vor enorme Herausforderungen stellen wird.

Der heurige Sommer hat uns schon einen guten Einblick gebracht, was das bedeuten kann und warum es eben wichtig ist, dass wir Grünraum haben und mehr Grünraum schaffen und diesen auf keinen Fall beeinträchtigen und gefährden. Wir hatten im Universitätsviertel heuer im Sommer fünf Tropennächte. Tropennächte, Sie wissen, dass sind die Nächte, die schon gesundheitsgefährdend sind. Nächte, wo sich der Körper schon schwer erholt, wo man schon schlecht schläft. Das sind die Nächte, wo die Temperatur nicht unter 20 Grad abkühlt.

Im Universitätsviertel waren es fünf Tropennächte. Dort ist aber noch alles grün und blau auf der Karte, das heißt, dass es Frischluftentstehungsgebiete, Kaltluftentstehungsgebiete gibt. Da sind fünf schon gar nicht so wenig, aber verglichen mit anderen Teilen in der Stadt ist es trotzdem wenig.

Zum Vergleich - man sieht es auf dieser Karte – am Bulgariplatz ist kein Grün, dort haben wir keine Durchlüftung, dort haben wir kein Kaltluftentstehungsgebiet, sondern durch Verbauung entstandene Hitzepole. Dort hatten wir heuer schon 19 Tropennächte und diese Entwicklung geht verstärkt in den nächsten Jahren weiter.

Daher noch einmal dringend der Appell: Nehmen Sie Abstand von dieser ‚Weiterentwicklung‘ des Universitätsviertels, schauen wir lieber, dass wir unsere Energie darauf konzentrieren, dass wir es besser machen und keine Beschlüsse mehr fassen, die Verschlechterungen des Klimas betrifft. (Beifall)

Vielleicht noch ein Aspekt: Ich bin zudem davon überzeugt, dass dieses Projekt weder für die Weiterentwicklung der Universität noch für den Wirtschaftsstandort notwendig ist. Zudem stehen Kosten und Nutzen nicht in Relation. Zum Beispiel der Universität: Es wird immer gesagt, dass das wichtig ist, dass sich der Standort entwickeln kann, dass sich dort zur Kooperation Betriebe ansiedeln können. Ich glaube an dieses Märchen nicht! Warum nicht? Weil wir in der Vergangenheit und an der aktuellen Situation ja schon sehen, dass es nicht stimmt.

Wir haben eine wunderbare Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, die intensiv mit den Industriebetrieben zusammenarbeitet. Trotzdem ist weder die Fakultät im Industriegebiet noch das Industriegebiet an der Uni. Wir haben eine Medizinische Fakultät, die auch nicht am Campus ist, sondern in der Stadt beim Krankenhaus angesiedelt ist. Es wäre doch kein Mensch auf die Idee gekommen, dass er das Krankenhaus, damit sich die Universität an ihrem Standort entsprechend weiterentwickeln kann, in den Grüngürtel stellt.

Also machen wir das doch jetzt mit Betrieben auch nicht. Es gibt vielleicht auch dafür sinnvollere Standorte als den Waldrand, vielleicht den Bahnhof zum Beispiel. Lassen wir das! Lassen wir den Grüngürtel und schützen ihn als den wertvollen Schatz, der er für die nächsten Generationen ist.

Wenn wir von Klimaarbeit sprechen, dann ist aus meiner Sicht immer wichtig, dass wir das auch mit einer Form von sozialer Gerechtigkeit denken. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen immer Hand in Hand gehen.

Wir haben heute schon sehr viel von Gemeinderätin Gotthartsleitner über die Wichtigkeit von sozialer Gerechtigkeit für uns in der Stadt gehört. Ich glaube, dass auch darüber eine breite Einigkeit besteht.

Wir haben aber auch da ein massives Problem, wenn wir genauer hinschauen. Wir haben ein Problem, wie wir in der Stadt mit den Menschen, nämlich mit den ärmsten Menschen, mit jenen die auf Sozialhilfe angewiesen sind, umgehen.

Dazu hat es gestern auch eine Kundgebung gegeben, weil immer mehr Fälle auftauchen, die klarmachen, dass die Sozialhilfegesetze dringend reformiert gehören. Sie sind aktuell eine Zumutung und alles andere als gescheit, da bin ich ganz bei dir, Karin Hörzing. Diese Tatsache kann aber nicht dazu führen, dass wir diese Gesetze auch noch möglichst restriktiv zu Lasten der Menschen auslegen und dafür sorgen, dass die Menschen auch noch durch dieses Sozialhilfenetz fallen.

Hier gibt es Handlungsbedarf und ich ersuche dringend, dass wir noch einmal genauer hinschauen. Ich glaube nicht, dass das der Bereich ist, wo wir stolz darauf sein sollten, dass man möglichst viel Geld eingespart hat, weil man möglichst wenig Sozialhilfe ausgezahlt hat.

Das ist ein Thema, das wissen wir ja nicht zuletzt deswegen, weil es dazu eine entsprechende Anfrage der SPÖ im oberösterreichischen Landtag gegeben hat. Diese hat zu Tage gefördert, dass es im ersten Halbjahr 2023 in Linz in 76 Fällen Beschwerde gegen Bescheide der Sozialhilfe gegeben hat. In allen anderen Bezirken Oberösterreichs zusammen, also im restlichen Oberösterreich, hat es Beschwerden gegen 17 Bescheide gegeben.

Ich ersuche dringend, dass wir den Handlungsspielraum, den die Gesetze liefern, zu Gunsten der Menschen und in dem Fall nicht zu Gunsten des Budgets auslegen.

Es macht mir auch als Frauenreferentin Sorge, wenn ich zurückblicke und sehe, was die Coronajahre angerichtet haben. Gerade auch bei den Geschlechterverhältnissen hat sich die Schieflage massiv verschärft. Es ist auf einmal wieder so normal geworden, dass Frauen allein für Homeschooling, Kinderbetreuung und für die Versorgung der Familie zuständig sind, egal ob sie selbst berufstätig sind oder nicht.

Die Männer haben sich zurückgezogen in den Homeofficebereich und das möglichst ungestört von lernenden oder spielenden Kindern. Das sind Dinge, die wir entsprechend ernst nehmen müssen, weil diese Schieflage zwischen den Geschlechtern entsprechende Auswirkungen in unserer Gesellschaft hat. Wir haben durch die Rollenbilder, vor allem durch die Männlichkeitsbilder in unserer Gesellschaft, ein massives Problem mit Gewalt gegen Frauen.

Wir haben ein großes Problem mit Männergewalt. Jede dritte Frau in Österreich ist davon betroffen. Jede zweite Woche bringt in Österreich ein Mann eine Frau um. Wir haben ein massives Problem und einen massiven Handlungsbedarf. Das werden wir natürlich nicht mit der Sozialhilfe alleine lösen, und auch nicht alleine mit dem, was wir im Frauenbüro machen.

Aber wir setzen Schwerpunkte in dem Ausmaß wie wir das können und mit allen Mitteln, die uns einfallen, weil ich wirklich glaube, dass wir das tun müssen, und zwar in allen Bereichen in unserer Gesellschaft. Dabei ist vor allem auch wichtig, dass Männer für dieses Problem, das wir haben, Verantwortung übernehmen und entsprechend an den Männlichkeitsbildern arbeiten.

Ein Aspekt, den ich noch ansprechen möchte, ist ein Projekt, das ich gemeinsam mit Frau Vizebürgermeisterin Blöchl, dem LGBTIQ*-Ressort und mit dem Archiv der Stadt Linz in Arbeit habe. Es schlägt sich budgetär nicht mit einem großen Brocken nieder, ist mir aber besonders wichtig. Das ist die Aufarbeitung der NS-Geschichte in Bezug auf die Verfolgung homosexueller Personen. Das ist ein blinder Fleck, man mag es kaum glauben.

Es gibt zwar sehr viel wissenschaftliche Arbeiten der Stadt zu diesem Thema, das ist auch wichtig und gut so, weil die Stadt Linz als ‚Führerstadt‘ auch eine entsprechende Verantwortung hat. Aber dieser Aspekt ist nach wie vor ein blinder Fleck und ich glaube, es ist nicht nur ob der historischen Vollständigkeit notwendig, diesen auszuleuchten. Es ist vor allem auch wichtig, dass wir hier ein Zeichen gegen Diskriminierung und für eine offene und gleichgestellte Gesellschaft setzen.

Ich glaube im Übrigen auch, dass wir uns in den kommenden beiden Jahren und darüber hinaus viele Schwerpunkte überlegen müssen, wenn es um Arbeit gegen Rassismus und gegen Antisemitismus geht. Ich orte auch in unserer Stadt eine Zunahme dieser Phänomene. Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir auch hier alle Anstrengungen unternehmen, um das zurückzudrängen.

Ich möchte noch einmal mit einem Appell schließen, weil ich wirklich davon überzeugt bin, dass wir uns im Grunde alle einig sind. Wir haben mit überwiegender Mehrheit, das ist jetzt auch bei den Vorreden angesprochen worden, Beschlüsse gefasst, dass wir unser Klima schützen müssen und unsere Stadt an das Klima anpassen müssen. Wir sind uns im Grunde einig.

Daher mein dringender Appell: Beenden wir Irrfahrten, die diese Ziele konterkarieren und arbeiten wir gemeinsam für eine Stadt, auf die die Linzerinnen und Linzer vertrauen können. Ich wünsche mir, dass wir am Ende dieser Gemeinderatsperiode sagen können, dass wir alles, und zwar wirklich alles getan haben, was wir können, um Linz zu einer klimagerechten Stadt des Miteinanders zu machen. Danke schön.“
(Beifall)

Stadtrat Mag. Dr. Raml für die FPÖ-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Finanzreferentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie und natürlich auch zu Hause, das vorliegende Doppelbudget deckt in allen Bereichen das Notwendigste ab.

Das allein kann aber doch wohl nicht unser Ziel sein, erst recht nicht, wenn wir im operativen Geschäft einen Abgang von 120 Millionen Euro in nur zwei Jahren verzeichnen müssen.

Daher mein und unser Appell an uns alle, an den Gemeinderat und an die Stadtregierung: Nutzen wir doch das Budget als einen Hebel, um die Zukunft zu gestalten, und zwar mit einem ganz klaren Fokus auf die Interessen der großen Mehrheit der Linzer Bevölkerung.

Für uns heißt das, die begrenzten Mittel sollen derart eingesetzt werden, dass sie auch die Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt real widerspiegeln und dass wir uns nicht auf Nebenschauplätzen verzetteln. Etwa im Kulturbereich, wo wir versuchen sollten, die Potenziale der vielen kleinen Kulturvereine stärker in das bestehende Angebot einzubinden, um Synergien zu gewinnen und den Austausch auch zu fördern, anstatt gesellschaftspolitische Echokammern für kleine Gruppen von Kunstschaaffenden massiv zu finanzieren.

Das heutige Budget gibt uns einen sehr groben Rahmen für die kommenden beiden Jahre vor. Die endgültigen Entscheidungen, wie wir das viele Geld dann aber konkret einsetzen, diese Entscheidungen, die stehen uns noch bevor. Das ist positiv, denn da können und da müssen wir noch viele Feinjustierungen in sinnvoller Art und Weise vornehmen.

Getreu dem Motto ‚Zuerst die Pflicht und dann die Kür‘ sollten wir dabei durch Prioritäten wieder die so dringend notwendigen Handlungsspielräume schaffen. Machen wir daher eine Budgetpolitik mit Herz, aber natürlich auch mit Weitblick und vor allem mit Hausverstand.

Umso wichtiger ist es eben, dass wir gemeinsam bei der Ausgabenpolitik Prioritäten setzen. Das vorliegende Budget ermöglicht uns viele positive Leistungen für die Linzerinnen und Linzer.

Im Sicherheitsbereich bringt es uns wichtige Investitionen für den Ordnungsdienst oder auch für die Feuerwehr. Natürlich - da gehe ich noch einmal auf den Eingangssatz ein -, das Budget deckt das Notwendigste ab. Viele Wünsche bleiben offen. Das gilt auch im Sicherheitsbereich und darüber werden wir uns heute auch noch unterhalten. Wir werden aber auch hier - und da können Sie sich sicher sein - in den kommenden Jahren mittel- und langfristig wieder entsprechende Schwerpunkte setzen.

Im Gesundheitsressort haben die gemeinsamen Budgetverhandlungen mehr Vorsorgeangebote ermöglicht, speziell - und das ist mir ganz besonders wichtig - mehr Kinder- und Jugendgesundheitstage, denn ein gesundes Leben beginnt in frühen Jahren.

Eines sollte uns allen aber auch bewusst sein: Eine gesunde Stadt braucht vor allem die großen Hebel, und zwar im niedergelassenen ärztlichen Bereich und auch in den Spitälern. Ich denke speziell an den Linzer Süden, da haben wir mit Sicherheit einen sehr großen Nachholbedarf.

Wir haben aber auch mit der aktuell wieder diskutierten Entwicklung des Kasernenareals eine große Chance, dort auch ein besseres Gesundheitsangebot für die Linzerinnen und Linzer zu ermöglichen. Wir sollten auf die Bauträger einwirken, dass entsprechende Räumlichkeiten jetzt schon dort eingeplant werden. Das ist ein längerer Prozess, ja, aber man muss damit beginnen.

Ich stehe auch mit einem Gesundheitsdienstleister in Kontakt, weil es mir schon auch ein Anliegen ist, dass wir potenzielle Ärzte und medizinisches Pflegepersonal auch organisatorisch unterstützen sollten, wenn wir beispielsweise ein großes Gesundheitszentrum im Linzer Süden errichten. (Beifall)

Der Budgetvoranschlag sieht auch dringend notwendige Aufwertungen vor, etwa am Urfahrmarktgelände und auch eine Umgestaltung des Hauptplatzes. Die Details, was wir dort genau machen, sind noch offen. Auch hier gilt für die FPÖ, dass wir bei diesen großen Investitionen einen klaren Fokus auf die Interessen der großen Mehrheit der Linzer Bevölkerung legen wollen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, viele Ausgaben sind gesetzlich vorgegeben oder auch politisch unumstritten. Trotzdem oder gerade deshalb darf es eben dann in herausfordernden Zeiten wie diesen an anderer Stelle keine Denkverbote geben. Bemühen wir also in bestimmten Fragen lieber einmal mehr unseren Hausverstand, denn sonst zweifeln die Linzer diesen bei uns allen irgendwann wirklich einmal an.

Stellen wir uns hier auch kritische Fragen, was das Budget betrifft. Müssen wir uns wirklich 80.000 Euro für eine Fledermauszählung leisten? Müssen wir 30 Bäume für satte 800.000 Euro pflanzen oder könnten wir mit diesem Geld woanders nicht effektiveren Klimaschutz leisten? Noch eine Frage, über die wir gestern schon im Gemeinderat diskutiert haben: Ist es wirklich sinnvoll, müssen wir Asylwerbern, die oftmals kaum Deutsch sprechen, um über 100.000 Euro eine Programmiersprache lernen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann man machen, das muss man aber nicht.

Deshalb: Machen wir zuerst das mit dem Budget, was wir auch wirklich machen müssen. Erfüllen wir unsere Kernaufgaben einmal ordentlich für die Linzer unter dem Motto ‚Zuerst die Pflicht, dann die Kür‘. Das sagt der Hausverstand und das erwarten die Bürger auch zurecht von uns. (Beifall)

Es wurde heute schon genannt, jeder dritte Euro fließt in Linz ins Sozialbudget. Das ist auch gut so, weil damit sehr viele großartige Einrichtungen finanziert werden und weil wir damit auch sehr vielen Familien Wahlfreiheit und ein Altern in Würde ermöglichen.

Aber auch im Sozialbereich sollten und müssen wir optimieren, denn die mangelnde Integration ist in unserer Stadt mittlerweile leider ein Dauerthema und ein ganz veritables Sozialproblem.

Wir fordern daher seit vielen Jahren Deutsch als Voraussetzung für städtische Sozialleistungen. Das ist ein treffsicherer Anreiz, unsere Sprache zu lernen und damit auch etwas beitragen zu können. Und zu guter Letzt sollten wir auch bedenken,

dass die Deutschpflicht auch bei der Wohnbeihilfe oder bei der Sozialhilfe in unserem Bundesland für mehr Gerechtigkeit gesorgt hat.

Auch beim Integrationsbüro möchten wir neue Wege andenken. Nicht alles anders, aber einfach doch gerade in diesem sensiblen Bereich vieles besser machen. Dagegen kann doch niemand etwas haben. Auch hier bitte keine Denkverbote.

Wir brauchen dringend eine neue Integrationsstrategie, die nicht nur fördert, sondern vor allem auch fordert und eine Integrationsstrategie, die nicht weiter blind an der Realität vorbeigeht und reale Probleme konsequent ausblendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sagt der Hausverstand, das erwarten die Bürger und das völlig zurecht.

Übrigens und damit bin ich bei einem positiven Abschluss: Eine aufstrebende Stadt ist auch mit einem ausgeglichenen Budget vereinbar. Wels zeigt uns, wie es geht. Bürgermeister Andreas Rabl hat in wenigen Jahren die finanziell damals schwer angespannte Budgetlage völlig gedreht, unter komplett vergleichbaren finanziellen Rahmenbedingungen, auch was Transferleistungen betrifft.

36 Millionen Euro erwirtschaftete der Bürgermeister beim Verkauf der Sparkassenanteile. Allein der SWAP, der uns von der SPÖ beschert wurde, hat uns über 40 Millionen Euro gekostet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man also hier mit Zahlen um sich wirft, dann muss man auch ganz bei der Wahrheit bleiben.

Aber was ist Andreas Rabl gelungen? Schuldenberge wurden abgebaut und werden immer noch abgebaut. Infrastruktur wird konsequent aufgebaut und das Ergebnis kann sich einfach sehen lassen. Das muss man nicht mit Neid oder mit Demut erkennen, sondern man sollte sich etwas anschauen. Die Messestadt boomt wieder und selbst die vor 2015 schon fast ausgestorbene Innenstadt ist längst wieder aufgeblüht.

Dieses Beispiel aus unserer unmittelbaren Nachbarschaft zeigt uns allen auf, dass Veränderung möglich ist, wenn man sie nur will und wenn man sie dann auch konsequent betreibt.

Daher mein Appell an uns alle für die kommenden beiden Jahre und die Zeit danach: Nutzen wir das kommende Budget, um die Weichen endlich auch in Linz richtig zu stellen. Die Zeit ist reif für eine Budgetpolitik mit Herz und mit Hausverstand.“ (Beifall)

Gemeinderat Mag. Redlhammer für die NEOS-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, vor zwei Jahren kam ich mit Krücken ans Rednerpult, vor einem Jahr mit einem Zweirad und heute mit einem Dreirad. Das zeigt symbolisch, dass das Leben Veränderung ist und dass es immer neue Wege der Mobilität gibt. Es zeigt auch, dass alle Mobilitätsformen in einer Stadt wie Linz gelebt werden müssen.

Das Auto ist nicht der Feind, aber auch nicht der Heilsbringer, das Fahrrad ebenso wenig. Es ist aber nicht verwunderlich, dass auch in Linz das Radfahren eine starke

von Männern dominierte Fortbewegungsart ist. Frauen bewegen sich anders, Frauen mit Kindern sind stark benachteiligt. Sie fühlen sich oft unsicher, die Wege sind zu schmal, oder gar nicht vorhanden.

Der Mann hat es einfach. Von daheim zur Arbeit, zum Sport und wieder nach Hause. Da kann ‚Mann‘ auf das Auto verzichten. Eine Frau, und vor allem eine Mutter, hat es nicht immer so gemütlich. Sie braucht oft das Auto: Schule, Kindergarten, Einkaufen, Freizeitaktivitäten der Kinder und Arbeiten. Daher müssen wir die ‚Frauenwege‘ in der Stadtplanung der Radfahrenden stärker berücksichtigen.

Das Radfahren muss sicherer werden. Gerade Frauen äußern öfter Sicherheitsbedenken, wenn es ums Radfahren geht. Eine Million oder 1,5 Millionen Euro reichen in dieser Phase der Veränderung dafür pro Jahr nicht aus. Ich muss auch kritisieren, dass wir nur etwa genauso viel für Investitionen in Schuleinrichtungen ausgeben. Mein Herz schlägt fürs Radfahren, aber sehr stark für unsere Kinder und deren Bildung. Für die Bildung und die Bildungseinrichtungen braucht es mehr Mittel.

Das Auto brauchen wir auch in Zukunft, mit Maß und Ziel natürlich. Aber wir brauchen auch ein starkes Öffi-Angebot in Linz, einen massiven Ausbau. Dass die Stadtbahn nun anscheinend gebaut wird, glaube ich erst, wenn die grüne Frau Bundesministerin tatsächlich 50 Prozent der Kosten vertraglich bestätigt. Wie wir wissen, ist die talentierte Frau Bundesministerin immer gut für Überraschungen.

Mit unserer Arbeit im Gemeinderat haben wir dieses Jahr bewiesen, dass wir ganzheitlich denken. Wir haben die UN-nahe Organisation ‚United Cities and Local Governments (UCLG)‘ nach Linz gebracht. Linz wurde auf Basis von 92 Kennzahlen evaluiert. Unsere Idee und Initiative wurde im Nachhaltigkeitsreport zusammengefasst, der uns in den internationalen Fokus bringt.

In diesem Zuge haben wir für die Stadt Linz auch Verbindungen und das Netzwerk zur Stadt Regensburg geschaffen. Und erst kürzlich auch zu Azerbaijan (Aserbaidschan) und der Stadt Sumqayit.

Wenn man sich die Zahlen des öffentlich verfügbaren Sustainability Reports der einzelnen Länder auf der Welt ansieht, dann wird man feststellen, dass die meisten Aktivitäten von allen Staaten der Welt für Klimaschutz gemacht werden.

Die wenigsten Aktivitäten werden im Ziel Nummer zehn gesetzt: Beseitigung von Ungleichheiten. Wir NEOS treten in Linz genau dafür ein, diese Ungleichheiten zu beseitigen, sei es bei LGBTIQ*, den Frauenrechten und natürlich auch bei den beeinträchtigten Personen. Hier konnten wir wichtige Projekte initiieren und umsetzen. Dass bei Parkplatz-Streichungen jetzt zunächst die Schaffung von Behindertenparkplätzen im Prozess priorisiert wird, ist zum Beispiel eine dieser Initiativen.

Im Folgenden möchte ich erklären, warum wir NEOS dem Doppelbudget 2024/25 nicht zustimmen, der mittel- und langfristigen Budgetplanung aber schon.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs wurde mit ihrem neuen Parteiobmann wieder zur sozialistischen Partei. Nicht anders ist es zu erklären, dass er die Frage nach der Finanzierung von Maßnahmen für unmoralisch hält. Ich komme aus einer

Unternehmerfamilie und bin selbst Kaufmann, aber um zu wissen, dass das Geld nicht auf den Bäumen wächst, braucht es keine betriebswirtschaftliche Ausbildung.

Dabei hilft es auch nicht, dass wir pro Jahr in Linz 900.000 Euro für neue Bäume ausgeben, denn diese spenden maximal Schatten. In meiner Arbeit als Gemeinderat kann ich mir nicht verkneifen festzustellen, dass, egal von welcher Fraktion Anträge kommen, die Frage nach ‚Wer soll das bezahlen?‘ niemals gestellt wird. Das Mantra am Ende jedes Gemeinderatsantrags lautet, ‚budgetiert werden solle es aus Umschichtungen aus dem laufenden Budget.‘

Ich nehme meine Fraktion hier nicht aus. Aber unsere beantragten Maßnahmen sind nicht unverschämt teuer oder unrealistisch. Wir beobachten, hören den Linzerinnen und Linzern zu und bringen Anträge ein, die wirksam sind, die verändern und Linz zu einer besseren Stadt machen.

Wir beginnen dort, wo auch wir verändern können: Initiativen zu Behindertenparkplätzen, Digitalisierung der Öffi-Informationen oder Maßnahmen zur Erinnerungskultur, wie der ‚Balkon des Friedens‘ oder der Raum, der zur Erinnerung an verfolgte Homosexuelle in der Nazizeit geschaffen wird.

Bei Initiativen, wo es um Transparenz und Kontrolle geht, stoßen wir auf Widerstand, wie z. B. beim Inseratenverbot an parteinahe Medien. Und zum leidigen Thema Finanzausgleich komme ich auch noch.

Das ‚laufende‘ Budget der Stadt Linz trägt seinen Namen zu Recht, denn es läuft uns davon. Bei der Budgeterstellung kritisiere ich jeden Verantwortungsträger, jede Verantwortungsträgerin, denn es scheint, als würde nur auf das eigene Budget geschaut und nicht gefragt ‚Wer soll das bezahlen?‘ oder ‚Woher kommt das Geld?‘.

Auch als Vorsitzender des Kontrollausschusses werde ich regelmäßig mit einer Grundeinstellung konfrontiert, die sich mir so darstellt: ‚Es geht sich alles aus und wenn nicht, die Stadt zahlt eh‘. Denn es herrscht die allgemeine Meinung, eine Stadt wie Linz könne eigentlich nicht pleite gehen, außer man übertreibt es mit der Geldverteilung, so wie Graz Gefahr läuft dies zu tun.

Ein Beispiel: Der Kontrollamtsbericht zur Linzer Veranstaltungsgesellschaft mbH (LIVA) hat schwerwiegende Mängel der Haushaltsgebarung festgestellt. Wirklich überrascht war ich aber, dass keine der anderen Fraktionen diese Einstellung als kritikwürdig erachtet hat. Im Gegenteil: Der Kontrolleur, das Kontrollamt, wurde kritisiert, nicht die Zahlen und Fakten.

Aber wir NEOS haben ein Auge darauf, dass auch dieser Bericht nicht das Schicksal von Bruckners Neunter Symphonie erleidet und unvollendet bleibt.

Das uns davonlaufende Budget 2024/25 zeigt, dass wir pro Jahr etwa 50 bis 70 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen müssen. Wir haben das Geld also nicht, das die Stadtregierung so großzügig verplant und uns heute als Erfolg verkauft hat.

Oder? Das ist die halbe Wahrheit, denn es gibt einen talentierten Herrn Stelzer. Er und seine ebenso talentierten Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung nehmen der Stadt Linz jedes Jahr 80, 90 bald mehr als 100 Millionen Euro mehr aus den Taschen, als sie an Transferzahlungen an die Stadt Linz auszahlen.

Oder anders gesagt, wir bräuchten keine neuen Schulden aufzunehmen, würde das Land Oberösterreich die Transferzahlungen fairer gestalten, z. B. um die Hälfte reduzieren. Im Gegenteil, wir könnten auch noch mehr Schulden zurückzahlen.

Ich habe mir die Zeitreihe angesehen und versucht zu ergründen, wie es so weit kommen konnte: Vor 23 Jahren zur Jahrtausendwende war die Welt noch in Ordnung. Hier war das Budget zwischen Stadt und Land ausgeglichen, aber dann ging es rapide bergab.

Ich wage eine Hypothese: Je geringer der Einfluss der Sozialdemokratie im Land geworden ist, desto höher wurden die Zahlungen, die die Stadt Linz zu leisten hatte. Oder anders gesagt, zugespitzt formuliert: Die Landes-ÖVP liebt die Stadt Linz nicht. Der Berechnungsalgorithmus ist nicht gottgegeben. Der talentierte Landesvater und seine Kommilitonen und Kommilitoninnen definieren den Algorithmus zum Wohle der Landesfinanzen, aber zum Schaden des Budgets der Stadt Linz.

Heißt das jetzt im Umkehrschluss, wir brauchen eine stärkere Sozialdemokratie im Land? (Heiterkeit) Ich höre es wohl, allein, mir fehlt der Glaube.

Vielleicht hilft das. Aber was Linz sicherlich helfen würde, wären die NEOS in der Landesregierung. Denn von den NEOS wissen wir, sie lieben die Stadt Linz und würden dagegen ankämpfen, wie die talentierten Herren und Damen der Landesregierung Linz ausbluten lassen.

Und dann hätten wir auf einmal den Maradona-Effekt in Gedenken an Adam Smith: Der gottgegebene Algorithmus zur Berechnung der Transferzahlungen würde durch eine fast unsichtbare pinke Hand zum Wohle der Stadtfinanzen geändert. Wir haben im Übrigen gemeinsam mit dem Finanzdirektor einen Vorschlag zur fairen Lastenverteilung erarbeitet, der an die Landesregierung adressiert ist.

Wir könnten viele Punkte aufzählen, die es uns ermöglichen würden, einzelnen Budgets zuzustimmen. Aber wir haben uns umentschieden: Denn wenn es Linz nicht einmal schafft, den Bustransport für beeinträchtigte Kinder in Abstimmung mit dem Land zu finanzieren, dann stimmt etwas Grundlegendes nicht, an der Einstellung aber auch an den Budgets.

2024 muss Linz 29 Millionen Euro nur an Schuldzinsen zahlen, 2025 sind es bereits 33 Millionen Euro.

Allein 2024 erhöht sich die Schuldenlast um zusätzliche 15 Millionen Euro. Jeder in Linz gemeldete Mensch, egal welchen Alters, nimmt also allein im kommenden Jahr 75 Euro mehr an Schulden für die Stadt auf.

Wir werden aus den schon genannten Gründen dem Doppelbudget nicht zustimmen, uns enthalten. Dem mittel- und langfristigen Budgetplan stimmen wir aber zu,

denn wir glauben an das Gute im Menschen und daran, dass der erstmals geplante Schuldenabbau auch tatsächlich stattfinden wird.

Natürlich werden wir in den kommenden beiden Jahren sehr wohl vielen Projekten zustimmen. Es ist viel Gutes geplant, aber eine Generalamnestie für das Budget geben wir heute nicht. Denn wenn es mit dem munteren Geldausgeben so weitergeht, werden die Linzerinnen und Linzer, unsere Kinder und Kindeskindern in nicht allzu ferner Zukunft vor dem Scherbenhaufen einer Verschuldung von einer Milliarde Euro stehen. Und dann braucht es wirklich talentierte Damen und Herren in Stadt und Land, die uns da wieder rausbringen.

Das müssen dann unsere Kinder und Enkel sein, die sich jetzt schon dafür bedanken, dass wir wirklich geglaubt haben, das Geld wachse auf den Bäumen und dass wir unseren Wohlstand nicht mit kaufmännischer Sorgfalt, sondern mit großzügiger Geldverteilung erkaufte haben. Danke, dass Sie mir zugehört haben.“ (Beifall)

Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Obermayr für die MFG-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, sehr geehrte Mitglieder des Linzer Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Schnee ist blau! Und der Klimawandel ist menschengemacht.

Einen qualifizierten Kommentar zum Doppelbudget abzugeben ist mir aus mehreren Gründen nicht möglich. Die Art und Weise der Budgeterstellung ist grundverschieden mit der Budgeterstellung in der Wirtschaft. Ich habe Herrn Finanzdirektor Dr. Schmid um zahlreiche Erklärungen gebeten und ich bedanke mich an dieser Stelle bei ihm für seine volle Unterstützung.

Der Kommentar zum Budget überfordert mich in zweifacher Hinsicht. Erstens zeitlich: Wie ist es möglich ein Budget mit ca. 1.500 Seiten in der zur Verfügung stehenden Zeit qualitativ durchzuarbeiten, wenn gleichzeitig zum Jahresende noch mehrere Kunden ihre Aufträge urgieren?

Zweitens: Wie kann ich feststellen, was sich in den einzelnen Budgetpositionen verbirgt? Dies aus den Detailnachweisen herauszufiltern, ist mir nicht möglich. Ich kann dem Budget weder zustimmen noch es wirklich ablehnen. Wenn ich mir aber den Schuldenzuwachs ansehe, dann muss ich schon kräftig schlucken und mir auf die Zunge beißen, um es nicht doch abzulehnen.

Wenn ich dann in der Praxis der Gemeinderatssitzungen erlebe, wie Anträge gestellt werden und damit Kosten lukriert werden, dann frage ich mich jedes Mal, ob diese Kosten bereits im Budget eingeplant sind.

Ich werde daher - und ich bitte dafür um Verständnis - weniger auf das unmittelbare Budget eingehen, sondern vielmehr auf die Rahmenbedingungen und auf die gesellschaftlichen Entwicklungen, die gerade auch Linz betreffen.

Haben wir eine Demokratie? Was ist das Kennzeichen einer Demokratie? Nein, nicht die Möglichkeit, wählen zu dürfen, denn dann wäre auch Nordkorea eine De-

mokratie. Ein wesentliches Element, ja eine Bedingung der Demokratie ist die Information, sind die Medien. Gabriele Kuby hat am 7. Juli dieses Jahres im Rahmen einer Tagung über ‚Manipulierte Gesellschaft: Warum funktioniert Propaganda?‘ einen Vortrag zum Thema ‚Propaganda - Im Meer der Lügen nicht ertrinken‘ gehalten.

Der Titel ist leider aus meiner Sicht nicht richtig, es müsste Halbwahrheiten statt Lügen heißen. Halbwahrheiten sind schlimmer als Lügen, denn Lügen kann man enttarnen; das ist aber bei Halbwahrheiten nicht möglich und die zweite Hälfte der Wahrheit zu finden ist ungleich schwieriger. Demokratie bedingt auch jede Abwesenheit von Angst vor Abwertung bis hin zur Verfolgung.

Der Schnee ist blau! Und der Klimawandel ist menschengemacht.

Ich habe bereits mehrfach versucht, in sogenannten Mainstreammedien einen Leserbrief zu platzieren. Ich oute mich jedes Mal als Gemeinderat von Linz. Sie dürfen raten wie viele Leserbriefe bisher abgedruckt wurden? Meines Wissens kein einziger.

Welche Möglichkeit hat eine Kleinstpartei, ihre Ideen und Meinungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu geben? Sind alle Ideen nur Schwurbelei, wie sie gerne und oft missbilligend entwertet werden? Ich habe gelernt, die Dinge aus der Phänomenologie heraus zu sehen und vor allem zu beurteilen. Sind alle Ereignisse so, wie sie dargestellt werden? Warum gibt es dann offene Fragen und warum werden diese nicht beantwortet?

Ich bin damit etwas abgewichen. Gestern jubelten die OÖNachrichten über die Regionalstadtbahn - Kosten der Stadt Linz: nur 50 Millionen Euro. Ich habe bereits 2020 einer Redakteurin der OÖNachrichten ein alternatives Verkehrskonzept für Linz vorgestellt. Nachdem unser Bürgermeister in seinem Geburtstagsinterview in den OÖNachrichten auch ‚andere Möglichkeiten‘ in Betracht gezogen hat, habe ich dieses Konzept angepasst und Redakteurin Brandstätter geschickt. Es wurde nicht einmal ignoriert.

In der Zeitschrift ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn schrieb Herr Götz Eisenberg bereits am 31. Oktober 2002 über ‚Die Innenseite der Globalisierung. Über Ursachen von Wut und Hass‘. Ein hochinteressanter Essay, der aber gar nicht in die kapitalistische Demokratie passt. Eisenberg schreibt darin unter anderem über die Gefahr von Amokläufen. Es wird aus dem Bewusstsein verdrängt, bis der nächste Amoklauf passiert. Was hat das mit Linz zu tun?

Eisenberg schreibt: ‚Außerhalb privilegierter bürgerlicher Familien bestand Erziehung häufig aus bloßer Unterwerfung und gewaltsamer Erzeugung von blinder Gehorsamsbereitschaft. Das buchstäbliche Einbläuen von Regeln und Verhaltensweisen brachte autoritäre, unsichere und ängstliche Menschen hervor, die ihre unterdrückte Wut auf Minoritäten verschoben. Das, was sie unter Schmerzen in sich begruben und dann ein Leben lang krampfhaft niederhielten, bekämpften sie an Menschen und Gruppen, die diese verdrängten Impulse vermeintlich oder real verkörperten.‘

Befinden wir uns an einer Schwelle zum erzieherischen Nirwana? Was ist für unsere heranwachsende Generation wesentlich? Braucht es EDV-Geräte in den Volksschulen für den Unterricht? Welche Art von Menschen bilden wir damit aus? Erziehen wir die jungen Menschen für die Wirtschaft oder wollen wir selbstbewusste und selbstsichere Menschen?

Die gesamten Entwicklungen, angefangen von der Pride- und LGBTIQ*-Bewegung, die Zerstörung der Familie, sind alles Entwicklungen, die junge Menschen enorm verunsichern, ja verstören. ‚Psychische Deregulierung‘ nennt es Eisenberg. Und er schreibt: ‚Charakter wird zum Synonym für komische Figur, Sonderling, Kauz, Ich-Schwäche avanciert zur Tugend der Flexibilität.‘

Silke Müller, eine Schulleiterin, schrieb das Buch ‚Wir verlieren unsere Kinder! Gewalt, Missbrauch, Rassismus‘ mit dem Untertitel ‚Der verstörende Alltag im Klassenchat.‘ Mehr als die Hälfte der Jugendlichen leidet demnach unter Depressionen, Selbstverletzungen und Selbstmordversuche steigen an. Die kinderpsychiatrischen Krankenhäuser sind überfüllt. Frau Kuby hat dazu das Buch ‚Die verlassene Generation‘ geschrieben.

‚Wem nützt es?‘ ist bei mir stets die Frage, die ich mir dann stelle. Auf diese Frage habe ich leider keine Antwort. Es gibt mehrere Schriften, die von einem ‚neuen Faschismus‘ berichten, der keiner sein will. Subtil, verdeckt, schleichend, aber wirksam. Das Buch von Ulrich Mies ‚Der Neue Faschismus, der keiner sein will‘, ist erst im Oktober dieses Jahres erschienen. Die ‚Junge Freiheit‘, Wochenzeitung für Politik und Kultur, (überregionale deutsche Wochenzeitung) schreibt in der Ausgabe 39 September 2007, von ‚Die große Umerziehung‘.

Ich schlage daher vor, dass - weil es auch im Verantwortungsbereich von Linz liegt - wir die Voraussetzungen schaffen und uns um die freie Entwicklung unserer Kinder annehmen und alles tun, um starke, selbstbewusste und selbstsichere Menschen zu bilden. Direkter menschlicher Kontakt mit Bezugspersonen und untereinander ist wichtig und sicher nicht der Computer.

In Schweden wird dazu bereits gehörig zurückgerudert. Lesen Sie dazu vom Rektor des Karolinska-Instituts vom 28. April 2023 den Bericht ‚Entscheidung über den Vorschlag für eine nationale Digitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023 - 2027‘. Welche Möglichkeiten haben wir in Linz? Die kindliche Früherziehung hat eine entscheidende Wirkung auf den späteren Erwachsenen.

Was ist für einen jungen Menschen, der in diese Welt hineingeboren wird, wirklich wichtig? Die Betonung liegt auf ‚wirklich‘ und impliziert, dass der Fokus nicht auf uns Erwachsene, sondern auf das Wohl unserer Kinder zu legen ist. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, dass sich das Kind in der Familie geborgen fühlen muss, biologisch mehr bei der Mutter, aber auch der Vater spielt eine wichtige Rolle. Was bringt - um nur ein Beispiel zu nennen - Babyschwimmen für einen Säugling? Hat Linz da ein Angebot für alle?

Später kann in der Kindertagesstätte der Kontakt mit anderen Kindern die Entwicklung fördern. Ich mache einen Sprung und gehe in die Volksschule. Welche Entwicklung ist für ein Kind in der Volksschule wichtig? Da geht es bereits um die Entwicklung der Empathie, um Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen, natürlich

in kindlicher Form. Einige Privatschulen machen es vor, wie es gehen könnte. Zugabe, auch einige städtische Schulen bieten eine kindlich angepasste Lernmöglichkeit an. Nur den Kindern in den städtischen Volksschulen Hilfe anzubieten, empfinde ich als unfair und diese mit PCs auszustatten als für die kindliche Entwicklung kontraproduktiv.

Eltern werden ist nicht schwer, Eltern sein dagegen sehr. Nicht alle Eltern können ihren Kindern die Erziehung angedeihen lassen, die diese brauchen. Ist das Schicksal? Oder können wir als Stadt mehr tun, als über das Jugendamt beispielsweise diesen unfähigen Eltern die Kinder wegzunehmen. Wie wäre es mit Elternschulen? Da geht keiner hin.

Sieht man sich die Vorgehensweise vieler Handelsunternehmen an, so locken diese mit Rabatten bis hin zur Gratisvignette. Es liegt auch in der Natur des Menschen, dass er gerne Dinge annimmt, die einfach zu bekommen sind. Fürst Hans-Adam von und zu Liechtenstein hat in seinem Buch ‚Der Staat im dritten Jahrtausend‘ von Bildungsschecks geschrieben. Die Höhe der Bildungsschecks vom Baby bis zum Greis muss nicht hoch sein, würde aber wesentlich zu einer Belebung der psychischen Gesundheit beitragen.

Die Folge wäre ein lebendiges Vereinsleben, das wiederum ein wesentlich verstärktes Miteinander bringt. Es wäre auch eine ungeheure Belebung von Kunst und Kultur. Anstatt beispielsweise Kulturbühnen direkt zu fördern, könnte durch einen Bildungsscheck die Besucherzahl erhöht werden und damit ist es für die Kulturbühne, aber auch für die Stadt, weitgehend kostenneutral. Die Bühnen müssten sich aber anstrengen, ein Kundenprogramm zu erstellen, das angenommen wird.

Der Schnee ist blau! Und der Klimawandel menschengemacht.

Ich bin absolut kein Klimawandelleugner, ja sogar das Gegenteil. Das Klima verändert sich ständig und stetig, seit die Erde besteht und das seit Millionen von Jahren. Es hat immer abwechselnd Warm- und Kaltperioden gegeben und das ist auch heute noch so und ist der taumelnden Erdachse geschuldet. Es gibt vieles, was mich in diesem Zusammenhang zum Nachdenken bringt, wo ich aber als Klimalaie keine Antwort habe und das entgegennehme, was von verschiedenster Seite zum Klimawandel ausgesagt wird.

Es ist ein Grundprinzip des menschlichen Gehirns, dass, wenn etwas öfter und immer wieder gesagt wird, das als wahr und richtig angenommen wird. Wenn da kein Mensch vor dem Schrecken des Klimawandels die Panik bekommt, dann ist dem nicht zu helfen. Komischerweise findet die Klimakonferenz in Dubai statt. Sind die arabischen Länder derart borniert und dumm, dass sie auf fossile Energie nicht verzichten wollen? Sägen sie damit nicht den Ast ab, auf dem sie sitzen?

Wird hier nicht nur in den Medien und in den Köpfen der Menschen bei uns eine Spaltung hervorgerufen: Wir, die braven ‚Klimaveränderungsernstnehmer‘ und dort die unbelehrbaren ‚Klimaveränderungsleugner‘. Geht das sogar auf der politischen Weltbühne weiter, und wenn ja, mit welchen Konsequenzen?

Bedenkt man, dass in Nordengland von den Römern Wein angebaut wurde, dann können wir von damaligen Klimazuständen ausgehen, die wesentlich wärmer waren

als heute. Auch wenn immer und immer wieder wiederholt wird, dass wir 2023 das wärmste Jahr seit Temperaturaufzeichnungen haben, dann wird das ad absurdum geführt, wenn man die Klimaforschung über Jahrtausende verfolgt. Zu glauben, mit im Promillebereich geringerem CO₂-Ausstoss das Klima retten zu wollen, ist genauso naiv, wie dem Maxi zu glauben, er könne mit ausgebreiteten Armen den Wind aufhalten. Wir haben aber nicht nur den Klimawandel, es droht vielmehr einhergehend auch der Verlust an Biodiversität.

Was bedeutet das für Linz? Grün, grün und nochmals grün. Das heißt, Bäume, die blühen, Sträucher, die Beeren für Vögel reifen lassen, Blütenwiesen für Bienen, weniger Verbauung. Es passiert schon einiges, und das will ich mit Dank anerkennen. Wasser ist eine andere Vorsorge. Trinkbrunnen für die durstige Bevölkerung und Springbrunnen als Kühltürme. Ist der Platz in Linz Urfahr so wichtig für den Urfahr- aner Markt, dass dieser dort bleiben muss?

Oder wäre da ein Erholungsraum für die Linzer mit Bademöglichkeit, vergleichbar mit Wien, für die gesamte Bevölkerung nicht wichtiger? Welchen Einfluss hätte das Areal dann auch für das Klima in Linz? Sehr geehrte Damen und Herren, die die Geschicke von Linz leiten. Wäre es nicht an der Zeit, Ideologien einmal beiseitezulassen und im Sinne der Bevölkerung zu denken?

Der Schnee ist blau! Und das Klima ist menschengemacht.

Ich habe das jetzt mehrmals wiederholt und aus Halbwahrheiten dennoch keine Wahrheit gemacht. Wiederholungen sind der Kern jeder Propaganda. Ich zeige Ihnen dieses Bild, um den Wahrheitsgehalt der Aussage zu bestätigen. Der Schnee ist blau. Ich habe nicht gesagt, dass der Schnee überwiegend weiß ist.

Ja, so geht es mir auch mit den offiziellen Wiederholungen zum menschengemachten Klimawandel. Es stimmt, bildet aber nur einen sehr geringen Teil der Wirklichkeit ab. Das Thema ist bei uns aber bereits derart ideologisch aufgeladen, dass eine freie... (Zwischenruf) Lieber Herr Kollege, dann schauen Sie bitte einmal auch andere wissenschaftliche Abhandlungen an und stellen Sie die auf die Seite.

Das Problem ist, dass ideologisch nur die Experten vorkommen dürfen, die in das eigene Bild passen. Ich kann Ihnen jede Menge andere Wissenschaftler zeigen, die auch etwas anderes dazu sagen, okay, ich glaube wir brauchen uns da nicht unterhalten, weil das bereits wiederum eine ideologisch gefärbte Debatte ist, die ich grundsätzlich ablehne.

Eine andere wesentliche Aufgabe, der wir uns stellen müssen, ist die Migration. Wir - nicht nur hier in Linz, sondern in ganz Österreich - wollen die Auswirkungen der Migration mindern, mit sehr bescheidenem Ergebnis. Es gibt zwar Integrationskurse, deren Wirkung ein Grenzwert gegen Null ist. Gut gemeint ist eben nicht gut gemacht. Warum?

Weil wir die Migranten nicht in deren Weltbild abholen. Die Autoritäten von Muslimen - und viele gehören dieser Religionsgemeinschaft an - sind die Imame. Was die sagen, ist Gesetz. Man braucht sich nur die Moscheeberichte ansehen, dann kann jeder erkennen, was zählt und damit auch wirkt.

Das Problem ist nicht so einfach, wie wir es gerne sehen möchten. Wir in der sogenannten ‚westlichen Welt‘ sind mit der Aufklärung groß geworden, sie hat unser Weltbild geprägt und leider auch die Geistes- von der Naturwissenschaft getrennt. Die Aufklärung ist am Islam vorbeigegangen, der Koran darf nicht verändert werden. Religion als Geisteswissenschaft ist das einzige und alleinige Vermächtnis. Aus dieser Diskrepanz heraus muss zwangsläufig ein Konflikt entstehen, zumal wir die Erkenntnisse der modernen Quantenphysik ignorieren.

Anton Zeilingers Nobelpreis war bisher zwar nicht umsonst, aber vergeblich. Wir täten gut daran, die Erkenntnisse auf die Integrationsbestrebungen anzuwenden. Ein weiterer Punkt ist die Erkenntnis der Verhaltensbiologie, die wir gerne negieren. Das stammesgeschichtliche Erbe des Menschen besteht nicht nur aus Anatomie, es umfasst auch vorprogrammierte Verhaltensdispositionen.

Dazu gehört das Abrufen der Leistungspotentiale. Werden diese nicht konstruktiv abgerufen, äußern sie sich in destruktiven Verhaltensweisen. Der Anstieg der Gewalt ist großteils eine Folge von Verwöhnung. Das heißt, man nimmt Menschen die Möglichkeit, ihre Potentiale einzusetzen, und damit schafft man die Unterforderung.

Verkehr ist in fast allen Städten zum Problem geworden. Die verkehrstechnische Entwicklung hält der städtebaulichen Entwicklung nicht stand und ist heute aus baulichen Gründen nur mehr mit großem Aufwand zu bewerkstelligen. Das bedeutet lange Planungszeiten, lange Genehmigungszeiten, lange Bauzeiten mit vielen Einschränkungen.

Erst gestern wurde im Gemeinderat die Verkehrsplanung für Linz Süd beschlossen. Kann damit ein ganzheitliches Verkehrskonzept für Linz realisiert werden? Was ist mit dem Bau des Westrings? Brauchen wir den Westring, oder ist dieser bereits obsolet? Gestern wurde in den OÖNachrichten über die Einigung zur Stadtbahn gejubelt. Ist dieser Jubel gerechtfertigt oder wurde da heiße Luft verkauft?

Es sind noch so viele Planungen zu erledigen, dass es sogar unverantwortlich anmutet, wenn hier bereits von einer Einigung berichtet wird. (Klingel) Mit einer schon an Fahrlässigkeit grenzenden Ignoranz wird an diesen Planungen festgehalten, ohne über andere Lösungsmöglichkeiten nachzudenken. Eine Tunnellösung ist eine sehr teure Angelegenheit.

Ich habe Herrn Bürgermeister Luger und Herrn Stadtrat Prammer alternative Möglichkeiten vorgestellt. Herr Luger hat sich sehr interessiert gezeigt, Herr Prammer meinte nur, er werde dies nicht weiterverfolgen, sondern erst, wenn sich herausstellt, dass die vorgesehene Lösung nicht möglich ist. (Klingel) Eine Vorgehensweise, die in der Privatwirtschaft so undenkbar wäre.

Aber das ist offenbar der Unterschied zwischen Politik und Wirtschaft. Wenn man etwas nachdenkt und ‚out of the box‘ denkt, könnte man weitere Lösungen finden, die rascher realisiert werden könnten. Man könnte auch eine Anleihe nehmen bei der Rhätischen Bahn in der Schweiz.

Ich verzichte auf die Zusammenfassung. Mir ist bewusst, dass ich nur einen kleinen Teil der Themen ansprechen konnte, das ist der Breite und der Tiefe geschuldet.

Ich möchte mich zum Abschluss bei Herrn Finanzdirektor Schmid bedanken, weil er mit seiner Abteilung sehr viel geleistet hat, dieses Budget zu erstellen.

Ich habe hinsichtlich der Personalaufwendungen ein Schreiben an Frau Vizebürgermeisterin Tina Blöchl gerichtet und ich habe sehr bereitwillig Auskunft bekommen und Frau Personaldirektorin Mag.^a Brigitta Schmidberger hat mir die Personalplanung ausführlich erklärt. Ich bedanke mich ausdrücklich für diese kooperative Zusammenarbeit. Sie haben mein Vertrauen gewonnen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Gemeinderätin Mag.^a Grünn für die KPÖ-Fraktion:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer*innen im Saal und per Stream, ich bin nun schon 14 Jahre im Gemeinderat, bin also schon etwas älter gedient hier herinnen. Ich nutze meine Debattenbeiträge zum Budget immer dazu, um die Position meiner Partei darzulegen, aber auch um manch Grundsätzliches zu Finanzfragen anzubringen.

Im Zentrum steht bei mir natürlich immer die soziale Frage. Nämlich soziale Gerechtigkeit und die Vorstellung einer solidarischen Stadt für alle - ungeachtet ihres staatsbürgerlichen Status oder ihrer Besitzverhältnisse - das sind meine Maßstäbe der Beurteilungen. Man könnte auch sagen, es ist ein Blick von unten und mir geht es um Grundsätzliches. Zunächst ein paar kurze Vorbemerkungen.

Die vorliegenden Voranschläge für 2024 und 2025 sind geprägt von den Auswirkungen der Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, den steigenden Energiekosten und der massiven Teuerungswelle. Das ist nicht nur ein Problem für den öffentlichen Haushalt, sondern die Teuerungswelle spüren alle bei ihren täglichen Ausgaben. So sind die Ausgaben für Wohnen und Energie im Zeitraum von Mai 2021 bis August 2023 um 27 Prozent gestiegen und die Ausgaben für Ernährung im selben Zeitraum um 24 Prozent. Bekanntlich blieb die Regierung bei gezielten Preiseingriffen bei Mieten, Energie und Lebensmitteln aber säumig und beließ es bei Einmalzahlungen. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wie immer trifft die Teuerungswelle nicht alle gleich. Sie kennt Gewinner und Verlierer. Verlierer*innen sind die, die von Lohnarbeit angesichts sinkender Reallöhne leben, Pensionist*innen und Bezieher*innen von nicht indexierten Leistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Und es sind vor allem Frauen. Alleinverdienerinnen mit Kindern und Pensionistinnen mit Ausgleichszulage. Von einem niedrigen Einkommen zu leben heißt, auch einen höheren Anteil des Haushaltseinkommens für Wohnkosten und den täglichen Bedarf aufbringen zu müssen. Das finanzielle Polster ist klein, die Gefahr aufgrund der Inflation in Armut abzurutschen, steigt. Auch in Linz gibt es Menschen, die sich zwischen warmer Wohnung und Essen entscheiden müssen.

Leider fehlt in Linz ein aktiver Umgang mit der sich verschlechternden sozialen Lage. Vor einem Jahr hat die KPÖ einen Antrag für eine Linzer Sozialstudie eingebracht. Dieser Antrag zu Erfassung der Lebenssituation von Linzer*innen in prekären Lebenslagen fand leider keine Mehrheit. Nun mangelt es in Linz nicht an Strategiepapieren aller Art, die sich die Stadt ja auch einiges an Ressourcen kosten lässt. So sind derzeit etwa eine Innenstadt- und eine Fahrradstrategie in Arbeit und demnächst soll eine Sport- und Gesundheitsstrategie entwickelt werden.

Es wäre höchst an der Zeit, sich auch der zunehmenden Armutsgefährdung zu widmen und hier Maßnahmen auf städtischer Ebene zu entwickeln. Ein Vorschlag der KPÖ dazu ist etwa die Wiedereinführung eines kostenlosen Mittagessens in den städtischen Kindereinrichtungen und Schulen. Wie man ja lesen kann, ist auch der neue SPÖ-Vorsitzende Andreas Babler einem solchen Ansinnen, nach einer gesunden und vollwertigen Mahlzeit für Kinder einmal am Tag, zumindest ist seiner Heimatgemeinde Traiskirchen nicht abgeneigt.

Vielleicht ist das auch ein Ansporn für die Linzer SPÖ, die ja noch vor Kurzem einen Antrag der Grünen und KPÖ für ein kostenloses Mittagessen für die Kinder aus den einkommensschwächsten Haushalten im Gemeinderat abgelehnt hat. Im Übrigen, die zynische Aussage von Bundeskanzler Nehammer zur Kinderarmut hat es als ‚Kanzlermenü‘ zum Wort des Jahres 2023 geschafft.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum dritten Mal liegt nun ein Voranschlag in Form der Doppik, statt der Kameralistik vor. Mit der Doppik als klassische Buchführung von gewinnorientierten Unternehmen wird die Stadt ebenfalls vermehrt als Unternehmen gesehen. Der Körperschaftscharakter der Stadt tritt damit weiter in den Hintergrund.

Wie 2021 ist es auch wieder ein Doppelbudget geworden. War es anfangs das Argument, politische Begehrlichkeiten im Wahljahr 2021 abzuwenden, so wird diesmal die stringente Planung ins Treffen geführt. Da kann man nur antworten, dass die nun nur mehr alle zwei Jahre stattfindende Budgetdebatte im Gemeinderat auf Kosten der Demokratie geht. Denn bekanntlich wird der Voranschlag vom Stadtsenat erstellt, die anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien bleiben außen vor und sie werden nun auch um die jährliche Debatte beschnitten.

Auch kann man sich fragen, ob nicht angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Lage ein jährliches Budget nicht die flexiblere Option wäre. Auch die einzige Möglichkeit der Bürger*innen auf das Budget Einfluss zu nehmen - nämlich die Erinnerung - ist davon betroffen. Man kann also auch hier von einem schleichenden Entdemokratisierungsprozess im Gemeinderat sprechen. Zumal hier auch noch angemerkt sei, dass, im Gegensatz zum internationalen Trend, partizipative Elemente der Budgetgestaltung in Linz vollkommen fehlen.

Apropos Erinnerung: Meine Partei hat ja eine eingebracht - der Ausstieg aus der Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt, Land und ASFINAG für die A 26 würde der Stadt Millionen ersparen und damit erhebliche Mittel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs freimachen. So sind mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 23 Millionen für den Westring vorgesehen und das kann angesichts von Preissteigerungen und fehlendem Deckel noch mehr werden. Kurzum, das ist Geld, das für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fehlt und noch dazu die Klimaziele konterkariert.

Sehr geehrte Damen und Herren, es sei hier positiv vermerkt, dass die Stadt zur Stabilisierung ihrer Leistungsfähigkeit vermehrt auf Investitionen in Soziales und Klimaschutz setzt - etwa in den notwendigen Ausbau der Seniorenzentren, in Baumpflanzungen, Klimafonds und die Neugestaltung des Urfahrmarktgeländes.

Kritisch anmerken muss man hier aber, dass die Widersprüche dieses Bekenntnisses zum Klimaschutz und der realen Stadtpolitik besonders an der gelebten Verkehrspolitik deutlich werden. Die Versäumnisse einer autoorientierten Retroverkehrspolitik der letzten Jahrzehnte wiegen nun umso schwerer. Das beharrliche Festhalten an Autobahnprojekten ist nicht nur eine enorme budgetäre Belastung, sondern widerspricht auch dem Bekenntnis für eine klimafreundliche Mobilität.

Ein wirksamer Klimaschutz ist aber auch hier nur durch eine Kehrtwende möglich. Hochhausbauten, Tiefgaragenbauten und Investorenbegehrlichkeiten, die die Lebensqualität nicht nur der Anrainerinnen und Anrainer bedrohen, stehen einer klimagerechten Stadt im Wege. Eine radikale Verkehrswende durch eine konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilitätsformen ist ein Gebot der Stunde. Das ist aber im vorliegenden Verkehrsbudget nicht abzulesen.

Die Klimakrise ist auch eine soziale Frage. Wer sich die Hitzekarte der Stadt Linz genau angesehen hat, weiß, dass sich die Hitzeinseln in der Stadt mit den Stadtteilen decken, in denen die Stadtbewohner*innen über das geringste Einkommen verfügen. Also Stadtteile mit geringer Durchgrünung und Durchzugsstraßen. Deren Bewohner*innen können sich wohl keine Klimaanlage oder die Flucht bei Hitzetagen und Tropennächten ins Zweitdomizil aufs Land leisten. Eine konsequente Klimaschutzpolitik ist also auch ein großer sozialpolitischer Auftrag, der sich aber noch nicht in der Finanzplanung abzeichnet.

Da sind wir jetzt wieder bei der sozialen Frage angekommen: Für eine Strategie gegen Verarmung sind leider keine zusätzlichen Mittel veranschlagt. Da gab es ja schon in den vergangenen Jahren Instrumente, etwa den Solidaritätsfonds 2021, oder dieses Jahr das Schulstartpaket, die als fixe freiwillige Leistungen in die Finanzplanung aufgenommen gehörten.

Auch die Stabilisierung der Lebensgrundlage von Menschen, die von existenziellen Nöten geplagt sind, ist eine wichtige Investition und auch humanitäre Pflicht für eine solidarische Stadtgesellschaft. Sofortige Mittel für das Sozialbudget könnten etwa durch die Auflösung des Ordnungsdienstes - immerhin 4,1 Millionen Euro für die kommenden zwei Jahre - lukriert werden.

Ein Ausbau der Stadtteilzentren und Gemeinwesenarbeit statt Law and Order wäre eine Wohltat für das städtische soziale Klima. Frau Stadträtin Schobesberger hat es ja schon angesprochen, gestern war am Hauptplatz eine Protestkundgebung - vor allem besucht von Sozialarbeiter*innen der verschiedensten Vereine in Linz, die mit den Vorkommnissen bei der Sozialbehörde konfrontiert sind.

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass hier dringend etwas getan werden muss. Auch zu mir kommen Menschen, die mit Bescheiden der Behörde Probleme haben. Ich habe auch lange im Sozialbereich gearbeitet und kenne dort sehr viele ehemalige Kollegen und Kolleginnen und inzwischen „pfeifen es die Spatzen von den Dächern“, was da los ist und dass dringend etwas getan werden muss.

Frau Stadträtin Schobesberger hat es auch gesagt, das Gesetz ist ein Wahnsinn und ganz schlecht und gehört auch dringend repariert, keine Frage, das ist Landesangelegenheit und Bundesangelegenheit. Beim Vollzug aber sehe ich Herrn Bürgermeister und auch dich, Frau Vizebürgermeisterin Hörzing in der Verantwortung.

Der Vollzug liegt bei der Stadt Linz und es ist dringend notwendig, diesen Vollzug wieder dorthin zu bringen, wo er hingehört, nämlich zu einem Vollzug, der den Armen nicht noch zusätzliche Sorgen und Kummer bereitet, sondern der das macht, was die Sozialhilfe sein soll, nämlich eine existenzielle Sicherung für Menschen, die in schwerster Not sind.

Diese Menschen werden nicht verschwinden, indem man beim Amt recht grauslich zu ihnen ist, sondern die gibt es einfach und sie haben auch ein Recht darauf, gut behandelt zu werden und nicht weiter in dieser Form schikaniert zu werden, muss ich fast sagen. (Beifall)

Also, da ist dringendes Einlenken geboten und es ist in der Verantwortung des Herrn Bürgermeister, hier tätig zu werden und wieder einen gerechten Vollzug herzustellen, weil das ist, wirklich – schändlich - muss ich sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Recht wird jedes Jahr die hohe Belastung durch Zahlungen an das Land Oberösterreich kritisiert. Besonders die Landesumlage mit 33 Millionen und der Sprengelbeitrag mit 97 Millionen - beides Zahlen für 2024 - sind eine schwere Belastung und entsprechen nicht der Gewichtung, die eigentlich vorgesehen werden müsste.

Bei einem Anteil von 13,8 Prozent an der Bevölkerung wird Linz beim Transfer mit 17 Prozent, bei der Landesumlage sogar mit 22,3 Prozent belastet. Da kann man getrost immer wieder den ehemaligen Bürgermeister von Steyregg, Herrn Josef Buchner, zitieren: ‚Es ist eine Verhöhnung und ein Ärgernis, weil das Land Oberösterreich seit vielen Jahren die Gemeinden mittels Transferleistungen wie eine Weihnachtsgans ausnimmt.‘

Wahr ist aber auch, dass die ungerechte Verteilung bei Finanzausgleich oder Landesumlage zuungunsten der Gemeinden ein seit Jahrzehnten ungelöstes Problem ist, wo jammern nichts hilft, sondern nur Taten folgen können. Und da sind vor allem die Regierungsparteien, nämlich diejenigen auf Landesebene, das wären die ÖVP und die Freiheitliche Partei und auf Bundesebene die ÖVP und die Grünen in die Pflicht zu nehmen, hier maßgebliche Änderungen vorzunehmen, damit hier endlich Gerechtigkeit eintritt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die erwarteten Einnahmen der Stadt aus der Kommunalabgabe mit 201,4 Millionen Euro für 2024 sind durchaus beachtlich. Hier wäre noch anzumerken, dass die Umstellung der Bemessung von drei Prozent der reinen Lohnsumme auf die Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfung eines Unternehmens erheblich mehr einbringen würde.

Die Grundsteuer ist mit 23 bzw. 23,5 Millionen Euro veranschlagt. Auch hier ist die Berechnung nach dem Einheitswert statt dem Verkehrswert hemmend für die Einnahmen der Stadt. Natürlich dürfte diese Umstellung nicht auf die Betriebskosten für die Wohnungsmieten umgeschlagen werden. Ein Vergleichswert dazu: Österreichweit werden laut einer Studie des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) aus der Grundsteuer 2019 nur 724 Millionen Euro Erlöst und das bei einem Grund- und Immobilienvermögen in Österreich, dass auf viele Milliarden Euro geschätzt wird.

Die Frage der Schuldenproblematik stellt sich natürlich angesichts der Krise immer wieder neu. Und hier gehört, wie jedes Jahr daran erinnert - geschätzter Kollege Gemeinderat Redhammer -, dass, wer über die Schulden der öffentlichen Hand jammert, aber verschweigt, dass dem gegenüber ein Riesenvermögen (in der Hand Weniger) existiert, welches mangels Vermögenssteuer dem Gemeinwohl entzogen ist, lieber schweigen soll.

Die langjährige Steuerschonpolitik für die Reichen hat nämlich Folgen, nämlich, dass in den Kassen der öffentlichen Hand Mangel herrscht. Besser auf den Punkt gebracht als Bertolt Brecht hat das auch noch niemand, der hat gesagt: ‚Reicher Mann und armer Mann, standen da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: Wäre ich nicht arm, wärst du nicht reich.‘ (Beifall) Ein Klassiker, immer wieder wahr und schön zu zitieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, hier sind nun auch noch einige Worte zur Personalpolitik angebracht. Der viel zitierte Fachkräftemangel hat aufgezeigt, wie wichtig gut ausgebildete Mitarbeiter*innen sind. Zu wenig Personal in den Betreuungseinrichtungen und der Verwaltung schwächt die Leistungsfähigkeit der Daseinsvorsorge.

Lange Jahre war man in diesem Haus recht stolz, wenn man weniger Mitarbeiter gehabt hat. Anscheinend gibt es jetzt eine Wende und man ist doch wieder stolz darauf, dass man mehr Mitarbeiter*innen finden und einstellen möchte. Das finde ich gut, das ist positiv. Und ich finde es auch wichtig, dass man wieder zu einer gemeinwohlorientierten Personalpolitik kommt, und zwar durch Arbeitszeitverkürzung, durch Personalausgleich und besonders durch eine bessere Bezahlung der Menschen und vor allem der Frauen, die im Sozial- und Pflegebereich arbeiten.

Noch ein paar Vorschläge, wie man Einkommen steigern könnte: Die Wertschöpfungsabgabe habe ich ja schon erwähnt und ich möchte auch noch auf die Leerstandsabgabe verweisen, das könnte auch eine wichtige Einnahmequelle für Gemeinden werden.

Bei der letzten Gemeinderatssitzung hat unser Antrag zur Schaffung der Datengrundlage für eine Leerstandsabgabe noch keine Mehrheit gefunden. Laut der letzten Erhebung der Statistik Austria gibt es allein in Linz mehr als 10.000 Wohnungen ohne Meldeadresse. Es spricht also viel dafür, hier aktiv zu werden, wie es ja in anderen Städten und Bundesländern schon geschieht. Nämlich Wohnungen statt Leerstand reaktivieren, zusätzliche Einnahmen lukrieren und Ressourcen durch Nutzung von Leerständen zu schonen.

Zu verweisen ist auch auf die Ausstände bei der Kommunalabgabe und die Befreiung der Religionsgemeinschaften von der Grundsteuer. Eine Nahverkehrsabgabe analog der Wiener U-Bahn-Steuer zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und eine Verkehrserregerabgabe für Einkaufszentren, könnten neben Einnahmen auch einen Lenkungseffekt hin zu ökologisch verträglichen Verkehrsformen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden, wie in den vergangenen Jahren, dem Voranschlag aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen. Das heißt aber nicht, dass wir alle Maßnahmen, die darin enthalten sind, ablehnen. Wir werden

auch im Laufe des Jahres den Maßnahmen wieder zustimmen, wo wir denken, dass sie für die Stadt gut sind und zu einer gedeihlichen Entwicklung beitragen.

Gleichzeitig natürlich möchte ich noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung Dank und Anerkennung für die Erstellung des Voranschlags aussprechen. Danke schön. Und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Beifall)

Gemeinderätin Pühringer für die LinzPlus-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, zwei große Problemfelder beschäftigen uns in Linz schon jetzt und werden uns in den nächsten Jahren immer stärker fordern:

Der Klimawandel und die Pflegekrise.

Beide Problemfelder sind schon jetzt eng miteinander verwoben, weil nämlich die sommerlichen Hitzeinseln in der Stadt besonders auch für sehr junge und sehr alte bzw. kranke Menschen gesundheitsgefährdend sind. Die Klimaerhitzung wirkt sich schon jetzt auf unser Stadtklima aus und beschert dem Gesundheitssystem in den nächsten Jahren immer mehr Menschen aus vulnerablen Gruppen, die im Sommer deswegen sogar im Krankenhaus versorgt werden müssen. Und das in einem ohnehin völlig überlasteten Gesundheits- und Pflegesystem.

Mit mehr als 30 Jahren Erfahrung im Gesundheits- und Pflegebereich und zum zweiten Mal als pflegende Angehörige sehe ich nicht, dass die Politik in Österreich den Ernst der Lage erkennt und entschlossen handelt. Groß angekündigte Reformen fallen dann doch kleiner aus als erhofft. Vor allem aber werden Gesundheit und Pflege nicht als Einheit und sich gegenseitig beeinflussend gesehen, sondern es wird versucht, an einzelnen kleinen Schraubchen zu drehen oder die Symptome der Fehlsteuerung zu bekämpfen.

Es ist aber zu viel Sand im Getriebe und wegen der Partikularinteressen im Gesundheitssystem knirscht es immer lauter. Mit großem medialem Getöse an manchen Stellen ‚feuerlöschen‘ zu betreiben, bringt nichts mehr. Was passiert, wenn wir uns als Stadt Linz nicht dieser Probleme unserer Zeit umfassend und tiefgreifend und vorausschauend annehmen?

Wir werden immer mehr einsame, isoliert lebende, pflegebedürftige Menschen in barrierefreien Wohnungen sitzen haben aber nicht das Personal, sie dort zu betreuen. Wir werden als Arbeitgeber für Pflegepersonal unattraktiver, denn die Arbeitsplätze werden dann in den ohnehin auch nach Personal suchenden Pflegeeinrichtungen über Land immer mehr Anziehung haben, weil das Pendeln entfällt. Die Vereinzelung wird - obwohl die Menschen in der Stadt dicht an dicht wohnen - voranschreiten und gegenseitige Hilfe und Unterstützung im alltäglichen Leben werden weiter erodieren.

Pflegende Angehörige schaffen den Spagat zwischen Berufstätigkeit und Betreuungspflichten nicht mehr, müssen sich selbst aus dem Arbeitsmarkt herausnehmen und werden über die vielfältigen Belastungen selbst krank. Und wir wissen auch ganz genau, dass die Überforderung der pflegenden Angehörigen schon jetzt Übergriffe und Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen nicht nur begünstigt, sondern dass diese Gewalt schon jetzt ein viel zu oft auftretendes Problem ist.

Die gute Nachricht ist: Wir haben als Stadt Linz viele Möglichkeiten, den Menschen die Grundlagen für ein gutes Leben bereitzustellen. Da gibt es viel zu tun. Als erstes müssen wir von unserem veralteten Begriff der Barrierefreiheit wegkommen. Es geht nämlich um mehr: Es geht um Inklusion.

Die Bertha von Suttner-Universität in St. Pölten versteht Inklusion unter anderem so, ich zitiere: „Es ist nicht mehr das Individuum, das sich Systemen anzupassen hat, sondern die Systeme treffen Vorkehrungen für ihre Zugänglichkeit und gehen von Vielfalt als eigentliche Normalität aus. Dadurch, dass Menschen als verschieden angesehen werden und es als normal gilt, dass wir als Menschen unterschiedlich lernen, uns unterschiedlich fortbewegen, unterschiedlich lieben - richten wir den Blick auf alle Menschen und die Frage nach den jeweils individuellen Erfordernissen.“ Zitat Ende.

Was heißt das für uns im Gemeinderat? Ich breche diesen Ansatz auf die kommunale Ebene herunter. Unser Leitspruch sollte lauten: Uns ist es als Stadt wichtig, möglichst allen Menschen volle Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen. Es braucht aber eigentlich gar keine langen Erklärungen und Definitionen für Inklusion. Es reicht, wenn man bei allen Überlegungen und Entscheidungen in einer Stadt Folgendes im Blick hat: den Menschen, schlicht und einfach.

Schauen wir uns ein paar Möglichkeiten an, bei denen man den Menschen in den Fokus stellt. Es muss nicht unbedingt sein, dass alle Wohnungen barrierefrei - und damit auch sehr teuer - gebaut werden. Natürlich muss es Kontingente für alte Menschen und Menschen mit Behinderungen geben, aber diese Wohnungen sollten dann wirklich barrierefrei und nicht nur alibimäßig ausgestattet sein.

Anstatt aber Ressourcen dort zu binden, wo sie nicht nötig sind, wäre es besser, günstiger zu bauen und im Bedarfsfall Umbaumaßnahmen bzw. Adaptierungsmaßnahmen zielgerichtet umzusetzen und großzügig Zuschüsse zu gewähren. Die Mieten wären leistbarer und die Flexibilität bei den Umbauten gäbe den Menschen die Sicherheit, auch im Alter am gewohnten Ort leben zu können.

Ja, mir ist bewusst, dass im Bereich Neubauten die Stadt kaum Handhabe hat und dass Förderwesen und die Vorschriften diesbezüglich Ländersache sind. Aber wir können auch Weitblick beweisen und proaktiv mehr Forschung und Reformen im starren institutionellen Wohnbau einfordern. Wir bewegen uns viel zu oft nur in dem kleinen Rahmen, der uns gesteckt ist. Wir sind aber eine Landeshauptstadt und sollten schon auch den Mut haben, Akzente zu setzen, Grenzen in Frage zu stellen und Visionen zu entwickeln.

Weiter geht's mit dem Thema Wohnbau: Einzelne Wohnungen in Wohnanlagen zu errichten, in denen sich die Menschen nur im Stiegenhaus oder im Lift hin und wieder treffen, ist nicht nur retro, sondern ist anachronistisch.

Die Zukunft des Wohnens muss Begegnungen ermöglichen. Wohnungen sollen keine "Einzelzellen" mehr sein. Es muss Gemeinschaftsräume geben und Räume, in denen Betreuungs- und Pflegepersonal Dienste anbieten können. Pflege- und Betreuungspersonal braucht dann nicht mehr von Wohnung zu Wohnung ziehen, sondern versorgt in einer Wohngemeinschaft mehrere Menschen. Wenn sich die

Bewohner*innen in Gemeinschaftsgärten und Räumen begegnen, kann auch eine Gemeinschaft entstehen, in der man sich gegenseitig unterstützt.

Wir werden es nämlich nicht schaffen, die alternde Bevölkerung mit professionellen und ehrenamtlichen Hilfs- und Pflegepersonen zu versorgen. So viele haben wir einfach nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Menschen untereinander organisieren können.

Barrierefreiheit ist aktuell - vereinfacht gesagt - nur rollstuhl- und rollatorgerechter Wohnbau. Inklusiver Wohnbau und inklusive Stadtplanung gehen aber viel, viel weiter. Hier wird auch der öffentliche Raum in die Betrachtungen und Planungen miteinbezogen. Wie kommt man von den Wohnungen in den nächsten Kindergarten? Geht das auch ohne Auto, nämlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad? Gibt es fußläufig einen Park mit Trinkbrunnen und Sitzbänken im Schatten von Bäumen?

Gibt es bei den Wohnungen Spielmöglichkeiten für Kinder, damit die Kinder keine Straße überqueren müssen, bevor sie sich körperlich austoben und auch mal laut sein können? Ist es für eine gute Lebensqualität und für die Sicherheit notwendig, vielleicht den motorisierten Individualverkehr ein bisschen einzubremsen? Gibt es in der Nähe Carsharing-Möglichkeiten, einen Nahversorger, eine Apotheke, eine Primärversorgungseinheit?

Wie steht es um Kunst und Kultur und Gastronomie im näheren Umfeld? Wo bieten wir als Stadt Linz öffentlich zugängliche Räume für Veranstaltungen, Grätzlfeste, Treffen von Bürgerinitiativen etc. und so weiter?

Räume zu öffnen bedeutet, den Menschen die Möglichkeit zu geben, Selbstwirksamkeit zu erleben und sich einzubringen. Natürlich erschaffen wir in den nächsten paar Jahren nicht ‚die inklusive Stadt‘. Aber bei den Entscheidungen im Gemeinderat können wir die ‚inklusive Stadt für Menschen‘ immer im Auge behalten und uns so gegen die schon jetzt so große Krise in der Pflege möglichst gut wappnen bzw. die größten Auswirkungen abmildern.

Wagen wir Neues, kopieren wir ungeniert Best Practice-Beispiele aus anderen Städten und Ländern und starten wir Pilotprojekte und testen aus, was funktioniert - und was dann eben auch hin und wieder nicht funktioniert. Lernen wir, über die starren Grenzen der ‚städtischen Zuständigkeit‘ hinauszudenken.

Lassen wir dabei auch den jüngeren Generationen Raum, sich einzubringen. Sie sind es ja auch, die in Zukunft das Geld erwirtschaften müssen, das wir als Pensionen bekommen und mit dem unsere Pflege bezahlt wird. Die jungen Menschen werden im Verhältnis zu den älteren und alten Menschen immer weniger und insofern wird es für die Jungen also immer herausfordernder werden, für uns Ältere zu sorgen.

Ich habe weiter oben ein paar Bereiche angeführt, in denen wir Probleme bekommen werden, wenn wir nicht unser Budget so einsetzen, dass es für die Menschen arbeitet. Ich möchte in Erinnerung rufen, wie einfach manche Ideen zur Abmilderung dieser Probleme umgesetzt wären.

Bereich Pflegepersonal: Mein Antrag, für das Pflegepersonal in den Seniorenheimen in Linz, Pflegehilfsmittel am neuesten Stand der Technik anzukaufen, wurde abgelehnt. Ja, es würde was kosten, die Linzer Seniorenpflegeeinrichtungen gut mit Pflegehilfsmitteln auszustatten. Und nein, auch wenn das in der Vergangenheit so dargestellt wurde, als ob: Die Seniorenheime sind nicht perfekt ausgerüstet. Aber es kostet auch, wenn das Pflegepersonal wegen Überbelastung in Krankenstände geht, wenn es zu Personalausfällen kommt, die teuer kompensiert werden müssen. Und die schlimmste Konsequenz ist, dass das Pflegepersonal wegen Überbelastung den Beruf überhaupt verlässt.

Ein Antrag, der praktisch keine Kosten verursacht war folgender: Die Kolleginnen und Kollegen in der mobilen Pflege finden insbesondere am Abend, an Wochenenden und Feiertagen kaum Stellplätze in der Nähe der Wohnungen von pflegebedürftigen Menschen. Meine Idee hat gelautet, für sämtliche Care-Berufe sogenannte ‚Care-Stellplätze‘ zu markieren. Die ‚Care-Stellplätze‘ würden für Haushalts-hilfen, den Arzt im Dienst, die mobile Pflege, für Essen auf Rädern etc. die Chance erhöhen, in der Nähe der Wohnungen der pflegebedürftigen Menschen parken zu können. Langes Suchen nach freien Stellplätzen und weites Gehen zu den Einsatzorten würden entfallen. Dafür aber wären ein paar Minuten Gespräch oder Zeit zum Nägelschneiden übrig. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Weiter oben spreche ich auch davon, dass die Klima- und die Pflegekrise uns Probleme bereiten und beide Themenkomplexe gemeinsam habe ich in einem Antrag bearbeitet. Der Gemeinderat möge nämlich die Seniorenpflegeeinrichtungen in Linz aktiv und prioritär und rasch darin unterstützen, wirksame Beschattungs- und Kühlmaßnahmen umzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt. Wohl wissend, dass schon jetzt und in Zukunft immer stärker gerade auch alte, kranke Menschen unter der Hitze leiden. Uns läuft in der Stadt Linz die Zeit davon. Wir werden immer wieder Sonderfinanzierungen brauchen, um für vulnerable Personengruppen rasche Lösungen zu finden.

Während wir uns in Linz zwei Fußballstadien leisten, ruinieren sich Pflegekräfte in Senioreneinrichtungen die Gelenke, weil anständige Pflegehilfsmittel fehlen. Die Kolleginnen und Kollegen in der mobilen Pflege rennen vom Einsatzort schnell zum weit entfernt geparkten Einsatzauto, um das Arbeitspensum überhaupt zu schaffen. Und die Seniorinnen und Senioren schwitzen in den heißen Pflegeheimen.

Wir von LinzPlus werden auch beim neuen Budget immer wieder darauf hinweisen, wo das Geld sinnvoll und laut unserem städtischen Auftrag gemäß, eingesetzt werden kann. Darauf können Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen und die Linzerinnen und Linzer, verlassen.“

Gemeinderat Brandstetter für WANDEL:

„Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuseher*innen, liebe Mitglieder des Stadtsenats, Herr Bürgermeister Luger wird auch noch kommen, ich möchte ganz kurz mit einem Zitat von einem großen Menschen, der Österreich maßgeblich beeinflusst hat, beginnen. Dieser hat einmal gesagt: ‚Nichts wäre grauslicher als der Gedanke, nur administriert zu haben‘. Mit dem vorliegenden Budget werden, denke ich, eher die Zustände verwaltet, als dass die Transformation, die diese Stadt machen muss, gestaltet werden kann. Aus diesem Grund werden wir auch ablehnen.

Ich möchte jetzt kurz einen Überblick geben, worüber ich genau sprechen werde, damit ihr meinen Gedankensprüngen besser folgen könnt. Ich habe ein kleines Modell entwickelt, um dieses komplexe Budget ein bisschen besser verstehen zu können und ich werde versuchen, ein paar Thesen zu entwickeln, um auch Bewertungskriterien für die spätere Diskussion zu haben.

Nun, fangen wir an mit dem Modell. Ab einer gewissen Größe von Zahlen und Komplexität fällt es uns Menschen schwer, Zahlen und Größenverhältnisse wirklich zu verstehen und ins Verhältnis zu setzen. Da gibt es dann immer diese Fußballfelder und die Badewannen und diese Dinge.

Auch so ein Budget ist ein sehr großes und komplexes Zahlenwerk. Um eine bessere Verständlichkeit zu erreichen, habe ich ein kleines Modell entwickelt: Wie wir wissen, hat ein Meter 100 Zentimeter, dementsprechend sind dann zehn Meter 1000 Zentimeter. Erlaubt mir jetzt einen kleinen Kunstgriff - wenn wir sagen, dass die Ausgaben im Sachbereich im Budget 2024 und 2025 bei 928 bzw. 955 Millionen Euro liegen - und wir eine kleine Ungenauigkeit zulassen, um das Verständnis zu erhöhen - könnten wir sagen, dass beide Budgets 1000 Millionen haben. Das wären dann die 1000 Zentimeter.

Das wäre - (schreitet in großen Schritten „eins, zwei, drei, ... zehn“ den Saal ab) (Heiterkeit) – also nur damit wir das ungefähr haben, so lange. Natürlich sind Schritte nicht ganz genau, aber es hilft uns im Verständnis und darum geht es. (Beifall)

Wenn diese zehn Meter jetzt 1000 sind, würde das jetzt bedeuten, dass ein Zentimeter genau eine Million ist und ein Millimeter 100.000 Euro sind. Mit diesen zwei Zahlen können wir die einzelnen Bereiche im Budget, die Prioritäten und wer wieviel Wertigkeit wo hineinsteckt, später relativ gut analysieren.

Noch einmal kurz zur Genauigkeit, zur Ungenauigkeit und zur Einfachheit. In Modellierungen macht man das oft so: Um eine gewisse Einfachheit in den Annahmen zu haben, wird auf die eine oder andere Genauigkeit verzichtet. Ich glaube, dass das die später folgende Diskussion in keiner Weise schädigt. Ich lade Sie auch gerne ein, dass Sie dann später in Zentimetern, Millimetern und zehn Metern denken, falls Sie jemals überlegen, wieviel ein bestimmter Bereich in diesem Budget ausmacht.

Bevor wir jetzt hier weitergehen, möchte ich noch ganz kurz ein paar Kriterien und Thesen erläutern, um sagen zu können, wieviel zum Beispiel 3,8 Zentimeter für eine Autobahn sind? Ich möchte jetzt gerne folgende Thesen vorstellen und damit den Blick weiten und gleichzeitig aber immer versuchen den Bezug herzustellen, was das für uns, hier in Linz, bedeutet.

Die erste These ist, dass wir am Anfang eines hegemonialen Entwicklungspfades stecken. Ich würde ihn als grünen Kapitalismus benennen. Das ist ein Projekt, das Potenzial hat, neue Anlegefelder zu kreieren, in welches Kapital investiert wird. Ich glaube, die Hoffnung dieses Entwicklungsmodells ist – das ist nicht unbedingt meine Hoffnung -, dass man ökologische Nachhaltigkeit als wirtschaftliche Chance betrachtet und hier tragfähige Akkumulationsregime schafft, bei gleichzeitiger Bearbeitung der ökologischen Krise.

Das kommt in verschiedenen Ausformungen, wir sehen das mit dem ‚Green New Deal‘ in China in anderen Arten und Herangehensweisen. In Linz sind die Bemühungen der voestalpine, grünen Stahl zu produzieren, ein gutes Beispiel dafür. Der Spatenstich für den Elektrolichtbogenofen ist beispielhaft dafür. Die Frage ist: Löst das die sozialen und ökologischen Fragen?

Das zweite Thema ist eine gewisse neue Multipolarität und Blockkonfrontation. Ich denke, dass wir diese geopolitischen Dimensionen, sobald wir die Nachrichten sehen, sehr schnell wahrnehmen und dass es hier eben zu Veränderungen der Kräfteverhältnisse kommt und zu Verschiebungen von tektonischen Platten quasi. Diese Konkurrenz um die Führung in diesen Fragen, führt - ich versuche den Bezug hier auf Linz herzustellen - natürlich zu Kriegen an den Rändern dieser Einflusszonen, denken wir an die Ukraine und denken wir dann daran, wie diese Auseinandersetzungen etwa unsere Gaspreise beeinflussen und wie das etwa unsere Budgets, also private Haushalte, die immer noch sehr hohe Energiekosten zum Teil zu tragen haben, belastet.

Dann gibt es natürlich eine partielle Deglobalisierung, das hat mit Lieferketten und allen möglichen Versorgungssicherheitsfragen zu tun. Ich will auf diesen Komplex später noch einmal zurückkommen, wenn wir darüber sprechen, wie wir mit jeder Investition in automobiler Infrastruktur Abhängigkeiten gegenüber gewissen globalen Playern, die nicht unbedingt immer positiv gegenüber Europa gestimmt sind, verstärken. Diese Art von Investition ist daher meines Erachtens gegen den Hausverstand.

Weiters werden wir vermehrte Transformationskonflikte sehen. Diese sind auf der einen Seite durch die Folgen der geopolitischen Veränderungen ausgelöst und auf der anderen Seite durch die von Gemeinderätin Schobesberger schon erwähnten Folgen der Erderwärmung und besonders der Extremwetterereignisse, die damit einhergehen. Ich denke, dass das einfach zu mehr und härteren Transformationskonflikten und Verteilungskonflikten führen wird, die wir auch hier in Linz spüren werden.

Wir sollten uns die Frage stellen, wie wir die Energiegrundsicherung für alle Bürger*innen darstellen können, wenn wir weiterhin so hohe Energiepreise haben. Wir müssen uns fragen, wie wir mit Extremwetterereignissen umgehen können und wie wir die sozialen Folgen, die dadurch entstehen, mildern? Das zeigt sich dann auch in Diskussionen, wo es um die Änderungen von Verhaltensweisen geht - zum Beispiel beim Parken in der Innenstadt und beim Bäume pflanzen.

Wir sollten uns fragen, wie wir diese Transformationsprozesse entsprechend gestalten können. Ich glaube, dass es da eine sehr aktive und starke Politik braucht, die das auf Augenhöhe mit den Bürger*innen in der Stadt macht.

Viertens möchte ich noch darauf eingehen, dass wir durchaus eine - ich sage es einmal so - potentielle Verschmelzung der Bürgerlichen und der Rechtsradikalen in deren Positionen sehen. Wir haben schon einen gewissen Trend in der Radikalisierung von gewissen bürgerlichen Parteien. Von Trump über Johnson, sehen wir momentan, glaube ich, ein globales Phänomen.

Blicken wir in die Nähe, nach Niederösterreich zum Beispiel, oder nach Salzburg, wo die ÖVP versprochen hat, dass sie nicht mit der FPÖ regieren wird und es dann doch gemacht hat. Das ist schon ein massives Problem für die Glaubwürdigkeit der ÖVP. In diesem Sinne wird es, glaube ich, sehr spannend sein, wie sich die ÖVP bei der nächsten Nationalratswahl verhalten wird. Ich glaube, dass eine anständige, bürgerliche, staatstragende ÖVP fundamental für das Überleben der Demokratie ist. (Unruhe)

Was ist der Bezug zu Linz? Ich glaube, dass wir schon auch immer wieder sehen, wie die Stimmung, die hier die verschiedenen Parteien im Gemeinderat ausleben, auf die Stadt sozusagen abfärbt. Da würde ich die zwei Gesichter der ÖVP Linz ansprechen wollen. Fangen wir mit dem Positiven an, ich glaube, dass die Herangehensweise der ÖVP, zum Beispiel in der gestrigen Parkthematik, der einer staatstragenden Partei entspricht.

Ich bin jetzt nicht unbedingt mit der Geschwindigkeit und mit allen möglichen anderen Dingen einverstanden, aber ich finde, dass es ehrenwert ist, so wie sie es machen. Gleichzeitig haben wir - ich erinnere an den letzten Gemeinderat - das Thema mit dem Durchreiseparkplatz in Linz Süd gehabt. Da hat die ÖVP, ohne auch nur irgendeinen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, einfach nur gesagt, da müssen wir ‚zudrehen‘. Gleichzeitig müsste sie eigentlich wissen, dass es dadurch nicht besser wird, sondern maximal schlechter werden kann. Da erwarte ich mir mehr.

Fünftens möchte ich noch kurz sagen - das ergibt sich aus dem Vorherigen -, dass diese Polarisierung, diese Krisen, diese ganzen Umwälzungen, bei uns individuell und aber bei uns auch als Stadt, als Gemeinschaft, teilweise zu Überforderung führen und in der Folge zur Gefährdung der eigenen und gemeinsamen Handlungsfähigkeit führen.

Ich glaube, dass wir einfach weniger Vertrauen zueinander haben, dass wir mehr Misstrauen und weniger Wohlwollen haben, dass wir weniger Optimismus und Positivität haben und dass wir auf einer individuellen Ebene oftmals auch eine gewisse Orientierungslosigkeit sehen. Diese Themen werden als ‚mental health issues‘ diskutiert. Ich glaube, dass wir da als Politik und als Gesellschaft, als Stadt, mit Positivität und aktiv gestaltend in die Zukunft gehen müssen, weil das die Stimmung in der Gesellschaft insgesamt anheben kann. Ich möchte später beim Thema der Stadtgestaltung und Stadtteilentwicklung noch einmal darauf zurückkommen.

Ich glaube, diese Thesen sagen ganz klar, dass wir in Zeiten großer Umbrüche stehen und dass wir eine große Zeit der Transformation in verschiedensten Bereichen haben. Es stellt sich die Frage, wie man nun, als Stadtregierung, mit diesen Umbrüchen umgeht?

Ich sehe hier – auf einer größeren Ebene - die eine Seite, die Verteidiger der fossilen Lebensweise sozusagen und auf der anderen Seite ein ‚grün-liberales-Modernisierungsprojekt‘, das oftmals leider die soziale Frage ignoriert. Da stellt sich für mich die Frage, was hier die Rolle der Sozialdemokratie ist, was die Rolle der Gewerkschaft und was die Rolle der Arbeitnehmer*innenbewegung ist? Und ich kann nur eines sagen, es wird eine bessere sein als Ihre. (Zwischenruf, Heiterkeit)

Zum Glück ist die Sozialdemokratie hier in diesem Haus noch die stärkere Kraft als sozusagen diese Seite des Hauses. (Beifall, Heiterkeit) Für mich als jungen Bur-schen gibt es drei Gründe, warum ich nicht in die Sozialdemokratie gegangen bin. Der Erste ist der ‚Gusi‘, der zweite ist der Faymann und der dritte ist die mangelnde Bereitschaft, die ökologische Frage ernst zu nehmen. Ich hoffe, dass sich das mitt-lerweile schön langsam ändert, aber das sind die Gründe.

Wenn wir in die Vergangenheit zurückschauen, gibt es eine sehr stolze Geschichte der Sozialdemokratie. In Skandinavien hat es in der Zwischenkriegszeit wirklich großartige Reformprojekte der Sozialdemokratie gegeben. Auch in Österreich war das ‚rote Wien‘ ein wunderbares Gegenmodell zu dem, was in dieser Zeit der Austrofaschismus angestellt hat. Natürlich müssen wir auch die Rolle der SPÖ in der Nachkriegszeit und insbesondere die Rolle der Kanzlerschaft von Bruno Kreisky erwähnen. Von ihm ist das Zitat, dass ich eingangs erwähnt habe.

Diese Projekte finde ich bewundernswert und ich finde, sie haben alle eine große Lust am Gestalten in sich und sie haben alle einen gewissen öffentlichen Wohlstand geschaffen. Sie haben soziale Sicherheit geschaffen durch den Sozialstaat und sie haben eine Demokratisierung der Gesellschaft auf der Basis eines emanzipatori-schen Menschenbildes vorangetrieben. Sie haben auch - und das ist auch ganz wichtig - eine langfristige und auch auf strategische Interessen gepolte Industriepo-litik und Wirtschaftspolitik gebracht.

Ich schätze hier auch die Bemühungen der SPÖ, die Industriestadt Linz voranzu-treiben, auch wenn ich immer noch nicht der Meinung bin, dass das die primären kommunalpolitischen Aufgaben sind. Jedenfalls hat diese Bewegung historisch die Aufgabe, öffentlichen Wohlstand zu schaffen und Lust am Gestalten zu haben und aktiv und am Ball zu sein.

Ich denke, dieses ‚passive Ball halten‘ ist zu wenig. Herr Mandlbauer, der Redak-teur, hat kürzlich gemeint, dass man hier in den letzten Jahren schon ein bisschen viel ‚Ball halten‘ von Seiten der SPÖ gesehen hat und dass man durchaus noch ein bisschen mehr sozusagen ‚offensiven Spielwitz‘ erkennen lassen könnte.

Was ist nun dieser öffentliche Wohlstand? Öffentlicher Wohlstand sind gute öffent-liche Verkehrsmittel, gute öffentliche schön gestaltete Räume, gute öffentliche Bäder, gute öffentliche Toiletten, gute öffentliche Kindergärten, gute öffentliche Schu-len und Universitäten, guter öffentlicher Wohnraum und vieles, vieles, vieles mehr. Das gilt es zu erschaffen.

Ich sehe ein, dass es schwierig ist, diesen Pfad (Klingel) der Transformation zu ge-stalten. Ich würde mir von der SPÖ ein bisschen weniger Franco Foda und mehr Ralf Rangnick in der Spielgestaltung wünschen.

Wir haben die zentrale Notwendigkeit die Mobilitätswende zu machen. Das wird in der Rhetorik zwar anerkannt, im Budget ist das aber immer noch fraglich. Wir haben im Budget 2024 10,1 für den Mona-Lisa-Tunnel, 4,8 für die Umfahrung Ebelsberg, 3,8 für den Westring, wir haben für die Halbanschlussstelle Auhof (Klingel) 3,7, also viel. Es gibt 3,3 für den öffentlichen Verkehr und 1,8 für das Rad.

Ich höre es schon stark bimmeln, ich springe jetzt einmal weiter und komme zum Schluss.

Wir lehnen dieses Budget ab, da wir eben der Meinung sind, dass es eher im Verwalten bleibt und zum Beispiel im zentralen Verkehrsbereich nicht den notwendigen Kurswechsel vorantreibt. Es gibt aber auch gute Punkte in diesem Budget und denen werden wir dann einzeln im Budgetvollzug zustimmen, wenn wir das für richtig befinden. Danke schön.“ (Beifall)

Die Generaldebatte ist hiermit beendet.

Bürgermeister Luger eröffnet die

SPEZIALDEBATTE

und erteilt Gemeinderat Kühn zum Kapitel 0 – Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung das Wort.

Gemeinderat Kühn:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher via Livestream, ich darf nun die Spezialdebatte eröffnen und zu den Budgetkapiteln 0 – Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung und 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit, aus Sicht der SPÖ-Gemeinderatsfraktion sprechen.

Der Magistrat Linz stellt sich strategisch völlig neu auf. Neben dem Digitalisierungsprogramm ‚Digitales Linz‘ sowie der neuen Unternehmensstrategie will die IT-Strategie Doppelgleisigkeiten abbauen und Synergiepotenziale verstärkt hervorheben. Dies wird zu einer wesentlichen Reduktion von Kosten über die gesamte Unternehmensgruppe Linz führen.

Dabei vergisst die Verwaltung aber nicht auf jene, die mit Digitalisierungsprozessen noch nicht so vertraut sind. So gibt es etwa Smartphonetage für Senior*innen in Linz. Oberstes Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am digitalen Leben zu ermöglichen.

Ein besonderes Projekt möchte ich hervorheben: Den Enter_Tainer am Linzer Hauptplatz. Aktuell werden dort unter anderem Spenden für den Sozialverein B 37, das Linzer Frauenhaus und die Linzer Tiertafel gesammelt. Der Container ist die symbolische Schnittstelle für die Leistungen des Magistrats zu den Linzerinnen und Linzern.

Die Aufgaben einer öffentlichen Verwaltung sind vielfältig und sichern ein gutes Zusammenleben. Das schlägt sich auch in den Finanzen nieder: Im Budget sind 2024 128,2 Millionen Euro und im Jahr 2025 134,4 Millionen Euro vorgesehen.

Für die städtischen Dreijahressubventionen für Vereine, die den Zusammenhalt in unserer Stadt sehr wesentlich sichern, ist auch wieder vorgesorgt.

Die Stadt wird auch ihrer Verantwortung in der Jugendbeschäftigung gerecht. Die Unternehmensgruppe Linz ist der zweitgrößte Lehrlingsausbildner, darauf sind wir

sehr stolz. Sie wurde für ihre speziellen Programme und Angebote - von Förderunterricht über Gesundheits- und Betreuungsmaßnahmen sowie sozialpädagogische Seminare bis hin zu Zusatzausbildungen mehrfach ausgezeichnet. Die Stadt bildet die Fachkräfte der Zukunft aus. Das Ausbildungsangebot geht dabei weit über die verpflichtenden Lehrinhalte hinaus. Darauf können wir wirklich stolz sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, 53 Millionen Euro sind 2024 für Personal in der Verwaltung reserviert, im Jahr 2025 sind es 55 Millionen. Damit sind ausreichend Mittel vorhanden, um die Kernaufgaben der Stadt personell und professionell abzuwickeln.

Kommen wir nun zum Budgetkapitel 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Hier ist mit Abstand die Linzer Berufsfeuerwehr die größte Position im städtischen Haushalt: 20 bzw. 21 Millionen Euro sind für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen in unserer Stadt reserviert. Das Leistungsspektrum der Berufsfeuerwehr hat sich in den vergangenen Jahren verändert und auch erweitert. Jahr für Jahr wachsen die Anforderungen an die Einsatzkräfte.

Um diesen gewachsen zu sein, sind im Budget für die nächsten zwei Jahre beträchtliche Geldmittel vorgesehen, um etwa den Fuhrpark zu erneuern: 1,4 Millionen Euro im Jahr 2024 und 1,9 Millionen Euro im Jahr 2025. Neben der Berufsfeuerwehr werden auch die freiwilligen Feuerwehren mit städtischen Mitteln gefördert, um ihren Beitrag zur Sicherheit in der Stadt leisten zu können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die so, wie ich, an der Beschlussfassung der Errichtung des Ordnungsdienstes im Jahr 2010 mitgewirkt haben, Sie wissen, die Zustimmung in der SPÖ ist damals nicht allen leichtgefallen. Heute kann die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion dieser Budgetposition guten Gewissens zustimmen, da sich der Ordnungsdienst zu einem modernen, mobilen Bürgerservice entwickelt hat.

Besonders herausstreichen möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit mit der Volkshilfe, wo gemeinsam mit Sozialarbeiter*innen neue Wege der Problemlösung gesucht werden - Stichwort Volksgarten. Ich bedanke mich als Mitglied des Aufsichtsrates der Ordnungsdienst der Stadt Linz GmbH (OSL) bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die teilweise mehr als 20 Kilometer pro Tag zu Fuß zurücklegen, sehr herzlich für ihre Arbeit und ihr Engagement.

Sicherheit, meine Damen und Herren, ist aber wesentlich mehr als Feuerwehr, Ordnungsdienst, Lebensmittelpolizei und Feuerpolizei. Sicherheit ist ein wesentliches Grundbedürfnis von uns Menschen. Auch die anderen Budgetkapitel tragen zur Sicherheit der Linzerinnen und Linzer bei, denn ohne Bildung, ohne Sportangebote, ohne Kultur, ohne soziale Sicherheit, ohne Gesundheit, ohne Mobilität und ohne Wirtschaft und ganz besonders ohne städtische Dienstleistungen wäre das Leben in der Stadt ein anderes.

Linz ist Friedensstadt, unser Bürgermeister ist ‚Mayor for Peace‘. Linz ist ‚City of Respect‘. Das sind klare Statements der Stadt für Sicherheit und Zusammenhalt. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiter*innen der Stadt und vor allem bei unserer Magistratsdirektorin Frau Mag.^a Ulrike Huemer. Besonderer Dank ergeht auch an

die Finanzverwaltung, insbesondere an Herrn Finanzdirektor Christian Schmid und sein Team für die Erstellung dieses Budgets.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Regeln nicht eingehalten werden, dann ist das Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das städtische Sicherheitsbudget ist ein Garant für diesen Zusammenhalt. Danke.“ (Beifall)

Gemeinderat Grabmayr:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörer an den peripheren Empfangsgeräten, auf der Galerie ist ja niemand mehr. (Heiterkeit) Die Zeiten ausgeglichener Budgets oder zumindest die Versuche, solche zu erstellen, sind vorerst einmal vorbei, nicht nur in Linz, sondern in ganz Österreich.

Die These des vormaligen Bundeskanzlers Kreisky ‚Mir ist eine Milliarde Schilling Schulden lieber wie einhunderttausend Arbeitslose mehr‘, hat in der Budgetpolitik wieder Konjunktur und ist wieder populär geworden. Es hatte einige Zeit den Anschein, als ob dieses Rezept funktioniere. Blöd war es nur, dass wir einige Jahre nach dem Abtreten des ‚Sonnenkanzlers‘ in Österreich beides hatten: Schulden und Arbeitslose. Seit 35 Jahren war daher in allen österreichischen Budgets der Punkt des Schuldenabbaus zumindest als Ziel gesetzt.

Heute, in der wahrscheinlich ambitioniertesten wirtschaftspolitischen Phase der letzten 75 Jahre, scheint auch die Linzer Politik wieder auf dieses alte Kreisky-Rezept zurückzugreifen. Kurzfristig bzw. für dieses Doppelbudget ist eine solche Positionierung über die tatsächlich vorhandenen Mittel vertretbar, und zwar um die Strukturen so zu verändern, dass die Linzer in Hinkunft begreifen, was in ihrer Stadt noch geleistet werden kann und was nicht. Die derzeitige Mentalität, dass jede gute Idee von der Stadt automatisch finanziert werden wird und kann, sollte in Hinkunft durch eine klarere Kosten-Nutzen-Überlegung ersetzt werden.

Oft sind es alte, einstmals sinnvolle Ausgabenposten, deren Sinn sich für uns Freiheitliche 2024 und 2025 nicht mehr so klar erschließt. Als Beispiel möchte ich die immer noch in etwa quartalsweise erscheinende Publikation ‚Lebendiges Linz‘ beleuchten. Dieses Programmblatt besteht schon seit mindestens 50 Jahren, wahrscheinlich länger und war lange Zeit eine wichtige, kostenfrei zu erhaltende Informationsquelle für das kulturelle, gesellschaftliche, aber auch sportliche Leben in Linz. Heute ist ein derartiges Format hoffnungslos und unreformierbar veraltet und stiftet praktisch keinen Nutzen mehr. Dieses Programmblatt aus dem letzten Jahrtausend belastet aber unser aktuelles Budget in jedem Jahr mit ca. 260.000 Euro.

Das ‚Lebendige Linz‘ ist nur ein Beispiel unter vielen. Wir Freiheitliche sehen es daher als wichtige Aufgabe der politischen, wie auch der verwaltungstechnischen Spitze der Stadt Linz an, die Zeit bis zu den nächsten Budgets zu nutzen und alle Ausgabenpositionen zu prüfen, ob sie noch den seinerzeitigen Nutzen für die Linzer Bürger erbringen oder als entbehrlich gestrichen werden können.

Ein weiterer Punkt, dem wir dezidiert die Zustimmung versagen, ist z. B. das Integrationsbüro. Es mag vielerlei leisten, aber konkrete Leistungen, die das tun, was der Name sagt, nämlich die Integration von ausländischen Zuzüglern in die Gesellschaft in Linz zu fördern, finden wir leider keine.

Ein Thema, dem wir angesichts der angestregten Budgetlage auch nicht zustimmen können, sind die immer wieder auftauchenden Förderungen von Universitäten und Hochschulen durch die Stadt Linz. Es ist klar geregelt, dass die Finanzierung dieser Institutionen eine Bundeskompetenz ist und für derartige ‚Nice-to-haves‘ sollte die Stadt angesichts des enormen Abgangs, den wir in den zwei Budgets schon heute prognostizieren, keinerlei Mittel mehr zur Verfügung stellen. Dank schön.“ (Beifall)

Gemeinderat Burgstaller:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und geschätzte Gäste via Livestream, schauen wir zuerst auf die Fakten. In Linz belief sich der Schuldenrucksack im Jahr 2021 bereits auf 746 Millionen Euro und er wird voraussichtlich bis 2025 auf rund 983 Millionen Euro anwachsen.

Das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4.652 Euro für jede Linzerin und jeden Linzer. Da sind wir nach Graz Negativ-Spitzenreiter und Graz wollen wir in diesem Sinne bestimmt nicht werden, denn dort warnt der Stadtrechnungshof bereits, dass es um die Liquidität gar nicht gut bestellt ist. Sogar das Wort ‚Pleite‘ zirkuliert durch die Stadt. Und in Linz, wo der Schuldenrucksack immer schneller immer schwerer wird und Linz jährlich allein 30 Millionen Euro an Kreditzinsen zahlt, müssen wir heute schon beginnen zu sparen und zu priorisieren.

Wir müssen priorisieren, ob etwas eine unabdingbare Investition in die Lebensqualität und die Zukunft ist - oder eben nicht. Das sehen wir im vorliegenden Voranschlag nicht. Vielmehr wird den nächsten Generationen ein untragbarer Schuldenrucksack umgehängt und daher stimmen wir diesem Doppelbudget nicht zu.

Unsere Entscheidung gründet sich auf klare Zahlen, auf der Verantwortung gegenüber den Linzerinnen und Linzern und dem klaren Bekenntnis zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Als Oppositionspartei ist es unsere Pflicht, nicht nur zu kritisieren, sondern auch konstruktive Alternativen vorzuschlagen.

Daher rufen wir zu klaren Einsparungen auf:

Erstens müssen die Fraktionsförderungen gekürzt werden. Wir müssen effizienter mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umgehen. Wenn die Fraktionsförderung um die Hälfte gekürzt würde, wäre das schon eine Ersparnis von jährlich einer Million Euro.

Zweitens keine Inserate mehr, vor allem jene in parteinahen Medien müssen gestrichen werden. In einer Zeit der digitalen Kommunikation sind derartige Ausgaben nicht mehr zeitgemäß und effektiv und die versteckte Parteienfinanzierung ist einfach keine saubere Politik. Wenn wir diese streichen würden, wäre das schon ein Ersparnis von 250.000 Euro jährlich.

Drittens das Proporzsystem ist ein System, das nicht nur teuer ist, sondern auch nicht mehr den Anforderungen einer modernen Stadt gerecht wird. Wir plädieren dafür, uns von diesem System zu verabschieden und hin zu einer modernen, effizienten Vertretung zu gehen.

Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, in unsere Stadt und unsere Zukunft zu investieren:

1. Bildung: Eine gut ausgebildete Bevölkerung ist die Basis für eine blühende Gemeinschaft. Linz muss hier als Schulhalter verstärkt in die Klassenzimmer der Zukunft investieren.
2. Die digitale Verwaltung: Investitionen in innovative Technologien sind notwendig, um effizient und auch transparent arbeiten zu können.
3. Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr und der einhergehende Ausbau der Kindergartenplätze, damit Eltern, insbesondere berufstätige Mütter und Väter von einem frühen Kindergartenzugang profitieren, da dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.
4. Last but not least, vollkommene Transparenz auf allen Ebenen, das heißt, Ausgaben- und Einnahmentransparenz schaffen, ein zielgerichtetes und transparentes Förderwesen, transparente Parteifinanzen. Das Kontrollamt muss die Befugnis haben, die Parteifinanzen überprüfen zu können. Wir brauchen umfassende Informationsfreiheit für alle, denn wir wollen eine gläserne Stadt und keine gläsernen Bürger*innen.

Wir stimmen dem vorliegenden Budgetvoranschlag nicht zu, weil wir davon überzeugt sind, dass wir die finanzielle Zukunft von Linz nicht auf Kosten unserer Bürgerinnen und Bürger gefährden dürfen. Wir müssen die Negativspirale der Schuldenpolitik beenden und im System sparen. Fangen wir bei den Parteifinanzierungen an. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Beifall)

Gemeinderat Potočník:

„Liebe Kolleg*innen, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Linzer*innen, ich nutze schon aus Tradition dieses Kapitel, um über Stadtentwicklung zu reden, obwohl es um Verwaltung geht. Diesmal habe ich vor, Ihnen etwas zu berichten, was mir sozusagen wie Schuppen von den Augen gefallen ist.

Vor ein paar Wochen wurde in der Sitzung des Gestaltungsbeirates ein Projekt des Ordensklinikums, also der Barmherzigen Schwestern präsentiert. Dieses Projekt - einige werden es kennen - ist extrem eng, bei diesem Projekt knirscht es überall. Für die neuen Operationssäle müssen sie Erker in die Straße bauen und die Onkologie muss unter die Erde, irgendwelche Lücken werden vollgepresst und Bauwerke reingestopft. Es war fast schon unangenehm bei der Präsentation zuzuhören, weil das Ganze so eng ist.

Gleichzeitig ist das ein Projekt, das 220 Millionen Euro kostet. Im Endeffekt kommen wahrscheinlich 300 Millionen Euro heraus, also eine Drittelmilliarde. Dieses Zwicken und Quetschen hat bei mir Unbehagen erzeugt. Daher habe ich einen der Architekten gefragt, ob sie eigentlich jemals daran gedacht haben, dort einen Hochpunkt zu machen.

Ich bin nicht der Verfechter von Hochhäusern, das wissen Sie alle, aber an diesem Ort wäre es sinnvoll, um Spielräume zu schaffen. Dann kann man in Ruhe den Rest sanieren, der Hubschrauber könnte besser landen und es wäre insgesamt auch

langfristig für den Standort sinnvoll, dort einmal ein großes Paket zu machen und dann den Rest mit anderen Spielräumen entwickeln zu können.

Der Architekt sagte zu mir: ‚Ja, das war das Erste, woran wir gedacht haben, das ist das Naheliegendste, aber wir haben uns nicht getraut, mit dem Gestaltungsbeirat und in Hinblick auf eine Bebauungsplanänderung.‘ Das heißt, da macht das Ordensklinikum ein Riesenprojekt um 250 bis 300 Millionen Euro. Das ist ein Rieseninvestment, traut sich aber nicht, mit der Stadt, mit dem Land, mit wem auch immer, der da zuständig ist, in einen offenen Dialog zu gehen und darüber nachzudenken, wie man das bestmöglich machen kann.

Ich habe dann noch einmal nachgefragt: ‚Hat es bei diesem Projekt im Vorfeld keine strategischen Überlegungen auf höchster Ebene gegeben?‘ Sagt er: ‚Nein, das hat es nicht gegeben.‘ Sie haben angefangen mit dem Ordensklinikum zu planen und sind dann im Gestaltungsbeirat gelandet. So hat er es mir gesagt. Tut mir leid. (Zwischenruf) Ich erkläre es gleich, dieses Gezwicke ist schon symptomatisch für den Prozess. Das war für mich wie ein Déjà-vu.

Ich möchte an zwei, drei Projekte in Linz in den letzten Jahren erinnern. Ich beginne mit dem Pichlinger See und dem LASK-Stadion. Keine Sorge, ich breite das hier jetzt nicht aus, aber der LASK hat geglaubt, er baut mitten im Grüngürtel ein Stadion. In Wirklichkeit ging es um ein billiges Grundstück, aber so wirkliche strategische Überlegungen, was dort sinnvoll ist oder wo ein Stadion sinnvoll ist, hat es offensichtlich nicht gegeben. Im Zuge des Prozesses ist dann klar geworden, dass es dort nicht geht. Also die Hauruck-Aktion: zurück auf die Gugl. Wirklich ideal ist es nicht, da gibt es tatsächlich einige Kollateralschäden und Schmerzen.

Ein anderes Projekt ist zum Glück gut ausgegangen, die geplante Swietelsky Tiefgarage unter dem Andreas-Hofer-Park. Swietelsky hat damals steif und fest behauptet, das ist existentiell, man braucht diese Tiefgarage. Einige haben gesagt nein, da braucht es eine richtige Standortuntersuchung. Dank des Engagements der Bürger*innen ist das Projekt nicht zustande gekommen. Jetzt haben sie endlich einen ordentlichen Standort und können genau das bauen, was sie brauchen, nämlich ein Riesenprojekt für ihre 600 bis 700 Mitarbeiter.

Dynatrace muss man auch erwähnen. Der Investor krallt sich ein billiges Grundstück, das eigentlich nicht wirklich dafür geeignet ist. Es war von Anfang an klar, dass es zu eng ist. Dann wird weitergebaut, Dynatrace wächst und wir haben zwar jetzt das Projekt, aber der Standort ist immer noch unbefriedigend.

Noch ein Beispiel, zwei habe ich noch. Die Siedlung am Froschberg, die uns noch beschäftigen wird. Das ist ein riesiges Projekt, da geht es um insgesamt 800 Wohnungen, da werden in Zukunft 2000 Menschen wohnen. Das ist ein super Projekt, Nachverdichtung, hohe Qualität, Holzbau usw., aber die Mobilität ist nicht geklärt. Wir machen ‚Schema F mit Tiefgarage‘, mit allen Schmerzen und Schwierigkeiten, die damit zusammenhängen, in den Boden reingraben, Verlust von gewachsenem Boden usw., was bei der Bevölkerung dort auch für entsprechende Widerstände sorgt.

Das heißt, es gab auch hier offenbar nicht sehr früh Überlegungen, wie man mit dieser Mobilität anders umgehen kann. Dabei würde sich das dort perfekt für eine

Sammel- oder Quartiersgarage am Areal der TipsArena eignen. Dort könnte man so etwas z. B. machen, aber das würde natürlich bedeuten, dass alle Player sehr früh zusammenkommen.

Das letzte Beispiel, Johannes Kepler Universität, IT:U, war heute auch schon Thema. Das ist eine super Geschichte, eine Jahrhundertchance eine tolle Technik-Uni - nur mitten im Grüngürtel, auf fünf bis sieben Hektar Grünland mit schwieriger Topografie. Unterschätzen Sie nicht, welche Höhenunterschiede da sind. In der täglichen Praxis einer Universität wird es nicht leicht sein, dass man da immer 20 bis 30 Meter hinauf und hinunter muss. Das heißt, auch da habe ich den Eindruck, dass diese strategische grundsätzliche Überlegung, wo diese Universität gut sein könnte, nicht stattgefunden hat.

Das heißt, alle diese Projekte und viele andere Projekte auch haben aus meiner Sicht gemeinsam, dass es keine Phase Null gegeben hat. Es gab keine echte Phase Null, das heißt, wir haben dort ein Problem.

Was ist diese Phase Null? Diese Phase Null ist eine Phase, da fangen wir noch gar nicht zu planen an, da werkt der Architekt noch gar nicht, sondern wir sind eigentlich damit beschäftigt, grundlegende Weichen zu stellen und strategisch darüber nachzudenken, wo es hingeht. Das heißt, diese Phase Null, obwohl sie so wenig Aufmerksamkeit bekommt, ist die wichtigste Phase überhaupt. Das ist eigentlich Stadtentwicklung.

Das ist ganz am Anfang, wo oft noch nicht ganz klar ist, was das Ziel ist, was der Bedarf ist, wer zuständig ist und wer bezahlt. Eine Schwierigkeit dieser Phase Null ist, dass der Auftrag noch nicht gegeben ist und man noch nicht so wirklich weiß, wer bestellt und wer bezahlt. In dieser Phase werden aber die Weichen gestellt und die großen strategischen Überlegungen gemacht. (Klingel) Wirklich schon zehn Minuten? (Zwischenruf) Zwei Minuten nehme ich mir noch. (Zwischenruf)

Das heißt, in dieser Phase Null ist die Potenzialanalyse, da wird der Bedarf gecheckt, hier müssen sehr früh alle zusammenkommen, auch Bürgerbeteiligung usw. Ich brauche das, glaube ich, nicht weiter ausführen, weil klar ist was diese Phase Null ist. Einen Satz sage ich jetzt doch noch. Sie dient dazu, gemeinsam herauszufinden, was passend erscheint und gewünscht ist, bevor unwiderrufbare Tatsachen geschaffen werden. Sie kann zu ungeahnten Lösungen führen, die es danach zu justieren und weiterzuentwickeln gilt. Das heißt, das ist eigentlich eine Art Forschungsphase und diese kostet natürlich auch Geld.

Jetzt bin ich dort, wo ich hinwill. Da muss die Stadt auch investieren, da muss die Stadt in den Lead gehen. Diese Forschungsphase, diese Phase Null ist, glaube ich, in Zukunft ganz, ganz wesentlich für die Stadt, für die Volkswirtschaft. Wir müssen da die Weichen richtig stellen, damit die Projekte nicht irgendwie eine Dynamik übernehmen und wir dann mühsam versuchen, Fehler zu korrigieren usw. Danke.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderat Mag. Hofer zum Kapitel 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit das Wort.

Gemeinderat Mag. Hofer:

„Geschätzte Mitglieder des Stadtsenats, wert Kolleginnen und Kollegen, Zuseherinnen und Zuseher, wenn auch nicht physisch, aber digital, die Sicherheit einer Stadt und das Sicherheitsgefühl in einer Stadt sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität der Bewohner, aber auch für den Ruf einer Stadt.

Nur wer sich sicher fühlt, nimmt hier Freizeitangebote in Anspruch, nur wer sich sicher fühlt, kommt gerne nach Linz. Und Linz ist eine sichere Stadt - vor allem dank der engagierten Arbeit der Polizei, der Feuerwehren, und speziell auch des Ordnungsdienstes, dessen Mitarbeiter*innen auch bei diesen eisigen Temperaturen unterwegs sind und damit einen besonderen Dank verdient haben.

Was allerdings unsere Sicherheitsbehörden und Sicherheitsdienste täglich leisten, erhält politisch in diesem Haus nicht immer die Unterstützung, die notwendig wäre. Und auch bei Sicherheits-Hotspots, die es in Linz gibt, hat man das sicherheitspolitische Auge in der Vergangenheit immer wieder zugedrückt.

Z. B. beim Hauptbahnhof, bei dem wir bereits letztes Jahr, 2022, einen dringlichen Antrag für ein Maßnahmenpaket gestellt haben, der abgelehnt wurde. Unser Antrag vor einigen Wochen - auf ein Alkoholverbot - wurde positiv erledigt. Klar ist aber: Es braucht Tempo und keine Verschleppungs- und Verzögerungstaktik. Gerade das Bahnhofsviertel als erster Eindruck unserer Stadt braucht ein konsequentes Alkoholverbot und damit verbunden sozialarbeiterische Maßnahmen - so, wie es auch im Volksgarten geplant ist, übrigens ein politisches Erfolgsprojekt, wie wir auch sehen.

Zu einer Sicherheitsstrategie gehören für die ÖVP zwei Dinge: Einerseits, dass wir dort konsequent sind, wo rote Linien überschritten werden, dass der Rechtsstaat nicht kapituliert und andererseits auch, indem wir präventiv tätig sind: Wir wissen, dass nur Verbote nichts bringen und damit Menschen nur an andere Plätze verdrängt werden. Daher braucht es auch begleitende und unterstützende Maßnahmen, also eine Doppelstrategie und für die sind wir, als ÖVP, zu haben.

Wofür wir nicht zu haben sind, ist das Schönreden von Dingen, wie es manche Fraktionen hier im Gemeinderat noch immer tun. Wer andere, nur weil sie ein Sicherheitsproblem ansprechen - ich erinnere an die Debatten in der November-Sitzung zum Durchreisepplatz der Roma - pauschal als Rassisten verunglimpft, tut der Sicherheit in Linz keinen Gefallen. Auch diese Problematik ist ungelöst und wir werden weiterhin Druck machen, dass es hier eine Lösung gibt. Probleme müssen angesprochen werden. (Beifall)

Neben der Polizei und dem Ordnungsdienst fußt unsere Sicherheit auf einem weiteren Standbein, das sind die freiwillige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr. Wir bedanken uns hier explizit, weil sie diejenigen sind, die einspringen, wenn es nicht nur sprichwörtlich brennt, sondern wenn es Krisen gibt, und auch wenn die Zivilbevölkerung Hilfe braucht - z. B. auf Grund von Wetterereignissen oder auf Grund auch der Schneemassen der letzten Woche, als Beispiel.

Für uns ist klar: Damit die Feuerwehr diese Aufgaben erfüllen kann, braucht sie auch ein ordentliches Budget. Und nicht nur das, es braucht für uns auch die Gleichwertigkeit zwischen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr.

Diese Gleichwertigkeit sehen wir im derzeitigen Budget nicht abgedeckt. Denn leider ist es so, dass speziell die freiwillige Feuerwehr nicht über die budgetären und materiellen Ressourcen verfügt, die sie dringend benötigt. Dies führt dazu, dass gebrauchte Einsatzfahrzeuge aufgrund des allgemein knappen Feuerwehrbudgets von der Berufsfeuerwehr übernommen werden müssen.

Ein Beispiel: Ein Feuerwehrfahrzeug wird zwar auf dem Papier länger abgeschrieben, als es real tatsächlich nutzbar ist, die Einsätze setzen den Fahrzeugen auch zu. Das heißt, die Fahrzeuge, die die freiwillige Feuerwehr von der Berufsfeuerwehr bekommt, sind leider oft nicht mehr für Einsätze geeignet.

Das ist eine Herausforderung, die nicht nur die Gleichwertigkeit zwischen Berufsfeuerwehr und freiwilliger Feuerwehr untergräbt, sondern auch die Sicherheit in Linz. Wir wollen neben einer starken Berufsfeuerwehr auch eine starke freiwillige Feuerwehr, die mit Einsatzgerät auf der Höhe der Zeit ausgestattet ist. Denn nur von politischem Applaus kann die freiwillige Feuerwehr nicht leben. (Beifall)

Gerade in der freiwilligen Feuerwehr zeigt sich der hohe Stellenwert des Ehrenamts - gerade in Zeiten, in denen sich viele Menschen ins Digitale und Private zurückziehen, braucht es Organisationen, die dieses ehrenamtliche Engagement hochhalten. Daher stimmen wir dem Feuerwehrbudget im Sicherheitsbudget nicht zu. Das restliche Budget erhält auf Grund des Einsatzes für Sicherheit und öffentliche Ordnung unsere Unterstützung.

Wir sehen in diesem Haus, dass Sicherheitspolitik unterschiedliche Meinungen hervorrufen kann, da gibt es unterschiedliche Zugänge. Wenn wir auf den Nahostkonflikt schauen, der sich leider auch auf Linz ausgewirkt hat, mit dem Antisemitismus, den wir gesehen haben - haben wir auch gesehen, dass wir im Gemeinderat auch gemeinsame Beschlüsse fassen können.

Da entwickeln wir auch gleiche Zugänge, auch wenn die Meinungen natürlich unterschiedlich sind. Aber es ist wichtig, bei diesem Bereich an einem Strang zu ziehen. Wir als ÖVP werden auch künftig für eine konsequente Sicherheitspolitik Taktgeber und ein verlässlicher Partner für die Sicherheitsorganisationen in dieser Stadt sein. Vielen Dank.“ (Beifall)

Gemeinderat Pilipovic:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende, ich werde zu den Kapiteln 1 und 5 sprechen. Ich darf mit einer Theorie beginnen: Die Stadt und ihre Bewohner*innen sind meiner Meinung nach Passagier*innen im politischen Weltgeschehen. Unsere Aufgabe ist es, die Stadtbevölkerung sicher durch diese stürmischen Zeiten zu geleiten.

Aber was ist schon Sicherheit? Sicher geleiten bedeutet nicht nur, auf die leibliche Sicherheit zu achten. Wer sich Sicherheit wünscht, wünscht sich auch soziale Sicherheit, Verlässlichkeit und Versorgungssicherheit und wünscht sich ökonomische Sicherheit. Kann sich ein junger Mensch in unserer Stadt beispielsweise den Sprung in den ‚Ernst des Lebens‘ leisten? Kann sich ein junger Mensch auf die Infrastruktur in der Stadt verlassen?

Zudem gibt es die besondere Frage der Sicherheit, die sich vor allem Frauen in unserer Stadt stellen müssen. Diese möchte ich hervorheben. Es ist die Frage ‚Bin ich heute Nacht sicher unterwegs und komme ich auch wieder sicher nach Hause?‘ Und um Redner*innen, die in der Vergangenheit schon mit deplatzierten Aussagen aufgefallen sind, etwas gleich vorwegzunehmen: Dass sich Frauen diese Frage stellen müssen, ist keine Frage von Integration oder Zuwanderung. Noch weniger ist es ein Problem, das die Frauen selbst provozieren. Gewalt von Männern, Gewalt, die von Männern ausgeht, ist ein Männerproblem.

Nicht jeder Mann ist ein Gewalttäter. Aber die meiste Gewalt geht von Männern aus. Deswegen ist es umso wichtiger, dass im Bereich der Buben- und Väterarbeit viel mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und darauf ein Augenmerk gelegt wird. So wie auch bei diesem Thema vonseiten gewisser Parteien falsch argumentiert wird, wird es auch bei anderen Themen der öffentlichen Sicherheit gemacht.

Um den höchsten Mann in unserem Staat zu zitieren: ‚Wozu junge Menschen in der ganzen Welt aufrufen, ist ein Planet, der weiterhin bewohnbar ist. Das ist doch nicht zu viel verlangt.‘ Und unser Bundespräsident hat recht.

Das Anliegen, für das sich junge Menschen zurzeit oft auf die Straße kleben, ist das richtige. Nur die Form des Protestes ist die falsche. Denn sie trifft die Falschen.

Eigentlich sollte dieser Protest nämlich diejenigen treffen, die Autobahnen durch diese Stadt bauen. Diejenigen, die den Grüngürtel auflassen wollen. Die, die diese Klimakatastrophe noch immer negieren und dadurch befeuern. Die, die diese Rahmenbedingungen schaffen und nicht die, die versuchen, im Rahmen dieser das Beste aus dem Leben in der Stadt zu machen.

Anstatt zu versuchen zu verstehen, was die Ursache dieses Protestes ist und daran zu arbeiten, dass er nicht mehr nötig ist, ebnet man den Weg für noch mehr Unruhen und Aufstände. Man zeigt eben keine Einsicht. Gewisse Parteien in dieser Stadt befeuern die Debatte nämlich zunehmend. Sie agieren wie der politische Arm der Autofahrerklubs in Österreich.

Politik für die kleinen Leute würden sie machen - namentlich die FPÖ. Ich habe aber das Gefühl, dass man zu den kleinen Leuten nur gehört, wenn man mehrere Tausend Euro auf der Seite hat. Denn dann kann man sich ein Auto leisten, mit dem man den öffentlichen Raum verparken kann.

Es sind aber ganz andere Leute in dieser Stadt, die unsere Unterstützung brauchen. Denn auf jedem Quadratmeter, den ein parkendes Auto verstellt, könnte ein Baum stehen, der so wertvoll für die Gesundheit unserer Mitbürger*innen wäre. Es sind nämlich die Schwächsten, die von der Klimakrise auch gesundheitlich am härtesten getroffen werden.

Sie haben nichts Besseres zu tun, als diese Tatsache zu ignorieren und die Menschen über Parkplätze gegeneinander auszuspielen. Das sehe ich mir an, wie Sie dem Pensionisten oder der Pensionistin mit dem Wocheneinkauf im Rollator erklären: ‚Ihre physische Beschaffenheit ist mir relativ wurscht, da muss leider ein Auto am Gehsteig parken. Es gibt leider keine Möglichkeit für Sie, sich auszuruhen, sich

hinzusetzen, wenn der tägliche Weg zur Apotheke oder zum Geschäft ein Hindernislauf wird.'

Es ist unverständlich, Herr Raml, dass Sie als Gesundheitsstadtrat, das Wohlbefinden älterer Menschen nicht als Priorität setzen. Und ich nehme mir heraus zu sagen, dass diese Argumentation auch an eine Respektlosigkeit gegenüber der Generation grenzt, an die man sich immer dann erinnert, wenn es um die Sonntagsreden vor den Wahlen geht.

Vermehrte Tropennächte und Hitzetote werden auch in unserer Stadt Realität, wenn wir uns nicht gegen die Auswirkungen des Klimawandels wappnen. In dieser Hinsicht ist Klimapolitik auch Gesundheitspolitik und auch nachhaltiges Umgehen mit Finanzmitteln ist Gesundheitspolitik.

Wenn man sich ansieht, wie viele Organisationen mit wichtigen Projekten es gibt, die beispielsweise das Thema ‚Vereinsamung im Alter‘ angehen, denkt man sich: ‚Gut, es gibt so viel Angebot, das finanziert wird.‘ Aber wenn man mit diesen Organisationen spricht, sagen die einem, dass sie mit diesen befristeten Projektförderungen nicht arbeiten können. Sie brauchen nachhaltige, langfristige Finanzierung, um gute Arbeit leisten zu können. Dort haben wir als Stadt Linz Einfluss.

Dort, wo wir keine Kompetenzen haben, ist es unserem Gesundheitsminister gelungen, wichtige Reformen auf den Boden zu bringen. Damit die Ambulanzen tatsächlich freier werden. Damit es mehr Ärzte im niedergelassenen Bereich gibt. Damit das Gesundheitssystem entlastet wird.

Und ich nehme mir wieder, als jüngstes Mitglied dieses Gemeinderats, wie vor zwei Jahren, zum Schluss meiner Rede heraus, einen Appell an Sie zu richten: Denken Sie bei Ihren zukünftigen Entscheidungen - vor allem auch in Bezug auf das Klima - an Ihre Kinder, an Ihre Enkelkinder, an meine Generation. Wir werden diesen Planeten, wir werden diese Stadt in der Zukunft eines Tages von Ihnen übernehmen.

Hinterlassen Sie, hinterlassen wir als Gemeinderat, deswegen der nächsten Generation keinen Scherbenhaufen.

Um zum Schluss nochmals unseren Bundespräsidenten zu bemühen: ‚Das ist doch nicht zu viel verlangt.‘ Danke schön.“ (Beifall)

Gemeinderat Mag. Danner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher sowohl analog als auch digital, wir kommen nun von einigen Vorwürfen und Behauptungen zu den Tatsachen. Ich darf kurz auf meinen Kollegen, Herrn Gemeinderat Hofer, eingehen.

Ja, die Einsatzfahrzeuge der freiwilligen Feuerwehr sind nicht unbedingt am neuesten Stand, aber sie sind jedenfalls einsatzfähig. Das ist erst bei den Schneefällen vor wenigen Tagen unter Beweis gestellt worden.

Und ganz generell, der Bereich ‚Öffentliche Ordnung und Sicherheit‘ erfährt unter unserem Stadtrat, Mag. Dr. Michael Raml, eine deutliche positive Entwicklung. Das

spiegelt sich auch in den Budgetzahlen wider. Wir haben es heute von unterschiedlichen Stellen und Seiten gehört, aber ich möchte es an dieser Stelle ganz klar hervorstreichen. Insgesamt werden die Finanzmittel des operativen Geschäfts und die Investitionen bis ins Jahr 2025 auf rund 29,2 Millionen Euro angehoben. (Zwischenruf)

Frau Kollegin, ich habe es gehört, wir können das nachher gerne draußen diskutieren, ich würde jetzt darum bitten, dass ich hier meine Ausführung zu Ende führen darf. Danke.

Diese 29,2 Millionen Euro entsprechen eine Steigerung von 26 Prozent. An diesen Zahlen erkennt man, dass die Sicherheit für uns Freiheitliche einen ganz hohen Stellenwert hat.

Genau aus diesem Grund haben wir uns auch für den neuen, modernen und deutlich aufgewerteten Standort des Linzer Ordnungsdienstes eingesetzt. Ich kann Ihnen allen an dieser Stelle versichern: Es hat sich definitiv gelohnt. Ich konnte mir bei der Eröffnung schon selbst ein Bild davon machen.

Der neue Standort hat nicht nur einsatztaktisch, sondern auch für die vielen Mitarbeiter des Ordnungsdienstes einen sehr großen Mehrwert. Danke noch einmal an dieser Stelle an alle, die an der Verwirklichung dieses Standortes mitgewirkt haben. Wir haben es heute schon gehört, von der SPÖ war das anfänglich nicht so einfach, aber am Ende des Tages haben wir zusammengehalten und etwas wirklich Ordentliches zusammengebracht.

Danke auch an alle Mitarbeiter des Ordnungsdienstes, allen voran Geschäftsführer Mario Gubesch. Durch eure jahrelange gute Arbeit, durch die ihr euch einen sehr, sehr guten Ruf erarbeitet habt und ohne diese jahrelange Arbeit wäre wahrscheinlich die Umsetzung eines solchen Großprojektes nicht möglich gewesen. (Beifall)

Als stellvertretender Vorsitzender des Kontrollausschusses möchte ich auch an dieser Stelle kurz erwähnen: Es kommt nicht von irgendwo, dass der Ordnungsdienst vom Kontrollamt wiederholt ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt bekommen hat. Mit der Steigerung des Budgets für den Ordnungsdienst in den nächsten zwei Jahren um 15,4 Prozent bekennen wir uns zu unserer nicht mehr wegzudenkenden Sicherheitsinstitution in Linz. Und, liebe Grüne, hier ist jeder Euro goldrichtig investiert.

Angrenzend an den neuen Standort befindet sich ein ‚Linzer Sorgenkind‘: der Volksgarten. Wir haben es heute schon gehört. Aber auch hier kann ich versichern, hier ist die Aufwertung mitten im Laufen. Bereits im Frühjahr soll es dort weniger Nutzungskonflikte geben. Der Kollege hat es schon angesprochen und auch im Ausschuss haben wir das in Zwischengesprächen diskutiert - der Volksgarten sollte auch Vorbild sein für das Problemfeld rund um den Hauptbahnhof. Dort gibt es auch auf jeden Fall noch einiges zu tun.

An dieser Stelle möchte ich auch kurz die Behauptungen der ÖVP zum Feuerwehrbudget klarstellen: Sicherheitsstadtrat Mag. Dr. Raml hat es geschafft, die Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr nachhaltig zu stärken und zwar ohne Parteipolitik, sondern mit hohem Einsatz und mit vielen persönlichen Gesprächen mit den Verantwortlichen.

Im Feuerwehrwesen ist es eine gute Tradition, Notwendigkeiten sachlich und persönlich zu besprechen. Diese Tradition sollten wir auch in Zukunft beibehalten, weil es von Respekt und Wertschätzung den Feuerwehren gegenüber zeugt und das haben sie sich auch verdient.

Im Übrigen: Wer das vorliegende Zahlenwerk ordentlich gelesen hat, erkennt, dass bis 2030 im Bereich ‚Öffentliche Ordnung und Sicherheit‘ insgesamt mindestens 7,82 Millionen Euro investiert werden. Ja, das sind natürlich Fahrzeugneubeschaffungen für die Berufsfeuerwehr, wir haben das heute schon gehört, aber selbstverständlich werden dort auch Neubeschaffungen von Fahrzeugen für die Freiwilligen Feuerwehren mit eingeplant.

Für die Freiwilligen Feuerwehren müssen neue Rüstlöschfahrzeuge angeschafft werden. Das wird ein wichtiger Punkt im nächsten Doppelbudget und auch weiterhin in der mittelfristigen Planung. Ich bin mir sicher, Sicherheitsstadtrat Raml wird auch da ein Ergebnis erzielen, dass das Feuerwehrwesen in seiner Gesamtheit weiterbringt.

Erwähnen darf ich auch noch die zwei neuen Drehleitern, die angeschafft werden, die elementar für Brandeinsätze in Wohnhäusern sind. Im vorliegenden Budget hat unser Sicherheitsreferent, Michael Raml, durch sein Verhandlungsgeschick jedenfalls sichergestellt, dass die Mittel der Freiwilligen deutlich über der Inflationsrate aufgestockt werden.

Zusammengefasst ist noch festzuhalten, dass sich das duale System im Feuerwehrwesen bewährt hat, wie auch die Einsätze der vergangenen Tage bei den Schneefällen gezeigt haben. An einem einzigen Tag wurden gemeinsam 220 Einsätze abgearbeitet.

Vielen Dank an dieser Stelle an alle hauptberuflichen und ehrenamtlichen ‚Florians‘: Gemeinsam leistet ihr einen unschätzbaren Wert für die Sicherheit unserer Heimatstadt, danke dafür. (Beifall)

Gleiches betrifft die Lebensmittelaufsicht, die Bau-, Feuer- und Gesundheitspolizei sowie den Katastrophenschutz. Vielen Dank für eure Arbeit. Auch in diesen Bereichen wird es spürbare Budgetsteigerungen geben.

Abschließend möchte ich noch kurz kritisch das Wort an die Bundesregierung richten, denn für mehr Sicherheit in unserer Heimatstadt sind vor allem mehr Polizisten notwendig, das haben wir in diesem Haus schon mehrmals diskutiert. Hier gibt es auch eine große Übereinkunft innerhalb der Fraktionen.

Wichtig sind auch sichere Grenzen rund um unser Land. Denn solche Vorkommnisse wie im vergangenen Jahr zu Halloween brauchen wir nicht in unserer Stadt. Durch die Wahl im kommenden Jahr werden hoffentlich auch auf Bundesebene die Weichen in Richtung mehr Sicherheit in unserer Heimat und für unsere Heimatstadt Linz gestellt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderätin Weghuber zum Kapitel 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft das Wort.

Gemeinderätin Weghuber:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt keinen besseren Einstieg in meine Rede als die Ergebnisse der, letzte Woche präsentierten, PISA-Studie.

Was ist uns allen dabei aufgefallen? Dass wir es noch immer nicht geschafft haben, Chancengleichheit herzustellen. Die soziale Herkunft - und damit das Glück oder Pech, in welche Familie man geboren wird, und nicht der Fleiß - ist in unserem Land der entscheidende Faktor, wenn es um die Bildungschancen der Kinder geht, also um ihre persönliche Zukunft und damit auch um die Zukunft unserer Stadt und der unseres Landes.

Wenn wir hier in Linz über Gerechtigkeit sprechen, dann müssen wir auch über gleiche, faire und gute Bildungschancen für alle Menschen diskutieren, unabhängig von der Postleitzahl, dem Bildungsstand der Eltern oder dem Reisepass. Die Ergebnisse der PISA-Studie zeigen uns aber klar und deutlich, dass wir genau in diesen Fragen noch einiges aufzuholen haben.

Politik in der Stadt Linz ist Politik für die Menschen, für alle Menschen. Mit dem Ziel, die beste Lebensqualität und besten Lebensbedingungen für Jung und Alt zu schaffen. Dieses Fundament sollten wir in allen Entscheidungen und in all unseren Beschlüssen nie vergessen.

Beginnend bei den Kleinsten: Es muss uns gelingen, die Kinderbetreuung in unserer Stadt weiterhin so zu gestalten und auszubauen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich ist.

Die österreichische Bildungspolitik ist im rasenden Stillstand. Aber anscheinend ist der Leidensdruck in unserem Bildungssystem noch nicht groß genug, um hier endlich zu handeln.

Ich möchte eine kurze Frage in die Runde werfen. Wer von Ihnen, wer von euch hatte ein Nokia 3210? (Heiterkeit) Danke, wie in der Schule wird hier aufgezeigt! Es war das beste Handy überhaupt! Es war unzerstörbar, praktisch, es hatte eine Akkulaufzeit von 260 Stunden und ‚Snake‘. Ein Ding, das für die Ewigkeit war. War!

Wir wissen, dass eine Wissensgesellschaft von Innovation lebt. Das schaffen wir aber nur, wenn wir in Bildung und Gesundheit investieren. Wenn wir eine Wissensgesellschaft bleiben wollen, wenn wir Humanismus und Gerechtigkeit ernst nehmen, müssen wir ‚Ja‘ zu Bildung sagen.

Lasst uns ernsthaft überlegen, welche Kompetenzen es brauchen wird, damit wir nicht auf der Strecke bleiben und die Talente unserer Kinder fördern können. Das Leben ist eindeutig mehr als das ABC oder das www. Wir vergessen die vier ‚Ks‘: Kollaboration, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken.

Denn für die Lösung unserer Probleme braucht es mehr als Expertinnen und Experten in jedem spezifischen Bereich. Talente junger Menschen müssen gefördert werden, ja auf jeden Fall. Doch wir müssen aus ihnen mehr machen als Fachkräfte. Wir müssen sie zu Teamplayern ausbilden, getragen von Werten des Humanismus wie Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn.

Die Komplexität heutiger Herausforderungen macht dies deutlich. Für Einzelpersonen ist es unmöglich, diese Zusammenhänge in allen ihren Dimensionen zu durchblicken, geschweige denn, die damit verbundenen vielfältigen Aufgaben allein zu lösen. Deshalb ist Kollaboration als gesellschaftliches Prinzip und Leitlinie für eine moderne Bildungspolitik unumgänglich.

Nur durch Kommunikation ist Teamwork möglich. Je besser das soziale Miteinander funktioniert, desto anregender ist auch das Zusammenarbeiten. Dazu gehören auch die Kompetenzen, sich und andere für Ideen zu begeistern und einen wertschätzenden Diskurs über wichtige Zukunftsfragen führen zu können.

Denn mittlerweile leben wir in einer Welt, in der wir mit Problemen konfrontiert sind, deren Lösungen wir noch gar nicht kennen. Da ist Kreativität gefragt. Nicht zu vergessen, gerade im Zuge der Digitalisierung soll der Mensch stets im Mittelpunkt stehen.

In Zeiten von nahezu unendlich verfügbaren Informationen ist kritisches Denken und Hinterfragen relevanter geworden denn je. Es geht darum, Fake News und Fakten zu trennen. Wir sind gefordert, Informationen nicht einfach so hinzunehmen, sondern Sachverhalte kritisch zu hinterfragen und uns eine eigene Meinung zu bilden. Auch das ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für eine fortschrittliche Bildungspolitik.

Und genau bei diesen vier ‚Ks‘ - Kollaboration, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken - setzt die Stadt Linz an. Wir schaffen Rahmenbedingungen und investieren in Bildung, um diesen Zielen gerecht zu werden. Um Investitionen zu tätigen, die das Doppelbudget 24/25 vorsieht.

Seien es die Johannes Kepler Universität, die Fachhochschule oder die ‚Digitaluni‘. Wir bilden die ‚Transformers der Zukunft‘ aus und tragen zum Beispiel mit dem gestern beschlossenen Projekt ‚Code.Fusion‘ einen wichtigen Teil bei.

Mit partizipativen Projekten vom ‚Innovationshauptplatz‘ schaffen wir Wertevermittlung, Diskussionen und demokratisches Leben. Einen Raum, wo man Meinungen anhört und die beste Lösung für die Stadt findet.

Lasst uns wie bei der Mira-Lobe-Schule eine Vorzeigeschule gestalten, die den Kindern ermöglicht, was sie so dringend brauchen: Qualitätsvollen Unterricht in zeitgemäßen Räumlichkeiten, abgerundet von einem gemeinsamen Lern- und Lebensort mit einem Klassenraum im Grünen. Ein besonderer Ort, der Linz auch mit seiner nachhaltigen Stromerzeugung am Dach auszeichnen wird. So schaffen wir moderne Rahmenbedingungen mit dem Ziel, die Ungleichheit in den Bildungschancen - dort wo wir als Stadt Linz Verantwortung tragen - zu verringern.

Setzen wir weiter auf nennenswerte Projekte wie zum Beispiel den bilingualen Kindergarten oder die Krabbelstube in der Poschachervilla.

Warum? Weil Sprache Bewusstsein schafft. ‚Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt‘ formulierte der Philosoph Ludwig Wittgenstein zur Bedeutung guter Sprachkenntnis.

Doch nicht nur Sprache verbindet uns, auch der Sport bringt uns alle zusammen. Warum brauchen wir also zwei Stadien, die heute schon angesprochen worden sind? Weil nirgendwo Inklusion schneller passiert als beim Sport. Sport verbindet die Menschen und schafft Gemeinschaft.

Bei der Befragung zur Gesundheits- und Sportstrategie wird deutlich, dass sich drei Viertel aller Linzerinnen und Linzer gesund fühlen. Es besteht dennoch die Notwendigkeit, an den Wartezeiten bei den Ärzten zu arbeiten und gerade im Linzer Süden ein Primärversorgungszentrum einzurichten. Auch die Anzahl an psychisch belasteten Personen nimmt drastisch zu und es gilt, bei den Jüngsten anzusetzen und hier präventive Arbeit zu leisten.

Aber zurück zum Thema Sport und zu den gesunden Seiten des Lebens. Sport bringt nicht nur Fitness, sondern auch die Welt zusammen. Mit der Unterstützung der vielen Sportvereine und den dort engagierten Ehrenamtlichen leistet Linz hier einen wichtigen Beitrag zu einem sozialen Miteinander. Gemeinsam siegen, aber auch verlieren zu lernen sind Erfahrungen, die junge Menschen und in weiterer Folge unsere Gesellschaft zusammen- und weiterbringen.

Großartig umgesetzte Infrastrukturprojekte und Sportveranstaltungen machen Linz zu einer Sportstadt. So zum Beispiel auch die neue Ballsportanlage an der Sportmittelschule Kleinmünchen oder das Upper Austrian Ladies Tennisturnier, welche eine der bedeutendsten Sportveranstaltungen in unserer Stadt ist und erstmals als WTA-500-Turnier ausgetragen wird.

Gehen wir also nicht nur einen Schritt gemeinsam in die Zukunft, sondern laufen wir gemeinsam los in eine neue Zeit. Lassen wir uns in Linz vom Weltgeschehen nicht entmutigen und unseren Glauben an unsere demokratischen Prinzipien nicht nehmen. Bauen wir unsere Angebote weiter aus und investieren wir in unsere Kinder.

Viele Brückenprojekte sind in den letzten Jahren in unserer Stadt umgesetzt worden, gestalten wir gemeinsam diese wichtige Brücke - in unsere Zukunft. Danke schön.“ (Beifall)

Gemeinderat Mag. Pirc, MBA MPA BEd:

„Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich beginne meine Ausführungen mit einem Danke an die Linzer Pädagog*innen, die in den Schulen, den Kindergärten, den Krabbelstuben Großartiges leisten und Gott sei Dank auch hier im Gemeinderat - über viele Fraktionen hinweg - stark vertreten sind. (Heiterkeit)

Danke auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats, besonders der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) und der Abteilung Schulen. Genau auf diesen Bereich, jenen der Schulen, möchte ich im Folgenden schwerpunktmäßig eingehen: Die Schulen haben harte Jahre hinter sich. Nach Corona kam die Aufarbeitung und nun der Personalmangel. Jetzt liegt es an uns, dass sie die längst überfälligen finanziellen Mittel für eine gute Ausstattung erhalten. Generell, besonders aber in einer so schwierigen Situation, braucht es umfassende Unterstützungsmaßnahmen für die Pflichtschulen, für die Linz als Schulerhalter zuständig ist.

Ein fundamentales Problem stellt nach wie vor die IT-Ausstattung dar. Schwache Datenübertragung, zu wenig Endgeräte und schlecht ausgestattete Arbeitsplätze erschweren den Arbeitsalltag unserer Pädagoginnen und Pädagogen in einer Zeit, in der das digitale Lernen pädagogischer Standard geworden ist.

Das WLAN funktioniert leider in den wenigsten Pflichtschulen flächendeckend, die Bandbreite ist oft so gering, dass ‚distance learning‘ oder streaming von mehreren Geräten schlecht möglich ist.

Die Vorgaben des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) werden nach wie vor in vielen Schulen klar verfehlt. In den Volksschulen kommt teilweise auf zehn bis fünfzehn Pädagoginnen und Pädagogen ein Arbeitsgerät, Geräte für die Kinder sind hier kaum vorhanden. Der Lehrplan kann durch die schlechte Ausstattung der Schulen oft nicht ausreichend erfüllt werden.

Viele Kompetenzen im Bereich der Schulen fallen nicht in die Aufgaben der Stadt Linz. Dennoch ist es unsere Pflicht als Schulerhalter, die Schulen so gut es geht zu unterstützen, denn die Linzer Pflichtschulen müssen sich laufend großen Herausforderungen stellen.

Dazu zählen: Engpässe beim Supportpersonal, es können oft nur die allernotwendigsten Arbeiten erledigt werden. Besonders drastisch zeigt sich dies beim Beispiel der Schulärztinnen und Schulärzte.

Auch die äußerst wichtige Einrichtung der Schulsozialarbeit muss personell erweitert werden. Pädagogisches Unterstützungspersonal dient unseren Kindern ebenfalls als Sprachvorbild und muss Qualitätskriterien erfüllen. So bemüht die Mitarbeiter der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnologie auch sind, ist es dennoch unabdingbar, das IT-Personal für den Bildungsbereich aufzustocken, um die steigende Anzahl an Themen und Geräten zu bewältigen.

Viele Schulen benötigen dringend bauliche Maßnahmen. Die Gebäude haben oft kein Raumkonzept, was sich unter anderem im Bereich der gruppenorientierten Sprachförderung bemerkbar macht. Die Deutschklassen und Deutschgruppen führten zu erhöhtem Raumbedarf, die räumliche Situation ist aber an vielen Standorten sehr knapp bemessen. Hier muss dringend evaluiert werden, ob genügend Räume für pädagogische Arbeiten vorhanden sind.

Leider werden - ohnehin notwendige - Sanierungskosten oft in Umbaukosten versteckt, anstatt Energieeffizienz und Nachhaltigkeit zu fördern. Synergieeffekte werden leider ebenfalls oft nicht mitbedacht. Auch einige Kindergärten und Horte benötigen dringend eine Adaptierung, um modernen Sprachförderunterricht möglich zu machen.

Zudem herrscht in Linz akuter Lehrermangel. In Linz sind besonders viele Studierende, teilweise sogar Studienanfänger*innen im Einsatz. Sogenannte ‚Brennpunktschulen‘, schwieriges Klientel, schlechte Schulausstattung etc. sorgen nicht gerade dafür, dass Linz für Lehrer*innen interessant ist und es zeichnet sich personell eine zunehmende ‚Landflucht‘ ab. Zur Kompensation müssen Anreize geschaffen werden, damit sich gute Lehrerinnen und Lehrer nicht landläufig umorientieren.

Meine Damen und Herren, Linz ist eine moderne Industriestadt und möchte auch künftig innovative, internationale Betriebe anziehen. Dies müssen unsere Pflichtschulen, Kindergärten, Krabbelstuben und Horte widerspiegeln.

Sie sehen, dass in den Bildungseinrichtungen unserer schönen Stadt viel zu tun ist. Und daher wird es notwendig sein, klug, aber ausreichend zu investieren. In diesem Zusammenhang freue ich mich weiterhin auf gute Zusammenarbeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Beifall)

Gemeinderätin Langbauer, BSc:

„Der Marathon ist ein Wettstreit zwischen deinem Willen und deinen Möglichkeiten.“ Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher, ich starte meine Rede mit einem Zitat des amerikanischen Langstreckenläufers Jeff Galloway weil es zum Thema passt, zu einem Thema über das ich heute reden darf.

Die Förderung von Sportvereinen und die Entwicklung der Sportinfrastruktur in unserer Stadt liegt mir besonders am Herzen, bereitet mir aber auch entsprechend Sorgen.

Wie bei einem Marathon braucht es auch in der Sportinfrastruktur drei Dinge. Erstens, eine gute Vorbereitung, zweitens, die nötige Ausdauer und drittens das richtige Einteilen von vorhanden Ressourcen.

Wenn man das Zitat auf die Stadt Linz umlegt: Wir haben die Möglichkeiten, aber der Wille fehlt uns oft. Für uns ist es unerlässlich dass wir Sportplätze, Spielplätze und auch Outdoor-Sportanlagen ausbauen.

Eine moderne und gut ausgestattete Infrastruktur ist der Schlüssel, um Menschen jedes Alters und jeder Fitnessstufe anzusprechen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger Zugang zu qualitativ hochwertigen Sportstätten haben, um ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zu fördern. In dem Zusammenhang ist wichtig, bei allen Neubauten Sportflächen mitzudenken und auch Vereine in die Planung miteinzubinden.

Neben der Verbesserung der bestehenden Infrastruktur sollten wir auch innovative Ansätze im Sportbereich fördern. Die Stadt Linz sollte Vorreiter sein und neue Technologien und Konzepte nutzen, um den Sport für alle noch zugänglicher zu machen. Für die Jugend braucht es hier auch beispielsweise ein Angebot von trendigen neuen Sportmöglichkeiten.

Und nun zum zweiten, ganz zentralen und für mich wichtigen Punkt, die Sportvereine. Sportvereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und wir müssen feststellen, dass die finanzielle Unterstützung der Sportvereine oft nicht ausreichend ist. Wenn wir uns die letzten zwei Jahre anschauen, haben wir jeweils ungefähr knapp eine zehnprozentige Inflation verzeichnet, während die Budgets der Sportvereine unverändert geblieben sind. Das bedeutet faktisch, dass den Vereinen ein Fünftel ihres Budgets verloren ging.

Es ist also an der Zeit, dass die Stadt Linz ihre Prioritäten noch einmal überdenkt, in die Zukunft investiert und mehr Budget für die Sportvereine bereitstellt. Durch

eine angemessene finanzielle Unterstützung können wir sicherstellen, dass die Vereine ihre sehr wichtige Arbeit fortsetzen können und alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, Sport zu betreiben. Ich glaube, ich muss nicht genau darauf eingehen, welche positiven Auswirkungen Sport und Bewegung auf die körperliche und geistige Gesundheit haben.

Was ich schon noch einmal herausgreifen möchte -es ist auch von meinen Vorredner*innen bereits angesprochen worden – ist die Förderung des Zusammenhalts, die durch Sport gegeben ist und die unsere Gesellschaft unterstützt. Insbesondere für Jugendliche ist es wichtig im Verein Kompetenzen wie Teamarbeit, Disziplin oder auch Führungsfähigkeiten zu erlernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist in unserer Verantwortung, die Bedürfnisse unserer Bürger und Bürgerinnen zu erkennen und darauf zu reagieren. Ich finde, es ist ein guter erster Schritt, jetzt in die Ausarbeitung einer neuen und aktuellen Sport- und Bewegungsstrategie zu gehen, an der ich mich auch gerne beteiligen werde. Diese basiert auf der Gesundheits- und Sportbefragung aus dem letzten Jahr.

Ich möchte trotzdem noch drei Dinge hervorstreichen, die in dem Zusammenhang besonders wichtig sind. Wir brauchen mehr Budget für die Sportvereine, wir müssen die Sportinfrastruktur weiter ausbauen und innovative Ansätze im Sportbereich fördern, um so unsere Linzer und Linzer*innen weiter zu fördern. Danke.“ (Beifall)

Gemeinderätin Straßer-Kreisel, MA MEd:

„Liebe Kollegen und Kolleginnen, werte Zuseher und Zuseherinnen, einiges von dem, was ich für meine Rede vorbereitet habe, ist jetzt bereits angesprochen worden. Wir haben heute schon gehört, dass Wiederholungen keine Tatsachen bzw. Wahrheiten schaffen, aber ich habe die Hoffnung, dass das Wiederholen von Tatsachen vielleicht dazu dient, das Bewusstsein für notwendige Veränderungen bzw. Verbesserungen zu schaffen.

Dass Bildung und die damit verbundenen Bildungseinrichtungen eine herausragende Bedeutung für unsere Gesellschaft hat bzw. haben, ist wohl unumstritten.

Neben dem Aspekt der Ausbildung ist der Aspekt der sozialen Bildung essenziell. In vielen Jobausschreibungen werden ‚Soft Skills‘ oft als ergänzende Qualifikationen zu den technischen Fertigkeiten und beruflichen Erfahrungen hervorgehoben. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen erkennen zunehmend den Wert dieser Fähigkeiten und suchen nach Personen, die sowohl über die benötigten Fachkenntnisse als auch über die richtige Mischung an ‚Soft Skills‘ verfügen, um erfolgreich in Unternehmen zu arbeiten.

Diese sogenannten ‚Soft Skills‘ können nur in Gemeinschaften erprobt, geübt und gefestigt werden und diese Gemeinschaften sind für unsere Kinder hauptsächlich in unseren Bildungseinrichtungen vorzufinden.

Es ist daher unumgänglich, dass wir diese so gestalten, dass sich eine inklusive Gesellschaft etablieren kann. Wie Frau Gemeinderätin Gotthartsleitner heute schon gesagt hat, bemüht sich die Stadt Linz darum, diesem Bildungsauftrag gerecht zu werden, aber Luft nach oben ist immer.

Gerade die Betreuung außerhalb des verpflichtenden Bildungsweges muss dringendst weiter ausgebaut werden. Noch immer ist der Nachmittagsbesuch eines Kindergartens nicht kostenfrei. Krabbelstuben-, Kindergarten- und Hortplätze fehlen trotz massiven Ausbaus durch die Stadt Linz. Auch die Tatsache, dass eine Berufstätigkeit der Eltern auf Grund des Betreuungsangebotsmangels nach wie vor Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes ist, ist nicht akzeptabel. Denn das heißt, dass Eltern, die zum Beispiel aus psychosozialen Gründen eine Betreuung ihres Kindes benötigen würden, diese nicht bekommen.

Darum sind viele Kinder einem Umfeld ausgesetzt, dass echte Chancengleichheit verunmöglicht. Beeinträchtigte Kinder sind von Chancenungleichheit noch mehr betroffen. Erstens gibt es für sie noch immer keine wirklich freie Wahl der Bildungsinstitutionen, zweitens sind sie oft auf Assistenz angewiesen, die wiederum oft fehlt. Auch hier ist auch die Stadt Linz gefordert, dementsprechende Mittel entweder bereitzustellen oder zumindest von Land und Bund vehement zu fordern.

Nicht zuletzt stellen auch Medienberichte und Nachrichten an die Eltern, dass der Schultransport nicht gesichert ist, für viele Erziehungsberechtigte eine massive Bedrohung dar, weil vor allem berufstätigen Eltern darauf angewiesen sind. Auch hier muss die Stadt Linz Sicherheit bieten.

Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich die Tatsache anspreche, dass Bildungschancen oft stark von der sozialen Herkunft beeinflusst werden, was zu einer ungleichen Verteilung der Möglichkeiten führt. Eine meiner Vorredner*innen hat heute schon die Präsentation der PISA-Ergebnisse angesprochen, auch da wird das dargestellt.

Man sollte annehmen, dass die Schulen der Stadt Linz und deren Schüler und Schülerinnen annähernd gleiche Mittel zur Verfügung haben. Allerdings ist dem nicht so. Auch in Linz gibt es eine Vielzahl von Schulen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen. Schulen in privilegierten Stadtteilen erhalten oft mehr Unterstützung durch zum Beispiel Elternspenden, hingegen haben Schulen in benachteiligten Gebieten oft begrenzte Mittel.

Auch Elternvereine gibt es in Schulen in sozial besser gestellten Gegenden häufiger. So können finanzielle Ressourcen für zusätzliche Bildungsprogramme, Exkursionen oder technologische Ausstattung bereitgestellt werden. Dadurch entsteht eine ungleiche Bildungslandschaft, die die Chancenungleichheit zwischen den Schülerinnen und Schülern verstärkt.

Die Auswirkungen dieser Ungleichheit sind vielfältig. Schüler und Schülerinnen aus sozial schwächeren Familien haben weniger Unterstützung und Ressourcen, was zu niedrigeren Bildungsabschlüssen, geringerem Selbstvertrauen und begrenzten Zukunftsaussichten führen kann. Die soziale Ungleichheit in Linzer Schulen und die daraus resultierenden Bildungsdisparitäten sind wesentliche Anliegen, die sorgfältig betrachtet werden müssen.

Es sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, wie eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für benachteiligte Schulen sowie Programme, die Schüler und Schülerinnen aus benachteiligten Familien zusätzliche Unterstützung bieten.

Kostenlose Lernangebote wie sie bereits vor vielen Jahren von Stadträtin Eva Schoberberger an der Volkshochschule initiiert wurden, sind nur eine Möglichkeit der Unterstützung für unsere Linzer Schulkinder.

Auch die Bereitstellung von Lernmaterialien für Schülerinnen und Schüler einkommensschwacher Familien, wie es in Linz passiert, dient einer chancengerechteren Bildung. Durch die Bereitstellung von kostenlosen Lernmaterialien können finanzielle Hürden für Familien reduziert werden, die möglicherweise nicht in der Lage sind, notwendige Ressourcen für den Bildungsprozess ihrer Kinder zu erwerben.

Eine weitere Initiative könnte die Förderung von Mentoring-Programmen sein, die Schüler und Schülerinnen unterstützen, sei es bei schulischen Aufgaben oder bei der Berufsorientierung. Diese Programme können nicht nur das Selbstvertrauen und die Lernfähigkeiten der Schüler und Schülerinnen stärken, sondern auch dazu beitragen, Bildungschancen zu verbessern und den Horizont für zukünftige Berufsmöglichkeiten zu erweitern.

Zusätzlich zur Unterstützung auf individueller Ebene ist es wichtig, strukturelle Ungleichheiten anzugehen, indem Bildungspolitik und Bildungspraxis darauf abzielen, Chancengleichheit zu fördern. Dies erfordert möglicherweise eine Neuausrichtung der Ressourcenverteilung, Schulreformen und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund gleiche Bildungschancen erhalten.

„Digitales Linz“, „Innovationsstadt Linz“ - zwei Slogans die wir alle kennen, die aber leider vor den Schultüren haltmachen.

Es gibt oft nur ein bis zwei veraltete Stand-PCs pro ca. zehn Lehrpersonen in den Konferenzräumen, noch immer Klassenbücher aus Papier und von Smartboards kann man nur träumen.

Schon allein aus ökologischer Sicht ist hier ein fortschrittlicher Ansatz erforderlich. Der technologische Wandel hat längst Einzug in viele Lebensbereiche gehalten, aber die Bildungseinrichtungen in Linz scheinen noch in einer anderen Ära zu verweilen. Die begrenzte Verfügbarkeit von veralteter Hardware für Lehrkräfte und die Nutzung von papierbasierten Klassenbüchern stehen im krassen Kontrast zur digitalen Revolution, die unsere Gesellschaft prägt.

Es ist an der Zeit, den Bildungssektor in Linz zu modernisieren und ihn an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Eine umfassende Digitalisierung, die Bereitstellung zeitgemäßer technologischer Ressourcen in Schulen und die Einführung interaktiver Lerninstrumente wie Smartboards sind unerlässlich. Einerseits, um den Lernprozess zu optimieren, aber auch, um ökologische Fußabdrücke zu minimieren und die Förderung umweltbewussten Denkens bei den Schülerinnen und Schülern zu forcieren.

Es ist an der Zeit, dass Linz nicht nur als Innovationsstadt in Werbekampagnen glänzt, sondern auch in der Realität innovative Bildungskonzepte umsetzt, die den technologischen Fortschritt widerspiegeln und zugleich nachhaltig sind. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Beifall)

Vizebürgermeisterin Hörzing erteilt Gemeinderat Katzmayr zum Kapitel 3 – Kunst, Kultur und Kultus das Wort.

Gemeinderat Katzmayr:

„Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuseherinnen und Zuseher, ‚In Feierlaune‘ titelte kürzlich ein Magazin einer österreichischen Tageszeitung. ‚2024 wird ein Superkulturjahr in Oberösterreich‘, legen sich darin die Autoren fest. Anton Bruckners Geburtstag jährt sich zum 200. Mal, das Brucknerhaus wird 50, und Bad Ischl Salzkammergut ist Europas Kulturhauptstadt.

Linz ist dabei heute nicht nur als Industriestadt der wirtschaftliche Motor Oberösterreichs, sondern hat sich mehr und mehr auch als kulturelles Herz unseres Bundeslandes etabliert. Dazu trägt das Kulturbudget der Stadt, über das wir heute sprechen, einen wesentlichen Teil bei. Für den großen Erfolg und die Beliebtheit unserer Stadt bei Gästen wie Bewohnerinnen und Bewohnern sind zusätzlich noch weitere Faktoren verantwortlich.

Die Stadt hat sich in den vergangenen Jahren als Ganzes positiv verändert. Das führt zu einem wachsenden Selbstbewusstsein und zu Stolz der Linzerinnen und Linzer, wie kürzlich eine Studie des Marketing-Instituts der Johannes Kepler Universität aufzeigte. Und das wiederum spüren auch die Gäste, die immer zahlreicher zu uns kommen, wie die steigenden Nächtigungszahlen belegen.

Als Linzerin oder Linzer zeigen wir uns selbst erfreut über die hohe Lebensqualität unserer Stadt. Gute Arbeitsplätze treffen hier auf leistbaren Wohnraum, in wenigen Minuten kommt man aus der beliebten und belebten Innenstadt in beruhigende Naherholungsgebiete im Grüngürtel. Genussorientierte Menschen finden hier ebenso ein vielseitiges Angebot wie die Kulturraffinen.

Das alles genießen auch die Gäste, die mit dem Flugzeug, dem Auto, der Bahn, per Rad oder mit dem Schiff anreisen. Vor allem die Weiterentwicklung des kulturellen Angebots lockt immer mehr Menschen an, die Linz als Reiseziel entdecken. Waren es in der Vergangenheit nur Ars Electronica Festival, Klangwolke und das Pflasterspektakel, die zehntausende Menschen nach Linz brachten, so sind es heute vielseitige Formate wie ‚Lido Sounds‘ oder die ‚Bubble Days‘, die die Stadt mit Gästen fluten.

In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres konnten so laut Stadtforschung Linz bereits beinahe 850.000 Übernachtungen verzeichnet werden. Damit liegt der neue Nächtigungsrekord von einer Million zum Greifen nahe. Im Kulturhauptstadtjahr 2009 waren es nicht einmal 740.000 Nächtigungen und 2013, am Beginn der Amtszeit unseres Bürgermeisters Klaus Luger, waren es gerade einmal etwas mehr als 775.000. Ich gratuliere Herrn Bürgermeister Luger und der Stadtregierung zu dieser kontinuierlichen und herausragenden Entwicklung in den letzten zehn Jahren. (Beifall)

Kunst und Kultur gehen bei diesem Erfolg mit Tourismus, Wirtschaft und Innenstadtentwicklung Hand in Hand. Konzerterlebnisse im Brucknerhaus und im Posthof, das Staunen über die Zukunft im Ars Electronica Center und die Murals im Linzer Hafen, der Blick auf Gemälde im Lentos und die Stadtgeschichte im Nordico, all das und

viel mehr lockt Gäste nach Linz und bietet auch den Linzerinnen und Linzern ein abwechslungsreiches Freizeitangebot.

Für Nicht-Linzerinnen und -Linzer sorgen die Hotels für das passende Nächtigungsangebot für jedes Wohnbedürfnis und jede Brieftasche, der Innenstadthandel und die Gastronomie verwöhnen Ein- und Mehr-Tagesgäste. Private und die öffentliche Hand tragen gemeinsam zu einer Innenstadtgestaltung bei, die die Aufenthaltsqualität für alle erhöht. Beispiele sind die Herrenstraße, die Domgasse oder die Veränderungen am Pfarrplatz.

Apropos Veränderungen: Der Linzer Hafen ist nicht nur Austragungsort der ‚Bubble Days‘, sondern wird zu einer dauerhaften Freizeitoase umgebaut, eingebettet zwischen Logistik- und Produktionsunternehmen und angrenzend an die ‚Digitale Meile‘.

Das Urfahrmarktgelände hat sich heuer als Festivalareal für das neue Format ‚Lido Sounds‘ bewährt. Durch eine Umgestaltung des Areals soll die Aufenthaltsqualität auch hier erhöht und die Hitzeabstrahlung reduziert werden. Das Festival wird nächstes Jahr wieder stattfinden, unter anderem wird Oberösterreichs Weltstar Párov Stelár - ein gebürtiger Linzer - dabei sein 20-jähriges Bühnenjubiläum feiern.

Im eingangs erwähnten Oberösterreich-Magazin werden für 2024 große Kulturfeierlichkeiten angekündigt. Anton Bruckners Geburtstag jährt sich zum zweihundertsten Mal, Linz und das Brucknerhaus haben die Feierlichkeiten maßgeblich mitentwickelt und werden sie auch wesentlich mitgestalten.

Im vergleichsweise jungen Brucknerhaus ist neben den Feierlichkeiten zu Ehren des Namensgebers und des eigenen 50. Geburtstages viel Platz für andere klassische und moderne Musik, sogar die Dire Straits wird man erleben können.

Für die Moderne und den Blick in die Zukunft wird das Ars Electronica Festival auch 2024 wieder ein Garant sein.

Und als früherer Austragungsort lässt Linz die Kulturhauptstadt Bad Ischl-Salzkammergut 2024 nicht im Stich. Im Rahmen der Trilogie ‚Die Reise der Bilder‘ zeigt das Lentos Teile einer Ausstellung zum Schwerpunkt ‚Kunstraub der Nazis an Orten in der Kulturhauptstadtregion‘.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit schlägt die Kulturstadt Linz nächstes Jahr wieder eine große Brücke von der Klassik in die Popkultur der Neuzeit, von der Geschichte in die Zukunft, von der Donau bis ins Salzkammergut. Basis dafür ist die ansehnliche und solide Brücke, die wir selbst in den letzten Jahren und Jahrzehnten zwischen Industrie und einer zugänglichen, interaktiven Kultur geschlagen haben.

Durch den Mix aus allgemein hoher Lebensqualität, einer dank der positiven Stadtentwicklung wachsenden Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen, sowie dem breiten Leistungsangebot aus Kultur und Sport sagen sieben von zehn Befragten in der bereits zitierten Studie der Johannes Kepler Universität, Linz sei eine Reise wert.

Dieser Mix ist aus einem guten Zusammenwirken in der Stadtregierung entstanden, und auch aus ‚Mut, viel Mut‘, so Studienleiter Universitätsprofessor Dr. Teller, durch den die Stadt als Reiseziel anders und authentisch bleiben könne. Vor allem mit dem Zugeständnis an eine bunte, vielseitige Kulturlandschaft hat die Stadt diesen Mut jedenfalls unter Beweis gestellt und setzt dies auch mit dem vorliegenden Kulturbudget fort, weshalb wir gerne zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Beifall)

Stadträtin Lang-Mayerhofer:

„Der Countdown läuft! Es sind nur noch 18 Tage, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann startet Linz offiziell in das Bruckner-Jubiläumsjahr und es beginnt das soeben bereits erwähnte Superkulturjahr 2024.

Am 1. Jänner gibt es gleich einen doppelten Aufschlag, wie man im Sport sagen würde. Es wird ein Werbe-Großereignis sein, wenn sich die Brucknerstadt Linz und das Brucknerland Oberösterreich beim Pausenfilm des Neujahrskonzertes der Wiener Philharmoniker weltweit im TV einem Millionen-Publikum präsentieren werden. Und am 1. Jänner um 17 Uhr, das sollten wir uns alle gleich ganz groß im Kalender anstreichen, wird in Linz im Brucknerhaus mit dem Brucknerorchester das Brucknerjahr feierlich eröffnet.

Die Vorfreude und die Erwartungshaltung sind bereits riesengroß, ich glaube, nicht nur bei uns Kulturleuten, wenn ich das so sagen darf. Dem vorangegangen ist ja eine wirklich langjährige Vorarbeit. Ich erinnere mich persönlich noch gut an den Budgetgemeinderat vor sieben Jahren, wo ich ‚Bruckner ist Kult‘ das erste Mal erwähnte. Anton Bruckner ist - das ist zweifellos so - die weltbekannteste Künstlerpersönlichkeit, die wir in Linz und Oberösterreich haben. Er ist eine Marke, mit der wir viele internationale Gäste zu uns bringen und anziehen werden.

Und ich glaube, es ist uns hier wirklich ein großer Wurf gelungen. Das Brucknerjahr ist ein riesengroßes Gemeinschaftsprojekt und ein Gesamtjahresprogramm mit den zentralen Partnern Stadt Linz und Land Oberösterreich und zwischen Kultur und Tourismus. Ich bedanke mich hier bei allen Beteiligten und Ermöglicern. Stellvertretend für alle möchte ich aber ganz besonders unseren Kulturdirektor Julius Stieber nennen und da bitte ich jetzt auch um einen Applaus. (Beifall)

Die ‚Big Player‘ mit ihrer Kompetenz sind im Jubiläumsjahr natürlich das Brucknerhaus und das Brucknerorchester. Zusätzlich zum 200-Jahresjubiläum feiert das Brucknerhaus im März - wie wir schon gehört haben - 50 Jahre. Höhepunkt wird natürlich das Internationale Brucknerfest im Herbst sein. Aber auch die gesamte LIVA-Familie wird für ihre Zielgruppen Brucknerprogramm machen, im Posthof, im Kuddelmuddel und im Sportbereich auf der Laufstrecke.

Für Linz ist das Brucknerjubiläumsjahr das umfassendste Kulturprojekt und Kulturangebot seit dem Kulturhauptstadtjahr ‚Linz09‘. Wir wollen auch eine breite Bevölkerung und vor allem die Jugend damit erreichen.

Modern und technologisch holen wir Anton Bruckner ab 1. Februar ganzjährig ins Ars Electronica Center. Ich möchte kurz ein paar Ausstellungen erwähnen: ‚Playing Anton‘ und ‚Being Anton‘. ‚Komm, sing mit!‘ im Lentos. ‚It’s me, Toni‘ im Nordico

Stadtmuseum. Und zum Superkulturjahr gehört natürlich auch das Kulturhauptstadtjahr 2024 und wie auch bereits gehört gibt es da ein großes Kooperationsprojekt: ‚Die Reise der Bilder‘ im Lentos. Mit ‚Bruckner meets Nextcomic‘ wird es ab Mitte März im Atelierhaus Salzamt einiges zu sehen geben und Mitte April mit dem zweitägigen Stream-Clubfestival etwas für die Jugend.

Eine hohe Motivation für die zeitgenössische Auseinandersetzung mit Bruckner zeigt auch die Freie Szene in Linz - auch von der haben wir heute schon ein paar Mal gehört. 16 jurierte Projekte entstanden aus dem Sonderförderprogramm ‚an_TON_linz‘. Eine neue ‚Spazier-APP‘ durch die Stadt wird es im Rahmen des Brucknerjahres auch geben.

So viel nur ganz kurz zum Brucknerjahr, denn es ist ein sehr vielfältiges Programm. Wir haben das auch in einer ersten Trimester-Broschüre gemeinsam mit dem Land Oberösterreich kürzlich präsentiert.

Damit bleibe ich auch gleich bei der Freien Szene und auch bei den freien Kunst- und Kulturschaffenden. Auch diese sind - wie wir alle wissen - nämlich aktuell besonders von den Herausforderungen und Preissteigerungen betroffen. Auch 2024 wird es dazu zusätzliche Fördermaßnahmen und Fördermittel als Unterstützung geben - nicht linear, aber mit gezielten Schwerpunkten. Das war mir auch ganz wichtig und ich möchte auch danke zu unserer Finanzreferentin Tina Blöchl sagen, dass das budgetär möglich geworden ist.

So wird es nächstes Jahr nämlich ein neues zusätzliches Sonderförderprogramm im Bereich ‚Media Arts‘ geben. Wir feiern 2024 zehn Jahre ‚Unesco City of Media Arts‘. Wir werden - auch das ist neu - Arbeitsstipendien für Kunstschaffende einführen, denn das hilft ihnen auch in der tagtäglichen Arbeit. Wir werden den Kunstankauf noch stärker forcieren und auch damit unterstützen wir junge Künstlerinnen und Künstler.

Ganz kurz noch zu den Museen, die Übernahme der Sammlung Hauser - von der wir schon gestern im Gemeinderat gesprochen und diese auch beschlossen haben - im Wert von 16,5 Millionen Euro ist für das Lentos natürlich wie Weihnachten und Ostern zusammen. Ich glaube mehr Wertschätzung und Würdigung, auch für den Stellenwert unseres Kunstmuseums Lentos, ist kaum möglich.

Apropos Ars Electronica: Auch von der haben wir heute schon ganz kurz gehört, sie ist natürlich unser internationales Flaggschiff, aber sie steht auch für Themen wie künstliche Intelligenz, die uns in unserer Gesellschaft immer mehr betreffen. Ohne Ars Electronica - und das ist glaube ich auch ganz klar - würde es die neue Digital Universität, die IT:U, an unserem Standort Linz nicht geben. Das ist für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort, für die Zukunft von Linz, ein Jahrhundertprojekt im dreistelligen Millionenbereich.

Apropos Zukunft: Erst gestern haben wir im Gemeinderat auch einen Fahrplan für einen neuen Kulturentwicklungsplan beschlossen, vielen Dank auch dafür. Es ist schon bemerkenswert, wenn man sich vor Augen führt, dass die Kultur tatsächlich nur fünf Prozent des Gesamtbudgets der Stadt Linz ausmacht. Und dennoch sollte uns bewusst sein, dass Kultur eben nicht nur identitätsstiftend ist, sondern auch zu einer lebenswerten Stadt beiträgt.

Ein gutes Kulturangebot in einer Stadt braucht es einfach, damit man als Arbeits- und Lebensstandort für Junge attraktiv bleibt, damit Kreativität zu neuen Innovationen beiträgt. Als Kulturstadt ziehen wir natürlich auch viele Touristen an, was wiederum Umwegrentabilität zu uns bringt und die Wirtschaft ankurbelt.

Apropos Tourismus: Der Linz Tourismus ist heuer mit einer neuen Geschäftsführung, einem neuen Aufsichtsrat, einem neuen oberösterreichischen Tourismusgesetz und einer neuen Finanzierung zwischen Stadt Linz und Tourismusverband für die nächsten sechs Jahre neu aufgestellt worden.

Das Allerwichtigste aber ist: Der Linz Tourismus ist nach Corona wieder zurück und das stärker denn je. Wir werden heuer hoffentlich einen neuen Nächtigungsrekord von rund 1 Million Nächtigungen in Linz erreichen. Das ist tatsächlich ein sensationelles Plus von rund sieben Prozent im Vergleich zum Rekordjahr vor Corona und alles trotz einer verhaltenen allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.

Mein Dank gilt dem neuen Tourismusteam und natürlich allen, die dazu beigetragen haben. Danke Maire-Louise Schnurpfeil, Dieter Recknagel und dem ganzen Tourismusteam und ich bitte auch da um einen Applaus. (Beifall)

Auch bei den Märkten gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Tourismus. Bestes Beispiel ist hier der neue Hop-On-Hop-Off-Weihnachtszug, den ich auch nicht unerwähnt lassen möchte, der ja bekanntlich zwischen unseren fünf Linzer Weihnachtsmärkten verkehrt. An den ersten drei Wochenenden und das darf ich schon verkünden, haben wir bereits über 5.000 Fahrgäste gehabt, die dieses kostenlose Angebot genutzt haben. Damit haben wir für die Adventbesucher auch eine echte neue Attraktion in Linz geschaffen und ich danke allen Weihnachtsmarktbetreiber und dem Linz Tourismus, dass das möglich geworden ist.

Ganz kurz noch einige Bemerkungen zu den Märkten. Die Abteilung wurde ja im März mit einer neuen Leitung, einem neuen Geschäftsbereich, aber auch mit einem neuen Namen, nämlich ‚Markmanagement und Tourismus‘ neu aufgestellt. Organisatorisch sind die Märkte eine Riesenherausforderung. Es wurde auch von diesem neuen Team hervorragende Arbeit geleistet und deswegen auch danke an das gesamte Markteam. Auch hier bitte ich um einen Applaus. (Beifall)

Nur noch kurz ein paar ‚hard facts‘ zu den Märkten, der Weihnachtsmarkt Volksgarten wurde mit einem neuen Konzept neu aufgestellt - ich möchte jetzt nicht auf Details eingehen. Beim Urfahrermarkt wurde auch unter der Woche ein Beleuchtungsprogramm versucht mit dem Tag der Inklusion, der größten Studentenparty des Landes, wir erinnern uns an das Charity-Event.

Am Südbahnhofmarkt haben wir eine neue Markt-App eingeführt, wir haben dort ein neues Orientierungs- und Leitsystem geschaffen, ein Veranstaltungsprogramm für die Wochentagsbelebung eingeführt und einen Wintermarkt am Freitag und Samstag. Der Markt bekommt ein neues öffentliches WC an der Oberfläche und die noch fehlenden Teile der Oberflächensanierung werden 2024 und 2025 angegangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war jetzt sehr viel. Ich habe nicht alles untergebracht, aber das Superkulturjahr 2024 wird wirtschaftlich und touristisch ein

echter Bringer für Linz werden. Kulturpolitisch möchte ich mit der Botschaft der aktuellen Tourismuskampagne zum Superkulturjahr schließen. ‚Wir alle sind Kultur.‘ Vielen Dank.“ (Beifall)

Gemeinderätin Ekova-Stoyanova:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer auf der Galerie, ich spreche zu den beiden Kapiteln 2 und 3. Das ist mein Anliegen, ich liebe diese beiden Kapitel.

Kultur und Sport werden oft getrennt voneinander gebracht, dabei haben sie Gemeinsamkeiten. Beide sind wichtige ‚Nahversorger‘ für unsere Gesellschaft, sie dienen der Integration und der Verständigung und sie bringen uns unter anderem Entspannung und Abwechslung zum Alltag.

Auch in den schwierigen vergangenen Jahren waren die Kultur und der Sport eng miteinander verbunden. Die Pandemie mit all ihren Auswirkungen und die unmittelbar darauffolgenden Kostensteigerungen haben sowohl im Sport- als auch im Kulturbereich die Vereinsszene und unsere Stadt vor Herausforderungen gestellt.

Trotz dieser Rahmenbedingungen ist gerade der Kultur in vielen Bereichen ein großartiges Comeback gelungen. Ausverkaufte Vorstellungen, neue Formate und hunderte Besucher*innen sowie bis auf den letzten Platz gefüllte Sitzreihen haben eindrucksvoll gezeigt, wie groß der Hunger der Menschen auf Kulturveranstaltungen war.

Doch wie lange bleibt das noch so? Diese Frage müssen wir uns angesichts der global angespannten wirtschaftlichen Lage stellen. Immer mehr Menschen haben immer weniger Geld, um in den Genuss einer Theatervorführung zu kommen, sich eine Kinokarte leisten zu können oder ein Konzert zu besuchen. Dies wird sich früher oder später auf die Besucher*innenzahlen und somit auf die Einnahmen der Veranstalter*innen auswirken.

Wir müssen versuchen, diesen Trend zu stoppen. Wir glauben, das ist unsere Aufgabe, unsere Herausforderung in den kommenden zwei Jahren. Kultur muss, genau wie der Sport, allen Menschen zugänglich und für alle leistbar sein.

Gleichzeitig muss es uns ein Anliegen sein, dass die Vielfalt der Vereine und Veranstalter*innen bestehen bleibt. Sie haben einen wichtigen Anteil daran, dass Linz so eine bunte, vielfältige Stadt ist, sonst bleiben am Ende des Tages nur die großen Player, die auch wichtig sind, übrig.

Dank der Bundesregierung und der Stadt Linz wurde heuer ein mit 1,6 Millionen Euro dotierter Topf eingerichtet. Dieser hat die Auswirkungen der gestiegenen Energiekosten zumindest teilweise abgefedert. Möglicherweise wird es auch im kommenden Jahr eine Unterstützung der öffentlichen Hand brauchen, damit die Linzer Initiativen ihr Programm weiterhin in gewohnter Qualität und für alle leistbar anbieten können. Dazu braucht es Planungssicherheit für die Veranstalter*innen, damit bei manchen Bühnen der Vorhang nicht für immer fällt.

Gleiches gilt für den Sport. Die Errichtung neuer Stadien hat in den vergangenen Jahren viel ‚Zug zum Tor‘ erkennen lassen. Dabei darf man aber auch Sportarten,

die nicht täglich im medialen Rampenlicht stehen, nicht vergessen - besonders Frauensportarten und -initiativen - denn es ist der Breitensport mit allen Angeboten und Vereinen, der das Rückgrat unseres Sportangebotes darstellt. Spitzensport wird dadurch erst ermöglicht.

Doch in Zeiten der finanziellen Engpässe sind auch die Kosten für die Mitgliedschaft in Sportvereinen gestiegen. Immer mehr Menschen können diese nicht mehr selbstverständlich aufbringen. Deshalb sind wir als Stadt gefordert, die Vereine bei Bedarf zu unterstützen, um das sportliche Angebot in unserer Stadt auch für die kommenden Jahre abzusichern.

Die engagierten Vereine, die in Linz das vielfältige Sport- und Kulturangebot sicherstellen, sind ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Fundaments in unserer Stadt. Den in den vergangenen Jahren entstandenen Riss konnten wir klein halten, das ist großartig gelungen. Es muss aber auch in den kommenden Jahren Anspruch und Aufgabe sein, das breite Fundament der sportlichen und kulturellen Nahversorgung stabil zu halten. Denn eines ist klar: Wer bei Kultur und Sport spart, spart bei den Menschen.

Wir besprechen heute das Budget. Die Grüne-Gemeinderatsfraktion steht hinter dem Kultur- und Sportbudget. Ich muss aber, beziehend auf die vorigen Redner*innen, schon sagen, dass jetzt nicht die Zeit ist, bei diesen beiden Bereichen des Budgets zu sparen. Wenn wir jetzt nicht helfen, wird es in ein paar Jahren zu spät sein und viele Organisationen werden nicht mehr funktionieren, unzählige Vereine werden ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben können. Danke sehr.“ (Beifall)

Gemeinderätin Klitsch:

„Danke Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ‚Linz ist los - Linz lebt auf‘. Kennt diesen Spruch noch irgendjemand da herinnen? Das war der Spruch, der Slogan des Linzer Tourismusverbandes Anfang der 1990er Jahre, als der Tourismus wirklich in die Höhe ging. Damals ging das kulturelle Leben in die Höhe. Der Donau-Tourismus fing durch die Radfahrer an zu boomen. Damals kamen die Open-Air-Veranstaltungen auf und es hat sich wirklich - Gott sei Dank - weiterentwickelt.

Linz ist wieder los und Linz lebt nach wie vor auf - inklusive Kulturhauptstadt und was wir alles hatten in den letzten Jahren.

Dann kam die schmerzliche Situation mit Corona, wir hoffen, dass die Zeit vorbei ist. Mit Corona müssen wir leben, hieß es, aber wir hoffen, dass zumindest die Lockdowns vorbei sind.

Das heißt, Linz lebt wieder auf, was man auch an den Besucherzahlen der Linz Kultur sieht. Ich möchte mich bei der Linz Kultur bedanken, es gibt tolle Veranstaltungen, die Open-Airs werden gestürmt, die Veranstaltungen sind gut gebucht und Linz lebt wieder auf.

Es gibt aber trotzdem noch eine Last, die einige Kulturbetriebe mitzuschleppen haben. Das ist eine Nachfolgewirkung der Lockdowns, das muss man wirklich offen sagen. Die Tourismus- und Kulturbranche ist über diese Phase noch nicht hinweg.

Es war dramatisch, zwei Jahre lang von einem Lockdown in den nächsten zu taumeln. Die Betriebe konnten nicht öffnen, sie konnten keinen Umsatz machen, sie konnten keine Einnahmen erzielen, d.h. sie hatten schlichtweg kein Geld. Die Coronahilfen waren mehr oder minder unzureichend.

Was ist die Folge davon, dass keine Einnahmen zu erzielen waren? Man kann die Fixkosten nicht bezahlen, man kann Bankkredite nicht bezahlen, man kann dieses und jenes nicht bezahlen. Man muss die Schulden stunden lassen, aber sie sind nach wie vor vorhanden, das ist für viele Betriebe noch nicht überwunden. Sie zahlen immer noch Corona-Schulden zurück.

Schließlich hat sich die Situation jetzt durch die Inflation und die massive Teuerung noch mehr verschärft.

Daher möchten wir jetzt beim Budget zwei Bereiche kurz herausgreifen.

Das eine ist der Bereich der Theaterförderungen: Die Linzer Theater haben die Lockdowns massiv gespürt, sie schleppen noch eine Last mit sich herum. Wir haben es gestern auch im Gemeinderat schon bei den Theaterförderungen besprochen. Das Kellertheater hat sich aus der Deckung gewagt und hat gesagt, dass es Hilfe braucht. Ein zweites Theater wagt sich gerade aus der Deckung. Ob noch ein drittes oder viertes kommt, weiß ich nicht.

Unsere Meinung ist, dass gerade diesen kleinen, privaten Bühnen geholfen werden muss. Sie sind komplett unverschuldet in diese Situation gekommen, obwohl sie immer bewiesen haben, dass sie schwarze Zahlen schreiben können. Man muss auch dazusagen, dass genau diese kleinen, privaten Bühnen - nachdem sie kommerziell sind - weniger gut mit Förderungen ausgestattet sind als die alternativen Bühnen der Freien Szene.

Die kleinen Bühnen wie Kellertheater, Theater in der Innenstadt, Theaterclub und wie sie alle heißen, brauchen wir dringend. Sie bringen lustige und humorvolle Sachen für die Bevölkerung, bieten Komödien, Musikproduktionen und lustige Musicals an, wo die Leute herzlich lachen können. Dort können sie einmal den Kopf frei bekommen und die Sorgen vergessen können. Sie gehen ein, zwei Stunden ins Theater und vergessen einmal die Welt rund herum. Wir möchten eine fröhliche Bevölkerung und daher brauchen wir auch die Theater, die fröhliche Sachen spielen, weil das Leben an und für sich teilweise schon wirklich trist genug ist.

Den zweiten Bereich, den wir noch gerne kurz ansprechen möchten, ist der Bereich der Museen. Wir haben es immer wieder angesprochen und wir fangen jetzt auch keine Schlammschlacht mit irgendeinem Museum an, das liegt uns fern. Wir möchten aber trotzdem ansprechen, dass die Förderungen für die Linzer Museen schon gewaltig hoch sind.

Die Besucherzahlen des Lentos sind jetzt im Vergleich zum Vorjahr, Gott sei Dank, wieder um 25 Prozent gestiegen, das ist erfreulich. Wenn man aber sieht, dass die Linzer Museen insgesamt 72.000 Besucher pro Jahr haben, ist das jetzt nicht unbedingt eine Masse, wo man jubeln könnte. Bei 72.000 sind jede Menge Touristen auch noch dabei. Ich schätze, dass es ungefähr 50.000 Linzer sind, die gerne in ein Museum gehen. Das ist ein Viertel der Bevölkerung.

Das heißt, drei Viertel der Linzer Bevölkerung gehen nicht in ein Museum. Das kann völlig unterschiedliche Gründe haben. Die Innenstadtlinzer machen einen Ausflug zum Lentos. Wenn man mit den Leuten aus dem Süden spricht, dann käme kein Mensch auf die Idee mit der Straßenbahn von der Solar City zum Lentos zu fahren und sich etwas anzusehen. Die Gründe sind unterschiedlich (Unruhe, Zwischenruf). Ich stelle mir eine Quote von mindestens 50 Prozent vor.

Wenn man mit der Linzer Bevölkerung spricht, warum die Leute nicht ins Lentos gehen, dann ist die Antwort schlicht und ergreifend, dass sie mit dem Programm nichts anfangen können: ‚Das sagt mir nichts! Das kenne ich nicht, was ist das? Diesen Künstler kenne ich nicht!‘ Die Leute fangen nichts damit an.

Man muss manchmal über den Schatten springen - nicht immer, aber ab und zu vielleicht - und eine publikumswirksame Ausstellung machen, etwas massentaugliches, wo jeder hinrennt und sagt, dass das super ist. Dann kommen die Familien und die Pensionisten, dann kommt jeder und je mehr Besucher wir haben, desto geringer ist der Zuschussbedarf. Beim Lentos braucht man massentaugliche Ausstellungen, leichte Kost für die Bevölkerung.

Ein Thema, das wir auch immer wieder ansprechen: Es braucht auch private Sponsoringverträge. Beim Kellertheater ist es angesprochen worden, die mussten einen Sponsor bringen. Warum nicht auch andere Theater, nichts leichter als das. Bei ‚Linz09‘ haben wir das vorgelebt. Damals hat es so viele Sponsoringbeiträge aus der Privatwirtschaft gegeben, das vergessen wir immer wieder.

Wenn wir ein massentaugliches Programm haben und wenn wir auch Sponsoringverträge haben, dann ist beim Lentos wieder Licht am Ende des Tunnels und dann werden wir vielleicht in Zukunft zustimmen. Heute stimmen wir beim Lentos nicht mit, aber sonst werden wir das Kulturbudget natürlich mittragen.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderat Baumann zum Kapitel 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung das Wort.

Gemeinderat Baumann:

„Danke schön, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, wenn man so manche Diskussionen, vor allem auf Bundes- oder Landesebene verfolgt, bekommt man oft das Gefühl, dass die Themen Soziales und Wirtschaft einander im Weg stehen. Es wirkt, als gäbe es ein ‚entweder - oder‘ zwischen diesen beiden wesentlichen Säulen, die alle in unserer Gesellschaft betreffen.

Die Stadt Linz hat in der Vergangenheit bewiesen und wird in Zukunft noch viel stärker beweisen, dass die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik in einem ‚sowohl – als auch‘ zueinanderstehen. Ohne soziale Sicherheit für die Menschen sind wir kein attraktiver Wirtschaftsstandort und ohne gesunde Wirtschaft sind wir nicht in der Lage, für soziale Sicherheit zu sorgen.

Aufgrund dieser Abhängigkeit werde ich auch gleich auf Punkt sieben des Doppelbudgets eingehen.

Linz soll und wird für alle Bewohner*innen, egal wie jung oder alt oder woher sie kommen, da sein. Mit dem Sozialprogramm und den darin enthaltenen Innovationen finden wir die richtigen Antworten auf sich verändernde Lebensrealitäten.

Das Ziel, die innovativste Stadt Österreichs zu werden, heißt nicht, sich nur den technischen Entwicklungen zu widmen. Sozial innovativ zu sein bedeutet, Projekte und Initiativen, die neue Wege der Erbringung sozialer Dienstleistungen beschreiben, voranzutreiben und ständig zu evaluieren, um das Beste für die Menschen in dieser Stadt zu bieten. Die aufsuchende Elternarbeit und die ‚Community Nurses‘ in den Stadtteilen sind ein Beispiel dafür, dass es richtig ist, jeden dritten Euro dieses Linzer Doppelbudgets in ein modernes soziales Netz zu investieren.

Den Menschen, so lange es geht, ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, ist unser Ziel. Ist das nicht mehr möglich, soll die Wartezeit auf einen Platz im Seniorenzentrum kurz sein. Mit einer Wartezeit von vier bis fünf Wochen und dem Fakt, dass kein einziges Bett aufgrund des Fachkräftemangels ungenutzt ist, sind wir Spitzenreiter in Österreich und können von Vollversorgung sprechen. (Beifall)

Das Zusammenspiel einer sozialen, attraktiven Lebensstadt und einer modernen Industriestadt, dem Wirtschaftsmotor Oberösterreichs, wird sich besonders in einem Projekt zeigen. Mit dem Projekt ‚Neuland‘ verleihen wir dem Hafengelände einen unverwechselbaren Charakter und schaffen einen lebendigen, urbanen Treffpunkt von Öffentlichkeit, Freizeit, Gewerbe und Industrie. Mit dem Hafenpark auf dem Dach der neuen Tiefkühl- und Pharmahalle und dem Aussichtsturm beim Hafenbecken zwei ist es möglich, dass sich ein Betriebsgelände und eine öffentlich zugängliche Fläche in unmittelbarer Nähe zum Wasser zur gleichen Zeit am selben Ort befinden. Das ist europaweit einzigartig.

Ein wesentliches Ziel der Stadt ist weiterhin die Schaffung von Arbeitsplätzen, und zwar von ordentlichen, attraktiven Arbeitsplätzen. Unter den Top 100 Unternehmen Oberösterreichs hat ein Viertel ihren Sitz in Linz. Auf der 1,8 Kilometer langen ‚Digitalen Meile‘ bieten 110 Unternehmen aus der Digitalisierungsbranche ca. 3000 Menschen Arbeit. Weltweit renommierte IT-Unternehmen wie Dynatrace und MIC-Datenverarbeitung schätzen den Standort Linz.

Der auch bei uns spürbare Arbeitskräftemangel wird nur durch eine Vielzahl an Maßnahmen auf Stadt-, Landes- und Bundesebene bewältigbar sein. Das ist auch notwendig, um Linz als zukunftsfähigen Arbeits- und Lebensraum zu erhalten.

Mit dem Projekt ‚Code.Fusion‘ nehmen wir als Stadt wieder das Zepter in die Hand und zeigen wiederholt, wie wirtschaftliches und soziales Denken einander brauchen.

Einerseits gibt es einen hohen Bedarf an Fachkräften mit tausenden offenen Stellen im IT-Bereich. Andererseits sehen sich Asylwerber*innen oft mit Beschäftigungslosigkeit konfrontiert. Das Projekt führt beide Themen zusammen und eröffnet so neue Möglichkeiten mit Vorteilen für alle Beteiligten. Asylwerber*innen lernen Programmieren und erhalten eine Perspektive. Gleichzeitig kann der Druck am Arbeitsmarkt etwas verringert werden. Ein gewinnbringendes Projekt für alle.

Damit nicht genug, bieten wir ein breites Spektrum an Wirtschaftsförderungsmaßnahmen an, wobei vor allem Gründer*innen attraktive Starthilfen geboten werden. Um zu sehen, dass wir damit richtig liegen, muss man nur auf die Zahlen schauen. Über 1000 Einpersonener Unternehmen (EPU's) wurden heuer in dieser Stadt gegründet. Jedes fünfte neu gegründete Unternehmen in Linz ist im IT-Sektor angesiedelt

Die Tabakfabrik, in der wir auch eine Kombination aus Lebens- und Arbeitsort sehen werden, ist bereits ein Jahr vor Plan völlig ausgebucht und für mehr als 3000 Menschen ein inspirierender Ort für ihre Erwerbstätigkeit. (Beifall)

Das Vertrauen in den Standort und in diese Stadt wird spätestens durch das Verhalten der Flaggschiffe unserer Industrie bewiesen. Mit dem Projekt ‚H₂FUTURE‘ forschen energieintensive Betriebe für ein klimaneutrale Zukunft. Mit der ‚H₂ Convention‘ werden wir jedes Jahr die Plattform bieten, alle Beteiligten zusammenzuführen. Und obwohl noch nicht sicher ist, ob die Energieversorgung steht, hat die voestalpine mit dem Bau des 1,3 Milliarden Euro schweren Projekt ‚greentec steel‘ bereits begonnen und wird 2027 startklar sein. Als Stadt werden wir das mit voller Kraft unterstützen. (Beifall)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Jahren hat uns Gemeinderätin Gott-hartsleitner auf eine Zeitreise in das Linz von 2030 eingeladen und gezeigt, was wir bis dahin erreichen wollen. Liebe Beate, ich kann von dieser Stelle aus bestätigen, dass wir uns mit diesem Doppelbudget voll im Plan zur ersten klimaneutralen Lebens- und Industriestadt Europas befinden und gleichzeitig beweisen, dass Soziales und Wirtschaft in dieser Stadt Hand in Hand gehen.“ (Beifall)

Gemeinderätin Zukan:

„Sehr geehrte Damen und Herren, Budgets sind in Zahlen gegossene Politik. Wir stellen heute mit diesem Doppelbudgetbeschluss die Weichen dafür, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Wir zeigen mit diesem Doppelbudget auch, wie wir die Zukunft gestalten wollen. Und wir geben - und darauf können wir besonders stolz sein - mit diesem Doppelbudget Antworten auf die drängendsten Fragen dieser Zeit.

Als Stadt Linz sind wir mit einem massiven Wachstum konfrontiert, die Menschen drängen in die Städte. Der Wohnungsbedarf steigt stetig, Linz ist zu einem regelrechten Anziehungspunkt geworden. Wir sind stolz darauf, eine Stadt zu sein, in der viel gearbeitet wird, eine Stadt zu sein mit mehr Arbeitsplätzen als Einwohner*innen.

Wir sind eine Industrie- und Innovationsstadt. Gleichzeitig ist es uns aber auch durch erfolgreiche Stadtpolitik gelungen, dass immer mehr Menschen Linz nicht nur als Stadt ihres Arbeitsplatzes sehen, sondern Linz zu ihrem Lebensmittelpunkt machen wollen. Linz ist auch eine Lebensstadt.

Für eine nachhaltige und chancengerechte Lebensstadt ist der soziale Wohnbau ein zentrales, politisches Instrument. Das zeigt sich umso mehr jetzt während der Teuerungskrise. Immer mehr Menschen geraten finanziell unter Druck, das Schaffen und Erhalten von leistbarem Wohnraum ist eine zentrale Aufgabe der Stadt, die wir mit Nachdruck verfolgen.

Wie schaffen wir es einerseits, die hohe Lebensqualität bei steigendem Wohnraumbedarf zu sichern und noch weiter zu steigern? Und andererseits, wie schaffen wir

es, dass diese hohe Lebensqualität auch weiter leistbar bleibt? Das sind die ersten beiden Fragen, auf die dieses Budget Antworten geben muss.

Mehr als die Hälfte der Linzer Wohnungen sind in Gebäuden gemeinnütziger Vereinigungen. Das große Angebot geförderter Wohnungen ist ein unschätzbarer Vorteil, den wir als Stadt haben. Der hohe gemeinnützige Anteil wirkt somit auf den gesamten Mietmarkt preisdämpfend.

Mit 20.000 Wohnungen für mehr als 40.000 Menschen ist die städtische Wohnungsgesellschaft GWG die größte gemeinnützige Wohnungsanbieterin in Oberösterreich. Damit dies auch so bleibt, investieren wir - oder die GWG - mehr als 40 Millionen Euro in Wohnungsbau und Sanierungen.

Somit leistet die Stadt Linz gemeinsam mit der GWG einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Wohnen in unserer Stadt qualitativ und leistbar bleibt. (Beifall)

Wir gehen bewusst den Linzer Weg weiter, der schon immer eine besondere Rolle des sozialen Wohnbaus vorgesehen hat. Wir bauen nicht nur nachhaltig und modern in Linz, sondern wir stellen mit dem Linzer Modell auch sicher, dass alle, die in unserer Stadt größere Bauprojekte umsetzen wollen, einen Teil der Wohnfläche für geförderten Wohnbau zur Verfügung stellen müssen.

So stellen wir nicht nur genügend Wohnraum oder Raum für den geförderten Wohnbau zur Verfügung, sondern haben auch ein Instrument in der Hand, um auch in zentralen Lagen der Stadt günstigeren Wohnraum zu realisieren.

Sie sehen, wir stärken den sozialen Wohnbau und schaffen es so, den steigenden Wohnbedarf sozial ausgewogen zu decken.

Wir beschreiten mit diesem Budget aber auch neue Wege. Es ist ein Zukunftsbudget. Die Stadt Linz schafft den Brückenschlag in die Zukunft, auch in der zentralen Herausforderung unserer Zeit - dem Klimawandel.

Die dritte Frage, die dieses Budget beantworten muss, ist, wie können wir unseren Beitrag als Stadt dazu leisten, die Klimakatastrophe einzudämmen und bis 2040 als Stadt klimaneutral werden?

Es ist klar, Linz wächst. Wir brauchen mehr Wohnflächen, aber gleichzeitig sollte der Flächenverbrauch eingedämmt werden. Die Lösung ist Nachverdichtung. Es ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, dass wir im Wohnbaubereich auf Nachverdichtung, besonders mit nachhaltiger Bauweise setzen, wie es die GWG in Auhörsitz beim Projekt ‚Wohnen am Weidingerbach‘ bewiesen hat. Die Entwicklung geht mehr und mehr dahin, auf bestehende Gebäude aufzustocken und nicht weiter Flächenfraß zu betreiben. Der ökologische Vorreiter in diesem Bereich ist der soziale Wohnbau, der mehrgeschossige Wohnbau, und das zeigt auch die CO₂-Bilanz.

Die Eindämmung des Flächenverbrauchs reicht uns aber nicht. Dort, wo es möglich ist, möchten wir Flächen für die Allgemeinheit zurückholen - also entsiegeln, begrünen und bestehende Grünflächen für die Allgemeinheit nutzbar machen. Wir wollen nicht nur Grünflächen am Boden forcieren, sondern auch Fassaden wie bei der Linzer Goetheschule oder Grünflächen auf Dächern realisieren.

Auf dem Weg zur klimaneutralen Zukunft setzen wir neben Dach- und Fassadenbegrünungen, dem Ausbau klimafreundlicher Mobilität, sowie Entsiegelungen und Baumpflanzungen auch auf den Umstieg auf erneuerbare Energien. Nämlich, indem wir städtische Gebäude in den nächsten Jahren mit Photovoltaik-Anlagen ausstatten. Dazu investiert die Stadt 20 Millionen Euro in die Photovoltaik-Offensive. Das ist der Beitrag, das ist unser Beitrag als sozialdemokratische Fraktion zum Wohnbau, Klimaschutz und damit zur Lebensqualität der Linzer und Linzerinnen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Bürgermeister, Budgets sind in Zahlen gegossene Politik. Die Politik, die wir in diesem Budget ablesen können, ist sozial gerecht, in die Zukunft gerichtet und liefert Antworten auf die drängendsten Fragen dieser Zeit. Vielen Dank.“ (Beifall)

Gemeinderätin Mag.^a Ziegler-Finsterer:

„Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und vor den Bildschirmen, mit diesem Doppelbudget für die Jahre 2024 und 2025 sollte grundgelegt werden, dass die Perspektiven und langfristigen Visionen im sozialen Bereich verwirklicht werden können. Die Herausforderungen im Sozialbereich sind vielfältig - viele davon wurden heute Vormittag auch schon angesprochen und diskutiert - dementsprechend groß wäre der Handlungsspielraum, um dem Anspruch des Sozialprogramms - welches auch schon vielfach zitiert wurde - gerecht zu werden.

Was es allerdings dafür braucht, sind konkrete Maßnahmen, die umgesetzt werden. Maßnahmen in allen Bereichen, von der Betreuung unserer Kleinsten, über eine effektive Ausgestaltung eines sozialen Netzes für jene, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen, als auch konkrete Schritte gegen die soziale Vereinsamung unserer Älteren. Das kann allerdings nur gelingen, wenn die Maßnahmen mit einem entsprechenden Budget versehen sind, um die sozialen Bedürfnisse unserer Gemeinschaft angemessen zu adressieren.

Unser Anspruch als Linzer Volkspartei ist es, gesellschaftliche und auch soziale Innovationen voranzutreiben. Voraussetzung dafür ist aber, dass künftig die Sozialpolitik wieder mehr gestaltet statt nur verwaltet wird.

Als Familienpartei ist uns die Flexibilität von Betreuungsangeboten ein Herzensanliegen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an unseren ÖVP-Antrag vom Juni 2022 erinnern. Hier haben wir gefordert, Krabbelstubenplätze ab 15 Wochenstunden Berufstätigkeit zu ermöglichen anstatt den bisherigen 20 Wochenstunden. Das wäre unseres Erachtens nach wie vor ein Fortschritt zur besseren Vereinbarkeit mit dem Wiedereinstieg ins Berufsleben. Leider gibt es aber hier seitens der SPÖ keine Bereitschaft dazu.

Dank des Einsatzes der Linzer Volkspartei wurde das Thema der Vereinsamung älterer Menschen in das Linzer Sozialprogramm aufgenommen. Gerade in einer Großstadt wie Linz ist soziale Vereinsamung ein Problem, das endlich aktiv angegangen werden muss, Frau Vizebürgermeisterin Hörzing. Es braucht niederschweligen Zugang zu Freizeitangeboten für Ältere, um soziale Einsamkeit zu minimieren.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass Frau Vizebürgermeisterin Hörzing unserer Forderung nachgekommen ist und mit den ‚Community Nurses‘ ein Pilotprojekt an drei Standorten in den Seniorenzentren etabliert hat. Hier werden die Seniorenzentren als Pflegekompetenzzentren ausgebaut. Damit gibt es ein wohnortnahes und niederschwelliges Angebot und nach diesem Vorbild gehört das Angebot in allen Stadtteilen ausgerollt.

Das beste Beispiel für den Einsatz im Stadtteil ist mit Abstand wohl unsere Klubobfrau Michaela Sommer. Seit Jahren kämpft sie für ein Ärztezentrum im Linzer Süden. (Beifall) Den Rückenwind hat sie aber nicht nur von unserer Fraktion hier im Raum, sondern auch von 1.600 Personen, die ihre Forderung unterstützen. Dank ihrem Einsatz wurde nun ein Primärversorgungszentrum für den Linzer Süden ausgeschrieben.

Erfreulicherweise ist mit gestern Abend auch die FPÖ nach eineinhalb Jahren aus dem Winterschlaf erwacht. Sie fordert nun - wo der Weg durch Michaela Sommer von der ÖVP bereitet wurde - ein Ärztezentrum. Der Linzer Süden braucht aber bereits jetzt ein Ärztezentrum und nicht erst in fünf Jahren. Die Hartnäckigkeit unserer Klubobfrau zahlt sich aus und wir fordern sowohl Stadtrat Raml als auch Stadtrat Prammer gemeinsam erneut auf, sich ernsthaft darum anzunehmen und nicht nur politische Forderungen zu veröffentlichen.

Denn genau das braucht es nach dem Vorbild unserer Klubobfrau: Angebote in der direkten Nachbarschaft und Politiker, die nicht müde werden, sich für wichtige Themen einzusetzen.

Die Stadtteile gehören generell in der Bedarfsplanung von Kinderbetreuungsplätzen, Altenpflegeplätzen und auch bei den Strategien zum Pflege-Mix viel stärker berücksichtigt. Im Hinblick darauf, dass mehr als jeder dritte Euro im Budget für den Sozialbereich aufgewendet wird, ist es umso wichtiger, dass der Einsatz dieser Mittel auf Basis einer fundierten Bedarfsanalyse passiert.

Die Verteilung der Seniorenheime ist in Linz nämlich derzeit nicht ausgewogen. Ein neues Seniorenzentrum am Standort Volkshaus Harbach würde das aktuelle Angebot ideal ergänzen. Als Linzer Volkspartei haben wir deshalb bereits 2021 - auch schon vor geraumer Zeit - aber Sitzfleisch beweisen wir ja und wir werden auch nicht müde - den Ausbau des Volkshauses zu einem Generationenzentrum vorschlagen.

Hier könnte man neben einem Seniorenzentrum im neuen Gebäude weiterhin das Volkshaus, eine Kinderbetreuungseinrichtung und ein Café unterbringen. Das wäre somit auch eine Bereicherung für den ganzen Stadtteil. (Beifall) Wie Sie sehen, die Herausforderungen sind vielfältig: Lassen Sie uns gemeinsam an einer inklusiven, effektiven und zukunftsorientierten Sozialpolitik arbeiten, die das Wohl unserer Linzerinnen und Linzer im Blick hat. Danke schön.“ (Beifall)

Gemeinderätin Mandlmayr:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleg*innen, sehr geehrte Gäste hier im Saal und auch online, schön, dass Sie hier sind. Ich spreche nun über das Thema Soziales und Wohnen.

Der größte Budgetposten für die meisten Linzer*innen ist nach wie vor das Wohnen. Auch in Linz ist es so, dass dreiviertel der Menschen hier zur Miete wohnen, wobei die Mietpreise auch hier in den letzten Jahren wieder gestiegen sind, die Einkommen leider nicht entsprechend, wie wir wissen.

Ein Mietpreisdeckel wurde, wie beim städtischen Wohnen, jetzt auch - endlich - auf Bundesebene beschlossen. Seit Sommer gibt es auch das Besteller*innenprinzip bei den Maklergebühren, damit wurde die Maklergebühr für die Mieter*innen abgeschafft.

Linz muss weiterhin auf den sozialen Wohnbau setzen und hier investieren. Wohnraum muss leistbar und leicht zugänglich sein. Zusätzlich zu Notschlafstellen und Übergangswohnungen gibt es durch das Projekt ‚zu Hause ankommen‘ des Sozialministeriums besseren Zugang für Menschen, die sonst schwer an eine Wohnung kommen. ‚Housing First‘ ist die Idee dahinter. Was noch fehlt, das sind die sogenannten ‚Non-Compliance-Wohnungen‘.

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit und es ist so, dass diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, jene sind, die die Auswirkungen am meisten zu spüren bekommen. Jene, die in kleinen Wohnungen wohnen, ohne Garten, ohne Balkon im dicht bebauten Gebiet, wo es im Sommer besonders heiß ist und nachts kaum abkühlt. Die, die es sich eben nicht richten können.

Klimaanpassungsmaßnahmen sind jene Maßnahmen, die die Folgen des Klimawandels abfedern können. In Linz sind das auch soziale Maßnahmen, denn genau diese werden jetzt mit dem nächsten Budget angegangen. Wir werden dort entsiegeln, Bäume pflanzen, Hitzeinseln bekämpfen, wo die Menschen besonders vom Klimawandel betroffen sind - für eine lebenswerte Stadt.

Und - wir haben es gehört - Linz soll auch einen Beitrag für den Klimaschutz selbst leisten und spätestens 2040 klimaneutral werden. Das ist die Zukunft.

Genau wie Wohnen darf auch Erholung kein Luxus sein. Naturräume machen sich doppelt bezahlt, für das Stadtklima genauso, wie als Treffpunkt und zur Naherholung für das soziale Klima. Vor allem für all jene, und das ist der Großteil, die eben keine eigenen Gartenanlagen haben. Es braucht Naherholungsräume, die so gestaltet sind, dass man sich auch gerne dort aufhält.

Nicht bezahlt machen sich – sondern ganz im Gegenteil, doppelt und dreifach zahlen wir – leider für Steinzeitprojekte wie den Bau neuer Autobahnen und den Westring, deren Kosten mehrfach in die Höhe geschneit sind. Aktuell sind wir jetzt bei 70 Millionen Euro, die die Stadt hier an die ASFINAG zahlt.

Es braucht stattdessen etwas anderes, nämlich Vorrang für sanfte Mobilität, denn nicht alle wollen oder können sich ein Auto leisten. Zudem soll das Ziel sein, dass die Menschen nicht auf das Auto angewiesen sind. Wir brauchen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Radwegenetzes. Der Aktivpass ist auch eine wertvolle soziale Maßnahme für den öffentlichen Verkehr.

Zudem erleichtert er auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, mit ermäßigten Eintritt für Kultur, für Freizeit- und Bildungsangebote, wie sie in den Büchereien, Museen und im Wissensturm angeboten werden.

Der Zugang zu Sozialleistungen muss niederschwellig und unbürokratisch sein. Wir haben die Situation, dass wir - wir haben es heute schon gehört - auf Bundesebene ein Sozialhilfegrundgesetz haben, das reformiert gehört. Wir haben im November gemeinsam hier im Haus eine Resolution an den Bund beschlossen. Zusätzlich gibt es auf Landesebene ein Sozialhilfeausführungsgesetz, das die Situation zusätzlich verschärft. Auch hier braucht es Verbesserungen.

Was auch alarmierend ist – auch das war im November Thema - ist, dass immer häufiger Fälle über den Umgang des Sozialamtes mit Klient*innen in Linz bekannt werden. In den vergangenen Wochen ist darüber einiges in den Zeitungen zu lesen gewesen. Vertreter*innen von Sozialvereinen berichten vermehrt über Probleme und sprechen einem Medienbericht zufolge auch von ‚fehlendem Augenmaß‘ seitens der Linzer Sozialhilfebehörde.

Gleichzeitig - auch das war im November Thema - geht aus einer Beantwortung einer vom SPÖ-Landtagsklub eingebrachten Anfrage an Landesrat Hattmannsdorfer hervor, dass die Zahl der Beschwerden gegen Bescheide nach dem oberösterreichischen Sozialhilfeausführungsgesetz, zwischen Jänner und Ende Juni des heurigen Jahres in keinem anderen oberösterreichischen Bezirk so hoch war, wie in Linz. Das hat auch Stadträtin Eva Schobesberger heute schon gesagt.

Bei uns haben Menschen in 76 Fällen eine Beschwerde eingelegt, in 13 Fällen ist dieser stattgegeben worden. In den übrigen 17 Bezirken des Bundeslandes gab es 17 Beschwerden, in fünf ist stattgegeben worden. Ja, es braucht Verbesserungen beim Bundes- und beim Landesgesetz, aber Linz muss eine Stadt sein, die daran arbeitet, die Armut zu bekämpfen, anstatt diejenigen, die unter der Armut leiden. Eine Stadt, in der wir uns alle zu Hause fühlen. (Beifall)

Jetzt zu etwas Positiverem! Linz ist Teil des ‚Rainbow Cities‘ Netzwerkes, wir haben Regenbogen-Zebrastreifen, wir haben Trans-Zebrastreifen, wir haben Regenbogenfahnen im Pride Month. Das ist ein Zeichen für Sichtbarkeit und ein wichtiges Signal, dass sich die Stadt für alle Menschen einsetzt, egal welchen Geschlechts, egal welcher sexuellen Orientierung. Eine ‚Linzpride‘ ist nur durch den ehrenamtlichen Einsatz der Linzer LGBTIQ*-Vereine und -Initiativen möglich.

Die ‚Linzpride 2024‘ wird nicht, wie heuer und die Jahre davor, traditionell am letzten Samstag im Juni stattfinden, sondern am 6. Juli. Streichen Sie sich das dick im Kalender an und kommen Sie vorbei, um gemeinsam für Gleichberechtigung und Vielfalt auf die Straße zu gehen.

Damit die Linzer Vereine das ganze Jahr gut arbeiten können, braucht es entsprechende Unterstützung von der Stadt. Was Linz so bunt macht, sind eben die Vereine und Initiativen. Ein weltoffenes, klimagerechtes und soziales Linz ist möglich. Danke.“ (Beifall)

Gemeinderätin Mag.^a Carty-Pinner:

„Lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleg*innen, liebe Zusehende, zwei Jahre sind vergangen seit dem letzten Budgetgemeinderat, zwei Jahre, die auch am Integrationsbereich nicht spurlos vorübergegangen sind.

In diesen zwei Jahren haben wir unterschiedlichste Themen diskutiert. Wir hatten das Thema Spracherwerb, wir hatten das Thema Unterkunftssuche, wir hatten das Thema Arbeitsmarktintegration und ja, wir hatten auch das Thema Ausschreitungen zu Halloween 2022, vor allem die höchst dramatischen und emotional geführten Diskussionen darüber hatten wir.

Diese Themen haben uns in den letzten zwei Jahren begleitet und sie werden uns zum Teil noch weiterhin begleiten. Warum ist das so, dass wir uns im Themenbereich Integration anscheinend im Kreis drehen? Warum ist es so, dass wir uns mit diesem Thema befassen müssen, dass wir heute noch immer dabei sind und wir dieses Thema wahrscheinlich in ein paar Wochen oder ein paar Jahren wieder diskutieren?

Ist es so, weil das Thema Integrationspolitik generell zum Scheitern verurteilt ist und man mit diesem Thema auf gut Deutsch ‚eh nix gewinnen kann‘? Ist es so, weil der Integrationsprozess vielleicht generell als wiederkehrender Prozess verstanden werden muss? Muss man einfach auch ab und zu wieder zurück an bereits absolvierte Punkte gehen, diese evaluieren und überdenken und vielleicht auch nachbessern?

Oder ist es so, weil durch populistische und ideologisch getriebene kontraproduktive Zwischenrufe, Forderungen und Aktionen seitens mancher Politiker*innen unsere Gesellschaft mehr entzweit wird? Menschen werden bewusst ausgegrenzt und es wird eine Rhetorik an den Tag gelegt, die suggeriert, es gibt in Linz die Linzer*innen und ‚die Anderen‘.

In meiner Vorbereitung auf die heutige Budgetrede - ich glaube, das haben wir alle gemacht, wahrscheinlich die meisten von uns - habe ich mir die Reden von vor zwei Jahren angeschaut. Sie müssen sich jetzt nicht erinnern, was ich damals gesagt habe, ich gebe Ihnen kurz einen Flashback.

Da hatte ich stark das Thema Sprache im Vordergrund und vor allem wie wichtig es ist, dass wir als Politikmenschen uns dieser Verantwortung bewusst sind und wir mit unserer gemeinsamen Sprache behutsam umgehen. Stichwort Diskriminierung, Ausgrenzung und so weiter.

Zwei Jahre später stehe ich vor Ihnen und ich habe noch immer dieselbe Forderung: Wir Politikmenschen müssen uns einfach im Klaren sein, dass unsere Taten, unsere Worte weitreichende Wirkung haben. Also auf gut Deutsch: Viele der Herausforderungen, die wir im Themenbereich Integration haben, sind hausgemacht, hausgemacht auch von uns hier herinnen.

Was meine ich damit? Ein Beispiel: Wir diskutieren - und ich bin mir sicher, wir werden das noch einmal diskutieren müssen - in diesem Raum noch immer über Massenquartiere. Wir wissen aber doch - und das haben uns die Erfahrungen der letzten

Jahre gezeigt -, dass für eine gelungene Integration adäquate Unterbringungen, nämlich kleine Quartiere, unabdingbar sind.

Ein weiteres Beispiel: In diesem Gremium wurde eine Resolution an den Bund gerichtet, eingebracht, diskutiert und auch mehrstimmig angenommen, natürlich ohne die Stimmen der Grünen. Diese Resolution hatte zum Ziel, dass Asylwerber*innen verpflichtend einen Integrationsdienst leisten müssen. Alles unter dem Deckmantel, dass durch diesen Integrationsdienst die Integration der Betroffenen gefördert wird, weil dann Asylwerbende mit anderen Menschen zusammenkommen und hier Begegnung stattfinden kann. ‚Makes sense!‘

Das hört sich auf den ersten Blick gut an und ergibt Sinn. Die damalige Resolution hatte wirklich zum Teil wichtige Punkte aufgriffen, mit denen wir Grüne definitiv auch etwas anfangen konnten und noch immer etwas anfangen können. Es ist nämlich tatsächlich so, dass Arbeit ein ganz wichtiger Bestandteil für einen positiven Teilhabeprozess ist.

Aber zur Arbeit gezwungen zu werden, heißt nicht automatisch, dass man dann integriert ist. Es ist einfach sehr zweifelhaft zu glauben, dass eine Arbeitspflicht die innovative Idee für den Integrationsbereich ist. Wir dürfen uns dann später nicht wundern, wenn das nicht funktioniert hat.

Was bedeutet denn diese Arbeitspflicht für Menschen mit Betreuungspflichten? Ich denke ganz konkret an uns Frauen, die noch immer überdimensional mit diesen Herausforderungen konfrontiert sind.

Wie sieht es aus mit der psychischen Gesundheit von Asylwerbenden? Wir wissen alle, dass Asylwerbende Unfassbares durchleben müssen, erleben müssen, bis sie bei uns im sicheren Hafen sind. Sollen diese Menschen zur Arbeit verpflichtet werden und in welchem Wochenstundenausmaß soll das Ganze passieren, wenn sie vor allem gleichzeitig Deutsch lernen sollen? Wie soll sich das ausgehen?

Ich weiß nicht, wie viele Menschen hier in diesem Raum selbst erlebt haben, wie schwer es ist, eine neue Sprache zu erlernen. Ich meine jetzt nicht, dass man in der Schule eine Sprache lernen musste. Ich will das nicht schmälern, das ist natürlich ein immenser Aufwand. Aber es ist eine ‚total different story‘, wenn man das in einem neuen Land machen muss und wenn man in einer neuen Umgebung, eine völlig neue Sprache von Null an, lernen muss.

Jetzt wollen wir diesen Menschen, die angekommen sind, die gerade einmal Luft holen können, ernsthaft sagen, dass sie sofort vom ersten Tag an einen Beitrag mit einer Arbeitspflicht erfüllen müssen! Wo bleibt der soziale Gedanke? Warum haben wir es nicht geschafft, eine Resolution, wo tatsächlich der freie Arbeitsmarktzugang verlangt wird, mehrheitlich anzunehmen? (Beifall)

Wovor hat man Angst? Würden manche von uns dann vielleicht die Parolen (Klingel) und die Darstellung von Asylwerber*innen als Sozialschmarotzer*innen zu sehr vermissen?

Was sind die wirklichen Gründe, dass so viele, nämlich zu viele von uns in diesem Raum auf der einen Seite sagen: ‚Ja, Asylwerber*innen müssen einen Beitrag dazu

leisten, dass sie hier bei uns in Linz aufgenommen werden: Ja, Asylwerber*innen belasten unser Sozialsystem. Ja, Asylwerber*innen sollen Deutsch lernen.'

Und genau dieselben Menschen sagen im gleichen Atemzug ‚aber in unserem Arbeitsmarkt kriegt ihr keinen freien Zugang und vor allem dürft ihr nur in den Bereichen arbeiten‘ - ich bin gleich fertig - ‚wo ihr eben halt so gut wie nichts verdient und ihr dann trotzdem noch abhängig seid von Sozialleistungen und ja, diese Abhängigkeit werden wir euch ständig vorhalten.'

Das können wir besser! Und das müssen wir besser! Danke schön.“ (Beifall)

Gemeinderat Stumptner:

„Rot-weiß-rot, das sind die Farben unseres Stadtwappens, rot-weiß-rot, so weht auch die Fahne in unserem Heimatland Österreich und rot-weiß-rot liegt uns Freiheitlichen besonders am Herzen.

So gehört es zu den Kernaufgaben eines vom österreichischen Volk gewählten Politikers, so wie es wir hier herinnen sind, eben auch im Sinne dieser Wähler zu handeln und das Amt mit vollem Einsatz, Bedacht, Demut und Hausverstand auszuüben.

Ein Beispiel, wo uns das in der Stadt leider in jüngster Vergangenheit nicht so gut gelungen ist, war die mangelhafte Schneeräumung. Es wurde heute schon sehr viel darüber gesprochen, welche Ziele wir ausgerufen haben und was dazu wichtig ist und welche Agenden in der Stadt anstehen.

Nur eines ist mir bei dieser ganzen Sache abgegangen: Das oberste Ziel als Vertreter der Linzer Bevölkerung muss es doch sein, dass es den Leuten in unserer Stadt auch gut geht. Das muss die oberste Prämisse bei jedem Ziel sein, das man ausruft, sei es eine Parkplatzstreichung, sei es eine Klimamaßnahme oder ein Regenbogen-Zebrastreifen. Es muss die oberste Prämisse sein zu überlegen, welche Auswirkung eine Maßnahme für unsere Bevölkerung hat und was sie bringt?

Soziales ist mit 350 Millionen Euro für 2024 und mit 370 Millionen Euro für 2025 der größte Brocken in unserem Budget. Wir können stolz darauf sein, dass das Soziale in unserer Heimatstadt Linz, die Hauptrolle spielt. Nichtsdestotrotz heißt das auch, dass wir achtsam mit unserem Budget umgehen müssen, weil das Soziale mehr oder weniger der Hauptdarsteller in der Stadt ist.

Damit unser Hauptdarsteller nicht seine Strahlkraft verliert und womöglich einmal in einem abgehalfterten Laientheater landen wird, müssen wir auch etwas tun. Wir müssen mit Bedacht damit umgehen, weil wir ja wollen, dass unser Hauptdarsteller in einem Hollywood-Blockbuster spielt.

Alles andere als achtsam sind die 65 Millionen Euro Nettozuschuss für Kinderbetreuung, obwohl vom Land Oberösterreich ein sozial verträgliches Modell vorgesehen wäre. Das ist gut gemeint und ich bin der Letzte, der sagt, man soll die Familien nicht entlasten. Man soll den Familien unter die Arme greifen. In prekären Zeiten einer horrenden Inflation ist es besonders wichtig, dass man zielgerichtet und vor allem auch nachhaltige Maßnahmen setzt.

Aber bei solchen Maßnahmen, meine Damen und Herren, laufen wir Gefahr, dass nur einige wenige davon profitieren und dass uns dieses Budget könnte für künftige Generationen abgehen wird. Verzichten könnte man beispielsweise - das ist heute schon öfter angesprochen worden - auf diverse Workshops, wo es auf einmal nicht mehr so wichtig ist, was an Output herauskommt oder wieviel das kostet.

Meine Damen und Herren, ich wende mich an jene, die schon in der letzten Periode in diesem Haus waren, bzw. die das verfolgt haben. In Zeiten der Budgetkonsolidierung sind wir durchgegangen und haben geschaut, wo wir wie viele Euro in welchem Bereich herunterstreichen können.

Jetzt spielt das offenbar alles keine Rolle mehr. Fragwürdige Ausbildungsoffensiven, wo es wichtiger ist, dass jemand eine Programmiersprache lernt anstatt die deutsche Sprache zu lernen. Das kann wirklich nicht im Sinne der Bevölkerung und im Sinne unserer Kernaufgaben sein.

Kritisch sehen wir auch, dass die Kosten für die Sozialhilfe in der Stadt Linz für ausländische Staatsbürger leider immer noch jene für österreichische Staatsbürger übersteigen. Verstehen sie mich nicht falsch, aus humanitärer Sicht sind wir natürlich verpflichtet, vor Krieg und Verfolgung Geflüchteten zu helfen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es auch Landsleute gibt, die sich in einer Notlage befinden. Es gibt beispielsweise sehr viele Pensionisten mit Mindestpension, die sich gar nicht trauen würden, irgendwelche Forderungen zu stellen, damit sie Unterstützung von der öffentlichen Hand erhalten.

Es gibt aber aus unserer Sicht lobenswerte Initiative, wie den genannten Enter_Tainer, der mit der Initiative ‚Linz für Linz‘ vor dem Rathaus steht. Dort wird für die Linzer Tiertafel, für den Sozialverein B37 und auch für das Frauenhaus gesammelt. Besonders lobenswert ist auch der Kautionsfonds, mit solchen Maßnahmen geht es aus unserer Sicht durchaus in eine gute Richtung. Es wäre glaube ich, auch als Linzer Politiker gut über das Motto ‚Linz für Linz‘ nachzudenken

Unsere Ausgaben für Soziales sind also wie gesagt sehr hoch. Wir müssen leider auch, in Zeiten wie diesen, an der Effizienz schrauben um diverse Leistungen für die Bevölkerung nachhaltig zu machen. Nachdem in der heutigen Zeit alles nachhaltig sein muss, wäre es besonders wichtig, dass wir auch da auf die Nachhaltigkeit schauen.

Wir können deshalb auch nicht verstehen, dass wir Errungenschaften wie den Linzer Aktivpass an jeden Bürger verramschen. Jeder, der auch nur einen Tag hier ist, egal woher er kommt, bekommt den Aktivpass und er muss keine Voraussetzungen erfüllen. Das könnten wir, wenn wir wollten, einsparen und Leistungen an unsere Leute verteilen.

Gehen wir deswegen sorgfältig mit dem Budget unserer Stadt um. Lassen wir uns vielleicht gemeinsam von Nelson Mandela inspirieren, der schon vor langer Zeit gesagt hat: ‚Ein guter Kopf und ein gutes Herz sind immer eine hervorragende Kombination.‘“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderat Mag. Langer, MA zum Kapitel 5 – Gesundheit das Wort.

Gemeinderat Mag. Langer, MA:

„Vielen Dank, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleg*innen, geschätzte Zuseher*innen, ich darf heute zu den Themen Gesundheit, Umwelt und Verkehr sprechen.

Wir sind uns einig, unser aller Ziel muss die Schaffung und Erhaltung einer lebenswerten Stadt, für alle Generationen von Jung bis Alt, sein. Das Klimaressort von Stadträtin Schobesberger arbeitet energisch darauf hin.

Wir haben in diesem Jahr das Klimaanpassungskonzept samt Aktionsprogramm beschlossen, das wird jetzt nach und nach umgesetzt. Drei Beispiele dazu aus dem Voranschlag: Zum einen die Fortführung der Baumoffensive mit je 900.000 Euro, zweitens die Instandhaltung der Grünanlagen mit 500.000 Euro und 400.000 Euro - das ist eine beträchtliche Steigerung gegenüber der 120.000 Euro davor - und zusätzliche Investitionen in die Klimaanpassung zu je 100.000 Euro.

Das sind Investitionen in eine lebenswerte Stadt.

Außerdem gehen wir das Thema Lichtverschmutzung ernsthaft an. Die Stadt Linz hat dazu eine Studie erstellt, deren Ziel es ist, weniger, aber effektiveres Licht zu verwenden, um Klima, Natur und Gesundheit zu schützen, was besonders in den Gebieten um die Großindustrie sowie auch in der Innenstadt relevant ist.

Darüber hinaus führen wir die Luftqualität als Schwerpunkt und messen als erste Stadt in Österreich den Ultrafeinstaub und die Nanopartikel, was aus gesundheitlichen Überlegungen besonders wichtig ist. Diese Messungen, die seit Anfang 2023 durchgeführt werden, sollen Rückschlüsse auf die Verursacher ermöglichen und helfen, Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

Eng verbunden mit diesen klima- und umweltbezogenen und gesundheitsbezogenen Maßnahmen ist natürlich die Schaffung eines klimafitten Verkehrssystems. Das heißt, weg von der Perspektive des PKW, wie wir sie seit Jahrzehnten hatten und noch immer haben, hin zur Perspektive der Menschen. Das heißt vor auszudenken und fundierte wissenschaftliche Grundlagen in die Verkehrsplanung miteinfließen zu lassen.

Sie wissen, es gibt den Mobilitätsmasterplan Österreich - dieser hat zum einen das Ziel, bis 2040 die Treibhausgase von 24 Millionen Tonnen auf Basis 2019 auf nahezu 0 zu reduzieren. Zweitens soll im Verkehrssektor die Nutzung erneuerbarer Energieträger mit 100 Prozent bilanzieller Herkunft aus Österreich möglich werden.

Das Problem dabei ist, dass wir aktuell einen Energieendverbrauch ohne Flugverkehr von 380 Petajoule. 380 Petajoule ist eine sehr große Zahl. Ich kann mir darunter nichts vorstellen, aber vielleicht kann ja der Kollege Brandstetter mit dem Zollstab ein paar Hinweise geben. Es sind auf jeden Fall zehn hoch 15 Terrajoule, wobei 1.000 Terrajoule wiederum 278 Gigawattstunden sind, falls Sie eine nähere Orientierung dafür brauchen.

Das ist aber gar nicht so wichtig im Moment, denn es geht um die Verhältnismäßigkeit. Wir haben bis 2040 maximal 109 Petajoule Produktionspotenzial für erneuerbare Energie, das ist also nicht einmal ein Drittel dessen, was wir aktuell als Energieendverbrauch haben.

Darum geht es und das bedeutet wiederum auch, dass es trotz Effizienzsteigerungen, trotz der viel gepriesenen und richtigen technologischen Fortschritte, auch eine Reduktion und eine Änderung des Verkehrsverhaltens braucht. Das wiederum bedeutet, dass wir vor allem mehr Verkehrsleistung im öffentlichen Verkehr und in der aktiven Mobilität brauchen.

Die gängigen, gut untersuchten Thesen für die Verkehrsentwicklung nennen als wichtigste Faktoren die Demografie, die Digitalisierung, die Veränderung der Arbeits- und Freizeitwelt, die Fahrzeug- und Energiekosten und ein klimabewussteres Mobilitätsverhalten. Durch all diese Faktoren werden auf jeden Fall Veränderungen kommen.

Wir haben in Zukunft weniger junge Menschen, Stichwort Schulwege beispielsweise, und weniger Erwerbstätige. Das wirkt sich natürlich auf das Verkehrsaufkommen und auf die Spitzenstunden aus. Wir haben auf der anderen Seite immer mehr ältere Menschen, was bedeutet, dass wir das Verkehrssystem verstärkt auf diese Gruppen vorbereiten müssen. Das Mobilitätsverhalten der älteren Menschen, derer die 65 Jahre und älter sind, wird entscheidender sein als bisher.

Wie können wir daher den Verkehr in unserer Stadt klima- und generationenfit machen?

Für uns ist ganz klar: An erster Stelle steht der Fußverkehr, der ausnahmslos Teil aller Straßenplanungen sein muss und der Priorität bei der Dimensionierung von Querschnitten bekommt. Das Bundesministerium gibt hier Fußverkehrsförderungen für Kommunen aus, die wir unbedingt abholen sollten. Ich glaube, dass der Masterplan ‚Gehen‘ – das haben wir gestern besprochen – eine ganz wichtige Geschichte ist. Uns Grünen ist das ein wichtiges Thema und wir haben dazu auch schon Initiativen in diesem Haus gestellt und es freut uns auch, dass der Mobilitätsreferent das Thema in Zukunft stärker adressieren möchte.

Zweitens: der Radverkehr. Radfahrende brauchen gar nicht so viel. Sie brauchen einerseits ein gut ausgebautes Netz mit möglichst wenig Lücken, kombiniert mit der Reduzierung von Kfz-Geschwindigkeiten. Ziel dabei muss sein, dass vor allem Kinder, Jugendliche und eben auch die älteren Menschen sicher unterwegs sein können und Lust aufs Radfahren bekommen.

Viele sind bereit, viele können umsteigen, wenn die Infrastruktur entsprechend gegeben ist. Auch dazu haben wir etliche Anträge in diesem Haus gestellt und wir finden es positiv, dass mittlerweile auch eine Fahrradstrategie für Linz in Arbeit ist, die wir auch schon seit Längerem fordern.

Das Fahrrad ist nämlich ein Verkehrsmittel, das absolut ernst zu nehmen ist, das man nicht unterschätzen sollte. Es spielt sowohl in der Freizeit als auch im Pendler*innenverkehr eine wichtige Rolle, und zwar nicht nur innerhalb der Stadt, son-

dern auch zu und in den Umlandgemeinden. Wir sehen es in diesem Zusammenhang positiv, dass 2024 das Radbudget auf 1,8 Millionen Euro angehoben wurde. Klar ist aber auch, dass andere Städte mehr vorlegen und das schon seit geraumer Zeit.

Drittens ist, völlig klar, dass eine große Verkehrsverlagerung auf den öffentlichen Verkehr nötig ist, der den größten Hebel für die Verkehrswende hat. Der öffentliche Verkehr muss das Rückgrat des Verkehrsgeschehens sein, da sind wir uns alle einig, denke ich.

Vierter Punkt, das ist auch noch wichtig, diese Veränderung muss richtig gestaltet sein. Das geht von der Gestaltung der Kreuzungssituationen über Oberflächenmaterialität bis hin zu der Gestaltung von Zugängen zu Verkehrsknotenpunkten, attraktive Öffi-Verkehrsknoten sind dabei besonders wichtig. Kurzum, der öffentliche Raum sollte als Begegnungsraum für die hier lebenden Menschen und für die Gäste dienen. Daher bitte weniger PKW-Abstellplätze, Umnutzung von Parkplätzen und die Bündelung des ruhenden Verkehrs auf Sammel- und Quartiersgaragen.

Bei der Gestaltung ist unbedingt auf Konzepte zu schauen, die an den Klimawandel angepasst sind und die auf gesund gestaltete Straßenräume schauen. Das heißt: Bäume, Schatten, klimawandelangepasste Bepflanzung, versickerungsfähiger Boden.

Das bedeutet in Summe eine Gestaltung, in der Stadtplanung, Mobilitätsplanung und Grünraumplanung Hand in Hand gehen und dazu braucht es eine gute Zusammenarbeit.

Wohin geht die Reise in Linz? Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und auch wieder nicht gelernt. Wir haben erkannt, dass es nicht nur Überschriften, sondern fundierte Konzepte und Maßnahmen braucht - das Klimawandelanpassungskonzept habe ich erwähnt -, um Lebensqualität und Klimagerechtigkeit zu bekommen und zu erhalten.

Wir haben erkannt, dass es notwendig ist, viel größere Schritte im Bereich der aktiven Mobilität und des öffentlichen Verkehrs zu machen. Die höheren Budgetierungen für den Fuß- und Radverkehr gehen daher in die richtige Richtung. Die vor kurzem erfolgte Übereinkunft zwischen Stadt und Land für das so wichtige Projekt der Stadtbahn bewirkt, dass wir endlich ein durchgebundenes Schnellbahnsystem haben werden und viele Menschen auf die alternativen Verkehrsmittel umsteigen können.

Herzlichen Dank an dieser Stelle an die vielen Beteiligten, die das Projekt der Stadtbahn unterstützt haben, unterstützen und dieses Jahrhundertprojekt möglich machen. (Beifall)

Wir lassen aber auch einiges liegen. Einerseits die Aufwertung des Raums an der Donau, das ist heute auch schon gefallen. Da wird gezögert, Geld dafür in die Hand zu nehmen oder aber es wird lieber andernorts investiert.

Wir verabsäumen seit Jahren, mit mutigen Maßnahmen eine echte Verkehrsberuhigung in der Stadt durchzusetzen, den Hauptplatz und das Zentrum autofrei zu

machen, die Nibelungenbrücke und die weiterführenden Wege für die sanfte Mobilität umzugestalten. Dazu brauchen wir nämlich nicht, wie teilweise behauptet, auf die Realisierung von Autobahnprojekten zu warten.

Ganz zu schweigen von der finanziellen Beteiligung an diesen Autobahnen, deren Konzepte längst nicht mehr zeitgemäß sind. Es gibt jeweils 3,66 Millionen Euro für den aus der Zeit gefallenen Halbanschluss Auhof. Und es gibt jeweils 3,8 und 1,9 Millionen Euro für den Westring, der die Stadt Linz mittlerweile 60 Millionen Euro, in Summe 1,18 Milliarden Euro, kostet und der das Bahnhofsviertel und das Naherholungsgebiet am Froschberg samt Bergschlosspark zerstört.

Das sind keine zukunftssträchtigen Projekte. Davon hätte man sich längst verabschieden müssen, leider gibt es dafür aktuell keine politische Mehrheit in diesem Haus. Wir Grüne geben hier allerdings nicht auf und werden uns weiterhin für eine ökologischere und lebenswerte Stadt einsetzen. Vielen Dank an dieser Stelle an die vielen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die dieselben Ziele verfolgen. (Beifall)

Und danke natürlich auch an dieser Stelle an die KPÖ für die Erinnerung, für den Voranschlag, den sie heute ausgegeben hat und der dieselbe Richtung vorgibt. (Beifall) Lassen Sie uns dieses Geld andernorts einsetzen, nämlich in Maßnahmen für die Mobilitätswende, für unsere Gesundheit, für unsere Lebensqualität und für eine lebenswerte Zukunft aller Generationen in dieser Stadt. Danke schön.“ (Beifall)

Gemeinderätin Tichler:

„Danke Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, ich möchte heute mit Ihnen über ein Thema sprechen, das uns alle angeht: die Gesundheitsversorgung in Linz. Der kürzlich veröffentlichte Gesundheitsindikator unserer Stadt hat gezeigt, dass das größte Ärgernis für unsere Linzer die langen Wartezeiten für Operationen ist. Das ist eine direkte Folge des Ärztemangels, und ja, der ist sehr spürbar in unserem Linzer Süden.

Der Mangel an Ärzten und Pflegepersonal erfordert eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen. Wir müssen vor allem positive Anreize setzen, damit Mediziner in unserem Land bleiben. Es ist alarmierend, dass ein Drittel der fertigen Mediziner sofort ins Ausland abwandert. Wir müssen uns fragen, was wir tun können, um diesen Trend umzudrehen. Gesundheitsstadtrat Mag. Dr. Raml hat schon einige Maßnahmen vorgeschlagen, die leider sowohl bei der Bundesregierung als auch bei der Österreichischen Gesundheitskasse auf taube Ohren stoßen.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Stadt Linz ihre gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen absolut erfüllt, aber für die erwähnten Probleme nicht verantwortlich ist. Die Verantwortung für den niedergelassenen Bereich liegt bei der Österreichischen Gesundheitskasse und für die Krankenhäuser beim Land. Mit einem jährlichen Defizit von 60 Millionen Euro können wir diesen Akteuren keine finanziellen Lasten abnehmen. Dennoch sind wir selbstverständlich nicht untätig, denn das Gesundheitsressort der Stadt Linz arbeitet unter dem Motto ‚Vorsorge ist besser als Nachsorge.‘

Ein konkretes Beispiel dafür sind die Bemühungen für den weiteren Ausbau der Kinder- und Jugendgesundheitstage, der durch zusätzliche Budgetmittel in den kommenden beiden Jahren ermöglicht wird. Dies ist ein entscheidender Schritt, um

die Gesundheit unserer Jüngsten zu fördern. Trotzdem brauchen wir dringend die Besetzung der Haus- und Kinderärztestellen. Ein Lichtblick ist immerhin die Eröffnung des Kinder-Primärversorgungszentrums in der Innenstadt. Genau das würden wir uns auch für den Linzer Süden wünschen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Entwicklung einer Linzer Gesundheitsstrategie. Diese wird unter breiter Einbindung der politischen Fraktionen, der relevanten Öffentlichkeit, und auch in Zusammenarbeit mit Experten, erarbeitet. Das Ziel dieser Strategie ist es, unsere eigenen Gesundheitsleistungen zu optimieren und Vorschläge für das Gesundheitssystem zu entwickeln, die positive Auswirkungen für unsere Stadt haben werden.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Deswegen appellieren wir als Freiheitliche Fraktion heute auch an alle relevanten Stakeholder, lasst uns gemeinsam an einem Strang ziehen, damit wir die Probleme in der Gesundheitsversorgung gemeinsam lösen können.“ (Beifall)

Gemeinderätin Pühringer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, ich hatte für das Kapitel 5 - Gesundheit, eine Rede vorbereitet. Nach der gestrigen Gemeinderatssitzung habe ich diese Rede verworfen, weil es in der Nachbetrachtung der gestrigen Sitzung Wichtigeres zu besprechen gibt, als das, worüber zu sprechen ich geplant hatte.

Damit auch die, die hier zuhören und gestern nicht mit dabei waren, wissen, worum es geht, bringe ich einen kurzen Auszug aus der gestrigen Gemeinderatssitzung zur Kenntnis. Sie war nicht nur die letzte reguläre Sitzung dieses Jahres, sondern - wie ich auch gestern schon angemerkt habe, aus meiner Sicht - ein Tiefpunkt in der Stadtpolitik.

Kurze Rückblende - gestern waren drei Anträge auf der Tagesordnung, die Bezug zu Menschen mit Behinderung haben: Erstens ein Antrag auf Einrichtung eines Beirates für Menschen mit Beeinträchtigungen, gestellt von der FPÖ. Zweitens ein Antrag zu dem Thema Taxigutscheine für Menschen mit Behinderung, gestellt von der KPÖ. Drittens ein Antrag zur zentralen Übernahme der Vermittlung von Inklusions-Kindergartenplätzen, gestellt von LinzPlus.

Ich langweile Sie nicht mit den detaillierten Abstimmungsergebnissen, denn diese können Sie auf der Homepage des Magistrats nachlesen. Die Redebeiträge können Sie in den Aufzeichnungen des Live-Streams ansehen. Warum also bringe ich hier die Anträge von gestern noch einmal in Erinnerung?

Gestern ging es in den Anträgen um Menschen, die wegen angeborener Behinderungen oder auch wegen erworbener Beeinträchtigungen nicht gesund sind. Alle drei Anträge betrafen Menschen, die es im Leben von vornherein schwerer haben als andere, weil sie eben mit Behinderungen leben.

Alle drei Anträge, die sich mit den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung beschäftigen, wurden mehrheitlich abgelehnt. Alle drei Anträge wurden nicht einmal an Ausschüsse zugewiesen, um die Thematiken wenigstens noch zu besprechen und Aspekte und Standpunkte zu diskutieren.

Alle drei Anträge hätten - so sie angenommen worden wären - natürlich auch Geld aus dem Budget gezogen. Nach meiner Einschätzung hätten die Kosten für die Umsetzung der Anträge die Stadt Linz finanziell aber nicht an den Rand des Ruins gebracht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen heute über das Budget. Wir sprechen über Geld. Aber wir müssen auch ganz dringend besprechen, was für uns von Wert ist, damit meine ich nicht den Geldwert. Wenn wir festgelegt haben, was für uns Wert hat, dann können wir auch festlegen, welchen Geldwert wir dafür bereitstellen, diese Werte zu leben. Wie wir sie in die Praxis übersetzen und in der Stadt Linz sichtbar werden lassen.

Ich halte es wirklich für wertvoll, wenn wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in den nächsten zwei Jahren sorgsamer bewerten, was ein gelingendes Zusammenleben in Linz wirklich ist, und dann die Geldwerte festlegen, die wir dazu auszugeben bereit sind. Danke schön.“ (Beifall)

Vizebürgermeisterin Hörzing erteilt Gemeinderat Koppler zum Kapitel 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr das Wort.

Gemeinderat Koppler:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, der Verkehr in Städten wird immer dichter und komplexer. Die Bevölkerung wächst und damit auch die Anzahl der Fahrzeuge auf den Straßen. Dies führt zu einer erhöhten Belastung der Umwelt und leider auch zu Staus, die den Verkehrsfluss beeinträchtigen. Das ist in Linz nicht anders.

Linz ist eine Stadt, die pulsierendes Leben, Kultur, Industrie, Arbeit und Innovation miteinander vereint. Doch, wie so oft, steht auch Linz vor Herausforderungen. Man kann sagen, dass die Verkehrssituation die Achillesferse der langfristigen Stadtentwicklung darstellt.

Die Stadt hat in den letzten Jahrzehnten Wachstum erlebt, was automatisch zu einem Anstieg des Verkehrsaufkommens geführt hat. Es ist auch nicht verwunderlich, dass das Verkehrsaufkommen bei rund 110.000 Einpendler*innen zum Industriestandort Linz hoch ist. Es ist daher wichtig, dass wir uns den Herausforderungen des Stadtverkehrs gemeinsam, parteiübergreifend, mit klugen und nachhaltigen Lösungen, stellen.

Wie wir uns fortbewegen, befindet sich im Wandel. In Linz, wie auch global, stehen wir vor Herausforderungen, die Verkehrsströme so zu lenken, dass unsere Stadt lebenswert bleibt. Hierbei spielen nachhaltige Mobilitätsformen, innovative Technologien und eine intelligente Verkehrssteuerung eine Schlüsselrolle. Ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr braucht auch attraktive Sharing-Konzepte wie wir es mit tim (täglich. intelligent. mobil.) haben. Auch City-Bikes und das, aus meiner Sicht, häufig unterschätzte AST-Taxi, oder die von manchen geliebten und von manchen gehassten E-Scooter braucht es.

Egal, ob es darum geht, die Umlandgemeinden besser mit unserer Landeshauptstadt zu verbinden oder den innerstädtischen Autoverkehr zu reduzieren - die wesentliche Lösung liegt im Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Eine Brücke, die nicht nur geographische Distanzen überwindet, sondern auch die Lebensqualität für uns alle verbessert.

Denn die Menschen sind auf öffentlichen Verkehr angewiesen, insbesondere Familien, Ältere und vulnerable Gruppen. Daher hat ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr, wie wir ihn in Linz mit den LINZ LINIEN haben, Vorrang für uns. Beispiele dafür sind auch die neue Stadtteilbuslinie 150, die die Wohnregionen am Pöstlingberg besser anbindet und der 108er, der die Betriebe an der Lunzerstraße besser anbinden wird.

Und nun lassen Sie uns zu dem ‚Brückenschlag in die Zukunft‘ kommen und über die großen Projekte sprechen, die Linz zu einer Vorzeigestadt für moderne Mobilität machen werden.

Die Stadtbahn, ein großes Projekt mit noch größeren Vorteilen. Die bedeutend bessere Anbindung an die Johannes Kepler Universität stärkt unseren Hochschulstandort massiv. Eine prognostizierte Fahrgastzahl von zirka 40.000 Fahrgästen pro Tag bedeutet weniger Autos in der Stadt, eine verbesserte Anbindung des Krankenhausbereichs und die historische Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs im Großraum Linz und auch dem Mühlviertel. Das sind Meilensteine für Linz als attraktiver Industrie- und Digitalstandort.

Erlauben Sie mir vielleicht zwischendurch eine kleine Prophezeiung. Ich glaube, die Tatsache, dass es bei diesem Projekt einen Kostendeckel von 50 Millionen Euro für die Stadt Linz gibt, wird uns in Zukunft in Anbetracht der hohen technischen Komplexität dieses Projektes noch freuen. Unserem Bürgermeister möchte ich zu den Verhandlungsergebnissen gratulieren und auch bei Landeshauptmann Stelzer möchte ich mich dafür bedanken. Das ist eine große, gute Sache und sie wird noch ein Segen für Linz sein. (Beifall)

Während uns die Stadtbahn bei den Einpendler*innen aus dem Mühlviertel entlastet, wird mit den O-Buslinien 47/48 und den Buslinien 13/14 das östliche Stadtgebiet sowie die Nord-Süd-Verbindung massiv gestärkt. Das bedeutet einen großen Sprung nach vorne - einen fetten Wumms würden vielleicht die Franckviertler Jugendlichen sagen -für das innerstädtische öffentliche Verkehrsnetz. Endlich gelingt die verbesserte Anbindung des Linzer Südens, insbesondere des in den letzten Jahren stark von der Weiterentwicklung betroffenen Stadtteils Pichling.

Beim Linzer Süden angekommen, möchte ich auch das Verkehrskonzept für den Linzer Süden von Rosinak & Partner positiv erwähnen, in dem viele gute Maßnahmen enthalten sind. Wir haben gestern darüber gesprochen. Es gibt jedoch auch einige Maßnahmen, bei denen ich mir sicher bin, dass wir noch einige Male diskutieren werden und ich denke, das ist auch gut so.

Für meine Sozialdemokratische Fraktion möchte ich klarstellen, dass es mit uns keine Ostumfahrung auf dem Linzer Stadtgebiet durch die Hintertür geben wird. Wir

werden uns - sofern es keine Untertunnelung gibt - mit vereinten Kräften und Vernunft gegen ein solches Projekt wehren, sofern das Land solche Projekte überhaupt in der Dimension weiterverfolgen wird. (Beifall)

Wir bauen Brücken anstatt Mauern und sind stolz darauf. Die Eröffnung der Donau-Westring-Brücke wird eine weitere Entlastung für die Linzer*innen sein und sie eröffnet neue Wege in und für unsere Stadt.

„Mit Rad und Tat“ zur Fahrrad-City: Unser Fokus muss auf Lückenschluss im Radwegenetz liegen. Es braucht eine bauliche Trennung und ordentliche Radwege, damit wir weitere Linzerinnen und Linzer davon überzeugen, dass mit dem Fahrrad zu fahren oft lässiger ist als mit dem Auto. Dafür gibt es eine deutliche Erhöhung des Investitionsbudgets für Mobilität und zwar um 50 Prozent.

Es gibt auch mehr Geld im laufenden Budget und mehr Personal für diesen Bereich. Ich bin überzeugt davon, dass das ein wichtiger Schritt ist, um Linz zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen. Auch dafür werden wir uns überparteilich, miteinander, engagieren, davon bin ich überzeugt.

Und warum nicht auch einmal etwas Visionäres zulassen? Die Vision einer Stadtseilbahn könnte den Blickwinkel auf den Verkehr in Linz revolutionieren. Innovation und Zukunftsgedanken sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen Mobilität.

Apropos visionär, es haben wahrscheinlich alle mitbekommen, dass die EU beschlossen hat, ab 2035 keine Verbrenner-PKWs mehr zuzulassen. Mir ist völlig bewusst, dass das in diesem Raum wahrscheinlich unterschiedlich bewertet wird. Genauso wie es auch in der Linzer Bevölkerung wahrscheinlich unterschiedlich bewertet wird. Es ist aber so oder so notwendig, dass kräftig in den Ausbau der Elektromobilitäts-Infrastruktur investiert wird. Es freut mich daher ganz besonders, dass das unsere LINZ AG auch tut.

Die LINZ AG investiert 20 Millionen Euro in den Ausbau der Schnelllade-Infrastruktur in den nächsten Jahren und wird die meisten Spar- und Hoferfilialen damit ausstatten. In und um Linz sind rund 80 Ladeeinheiten geplant. Gleichzeitig gibt es zahlreiche Kooperationen mit Mehrparteienhäusern, um diese E-LadeFIT zu machen. (Klingel) Ein wichtiger Brückenschlag in die Zukunft.

Wir sind auf einem guten Weg für die Linzer Mobilität und natürlich gibt es noch viel zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen auf Brücken, nicht aus Stahl und Beton, sondern auch aus Ideen und Visionen. Der Verkehr in Linz wird sich verändern, er wird sich entwickeln und wir werden gemeinsam in eine Zukunft auf Schiene, Straße und Radweg schreiten, die unsere Stadt noch lebenswerter macht.

Ich möchte zum Abschied bzw. zum Abschluss (Heiterkeit) noch einen ganz kurzen Appell in die Runde richten. Egal, ob für die Industrie oder die Mobilität der Zukunft - es braucht Strom, es braucht Energie. Unsere Industrie braucht Strom und zwar nachhaltig und immer verfügbar. Das hat, glaube ich, auch der Präsident der Industriellenvereinigung aus Oberösterreich am Wochenende in der Pressestunde gesagt, (Klingel) es ist an der Zeit, es braucht eine gute Energiewende.

Und was ich euch noch sagen möchte, ist: Bitte lasst uns über alle Parteigrenzen hinweg dafür einsetzen, nutzt euren Einfluss in den Landes- und Bundesparteien, in der Landes- und Bundesregierung, dass wir diese Energiewende schaffen, wir brauchen sie. Wir müssen keine Windparks in Slowenien bauen, wir könnten sie auch in Österreich bauen, man müsste es nur wollen. Vielen Dank. Glück auf.“ (Beifall)

Gemeinderat DI (FH) Fuchshuber:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, werte Zuseherinnen und Zuseher, unsere Gemeinschaft steht vor großen Herausforderungen, aber auch Chancen, die eine kluge, nachhaltige Planung einfordern. Daher möchte ich heute Ihr Augenmerk auf folgende Bereiche lenken: Auf die innerstädtische Nachverdichtung im Wohnbau, die Förderung von Mietkaufwohnungen zur Ermöglichung von Eigentum, die Entwicklung eines umfassenden Masterplans für Hochhäuser sowie den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.

Beginnen wir mit der innerstädtischen Nachverdichtung im Wohnbau. Unsere städtische Fläche ist begrenzt und es ist an der Zeit, intelligente Lösungen zu finden, um den Wohnraum effizienter zu nutzen. Durch die gezielte Nachverdichtung innerhalb der Stadtgrenzen können wir nicht nur den vorhandenen Wohnraum besser ausnutzen, sondern auch die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger verbessern und auch die Planungssicherheit der ins Straucheln geratenen Baufirmen unterstützen. Hier ist unser Planungsstadtrat gefragt, einen solchen Plan auszuarbeiten und die Bebauungs- sowie Flächenwidmungspläne im Sinne der Nachverdichtung und unter Schutz eines ansprechenden Stadtbildes zu aktualisieren und wo noch nicht vorhanden, zu erstellen.

Dass ein enormer Wohnungsbedarf gegeben ist, zeigen die bereits 10.900 vorgezeichneten Wohnungsinteressent*innen bei der städtischen GWG. Die Investitionskosten für Neubauten und auch der innerstädtische Flächenmangel zwingen jedoch auch die Wohnungsgenossenschaften zu einer gewissen Landflucht.

Ein bedeutender Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und die Stärkung der Bürgerinnen und Bürger ist die Förderung von Mietkaufwohnungen. Der Zugang zum Wohneigentum ist für viele Menschen nach wie vor eine Hürde, insbesondere für junge Familien, bei welchen sich eine Landflucht abzeichnet. Als Stadt könnten wir hier aktiv werden, indem wir Mietkaufmodelle gezielt fördern. Diese ermöglichen es Mietern, durch monatliche Zahlungen schrittweise Eigentum zu erwerben. Ein solches Programm stärkt die finanzielle Sicherheit, fördert das Verantwortungsbewusstsein für die eigene Immobilie und bewahrt Familien vor einem Abwandern aus unserer schönen Stadt.

Neben diesen Aspekten möchte ich auch die Notwendigkeit eines Masterplanes für Hochhäuser betonen. Eine effiziente Nutzung der vertikalen Dimension kann nicht nur dazu beitragen, den begrenzten Raum optimal zu nutzen, sondern auch architektonische Statements für die Stadtentwicklung zu setzen. Ein durchdachter Masterplan für Hochhäuser ermöglicht es uns, die Skyline von Linz zu gestalten und sowohl ästhetische als auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Die derzeitige 10-Punkte-Checkliste für Hochhäuser ist weder rechtlich verpflichtend noch ist es ein für diesen Zweck funktionierendes Instrument. Denn eine Checkliste stellt kein

Konzept bzw. keine Strategie dar - und genau an einer solchen städtebaulichen Strategie fehlt es in Linz.

Nun zum öffentlichen Verkehr: Der Durchbruch der Finanzierung der Stadtbahn am vergangenen Montag zwischen der Stadt Linz und dem Land Oberösterreich war ein Meilenstein für einen leistungsstarken und zuverlässigen öffentlichen Verkehr. Doch dies ist nur ein erster Schritt.

Der Linzer Süden ist der am schnellsten wachsende Stadtteil von Linz. Wie der Planungsstadtrat Anfang des Jahres berichtete, wohnt statistisch gesehen jede*r sechste seit 2013 zugezogene Linzer*in südlich der Traun. Gesamt in etwa 21.600 Personen.

Vergangene Planungsfehler haben jedoch zu spürbaren Belastungen für die Linzerinnen und Linzer geführt. Während der Wohnbau intensiv vorangetrieben wurde, hat man andere notwendige Infrastrukturprojekte wie Schulen, Supermärkte und den öffentlichen Verkehr vergessen.

Die zuvor angesprochenen Buslinien 13 und 14 sind keine bloße Option, sondern vielmehr eine unverzichtbare Maßnahme, um die umfassende Anbindung des Linzer Südens an den Osten und an den Norden sicherzustellen. Die LINZ AG hat die notwendigen Planungen bereits grundsätzlich abgeschlossen. Jetzt ist dringend ein Finanzierungsbeschluss erforderlich. Bürgermeister Klaus Luger und die Finanzreferentin Vizebürgermeisterin Tina Blöchl stehen in der Verantwortung, die erforderlichen Mittel durch ein Sonderbudget bereitzustellen.

Die Linzer Volkspartei wird bis zur Freigabe dieser notwendigen Finanzmittel keinem Wohnbauprojekt im Linzer Süden mehr zustimmen. Für uns ist klar: Ohne Investitionen in eine Infrastruktur darf der Stadtteil nicht weiter wachsen - zum Schutz der bereits dort lebenden Linzerinnen und Linzer. (Beifall)

Abschließend möchte ich betonen, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, nicht nur unsere Gegenwart, sondern auch die Zukunft der Stadt formen werden. Lassen Sie uns gemeinsam die Verantwortung übernehmen, um Linz zu einer lebenswerten, nachhaltigen und inklusiven Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Vielen Dank.“ (Beifall)

Gemeinderat Mag. Rabengruber:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ‚Sehnsuchtsort Linz‘ das war bis in die 1980er Jahre eigentlich undenkbar. Linz war grau, schmutzig, unattraktiv. Es lag an beherzten Bürgern und auch einigen beherzten Politikern, die die Wirtschaft zwangen umzudenken und ihre Arbeitsweise grüner und sauberer zu machen.

Somit tauchte dann nach 50 Jahren im Nebel und Smog eine Stadt mit Potential auf. Nach und nach wandelte sich Linz zu einem interessanten Hybrid aus Industrie- und Kulturstadt. Vieles wurde gut gemacht, einiges auch schlecht und einiges wurde verabsäumt: zum Beispiel Anfang der 90er Jahre die Errichtung der City-S-Bahn. Darunter leidet die Stadt bis heute.

Wohin soll sich die Stadt Linz in stadtplanerischer und mobilitätsplanerischer Sicht entwickeln? Beides ist sehr eng miteinander verknüpft.

Ich stelle diese Frage, weil sich unsere Stadt gerade an einem Scheideweg befindet. Die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt können sich nicht entscheiden, ob die Stadt Linz eine echte Klimahauptstadt sein will oder eben nicht. Ob sie eine echte Innovationshauptstadt sein will oder nicht.

Jede Stadt, die Zukunft gestalten will, definiert für sich üblicherweise Leitlinien, Leitpflocke. Die Stadt Linz hat sich selbst als Innovationshauptstadt bezeichnet und will sie sich im nächsten Jahr als Klimahauptstadt bewerben. Damit sind bereits die großen Leitpflocke für die Zukunft eingeschlagen: Sie will Innovationshauptstadt sein und sie will Klimahauptstadt sein.

Wenn also wir, als die Verantwortlichen der Stadt Linz, bei allen wichtigen Entscheidungen in dieser Stadt, diese Leitlinien zugrunde legen, so ergeben sich die Antworten auf die dringenden Fragen der Stadtplanung und Mobilitätsplanung automatisch.

Wir könnten uns z. B. fragen: Ist es für eine Klimahauptstadt passend, dass wir eine Autobahn durchs Stadtzentrum bauen, oder wäre es nicht an der Zeit, dass man sich nach der Übergabe der Brücke von diesem Projekt verabschiedet?

Oder wir könnten uns fragen: Ist es mit dem Titel Innovationshauptstadt und Klimahauptstadt vereinbar, dass wir die Innenstadthöfe mit Tiefgaragen unterbauen und damit Versickerungsprobleme und ein schlechteres Mikroklima in Kauf nehmen, weil große Bäume den Garagen zum Opfer fallen? Oder errichten wir besser Quartiersgaragen, mit denen wir es schaffen, die Innenstadt zu einem verkehrsberuhigten, innovativen Lebensraum zu gestalten?

Können wir es uns leisten, dass Pendler*innen täglich im Stau stehen, anstatt dass sie in S-Bahnen oder anderen Öffis oder auf Radwegen, klima- und nervenschonend in die Arbeit kommen?

Können wir es uns leisten, dass bei Sanierungs- und Erneuerungsvorhaben nicht konsequent auf klimarelevante Aspekte Rücksicht genommen wird? Oder könnten wir Projekte nicht von Beginn an zwischen Stadtplanung, Mobilitätsplanung und Grünraumplanung abstimmen und nach Klimazielen ausrichten?

Für mich habe ich diese Fragen bereits beantwortet: Ich möchte nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, dass beim Bergschlösslspark mehr als 100 große Bäume dem Westring zum Opfer fallen. Ich möchte nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, dass immer mehr Linzer Innenstadthöfe zu baumfreien Hitzezonen werden, statt Wohlfühlorten für die Bewohner zu sein.

Ich möchte eine Antwort geben können, wie wir in Linz auf den Klimawandel reagieren und welche zukunftsorientierten Maßnahmen wir gesetzt haben.

„Klimahauptstadt“ und „Innovationshauptstadt“ sollen keine leere Worthülsen bleiben, sondern sollen zum Handeln anleiten, um eine menschliche Stadt zu gestalten.

Was sind die Grundvoraussetzungen, damit eine vorausschauende Gestaltung unserer Stadt funktioniert? Wie bereits gesagt, zuallererst müssen Stadtplanung, Grünraumplanung und Mobilitätsplanung sowohl auf politischer als auch auf Magistratsebene eng und proaktiv miteinander zusammenarbeiten.

Es wäre wichtig, dass wir eine Vorgabe für Gebäudestrukturen in den Stadtteilzentren mit entsprechender Raumhöhe für flexible Nutzung implementieren, das könnten wir zum Beispiel über das Ediktalverfahren 3, das in Ausarbeitung ist, definieren.

Wir müssen Außenraumqualitäten proaktiv definieren. Die Stadtplanung ist gefordert, dass sie für sich entscheidet, wo neue Stadträume – Plätze, Parks, Höfe, Straßen etc. - entstehen, wie sie entstehen, was sie können müssen.

Es braucht Planungsvorgaben zur Sicherung der Oberflächenqualität, Stichwort Barrierefreiheit und Inklusion sind wichtig.

Genauso die Stärkung der Identität durch den Erhalt von wertvollem Gebäudebestand. Auch hier müssen wir wohl in den Bebauungsplänen sicherstellen - vielleicht kann man das auch über das Edikt regeln -, dass nicht wertvolle Gebäudesubstanz abgerissen wird. Diese ist wichtig für die Identität, für die Bewohner und deren Erinnerungen.

Es ist wichtig, dass wir belebte Fassaden haben. Wir müssen darauf achten, dass die Straßenfassaden nicht zu Hinterhoffassaden werden, weil nur mehr Tiefgarageneinfahrten oder Stiegenhäuser an den Straßenfronten zu sehen sind und die Erdgeschoßzonen veröden. Das ist für eine lebendige Stadtstruktur wichtig.

Zudem braucht es eine Verbesserung des Mikroklimas durch die richtige Stadtstruktur, die Schaffung von Höfen, von kleinen Plätzen, von Windschutz.

Weiters braucht es eine Verbesserung der Biodiversität, wir müssen Korridore für Flora und Fauna, für eine Verknüpfung der Grünräume und die Schaffung von Microparks schaffen. Wir müssen versickerungsfähige Böden erhalten, Dach- und Wandbegrünungen wurden auch schon erwähnt. Eine Stärkung des Fuß- und Radverkehrs natürlich und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs brauchen wir auch.

Ein menschlich gestaltetes Linz macht das soziale Linz erst möglich. Kurze Wege machen die Stadt lebenswert. Linz soll eine inklusive Stadt sein. Durch eine verbesserte sanfte Mobilität wird auch die Barrierefreiheit forciert und die Stadt dadurch für Menschen mit Beeinträchtigung, gebrechliche Menschen, Eltern mit Kinderwägen, Menschen mit Einkaufstrolleys, etc. besser benutzbar.

Mehr als die Hälfte der Linzer Bevölkerung besitzt kein Auto und ist daher auf eine Stadt der kurzen Wege angewiesen. Da geht es nicht um ‚Autofahrermobbing‘ - wie Kollege Matsche einmal vor Kurzem gemeint hat - sondern einfach und allein um eine Gestaltung der Stadt für menschliche Bedürfnisse. Denn eines sollten wir bedenken: Nicht jeder Mensch ist ein Autofahrer, aber jeder Autofahrer ist ein Mensch.

Die ‚menschliche Stadt‘ gibt auch Antworten für die gesunde Stadt. Durch die Förderung der sanften Mobilität integrieren die Menschen die Bewegung in den Alltag und fahren mehr mit dem Rad oder gehen zu Fuß. Der Stadtraum wird zum Aktivitätsraum. Die Stadtstruktur steuert das Verhalten der Menschen. Schaffen wir in

Linz mehr Quartiersgaragen, werden viele zum Umstieg auf sanfte Mobilität motiviert. Gleichzeitig wird auch die Stadt lebendiger, da sich mehr Menschen im Stadtraum bewegen, bewegen müssen. Durch die sanfte Mobilität wird auch die lokale Wirtschaft gestärkt, siehe Herrenstraße.

Ich erträume mir ein Linz, das seinen Fluss in Szene setzt und dadurch Bewohner, Studenten und Touristen den Donauraum als großen Park im Zentrum der Stadt zur Verfügung stellt. Somit hätte Linz einen echten Standortvorteil und ein Alleinstellungsmerkmal.

Ein Linz als Innovationshauptstadt, dass sich nicht nur in Sachen Digitalisierung als Innovationstreiber begreift, wäre auch gut. City-Logistik wäre so eine Möglichkeit, sich auch innovativ zu zeigen.

Ich träume von einem Linz, das nicht kleinkariert und ängstlich in die Zukunft blickt, sondern mutig und entschlossen die Zukunftsthemen angeht.

Die erfolgreichen und innovativen Geister sind gefragt in dieser Welt und sie gehen dorthin, wo es die schönsten und spannendsten Plätze und ein sicheres Umfeld, etc. gibt. Die erfolgreichen Linzer Betriebe versuchen allesamt, diese Menschen nach Linz zu locken. Die Stadt kann durch Attraktivität und dadurch, dass sie sich zu einem Sehnsuchtsort wandelt, dazu beitragen, dass diese Leute auch hierherkommen. Es braucht eine lebendige, lebenswerte Stadt und ein ebensolches Umfeld. Wir müssen uns also fragen, was wir tun können, um das zu bieten?

Seit Montag scheint es nun fix, dass nach 34 Jahren feilschen und leerer Versprechungen endlich die lang ersehnte Durchbindung der Mühlkreisbahn - und damit das wichtigste Projekt der letzten 50 Jahre - auf Schiene ist. Die Möglichkeit für ein flächendeckendes S-Bahn-System kann nun Wirklichkeit werden. Auch ich möchte an dieser Stelle Herrn Bürgermeister noch einmal gratulieren, dass er diesen Deal jetzt zusammengebracht hat. Trotzdem möchte ich jetzt auf der Zielgerade auch appellieren, dass vor der Nationalratswahl das Ganze mit dem Bund finalisiert wird, damit nicht wieder alles im Sand verläuft.

Eine weitere wichtige Säule für die Qualität unserer Stadt ist der Grüngürtel. Ich möchte Herrn Bürgermeister aus dem Krone-Interview am 7. November 2023 zitieren: „Und es gibt Räume die sakrosankt bleiben: Der Grüngürtel wird nicht verbaut, da werden Sie keinen Quadratmeter neuer Umwidmungen finden.“ Herr Bürgermeister, da nehmen wir Sie natürlich beim Wort und diese Aussage freut uns natürlich - es klingt ein bisschen, als wollten sie ein Grüner werden.“ (Heiterkeit)

Zwischenruf **Bürgermeister Luger:**

„Ich weiß nicht so recht, ich glaube eher nicht.“ (Heiterkeit)

Gemeinderat Mag. Rabengruber weiter:

„Wichtig ist auch die sanfte Mobilität, hier entscheidet sich die qualitative Zukunft von Linz. Der Rückbau der Nibelungenbrücke und der autofreie Hauptplatz werden einen großen Schub für die sanfte Mobilität ermöglichen. Die Zahl der Radfahrer über die Nibelungenbrücke wird sich in kurzer Zeit verdoppeln. Der Hauptplatz kann endlich als Herz der Stadt den Anforderungen entsprechen.“

Für die Mehrheit der jungen Menschen hat das Auto nicht mehr den Stellenwert wie für die Großelterngenerationen, dessen sollten wir uns auch bewusst sein. Die Jungen sind smarter, vielseitiger, flexibler unterwegs. Angewiesen sein auf ein Auto ist für sie Steinzeit. Sie fahren, Rad, Scooter, Bus, Bahn, Hoverboard, etc. Also gestalten wir die Mobilitätswende und blockieren wir sie nicht, indem wir die falschen Investitionen vornehmen.

Deshalb komme ich am Schluss nochmals auf den Westring zurück: Die Volksbefragung nicht durchführen zu lassen, Herr Bürgermeister, empfinde ich eigentlich als ein schweres Foul. Ich glaube, da hätte man doch großzügiger sein können und diese Volksbefragung durchführen, weil jetzt beherzte Bürger weiter dafür kämpfen. Sie werden wohl irgendwann die Volksbefragung durchbringen und dann kann man nur hoffen, dass es eine neutrale und offene Berichterstattung darüber gibt, was dort vor allem im Bahnhofsbereich passieren wird. Sieben Tunnelein- und -ausfahrten werden den unteren Froschberg und des Weiteren natürlich auch den Bergschlösslpark, der fast vollkommen niedergerodet wird, weil dort eine offene Baugrube entsteht, nachhaltig und für immer zerstören.

Gerade auf Grund der angespannten Budgetsituation sollten wir keine weitere Zustimmung für die Mitfinanzierung des Westrings hergeben. Die nächste Preissteigerung wird bald in diesem Haus aufschlagen und wir werden darüber abstimmen müssen. Wir werden dann sehen, wer in diesem Haus dem Milliardengrab noch zustimmen wird und wissentlich dem größten Stadtzerstörungsprojekt der letzten Jahrzehnte unser Geld nachwirft.

Und wir werden sehen, wer dafür stimmt, dass die Stadt Linz einen Moloch mitfinanziert, der den unteren Froschberg und den Bergschlösslpark völlig zerstört, die Innenstadt mit Autos flutet und welcher in der Erhaltung Unsummen an Geld verschlingen wird. Dieses Projekt läuft dem Sehnsuchtsort Linz zuwider. Danke.“

Bürgermeister Luger zur tatsächlichen Berichtigung:

„Es ist nicht im Ermessensspielraum eines Bürgermeisters benevolent eine Befragung zuzulassen oder nicht, sondern es gibt einen gesetzlichen Rahmen, an den ich mich zu halten habe. Wenn das erforderliche Quorum nicht erreicht wird, habe ich so zu handeln. Wäre es erreicht worden, hätte ich anders handeln müssen. Es gibt gesetzliche Rahmenbedingungen und nicht Benevolenz als Handlungsspielraum für einen Bürgermeister.“ (Beifall)

Gemeinderat Matsche:

„Danke Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, geschätzter Gemeinderat, werte Zuseher hier auf der Tribüne und natürlich auch jene, die uns vor den Bildschirmen folgen - Mobilität und Verkehr, ein Thema, das polarisiert.

Für uns Freiheitliche ist die Möglichkeit zur freien Bestimmung der Mobilitätsform enorm wichtig. Die persönliche Freiheit, sich für eine individuelle Art der Fortbewegung entscheiden zu können, ist das Recht jeder Linzerin, jedes Linzers, es ist das Recht jedes Menschen.

Wenn hier im Haus immer wieder von Gleichberechtigung gesprochen wird und diese gefordert wird, dann soll diese auch endlich in der Verkehrspolitik ankommen.

Das bedeutet für uns Freiheitliche ein verständnisvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer und Mobilitätsformen, denn das Linzer Verkehrsproblem ist nicht nur ein Linzer Problem.

Durch die vielen Einpendlerinnen und Einpendler aus den Umlandgemeinden - Linz hat ja nach wie vor mehr Arbeitsplätze als Einwohner und ist ein großartiger Wirtschaftsstandort und Wirtschaftsmotor - kommt es eben zu diesen Staus, die unsere Straßeninfrastruktur an ihre Belastungsgrenze bringen.

Das Fahrverhalten der Nichtlinzer ist hier also entscheidend. Um hier Lösungen zu schaffen, sind Gespräche mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden unabdingbar. Hier ist es wichtig, weiterhin Park & Ride-Anlagen zu forcieren und umzusetzen.

Des Weiteren ist es wichtig, den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen, der öffentliche Verkehr gehört attraktiviert und verbessert. Denn eines ist klar, die Mobilitätswege werden sich ändern.

Mit dem Jahrhundertprojekt Regionalstadtbahn Linz sind wir am besten Weg. Hier haben es drei Parteien und zwei Gebietskörperschaften ermöglicht, zu einer Einigung zu kommen. Die Finanzierung zwischen Land und Stadt ist ein Meilenstein für die Menschen und die Umwelt. Die Stadt Linz wird 7,5 Prozent bzw. maximal 50 Millionen Euro für die Stadtbahn bezahlen und immerhin reden wir hier von einem Gesamtkostenprojekt von rund 667 Millionen Euro. Dieses Projekt ist ein generationenübergreifender Mehrwert für unser Land, für unser Linz.

Den größten Anteil der Pendlerinnen und Pendler stellen, mit rund 40 Prozent, Erwerbstätige aus dem Mühlviertel dar. Dementsprechend wichtig ist ein leistungstarker, zuverlässiger öffentlicher Verkehr, der die Pendelströme entlang der Hauptachsen Richtung Linz bestmöglich über öffentliche Verkehrsmittel abfedert und damit die Hauptverkehrsrouten und die Straßeninfrastruktur entlastet. Möglich ist das Ganze auch nur durch bereits abgeschlossene Projekte.

Die neue Eisenbahnbrücke ermöglicht nun den Ausbau der neuen Regionalstadtbahn, kurz RSB, und genauso wichtig wird der Westring werden. Die A 26 wird ein neuer und leistungsfähiger Zubringer inklusiver neuer, vierter Donaubrücke. Dieser verbindet künftig Urfahr, das Bahnhofsviertel und den Knoten A 7 Hummelhof. Das bedeutet in Zukunft einen besseren Verkehrsfluss, eine Verlagerung des Verkehrs und somit eine Verkehrsberuhigung in der Linzer Innenstadt und eine deutliche Entlastung der Pendlerinnen und Pendler. Hier einen Baustopp zu fordern, ist Irrsinn und nicht zweckdienlich.

Aber nicht alle haben eine öffentliche Haltestelle vor der Tür und manche sind sogar aufs Auto angewiesen, weil der Weg mit den Öffis ein Vielfaches länger dauern würde. Hier muss man ein wenig größer und nachhaltiger denken, um dem Individualverkehr von heute und der Zukunft gerecht zu werden.

Wir brauchen die Osttangente, denn der Bau der Autobahn zwischen Linz, Budweis und Prag nimmt in Tschechien weiter Fahrt auf. Der Baufortschritt der D 3 ist be-

achtlich und durch den durchgehenden Ausbau der Autobahn in Tschechien entsteht eine hochrangige Nord-Süd-Achse, welche dann mitten durch Linz geführt wird, nämlich mit der A 7.

Ohne Linzer Ostumfahrung werden wir im Verkehr ersticken, meine Damen und Herren. Die Vorteile liegen auf der Hand. Mit einer effizienten Verbindung der A 1 Westautobahn mit der A 7 Mühlkreisautobahn wird darüber hinaus die Innenstadt vor einem Kollaps geschützt. Wir müssen heute bauen für den Verkehr von morgen.

Die überregionalen verkehrlichen Ziele sind die Verbesserung der Nord-Süd-Verbindung zwischen Oberösterreich und Tschechien, die Verlagerung des Durchzugsverkehrs insbesondere des LKW-Verkehrs und die bessere Anbindung des Enns-hafens.

Weit wichtiger sind die regionalen verkehrlichen Ziele: Die Entlastung der A 7 im Bereich der Stadtdurchfahrt, der Abschnitt Dornach Voestbrücke, der Bindermichl-knoten Linz, die Entlastung des Linzer Stadtstraßennetzes und die Entlastung der Bevölkerung im Großraum Linz von Lärm und Luftschadstoffen. Dazu kommt die Verbesserung der Verkehrsverbindung zwischen den Gemeinden nördlich und südlich der Donau im Linzer Osten durch eine zusätzliche Donauquerung. Die Liste wäre noch länger.

Also schauen wir, dass wir in den nächsten Jahren das Verkehrsthema gemeinsam statt einsam anpacken und miteinander gestalten. Das Thema Verkehr bewegt, das wissen wir alle. Es ist auch nicht immer einfach, es jedem recht zu machen. Aber den Individualverkehr einfach zurückzudrängen, ist nicht die Lösung. Und vielleicht braucht es auch statt einer einseitigen Fahrradstrategie eine umfassende Verkehrsstrategie mit Schwerpunkten öffentlicher Verkehr und aktiver Mobilität. Denn dann, so hoffe ich, profitieren alle Linzerinnen und Linzer davon. Abschließend möchte ich noch erwähnen: Autofahren ist kein Verbrechen.“ (Beifall)

Gemeinderat Mag. Roth-Schmida:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zusehende, das Dogma der ‚Wahlfreiheit‘ bei der Mobilität, das ‚Sowohl – als auch‘ was die unterschiedlichen Mobilitätsformen betrifft, ist nicht nur verkehrswissenschaftlich veraltet, sondern erweist sich auch hinsichtlich der Ziele - nämlich hinsichtlich Klima und Verkehr - als kontraproduktiv. Leider ist die Stadt Linz noch immer nicht bereit, sich von diesem Dogma zu verabschieden.

Da das jetzt die Budgetsitzung ist, weise ich darauf hin, dass uns dieses Dogma viel Geld kostet: Mit 60 Millionen Euro ist der Bereich der Mobilität der größte Ausgabenposten für die nächsten zwei Jahre. 2024 sind 36,4 Millionen Euro für Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur und im Jahr 2025 dann 23,6 Millionen vorgesehen.

Allein rund zehn Millionen Euro werden 2024 für die Sanierung des Mona-Lisa-Tunnels fällig. Auch weitere Auto-Infrastrukturprojekte sind teuer und belasten die städtischen Haushalte: Neun Millionen Euro sind für die Umfahrung Ebelsberg, sechs Millionen Euro für den Westring - das ist erst der Anfang - und sieben Millionen Euro für den Halbanschluss Auhof vorgesehen.

Die sogenannte ‚aktive Mobilität‘ in Form der Rad-, Fußgänger- und Wanderwege ist hingegen nur mit 2,8 Millionen Euro budgetiert - 2024 mit 1,8 Millionen Euro, 2025 sogar nur eine Million Euro. Das ist im Vergleich zu früher zwar immer noch mehr, bezogen auf das heurige Jahr sinkt aber sogar das Radbudget.

Im Städtevergleich steht Linz ohnehin gar nicht gut da: Während Linz heuer, im besten Jahr, zehn Euro, nächstes Jahr dann neun Euro und 2025 sogar nur mehr fünf Euro pro Einwohner*in für die Errichtung der Radinfrastruktur ausgibt, waren es 2023 in Salzburg fast 17 Euro und in Graz sogar 34 Euro pro Einwohnerin und Einwohner.

In ihrer Generalrede vor bereits mehr als zehn Jahren meinte meine Fraktionskollegin Gerlinde Grönn: ‚Investitionen in den Verkehr sind dann zu begrüßen, wenn sie dazu beitragen die einseitige Verkehrspolitik zugunsten des motorisierten Verkehrs zu überwinden. Diese Absicht kann ich aber nicht erkennen, nach wie vor setzt die etablierte Stadtpolitik auf unnötig teure Prestigeprojekte wie auf die unterirdische Führung der zweiten Straßenbahnachse oder auf den, den Begehrlichkeiten der Wirtschaft geschuldeten, Westring.‘

Daran hat sich leider wenig geändert. Die 2. Straßenbahnachse ist zwar passé. Der Gipfel ist aber wohl der völlig aus der Zeit gefallene Westring und das Festhalten der Stadt an diesem Steinzeitautobahnprojekt mitten durch Linz - im wahrsten Sinne: koste es, was es wolle.

Auch das hat meine Kollegin Gerlinde Grönn schon vor fast mehr als zehn Jahren, wie ich finde, ganz richtig festgehalten: ‚Im Übrigen muss ja nicht alles viel Geld kosten. Eine konsequente Erweiterung der für den motorisierten Verkehr gesperrten Busspuren und eine dichtere Taktung kann auch schon vieles bewirken. Das würde aber ein klares Bekenntnis zur Bevorzugung der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen und des öffentlichen Verkehrs voraussetzen und das scheut unser Verkehrsreferent aus Angst vor der Autolobby wie der Teufel das Weihwasser.‘

Der Verkehrsreferent war damals zwar jemand anderer - nämlich niemand geringerer als der jetzige Bürgermeister -, viel hat sich daran aber meiner und unserer Meinung nach auch unter dem aktuellen Referenten nicht geändert. Da stehen seine eigene Ideologie - siehe Dogma der Wahlfreiheit -, die Partei, wirtschaftliche Interessen und natürlich auch die Mehrheiten im Rathaus einer wirklichen Kurskorrektur entgegen.

Ein, zwei großzügig angelegte Radfahranlagen machen da noch keinen ‚verkehrspolitischen Sommer‘. Im Gegenteil, sie sind sogar Symbol und gutes Beispiel für diese teure ‚Sowohl – als auch‘-Verkehrspolitik. Ich nenne hier nur etwa den aufwendigen, aber sehr kurzen Zweirichtungsradweg in der Lederergasse. Auch wenn der Verkehrsreferent vom Fahrrad scheinbar so angetan ist, muss ich anmerken, dass der Radverkehr für eine Veränderung des Modal Split weg vom Auto, hin zum Radfahren, zum Gehen und zur ÖV-Nutzung nicht so viel beitragen kann, wie es manche gerne hätten oder wie es vielleicht scheint.

Zu bedenken ist auch, nicht alle können - aus unterschiedlichen Gründen - das Fahrrad nutzen und auch Räder brauchen sowohl hinsichtlich der Wege aber auch

der Abstellflächen städtischen Raum - wenngleich in einem viel geringeren Ausmaß wie das Auto.

Und wie sieht es mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV) in Linz aus? An der Oberfläche und für die große Öffentlichkeit streiten sich die unterschiedlichen politischen Player bei den großen Prestige-ÖV-Projekten.

Darunter ist der Linzer öffentliche Verkehr zwar flächendeckend vorhanden, aber fahrplanmäßig wird ein sehr sparsamer ‚Notbetrieb‘ für die (armen) Nicht-Auto-Besitzer*innen, für Schüler*innen, für Alte und Behinderte gefahren. Ebenso mit den Stadtteilbuslinien und den Schnellbuslinien für Berufstätige, die keinen Führerschein (mehr) haben. Hier, also beim Betrieb, müsste aber - das ist unser Zugang - vor allem investiert und ausgebaut werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der KPÖ wollen Investitionen in die nachhaltige und soziale Mobilität. Die müssen aber auch unter dem Aspekt der Ressourcenschonung - sowohl finanziell als auch hinsichtlich anderer Ressourcen, nämlich Energie, Boden und Rohstoffe - beleuchtet werden.

Insofern sehen wir auch manche große ÖV- und Radprojekte durchaus kritisch. Sie sind oft dieser ‚Sowohl – als auch‘-Strategie geschuldet. Um nicht das Auto unattraktiver zu machen, muss viel in eine kostspielige, parallel geförderte Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Wir sind davon überzeugt, würde sich die verantwortliche Politik davon verabschieden, wären wirksamere und budgetschonendere Maßnahmen und Investitionen möglich.

Außerdem soll über diese großen Infrastrukturprojekte (ob für den Straßenverkehr, aber auch für den öffentlichen Verkehr) unter Einbeziehung und Beteiligung der Bevölkerung entschieden werden. Volksbefragungen sollen bei sehr weitreichenden und kostspieligen Verkehrsinfrastruktur-Projekten und Vorhaben zum demokratiepolitischen Muss gehören.

Sehr geehrte Damen und Herren, viel wurde über einen Paradigmenwechsel, über eine notwendige Transformation im Verkehrssystem und von einer Mobilitätswende geredet und diskutiert. Gerade der Sektor Verkehr ist es, der uns bezüglich der Klimaziele die meisten Sorgen bereitet. Beim Verkehr ist jedoch abseits von großspürigen Absichtserklärungen wenig Veränderung bemerkbar.

Damit Linz etwa die Klimaziele der Regierung bzw. EU erreicht, bräuchte es - trotz deutlich effizienterer Fahrzeuge und E-Autos - täglich mindestens 150.000 Autofahrten in der Stadt weniger. Die herrschende Politik hofft und setzt hingegen ganz auf die individuelle E-Mobilität. Mit ihr sollen die Probleme im Verkehr gelöst werden. So wie auch in anderen Bereichen, wie z. B. in der Industrie, sollen es die technologischen Innovationen richten. Es braucht aber viel mehr zu einer wirklichen Wende und zu wirksamen Veränderungen.

Es gibt nämlich einen Grundsatz, der lautet ‚vermeiden geht vor verlagern und verlagern geht vor verbessern‘ und das gilt ganz klar auch bei der Mobilität. Dabei geht es nicht - oder bei weitem nicht nur – (Klingel) um das individuelle Verhalten der Einzelnen, sondern es sind die Strukturen, die Systeme, die die Menschen umgeben bzw. das einzelne Verhalten bestimmen.

Deshalb muss es oberstes Anliegen der Politik sein, in der Mobilitätsfrage die Wege in der Stadt wieder kurz oder kürzer zu machen, das ist ja heute schon gesagt worden, um dann so viele Menschen wie möglich zur ‚sanften Mobilität‘ zu bringen. Technologische Verbesserungen wie auch Verbesserungen in der Infrastruktur - schlimmstenfalls in mehreren Fortbewegungsformen - kommen erst ganz zum Schluss und bringen eigentlich am wenigsten bzw. erreichen sogar das Gegenteil.

Paris macht es mit der ‚15-Minuten-Stadt‘ vor, wie eine zukunftsweisende, ressourcenschonende, nachhaltige und soziale Stadt- und Verkehrspolitik aussieht. Im Mittelpunkt steht eine Stadt der kurzen Wege als neues Dogma, welches bei der Verkehrsmittelfrage klare Prioritäten, statt auf ein ‚Sowohl-als-Auch‘ (Klingel) setzt. Mit dieser Strategie wird das Auto ‚unpraktisch‘ und die Stadt als Ganzes weiterentwickelt.

Ich frage mich, wann ist Linz endlich auch soweit? Das Budget ist jedenfalls noch weit davon entfernt. Danke sehr.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger:

„Herr Gemeinderat, je nachdem ob Sie beim letzten Satz einen Beistrich oder einen Punkt gesetzt haben (Heiterkeit), sind aus dem einen Satz insgesamt vier oder fünf geworden. Nur als Beleg dafür, dass ich noch einigermaßen aufmerksam versuche, die Sitzung zu leiten.“

Gemeinderat Potočník:

„Liebe Linzer*innen, liebe Kolleg*innen, sehr verehrter Stadtssenat. Ich knöpfe mir heute das Radfahren vor und die FPÖ, also ich wende mich in erster Linie an die FPÖ heute. Michael Raml ich wollte dich eigentlich die letzten Monate schon besuchen und mit dir über das Radfahren reden. (Zwischenruf) Darum mache ich es jetzt öffentlich und wenn die anderen zuhören ist es auch okay. (Heiterkeit)

Ich wollte mit dir über das Radfahren reden und an dich appellieren, dass du mithilfst an einem ‚Rad-Pakt für Linz‘ zu arbeiten. Warum die FPÖ? Naja, Martin Hajart hat ja in den letzten zwei Jahren wirklich erstaunliche Fortschritte gemacht (Heiterkeit) und das Radfahren für sich entdeckt und wie ich meine auch verstanden, worum es beim Radfahren geht.

Das ist nämlich keine ‚Grüne Marotte‘ oder ein ‚Grüner Spleen‘, sondern es (Zwischenruf) ist tatsächlich ein ernst zu nehmendes Verkehrsmittel. Es stärkt unseren Standort. Ihr, die FPÖ habt aber da jetzt, weil Martin Hajart Fortschritte gemacht hat, meines Erachtens eine Lücke für euch entdeckt. ‚Hoppala, die ÖVP, Hajart, ist nicht mehr ganz so auf Auto-ÖVP-Linie. Da haben wir jetzt eine Chance, ein Thema für uns ganz allein zu haben.‘

Das ist schade, weil sich das Radfahren nicht gut für Grabenkämpfe eignet, sondern in Linz ein ernst zu nehmendes Verkehrsmittel ist, das unseren Standort stärkt. Radfahren ist im urbanen Raum und Alltag meist die naheliegendste Art sich fortzubewegen, gerade auf kurzen Strecken unter fünf bis sieben Kilometern. Das Rad ist wahnsinnig klein, braucht wenig Platz, entlastet die Straßen und erspart Stau.

Alltagsräder und E-Bikes verbessern die Lebensqualität, Radfahren ist billig, leise und sauber. Es stärkt den Innenstadthandel, nicht umgekehrt, wie so oft behauptet und E-Bikes sind echte Changemaker. Was bis vor Kurzem fünf Kilometer waren, sind jetzt zehn. Ich schwitze nicht mehr, ich kann den Berg hinauffahren usw., Ausreden gibt es eigentlich keine mehr. Dennoch nutzen bei uns weniger als zehn Prozent der Bevölkerung das Rad im Alltag für diese kurzen Wege. In Holland sind es 50 Prozent. Jeder zweite Weg in den Städten wird mit dem Rad zurückgelegt. Die machen das nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil es sinnvoll ist.

Jetzt habe ich an dich, Michael Raml und an die FPÖ gleich drei Appelle auf einmal. Der erste Appell ist Sprache, das wendet sich natürlich an alle, dass ist klar: Sprache verbessern, Sprache präzisieren. Wir sagen zum Beispiel - das ist banal aber wichtig -, wir sagen die Autofahrer, der Radfahrer. Das ist blöd, denn das ist ja keine Identität oder es ist keine ideologische Geschichte. Ich fahre Rad, ich fahre auch mit dem Auto, ich mache Verschiedenes, ich fahre mit dem Bus, ich fahre mit der Straßenbahn usw., das heißt ich nehme das beste Verkehrsmittel für den Weg, den ich eben habe.

Das heißt, wir können da alle gemeinsam an der Sprache arbeiten, dass wir das Thema versachlichen, präzisieren und vom Alltagsradeln reden, vom Jobradeln, mit dem Rad pendeln usw. da gibt es viele Möglichkeiten. Radfahren mit einem kleinen Rad oder mit einem schnellen Rad. Also man kann da, glaube ich, sprachlich viel machen, um das besser zu positionieren und dafür zu sorgen, dass es auch ankommt.

Der zweite Punkt ist, das Rad zu ‚entgrünen‘, das habe ich hier schon einmal gesagt. Das ist natürlich provokant (Zwischenruf), nein überhaupt nicht. Jeder, der sich in die sozialen Medien reinschmeißt und die Debatte führt, merkt, wie aufgeladen dieses Radfahren ist. Jeder Zweite oder jeder Dritte, vor allen Dingen die Gegner, glauben immer das ist grün, das ist es aber nicht, sondern das Radfahren ist sinnvoll für den Standort. (Zwischenrufe)

Ja, die Message ist, es gehört entpolitisiert, entideologisiert, denn Radfahren ist einfach sinnvoll am Wirtschaftsstandort. Ich glaube auch da können wir alle mithelfen, dafür zu sorgen, dass es weniger Glaubenskrieg ist und weniger ein ‚Entweder oder‘. Wir sollten mehr dafür sorgen, dass es ein sinnvoller Part in der städtischen Mobilität ist.

Dritter Punkt: sagen worum es geht, Aufklärung in der Mobilitätsdebatte. Ich glaube wir haben alle einen Auftrag, das klingt ein bisschen geschwollen, wir haben die Aufgabe, dass wir aufklären, warum das Fahrrad so sinnvoll ist. Da fällt eben auf - für mich zumindest -, dass es die Kleinen machen, die Idealisten, die Radlobby, die Grünen, wir. Aber die anderen sparen sich diese mühsame Aufgabe aufzuklären.

Martin, du hast damit begonnen vor zwei Jahren, wunderbar, aber es wird noch zu wenig gemacht. Eigentlich sollten alle permanent aufklären und erklären, warum das Fahrrad so sinnvoll ist und mithelfen, weil es in Wirklichkeit eine echte Renaissance braucht und eben eine Aufklärung in der Debatte um Mobilität.

Also kurz noch zusammengefasst: Nummer eins - es braucht viel mehr Geld, was wir momentan machen, ist in Wirklichkeit homöopathisch. Michael Roth-Schmida

hat die Beträge vorher gerade wunderbar aufgezählt. FPÖ - bitte mithelfen, dass wir dafür mehr ausgeben können. (Zwischenruf) Darüber reden wir noch einmal, darum reden wir jetzt, wir fangen gerade an.

Das Zweite ist Zusammenhalt, ‚Rad-Pakt für Linz‘. Das heißt, alle mithelfen (Zwischenruf), kein politisches Kleingeld mit dem Fahrradfahren machen, sondern mithelfen, dass wir als Rad-Stadt vorwärtskommen.

Drittens: Aufklärungsarbeit. Ja, es ist anstrengend, es ist mühsam, da gibt es verhärtete Fronten. Aber wenn wir das alle gemeinsam machen, dann glaube ich, schaffen wir zu erklären, warum das Radfahren in Linz in der Stadt, im Ballungsraum, sinnvoll ist.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderat Naderer zum Kapitel 7 – Wirtschaftsförderung das Wort.

Gemeinderat Naderer:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen des Linzer Gemeinderates, liebe Anwesende auf der Galerie, liebe Zuseher*innen via Livestream, wenn ich heute über die Themen Wirtschaft, City Management GmbH Linz (CML) und Weihnachtsbeleuchtung spreche, dann gibt es leider nichts Gutes zu verkünden. Viel eher ist der Bericht mit einem Drama erster Klasse zu vergleichen.

Ich beginne mit der Wirtschaft: dem Energiepreisschocks durch den Ukraine-Krieg, den steigenden Rohstoffpreisen und der hohen Inflation. Das sind einige Schlagwörter, die zum Teil heute auch schon gefallen sind.

Die Energiepreisschocks des Vorjahres und ein kräftiger Lagerabbau führen 2023 zu einer Industrierezession in Europa, von der auch Österreich sehr stark betroffen ist. Aufgrund der vorübergehenden Kaufkraftverluste verlieren auch andere Branchen an Schwung. Insbesondere das Bauwesen leidet unter den starken Zinssteigerungen.

Die Bauwirtschaft, auch das wurde heute schon mehrmals erwähnt, steht sehr schlecht da. Hier geht die Rezession 2024 weiter. Zurzeit ist es für junge Menschen kaum möglich, einen Kredit zur Schaffung von Eigenheim zu bekommen. Die Situation erhöht wiederum den Druck auf die Baubranche und sämtliche andere Branchen, die durch den Investitionsausfall sehr stark betroffen sind.

Viele Investitionen werden zum Teil gestrichen oder in die Zukunft verschoben. Die Befeuerung der Abwärtsspirale bewirkt ein Abkühlen der Wirtschaft und durch die hohen Lohnkosten drohen bereits jetzt wieder Kurzarbeit und ein rasches Ansteigen der Arbeitslosenquote. Eine Kündigungswelle 2024, wie man aus den Medien auch vernehmen kann, steht bereits ins Haus.

Nun zur Linzer Wirtschaft: Die Arbeitslosenquote von 7 Prozent im September 2023 in der Stadt Linz ist deutlich höher als der oberösterreichische Durchschnitt von 3,6 Prozent. Auch das ist ein klares Zeichen der schwächelnden Wirtschaft in der Landeshauptstadt. Von uns geforderte Konjunkturmaßnahmen, Investitionen und städtische Fördermaßnahmen wurden leider abgelehnt. Und hier bleibt eine Unterstützung für die Linzer Unternehmerinnen und Unternehmer wieder aus.

Besonders unerfreulich ist, dass die Wirtschaftsleistung in den für Linz so wichtigen Bereichen wie der Industrie um 2 Prozent und im Handel sogar um 6,7 Prozent zurückgegangen ist.

Große Probleme in Teilbereichen des stationären innerstädtischen Handels sind in Linz besonders an der südlichen Landstraße offensichtlich. Auch das wurde heute schon mehrmals thematisiert.

Ein kleiner Abriss und ein paar Zahlen zu der Verkaufsfläche der Innenstadt: In der Linzer Innenstadt gibt es eine Verkaufsfläche von ca. 144.000 Quadratmeter, diese Fläche teilen sich knapp 800 Shops. Davon sind ca. 83.000 Quadratmeter sogenannte A-Fläche, diese teilt sich wiederum auf 320 Shops auf. Eine Besonderheit der Linzer City ist, dass wir gleich vier Shopping Malls haben - das Atrium, die Linzerie, das Passage und das Lentia. Mit rund 52.500 Quadratmeter nehmen diese vier Shopping Malls einen Großteil der sogenannten A-Fläche in Anspruch.

Der Brennpunkt der südlichen Landstraße: Ein besonders tristes Bild bietet die Landstraße ab dem Schillerpark, auch das wurde heute schon mehrmals erwähnt. Hier reihen sich vermehrt Kebab-Buden, Shisha-Bars, Barber-Shops und andere Ramschläden in den mittlerweile fehlenden Branchenmix ein. Ein großer Leerstand und verwahrloste Fassaden prägen hier unser Ortsbild. Wenn wir eines von den großen Shopping Malls lernen können, dann ist es das tägliche Bemühen um einen ausgewogenen Branchenmix und ein Angebot für die Kundinnen und Kunden.

Eine Einzelhandels- und Strukturanalyse nach dem Welser Vorbild wäre eine sinnvolle Maßnahme. Sie würde die Grundlage für neue belebende Konzepte für die Linzer Innenstadt bilden. Die SPÖ hat sich jedoch gestern sehr klar gegen diesen Vorschlag positioniert. (Zwischenruf)

Dabei müssen sinnvolle Angebote und Konzepte für die Linzer Landstraße generiert werden. Es fehlen zum Beispiel begründete Verweilzonen, Angebote für Familien, wie zum Beispiel in Wien das Kindermuseum ‚ZOOM‘. Ein Angebot für Kinder, damit sie während des Einkaufs der Eltern eine Betreuung vorfinden, Stichwort Spieleparadies mit pädagogischer Betreuung.

All das wären Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes, die zur Attraktivierung der Linzer Landstraße beitragen würden. (Beifall) Belebende Maßnahmen blieben bis dato leider auch hier aus.

Ich komme zur CML: Die City Management GmbH Linz ist als Schnittstelle zwischen Geschäftstreibenden, Tourismusverband und Stadtpolitik im Jahr 2021 ins Leben gerufen worden. Die Aufgabe der CML war ganz klar die Entwicklung der Linzer Innenstadt. Leider sind nach zwei erfolglosen Jahren von der CML so gut wie keine Impulse gekommen. Es ist sehr schade, dass die CML in dieser Form und auch in dieser Besetzung einfach nicht funktioniert hat.

Linz braucht ein breit aufgestelltes und starkes Stadtmarketing, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Grundidee der CML war gut, jetzt passiert aus Sicht eines funktionierenden Stadtmarketings leider sehr wenig.

Der Wirtschaftsreferent, Bürgermeister Klaus Luger, ist gefordert, hier rasch eine Lösung zu finden. Auch hier ist leider wieder der Spruch ‚außer Spesen nichts gewesen‘, das Credo der Stadt Linz. Das ist keine funktionierende Wirtschaftspolitik.

Zum Thema Weihnachtsbeleuchtung: Eine ordentliche Gestaltung und ein Gesamtkonzept der Ganzjahresbeleuchtung der Linzer Landstraße unter Einbindung der Urfahrer Hauptstraße sowie der Wiener Straße lässt leider immer noch auf sich warten. Dabei ist der Beschluss bereits vor mehr als einem Jahr gefallen. Doch Zeit ist Geld und Geld in der Stadt Linz - wie wir am Budget sehen - ist knapp.

Hier braucht es endlich konkrete Ideen und Vorschläge. Linz muss wieder in ein innovatives Beleuchtungskonzept investieren. Andere Städte sind hier schon viel weiter. Wann kommt die Stadt endlich in die Umsetzung? Ich habe im Voranschlag dafür keine Budgetierung gefunden. Wird in den nächsten beiden Jahren wieder nichts passieren, Herr Bürgermeister?

Wir brauchen neben der Fortführung von bewährten Maßnahmen in der Wirtschaftsförderung, die noch aus der letzten Gemeinderatsperiode stammen, endlich auch neue Initiativen. Vor allem für die Einkaufsstadt Linz, denn die kommt immer mehr unter Druck.

Eine erfreuliche Entwicklung gibt es jedenfalls im Tourismus. Das haben wir heute schon von Stadträtin Lang-Mayerhofer gehört.

Zusammenfassend: Das Budget ist mehr als nur eine trockene Abfolge von Zahlen, es ist der Spiegel der politischen Prioritäten und des Engagements für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Leider müssen wir feststellen, dass die bisherige wirtschaftliche Ausrichtung der Stadt alles andere als überzeugend ist. (Klingel) Unter dem Deckmantel des Wirtschaftsfreundlichen vermissen wir klare Strategien und konkrete Maßnahmen, die das Leben unserer Gemeinschaft verbessern. Vielen Dank.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderat Mag. Seeber zum Kapitel 8 – Dienstleistungen das Wort.

Gemeinderat Mag. Seeber:

„Werte Kolleg*innen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Zusehende, ich spreche nicht nur zum Kapitel 8, sondern auch zum Kapitel 7 - Wirtschaftsförderung. Ich werde versuchen, mich kurz zu halten oder nur das Wichtigste zu nennen.

Wirtschaftsförderung ist das erste Thema, mein Leibthema und ich beschäftige mich ja schon seit einigen Jahren mit diesem Thema. In der Vorbereitung zu dieser heutigen Sitzung habe ich die alten, physischen Unterlagen - es waren ziemlich heftige Schmöcker - herausgekratzt und durchgesehen und versucht, Tendenzen herauszuarbeiten.

Dabei ist mir permanent der Begriff ‚konstant‘ untergekommen. Es ist ziemlich konstant, was sich in der Wirtschaftsförderung tut, zumindest was die Gesamtsummen und die großen Themen betrifft. Stabilität ist ein wichtiges Thema - wir haben heute schon gehört, dass es in unruhigen Zeiten ganz gut ist, wenn etwas stabil ist. Nur

wenn etwas sehr konstant ist, dann ist natürlich auch die Frage, inwieweit Fortschritt und Innovation möglich sind.

Ich habe zwei Beispiele - mein Vorredner hat es auch schon erwähnt - eines davon ist die Weihnachtsbeleuchtung. Ich bin mir sicher, die SPÖ hat erwartet, dass ich dieses Thema gleich zu Beginn bringe. Diese Erwartungshaltung wollte ich unbedingt erfüllen. Wir fordern schon seit langen, langen Jahren Veränderungen und der Kern der Forderung ist, dass sich die Wirtschaft an der Weihnachtsbeleuchtung beteiligt.

Die Weihnachtsbeleuchtung kostet jährlich - jetzt schaue ich Clemens Brandstetter an: Vier Millimeter, wieviel ist das in echtem Geld, Clemens? (Heiterkeit) Jetzt musst du nachschauen, so einfach ist das nicht mit Metern und Millimetern. 400.000 Euro kostet die Weihnachtsbeleuchtung jedes Jahr. Jetzt kann man sagen, da geht nichts weiter.

Natürlich geht schon auch etwas weiter. Es gibt jetzt auch seit einem Jahr, wir haben es ja gerade gehört, ein Projekt, die Weihnachtsbeleuchtung in eine ganzjährige Effektenbeleuchtung, so nennt man das, umzustellen.

Ob ganzjährige Lichtemissionen im Zentrum von Linz, also ein weiterer Stromverbraucher, wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, das werden wir noch sehen. Das werden wir noch diskutieren. Vor allem werden wir aber diskutieren, was das kostet, es wird sicher nicht billig sein, wenn wir in Linz eine ganzjährige Effektenbeleuchtung umsetzen wollen. Wir werden es aber nicht heute diskutieren, vielleicht diskutieren wir es nächstes Jahr. Ziemlich sicher, davon bin ich überzeugt, diskutieren wir es für das nächste Doppelbudget 2026/27. Wir werden uns, wie schon angekündigt, bei diesem Punkt enthalten.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die Wirtschaftsförderung. Auch hier fordern wir schon seit Jahren Veränderungen, was die Förderkriterien betrifft.

Ich wiederhole es an dieser Stelle: Das Konzept der Wirtschaftsförderung ist grundsätzlich neu zu denken. Ich habe es auch schon öfter gesagt, als Klimahauptstadt keine ökologischen Förderkriterien zu definieren, ist aus unserer Sicht ein bedauerliches Versäumnis. Was spricht denn dagegen, wenn man Energiesparmaßnahmen, betriebliche Abfallwirtschaftskonzepte, betriebliche Verkehrskonzepte, Kreislaufwirtschaftsprojekte oder eine CO₂-freie Mobilität, um einige zu nennen, in die Förderkriterien einbaut?

Oder was ist denn dagegen einzuwenden, die alte Fördergießkanne doch endlich einmal gegen wirkungsvolle, zielgerichtete Förderwerkzeuge auszutauschen? Die Ressortverantwortung in dieser Sache ist 2020/21 von der ÖVP zum Herrn Bürgermeister gewandert. Der Herr Bürgermeister hat auch angekündigt, dass diese längst überfälligen Veränderungen endlich kommen müssen. Getan hat sich in dieser Sache sehr, sehr wenig.

Wobei sich schon etwas getan hat - es wurde ein sehr deutlicher Schritt gesetzt, allerdings rückwärtsgerichtet, bedauerlicherweise also in eine falsche Richtung. Es geht - wir haben es gerade vorher gehört - um die City Management Linz, die nach zwei Jahren Betrieb leider Gottes wieder liquidiert werden musste. Die Grundidee

war gut. Ja, natürlich ist die Grundidee des Stadtmarketings gut. Dass die City Management Linz nicht funktioniert hat, hat damit zu tun, dass es von Beginn an ein massiver Konstruktionsfehler war, wie sie und in welchem Umfeld sie gegründet wurde.

Gefolgt sind dem ganzen dann Meinungsverschiedenheiten zwischen den etwas bunt zusammengewürfelten Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Interessen, mit sehr hohen Eigeninteressen. Kompetenzüberschneidungen habe ich gesehen und diverse Reibereien wurden letztendlich auch in der Öffentlichkeit ausgetragen. Letztendlich hat das alles dem Linzer Stadtmarketing so schwer zugesetzt, dass man sich entschieden hat, die Gesellschaft heuer zu liquidieren und aufzulösen.

An dieser Stelle, möchte ich sagen, dass mein ganz besonderer Dank und mein Mitgefühl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der City Management Linz gehört. Sie haben alles ausbaden müssen. Was jetzt bleibt, ist eine große Lücke und die Frage, wie man mit dem Stadtmarketing weiter tut.

Herr Bürgermeister Luger hat angekündigt, dass das Stadtmarketing in den Magistrat integriert werden soll. Das ist auch wichtig, weil die Herausforderungen rund um das Thema Leerstand, Onlinehandel, Aufenthalts- und Servicequalität nicht verschwunden sind. Die haben sich nicht in Luft aufgelöst, hier muss schon etwas passieren. Welche Projekte aber jetzt wirklich weitergeführt werden, wer das alles macht, ist nicht ganz klar.

Klar ist für mich, wenn ich mir den Budgetansatz durchlese, dass bezeichnenderweise unter dem Punkt ‚Entgelte für sonstige Leistungen‘ drei Millimeter, 300.000 Euro, reserviert sind. Diese sollen für das Stadtmarketing, das es ja in der Form nicht mehr gibt, zur Verfügung stehen.

Naja, da sind einige Fragen offen. Es fehlen noch viele Antworten. Ich habe hier eine Deutungshypothese aufgestellt und die lautet so, dass es sich bei den 300.000 Euro wahrscheinlich um eine Portokasse des Herrn Bürgermeister handeln wird. Wir werden ja sehen, ob sich das bestätigt oder nicht.

Positiv hervorheben möchte ich, dass es ein Innenstadtkonzept geben wird. Man beschäftigt sich damit, wie sich die Innenstadt entwickeln wird. Ich möchte auch ganz deutlich sagen, dass wir das unterstützen und ich hoffe, dass maßgebliche Schritte und Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Tourismusförderung steigt auch um 20 Prozent, wie viele andere Dinge im Doppelbudget, und zwar auf jährlich 940.000 Euro. In Zeiten steigender Preise und Kosten ist das an und für sich nichts Besonderes und nichts Herausragendes. Es gibt aber einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2020, Linz als ökologische und sozial nachhaltige Tourismusdestination zu zertifizieren. Leider Gottes wartet dieser immer noch auf die Umsetzung.

Weniger Masse und mehr Qualität sollte die Zukunft des Tourismus in Linz sein. Sollte, denn stattdessen wollte die ÖVP gestern ganz etwas anderes hier im Gemeinderat durchsetzen. Sie wollte nämlich an der Donaulände, also mitten im Herzen von Linz, eine sogenannte ‚Bus Fast Lane‘ für die an- und abreisenden Massen an Touristen der Tagesschifffahrten errichten.

Das hat sich Gott sei Dank nicht ergeben, die SPÖ hat sich das in letzter Sekunde anders überlegt. Spannenderweise nicht aus Umweltschutzgründen oder weil man nicht so viele Busse an der Donaulände haben möchte, sondern weil die ÖVP irreführende Renderings präsentiert hat, die bei der SPÖ nicht so gut angekommen. Da kann ich nur sagen, liebe ÖVP, man sollte die Kraft der Bilder nicht unterschätzen.

Mich freut es, uns freut es, denn damit haben wir das Thema einmal vorerst vom Tisch. An dieser Stelle noch einmal mein Appell an dich bitte, Doris Lang-Mayerhofer, nimm den Gemeinderatsbeschluss aus dem Juli 2020 ernst und versuche, ihn konsequent umzusetzen und zu unterstützen.

Zum Innovationshauptplatz möchte ich auch noch ein paar Worte sagen. In der Vergangenheit wurde schon personell aufgestockt und budgetär gut ausgestattet. Der Innovationshauptplatz hat sich aus meiner Sicht auch gut positioniert und gut etabliert und bemüht sich im Rahmen der politischen Vorgaben redlich. Ich sehe da zum Beispiel auch Unterstützung von Bürgerinitiativen und viele andere Dinge.

Leider ist es aber nicht gelungen, die eigene Investition der Stadt von rund 620.000 Euro, man sagt im Finanzjargon ‚zu hebeln‘ oder zumindest zu vermehren oder zu verdoppeln. Ich habe darauf schon bei meiner Budgetrede 2021 hingewiesen. Es muss doch möglich sein, mit Innovationsthemen Gelder aus EU-Töpfen zu generieren oder letztendlich mit geleisteter Arbeit oder Einkommen aus geleisteter Arbeit auch zu erhalten. Das würde das Budget der Stadt ordentlich schonen und letztendlich auch die Wirkung erhöhen.

Eine Blaupause gibt es, jetzt schaue ich wieder dich an, Doris Lang-Mayerhofer, nämlich mit der Creative.Region Linz & Upper Austria GmbH, die zu 50 Prozent im Eigentum der Stadt ist. Dort gelingt es schon seit Jahren, dass man mit Themen, die hier eingebracht werden, Fördergelder lukriert, Einnahmen lukriert und letztendlich einen Hebel hat für die eigene Arbeit. Das ist wichtig für die Kreativwirtschaft in Linz und in Oberösterreich per se, darum ist es auch eine Beteiligungskooperation zwischen Land und Stadt Linz.

Zum Kapitel 8 noch ein paar Worte zu den Dienstleistungen bzw. wirtschaftlichen Unternehmungen: Es ist festzustellen, dass hier - wie in vielen anderen Bereichen auch - Personal-, Sach- und Finanzaufwand massiv ansteigen. Nach meiner Einschätzung, da bin ich sicherlich nicht allein, werden damit auch die künftigen Gestaltungsspielräume deutlich eingeschränkt.

Ich möchte dazu auch ein Beispiel bringen: Nicht der größte Steigerungsposten in dem Bereich aber ein sehr prägnanter, nämlich der Zinsaufwand, explodiert regelrecht, und zwar auf 12,2 Millionen Euro. Das hört sich, wenn man sich das Gesamtbudget von Linz ansieht, jetzt nicht so viel an, das sind aber 133 Prozent, das steigt also um 7 Millionen auf 12,2 Millionen. (Unruhe)

Da stelle ich mir die Frage, wie klug es denn war, mitten in der Niedrigzinspolitik die Kredite und die Finanzierungen maßgeblich von fix auf variabel umzustellen, lieber Kollege. Das ist unerfreulich, weil es hier um sehr wichtige Dinge für Linz geht. Es geht um Einrichtungen wie die Parkanlagen, Kinderspielplätze, Seniorenzentren,

den Botanischen Garten, das Design Center, Wohnungsgesellschaften, Gärtnereien, die Liegenschaftsverwaltung, Straßenreinigung, öffentliche Beleuchtung und öffentliche WC-Anlagen.

Diese Dienstleistungen, diese Unternehmungen sind von hoher Bedeutung und hoher Wichtigkeit für Linz und ganz wichtig auch für die Lebensqualität der Linzer*innen und auch für die Prosperität und die Zukunftsaussichten der Stadt. In meinem Schlusswort möchte ich mich daher ganz ausdrücklich bei allen Mitarbeiter*innen des Wirtschaftsressorts, der Wirtschaftsbetriebe oder Dienstleistungen der Stadt für ihren Einsatz und für ihr Engagement bedanken und ihnen alles Gute wünschen für die Bewältigung der zukünftigen, sehr großen Herausforderungen. Danke.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger erteilt Gemeinderat Schauburger zum Kapitel 9 – Finanzwirtschaft das Wort.

Gemeinderat Schauburger:

„Wir biegen in die Zielgerade ein, es ist bald vollbracht. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher – die leider nicht mehr so zahlreich sind - hallo lieber Hannes Mitterer (Heiterkeit), ich möchte mit einem Statement, welches mir persönlich sehr wichtig ist, beginnen:

Besondere Zeiten benötigen besonderes Engagement und gemeinsame, motivierte Zusammenarbeit.

Damit will ich betonen, wie wichtig gemeinsames, verantwortungsbewusstes Handeln in der Stadt für unsere Zukunft ist. Es hat sich schon beim letzten Doppelbudget gezeigt, dass das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wurde. Das war gut so. Genauso waren die Verhandlungen zum Doppelbudget 2024/25 von großem Respekt und Verantwortungsbewusstsein geprägt. Dafür danke ich allen Beteiligten ganz ausdrücklich.

Die letzten beiden Jahre waren wirklich sehr herausfordernd für uns. Die Vergangenheit können wir nicht mehr ändern, was wir gestalten können, ist unsere Zukunft. Darin haben wir in Linz Erfahrung. Linz hat in den letzten Jahrzehnten eine beeindruckende Veränderung vollzogen. Von der reinen Industriestadt zum innovativsten, dynamischsten Wirtschaftsplatz in Österreich. Seit 2009 hat Linz auch eine imposante Entwicklung als Kulturstadt hingelegt. Linz ist inzwischen eine Lebensstadt geworden, weil die sozialen Investitionen zu einem guten Zusammenleben beitragen.

Nunmehr stehen wir vor der wahrscheinlich größten Herausforderung und Veränderung in der Geschichte von Linz. Die Transformation der Industrie Richtung Klimaneutralität wollen, müssen und werden wir begleiten. Dies ist alternativlos, weil es sonst in Linz keine Industrie mehr geben wird. Dass die klimatischen Veränderungen auf unserem Planeten uns hier auch einen großen Zeitdruck auferlegen, sei auch erwähnt.

Digitalisierung, künstliche Intelligenz und unglaubliche technische und geschäftliche Innovationen werden unser Leben in den nächsten Jahren ganz massiv beeinflussen. Ich sehe es als unsere gemeinsame Aufgabe, Linz in all diesen Themen als

Motor dieser Entwicklungen zu positionieren. Linz hat nun in etwa so viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Und die Menschen, die hier wohnen und arbeiten, benötigen auch ein entsprechendes lebenswertes Umfeld und eine funktionierende Infrastruktur.

Es ist notwendig, so ausführlich auf diese Zusammenhänge zu verweisen, um zu verdeutlichen, wie wichtig die Investitionen der Stadt Linz in den nächsten beiden Jahren sein werden. Wir setzen 2024 und 2025 insgesamt mehr als 160 Millionen Euro ein, um Linz voranzubringen. Dazu stehen wir, das ist unsere Verantwortung für Linz.

Kurz möchte ich jetzt noch eine kleine Zusammenfassung bringen über die einzelnen Kapitel, die heute angesprochen worden sind. Investitionen in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung machen Linz als Verwaltungszentrum, aber auch als Arbeitgeber attraktiv, weil hier tolle Arbeitsplätze geboten werden.

Den Grundstein für spätere Erfolge in der Stadt legen wir mit unseren Investitionen in die Bildung und zwar auf allen Ebenen.

Linz ist ein Vorbild für andere Städte, was Maßnahmen für Soziales, für Integration sowie den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege anbelangt.

Eine Stadt mit so vielen Arbeitsplätzen wie Linz benötigt auch qualitativen und guten, leistbaren Wohnraum. Wir können hier in Linz stolz auf das Erreichte und auch auf unsere Zukunftsprojekte sein.

Alle Maßnahmen, die wir mit der Linzer Innenstadtstrategie vorbereiten, tragen zu einem besseren Lebensgefühl in Linz bei. Hier seien unter anderem nur die vielen Märkte, Veranstaltungen und Festivals in Linz erwähnt, die Linz zu einem pulsierenden Zentrum machen.

Für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt investieren wir auch in den öffentlichen Verkehr. Ich möchte hier auch auf unsere Zukunftsprojekte, wie die S-Bahn, die O-Bus-Linien, Radmobilität, aber auch auf unsere Beteiligung an den überregionalen Verkehrslösungen hinweisen.

Die Absicherung und der Ausbau unserer Industrie wird von der Stadt Linz forciert und unterstützt. Hier stehen enorme Herausforderungen an, es seien nur die Themenblöcke ‚Green Steel‘ und Wasserstoff genannt. Linz nimmt hier eine Vorreiterrolle ein und wird das Zentrum für Wasserstoff in Österreich sein. ‚Green Steel‘, das kann die voestalpine, unser Vorzeigebetrieb, bereits. Es geht jetzt darum, wettbewerbsfähige Produktionen zu installieren. Dazu benötigen wir in Linz entsprechende Energieträger, wie zum Beispiel grünen Wasserstoff. Wir bekennen uns als Stadt zu dieser Strategie ausdrücklich.

Dass sich Zukunftsinvestitionen auch rechnen, zeigt am besten das Beispiel Tabakfabrik. Früher als vorgesehen ist das Objekt voll vermietet und hat die Gewinnschwelle erreicht. Es sind mehr Mitarbeiter an diesem Standort beschäftigt als je zuvor. Die Tabakfabrik ist ein europäisches Vorzeigeprojekt und ein Ort der Start-ups und der Kreativität, den niemand mehr in Linz missen möchte.

Die digitale Revolution ist in vollem Gange. Linz darf nicht zurückbleiben, wenn wir in Linz auch in Zukunft eine führende Rolle spielen wollen. Auch dazu stehen wir als Stadt Linz ausdrücklich.

Wenn hochwertige Arbeitsplätze gehalten und ausgebaut werden sollen, ist es unabdingbar, Mittel einzusetzen, die heute zum Beschluss vorliegen. Dies sichert auch den Wirtschaftsstandort nachhaltig ab.

Alle Maßnahmen dienen dem Ziel, die Position von Linz als Lebensstadt, als Industriestadt und als Innovationshauptstadt auszubauen. Die Summen, die wir bewegen, sind enorm. Mehr als 160 Millionen Euro. Um dies zu schaffen, sind wir alle in diesem Gremium gefordert, zusammenzuarbeiten, für die Linzerinnen und Linzer gemeinsam die Ärmel aufzukrempeln und die Zukunft mit großer Zuversicht anzupacken.

In diesem Sinn danke ich Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen für Ihre Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Doppelbudgets und danke bereits jetzt für eine breite Zustimmung. Gemeinsam schaffen wir den Brückenschlag in die Zukunft. Vielen Dank.“ (Beifall)

Gemeinderätin Sommer:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, in schwierigen Zeiten braucht es Zusammenhalt und Zusammenarbeit. Das haben wir heute schon öfter gehört und auch die Linzer Volkspartei steht dazu und daher werden wir auch den größten Teil des Doppelbudgets für 2024 und 2025 mittragen. Es geht um Stabilität, es geht um Verlässlichkeit, es geht um Linz. Doch gerade diese enorm wichtige finanzielle Stabilität, sprich die Verlässlichkeit, sehen wir in Linz in Gefahr.

Es gilt, den Spagat zwischen dem laufenden Betrieb und den Investitionen zu schaffen. Meine Damen und Herren, ich kann mich an Budgetgemeinderatssitzungen erinnern, in denen im Zusammenhang mit dem Budget, das beschlossen werden sollte, von einem Samenkorn, von einem Keimling, gesprochen wurde. Was wurde aus diesem viel zitierten Pflänzchen? Es soll ja bereits seit 2016 wachsen. Wie schaut denn seine Zukunft aus? Ich glaube, es geht wirtschaftlich einer dünnen Zukunft entgegen.

Etwa 60 Millionen Euro Abgang jährlich in der operativen Gebarung. 60 Millionen Euro Abgang im täglichen Geschäft. Da sind noch keine Investitionen inkludiert. Wir haben heute bereits mehrmals gehört, welche dringend notwendigen langfristigen Investitionen in Linz anstehen.

Zum Beispiel hat Kollege Pirc den dringenden Investitionsbedarf bei Schulsanierungen und Neubauten deutlich beschrieben. Auch bei der IT-Ausstattung herrscht eklatanter Nachholbedarf. In die Zukunft von Linz zu investieren, heißt auch, das Ehrenamt zu unterstützen. Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Ohne Ehrenamt würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Linz muss die Freiwilligen unterstützen und nicht aushungern.

Eine weitere große Baustelle sind die Buslinien 13 und 14. Die LINZ AG hat die Planungen bereits größtenteils abgeschlossen, jetzt ist dringend ein Finanzierungsbeschluss notwendig. Herr Bürgermeister Luger und die Frau Finanzreferentin Blöchl sind am Zug, um die notwendigen Mittel durch ein Sonderbudget bereitzustellen.

Sehen wir uns die Investitionspläne für die nächsten Jahre an. Meine Damen und Herren, da schaut es alles andere als erfreulich aus. 2021 war die Investitionsquote noch 12,4 Prozent vom Gesamtbudget. 2024 werden es noch 8,4 Prozent sein und 2029 ganze 4,7 Prozent. Das ist gerade mal ein gutes Drittel der Investitionsquote von 2021. So viel zum Thema Investitionen für die Zukunft, für Linz, Investitionen für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Es stimmt, das Volumen der langfristigen Kredite verringert sich, aber zu Lasten der Kassenkredite, diese schnellen in die Höhe. Der Gesamtschuldenstand sinkt damit jedenfalls nicht. Langfristige Kredite werden durch die Aufnahme von Kassenkrediten bedient. Ein Loch wird gestopft, dafür geht ein anderes auf. Genau damit verbaut sich Linz die Chance, dringend notwendige Investitionen sowohl im mittelfristigen als auch im langfristigen Bereich durchführen zu können.

Bisher schwebte auch noch das ‚Damoklesschwert SWAP‘ über Linz. Heuer im Jänner wurde ein Vergleich mit der Bawag geschlossen, mit einer nochmaligen Zahlung der Stadt von 12 Millionen Euro. Davon sind die letzten 4 Millionen 2024 fällig. Im Voranschlag tauchen nochmals zusätzliche Zahlen für Rechtsanwaltskosten in der Höhe von 714.000 Euro auf. Wir ersuchen noch um Aufklärung.

Meine Damen und Herren, für ein Budget, egal ob Land oder Stadt, ist die wirtschaftliche Ausgangslage derzeit nicht einfach. Daher ist es umso wichtiger, eine positive Balance zwischen Investitionen in die Zukunft und zwischen dem laufenden Betrieb zu schaffen. Genau das ist in der mittelfristigen Finanzplanung für Linz nicht abgebildet.

Schulden für langfristige Investitionen sind legitim. Der operative Bereich darf aber nicht über Schulden finanziert werden, sonst ist die finanzielle Stabilität in Gefahr. Aber - es braucht Zusammenhalt in schwierigen Zeiten. Es braucht Verlässlichkeit und Stabilität für die Menschen in unserer Stadt. Es braucht Stabilität und Verlässlichkeit für Linz. Daher wird die Linzer Volkspartei auch beim Großteil des Doppelbudgets zustimmen. Vielen Dank.“ (Beifall)

Gemeinderat Malesevic, BA, MA:

„Das Beste kommt immer zum Schluss. (Heiterkeit) Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Gemeinderäte, geschätzte Zuhörer und Zuseher, als Finanzsprecher und als letzter Redner meiner Fraktion lege ich unsere Positionen zu den Themenbereichen Dienstleistungen und Finanzen dar.

Was die Dienstleistungen angeht, werden wir dieses Budgetkapitel insgesamt mittragen, da es sich hier um eine für die Linzer enorm wichtige Leistung handelt. Wir müssen uns aber zu den Investitionen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung etwas kritisch äußern. Die geplanten Investitionsmittel in Höhe von 750.000 Euro sind bei weitem nicht ausreichend, um eine rasche Einführung der situativen Beleuchtung zu gewährleisten.

Diese Investition wäre aber für Linz von großer Wichtigkeit. Die situative Beleuchtung ist nicht nur innovativ, sondern auch energiesparend und umweltschonend. Diese Investition würde sich langfristig durch Energieeinsparungen selbst amortisieren. Daher sehen wir dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Ein weiteres Thema in diesem Bereich ist mit Sicherheit der jüngste Schneefall. Offensichtlich hat uns dieser Schneefall im Dezember völlig überrascht. Ja, es handelte sich dabei um starken Schneefall, aber dieser zeigte uns auch, dass die Kapazitäten der Stadt Linz bald ausgeschöpft waren und dass diese vermutlich in den letzten Jahren systematisch reduziert wurden. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob meine Vermutung zutrifft, jedoch steht fest, dass die Qualität der Schneeräumung nicht den Erwartungen und Bedürfnissen der Linzer Bevölkerung entspricht.

Ich appelliere eindringlich an die Stadt und insbesondere an die zuständige Referentin, diesem Bereich mehr Beachtung zu widmen. Bevor wir unsere Ressourcen in innovative Projekte wie Wasserstofftechnologie und Digitalisierung investieren, müssen wir sicherstellen, dass wir elementare städtische Dienstleistungen, wie eine zuverlässige Schneeräumung, gewährleisten können. Nein, wir sind nicht gegen die Innovation, diese ist auch uns wichtig, aber die unmittelbaren Bedürfnisse der Bürger, wie saubere und sichere Straßen, müssen Vorrang haben.

Was die Finanzen der Stadt Linz angeht, so wissen wir alle, dass es für unsere Heimatstadt nicht rosig aussieht. Das ist auch kein Geheimnis. Wir sehen die Transferzahlungen an das Land Oberösterreich auch kritisch und sind der Meinung, dass die Städte und Gemeinden beim Finanzausgleich mehr berücksichtigt werden sollen. Wir müssen jedoch fair und realistisch bleiben.

Die Realität zeigt uns zum Beispiel, dass die freiheitlich regierte Stadt Wels pro Kopf höhere Transferzahlungen an das Land leistet als Linz. Konkret zahlt Wels 76 Euro pro Kopf, wir zahlen 67 Euro pro Kopf. Trotzdem hat es Wels geschafft, seinen Schuldenberg massiv abzubauen und schloss das letzte Jahr, also das Jahr 2022, mit einem beeindruckenden Überschuss von beinahe 40 Millionen Euro ab. In diesem Jahr wird Wels allen Indikatoren nach auch einen ganz guten Budgetüberschuss haben. Wir müssen also nicht weit reisen, um uns ein paar Finanz- und Spartipps zu holen.

Die Transferzahlungen spielen sicherlich eine große Rolle bei unseren Finanzproblemen, sind aber bei weitem nicht der einzige Grund für das finanzielle Defizit der Stadt Linz. Unsere Einnahmen sind durchaus gut und stabil, was darauf hindeutet, dass der Kern des Problems bei unseren Ausgaben liegt.

Hier müssen wir ansetzen und nach effizienten Einsparungsmöglichkeiten suchen. Diese Herausforderung müssen wir früher oder später angehen. Da führt kein Weg vorbei. Es reicht nicht aus, immer wieder mit dem Finger auf das Land Oberösterreich zu zeigen und anderen die Schuld zu geben.

Wir werden aus eigener Kraft die Probleme stemmen müssen, aus eigener Kraft meine Damen und Herren. Wir müssen alle gemeinsam die Instrumente und Wege finden, um unsere Ausgaben zu senken und den Schuldenberg der Stadt Linz abzubauen. Dies wird auch vom Kontrollamt empfohlen, um diese Finanzlast nicht an

die nächsten Generationen weiterzugeben. Ein solcher Schritt - Budgetkonsolidierung - erfordert Mut und die Zusammenarbeit aller Fraktionen.

In diesem Sinne avisiere ich, dass wir, die Freiheitlichen, dem vorgelegten Vorschlag für die zwei kommenden Jahre größtenteils zustimmen werden.

Ich bedanke mich bei Finanzdirektor Dr. Schmid, der sich stets bemüht, die Politik auf dem Boden der Realität zu halten und dessen Amt in der Stadt sicher kein einfaches ist.

Im Namen meiner Fraktion möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, um euch allen frohe und besinnliche Weihnachten sowie einen guten Rutsch ins neue Arbeitsjahr zu wünschen. Vielen Dank.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger:

„Als letzte Rednerin ist die Personal- und Finanzreferentin mit ihrem Schlusswort zu den Tagesordnungspunkten B 1 und B 2 am Wort, bitte.“

Vizebürgermeisterin Blöchl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Zuseher, vielen Dank für diese umfangreiche Debatte und auch für die intensive Auseinandersetzung mit dem Budget der nächsten zwei Jahre. Es wurde heute mehrmals Kritik über die Entwicklung unserer Verschuldung angesprochen. Jedoch ist Kritik zu üben, ohne Lösungsansätze in petto zu haben, leicht.

Wenn ich dich, Martin Hajart, als Beispiel heranziehen darf, du sprichst von einer klaren Offensivstrategie zur Umsetzung von Visionen. Damit sind aber natürlich auch Kosten verbunden. Zugleich bemängelst du aber die Last der Kassenkredite. Das Geld wächst aber, wie wir von Gemeinderat Redlhammer heute auch gehört haben, nicht auf Bäumen.

Du sprichst auch von Verlässlichkeit, das haben wir jetzt gerade auch von Gemeinderätin Sommer gehört und von Zusammenhalt, aber dennoch avisierst du mit deiner ÖVP deine Enthaltung bei der Mittelfristplanung, obwohl diese Mittelfristplanung auch von Projekten geprägt ist, die du auch mit deiner Fraktion hier immer mitgetragen hast. Das muss ich schon anbringen. Das sind einfach Widersprüche in sich, die ich da auch anmerken möchte.

Eine zielorientierte Offensivstrategie, um diese vieldiskutierte Herausforderung zu lösen, kann jedenfalls die Reduzierung der Nettotransferbelastung durch das Land Oberösterreich um 50 Prozent sein. Dann schaut die Situation ganz anders aus. Die von der ÖVP jetzt am Ende ausgerufene Depression, was die wirtschaftliche Situation von Linz betrifft, widerspricht auch der Einschätzung von Gabriel Felbermayr vom WIFO. Zudem ist das eine Minderheitenmeinung in der ÖVP, weil Landesrat Achleitner, der Wirtschaftsreferent, sieht das auch ganz anders.

Die Realität ist, dass jeder dritte Arbeitsplatz in Oberösterreich in Linz ist und wir Rekordbeschäftigung haben. Die Situation ist konträr. (Beifall) Es handelt sich hier also ganz klar um Schwarzmalerei.

Vor drei Jahren war die Beurteilung eine komplett andere, vor drei Jahren hieß es noch, die Innenstadt ist gut bei einander. Aber damals war das Ressort noch bei der ÖVP. Ganz klar, eine andere Sichtweise.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Wirtschaftsreferent, Bürgermeister Klaus Luger, hat vom Wirtschaftsreferenten Herrn Bernhard Baier ungelöste Probleme geerbt, nämlich den Texhages zum Beispiel, den Kleiderbauer und was hat der Herr Bürgermeister gemacht? Er hat das Problem gelöst (Beifall) und das in weniger als zwei Jahren, seit er das Ressort übernommen hat.

Weil die Kosten-Nutzen-Analyse öfter angesprochen wurde, nur ein paar kurze Worte dazu. Im Finanzmanagement ist das Tagesgeschäft. Gerade in Zeiten begrenzter Mittel, gewinnt die Abwägung des Impact der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zukunftsprojekte gegenüber der finanziellen Leistbarkeit in politischen Entscheidungsprozessen immer mehr an Bedeutung. Dass Einsparungsbedarfe natürlich tendenziell in anderen Ressorts geortet werden, ist klar.

An dieser Stelle möchte ich schon auch im Sinne der Außenwirkung unseres politischen Gremiums ersuchen, von einer sehr subjektiven Priorisierung in Zeiten, wo alles wirtschaftlich angespannt ist, Abstand zu nehmen. Denn eines ist klar, in der aktuell angespannten Finanzsituation gibt es keinen Raum für ‚nice to have‘ Projekte. Alle Stadtsenatsmitglieder haben sich im Zuge der Vorverhandlungen genau diese Sichtweise auch bei der Projektauswahl zu Herzen genommen.

Für dieses Commitment möchte ich mich übrigens an dieser Stelle jetzt auch noch einmal bedanken. Vielen Dank dafür, dass wir hier eine gute Gesprächsbasis gehabt haben. Jetzt gilt es zu guter Letzt gemeinsam an einem Strang zu ziehen und die finanzielle Basis für die notwendigen Zukunftsprojekte zu beschließen und ich ersuche heute um Zustimmung zu den nächsten zwei Jahresbudgets.“ (Beifall)

Bürgermeister Luger:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, als letzten politischen Akt dieses Gremiums im zu Ende gehenden Jahr 2023, haben die Fraktionsvorsitzenden eine exzellente Vorbereitung gemacht. Wir haben nämlich vereinbart, dass wir jetzt keine Abstimmungsmaschinerie in Gang setzen, die sich möglicherweise morgen durch Muskelkater am rechten oder linken Oberarm auszeichnen könnte, sondern mir wurde im Vorfeld aufbereitet, wie das Stimmverhalten sein wird.

Deshalb mein Vorschlag, dass ich bei allen acht Beschlussfragen, also B 1 bis B 8 Punkt für Punkt das Stimmverhalten der jeweiligen Fraktionen verlesen werde. Sollte mir ein Fehler unterlaufen sein oder sich etwas geändert haben, bitte ich die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden, was sie ohnedies tun werden, umgehend und sofort Einspruch zu erheben. Wenn ich weder Einsprüche noch körpersprachliche Signale erhalte, dann gehe ich davon aus, dass wir das am Ende dann auch so für das Protokoll beschlossen haben.“

Der Vorsitzende lässt über die Punkte B bis E abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss des Voranschlags 2024 und 2025:

- Kapitel 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Fonds 010500, Integrationsbüro: Stimmenthaltung FPÖ (9); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Fonds 120100, Ordnungsdienst der Stadt Linz: Stimmenthaltung Die Grünen (8); Fonds 1620, Freiwillige Feuerwehren: Stimmenthaltung ÖVP (11); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Fonds 280000, Förderung Universitäten und Hochschulen: Stimmenthaltung FPÖ (9); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 3: Kunst, Kultur und Kultus

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Fonds 34000, Museen der Stadt Linz: Stimmenthaltung FPÖ (9); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 5: Gesundheit

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Fonds 610000 FiPos 775100, Bundesstraßen, betrifft A 26 und Halbananschlussstelle Auhof: Stimmenthaltung Die Grünen (8); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL; mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 7: Wirtschaftsförderung

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Fonds 789000 FiPos 7280000, Instandhaltung von Sonderanlagen/Weihnachtsbeleuchtung: Stimmenthaltung Die Grünen (8); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL;

mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 8: Dienstleistungen

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL;

mit Stimmenmehrheit angenommen.

- Kapitel 9: Finanzwirtschaft

Stimmenthaltung NEOS (2); Stimmenthaltung MFG (2); Stimmenthaltung Linz-Plus (2); Gegenstimmen KPÖ (2); Gegenstimme Gemeinderat Brandstetter, WANDEL;

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 bis 2029 wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von ÖVP (11), MFG (2) und LinzPlus (2) sowie bei Gegenstimmen der KPÖ-Fraktion (2) und von Gemeinderat Brandstetter, WANDEL, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Beschluss der Ausgabensperre wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von MFG (2), LinzPlus (2) und Gemeinderat Brandstetter, WANDEL, sowie bei Gegenstimmen der KPÖ-Fraktion (2) und mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Maßnahmen zur Einhaltung des Voranschlages werden bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von NEOS (2), MFG (2), LinzPlus (2) und Gemeinderat Brandstetter, WANDEL sowie bei Gegenstimmen der KPÖ-Fraktion (2), mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Erläuterungen werden bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von NEOS (2), MFG (2) und LinzPlus (2) sowie bei Gegenstimme der KPÖ-Fraktion (2) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Gewerbesteuer wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von MFG (2) und LinzPlus (2) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Darlehensaufnahmen werden bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von NEOS (2), MFG (2), KPÖ (2) und LinzPlus (2) sowie von Gemeinderat Brandstetter, WANDEL, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Wirtschaftsplan der Kinder- und Jugend-Services Linz für die Rechnungsjahre 2024 und 2025 wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von KPÖ (2) und Linz-Plus (2), und von Gemeinderat Brandstetter, WANDEL, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Dienstposten- und Stellenplan der Stadt Linz für die Jahre 2024 und 2025 wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von KPÖ (2) und LinzPlus (2), und von Gemeinderat Brandstetter, WANDEL, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Dienstposten- und Stellenplan der Unternehmung Kinder- und Jugend-Services Linz für die Jahre 2024 und 2025 wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von**

KPÖ (2) und LinzPlus (2), und von Gemeinderat Brandstetter, WANDEL, mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bürgermeister Luger:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend ganz kurz vor 17 Uhr möchte ich mich zuerst einmal dafür bedanken, dass wir jene Beschlüsse haben, die es uns ermöglichen, auch in den nächsten Jahren möglichst gut zu arbeiten, auch im Verständnis dafür, dass so etwas nicht einstimmig sein kann in einem demokratischen Gremium mit neun unterschiedlichen Parteien.

Aber ich bin überzeugt davon, dass wir die hohe Quote an gemeinsamen Beschlüssen bei den Einzelbeschlüssen auch in den nächsten beiden Jahren fortsetzen. Ganz besonders möchte ich mich dafür bedanken, dass diese Diskussion heute sehr sachlich abgewickelt worden ist. Zur Demokratie gehören logischerweise auch sehr unterschiedliche Positionen.

Miteinander respektvoll umzugehen - was wir gemeinsam wollen, dass in unserer Gesellschaft geschieht - ist leider nicht selbstverständlich in politischen Gremien. Wir haben hier, glaube ich, heute gemeinsam alle ein vorbildliches Beispiel für manch anderes Gremium, das eine höhere Reichweite hat, abgegeben. Das ist, glaube ich, demokratiepolitisch hervorragend und dafür meinen Dank an jede Einzelne und jeden Einzelnen von Ihnen. Das geht nur, wenn man es gemeinsam auch praktiziert. (Beifall)

Wenn ich heute auch nicht der erste bin, der Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr und erholsame Tage mit Ihrer Familie und Ihren Freundinnen und Freunden wünscht, nichtsdestotrotz von ganzem Herzen: Frohe Weihnachten, schöne Feiertage! Genießen Sie diese Zeit, erholen Sie sich, denn ab 8. Jänner geht es wieder mit voller Power für unsere Stadt los. Jetzt wünsche ich uns noch einen schönen Abend mit gemeinsamer Kommunikation, lassen wir das politische Jahr in diesem Kreis gemeinsam ausklingen. Danke und alles Gute.“ (Beifall)

Die Tagesordnung der 19. Sitzung ist somit erledigt. Bürgermeister Luger dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:01 Uhr

Postentgelt bar bezahlt

Diese Amtsblatt-Beilage wurde auf umweltfreundlichem Papier hergestellt.

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Linz. Redaktion: Petra Amesberger, Präsidium, Hauptplatz 1, 4041 Linz, Tel. 7070-1137; Abteilungsleiterin Präsidium: Dr.ⁱⁿ Julia Eder; Medienhersteller: Magistrat Linz;